

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

ERNEST R. MAY

Die Grenzen des „Overkill“
Die amerikanische Nuklearrüstung von Truman zu Johnson

JENS PETERSEN

Vorspiel zu „Stahlpakt“ und Kriegsallianz:
Das deutsch-italienische Kulturabkommen vom 23. November 1938

WŁODZIMIERZ BORODZIEJ

Polen und Frankreich 1945–1947

LEONIDAS E. HILL

Signal zur Konterrevolution?
Der Plan zum Vorstoß der deutschen Hochseeflotte am 30. Oktober 1918

DOKUMENTATION

Die Berliner Aufzeichnungen des tschechoslowakischen Diplomaten
Camill Hofmann
(Johann W. Brügel / Norbert Frei)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit

Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:

Martin Broszat, Ludolf Herbst, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz, Norbert Frei

Chefredakteur: Hermann Graml

Stellvertreter: Klaus-Dietmar Henke

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 8000 München 19, Tel. 0 89/18 00 26

36. Jahrgang

Heft 1

Januar 1988

INHALT

AUFSÄTZE

Ernest R. May

Die Grenzen des „Overkill“. Moral und Politik in der amerikanischen Nuklear-
rüstung von Truman zu Johnson 1

Jens Petersen

Vorspiel zu „Stahlpakt“ und Kriegsallianz: Das deutsch-italienische Kulturabkom-
men vom 23. November 1938 41

Włodzimierz Borodziej

Polen und Frankreich 1945–1947. Versuch zur Belebung einer alten Allianz 79

MISZELLE

Leonidas E. Hill

Signal zur Konterrevolution? Der Plan zum letzten Vorstoß der deutschen Hoch-
seeflotte am 30. Oktober 1918 113

DOKUMENTATION

Johann W. Brügel/Norbert Frei

Berliner Tagebuch 1932–1934. Die Aufzeichnungen des tschechoslowakischen
Diplomaten Camill Hofmann 131

NOTIZ 184

ABSTRACTS 186

BIBLIOGRAPHIE 97

ERNEST R. MAY

DIE GRENZEN DES „OVERKILL“

Moral und Politik in der amerikanischen Nuklearrüstung von Truman zu Johnson

Es ist mittlerweile zu einem wohlfeilen Gemeinplatz geworden, vom sogenannten „nuklearen Rüstungswettlauf“ zu sprechen. Dabei kann man, unter Anlegung eines groben Rasters, mit Fug und Recht die These vertreten, daß es einen solchen Wettlauf gar nicht gibt, daß jedenfalls die Vereinigten Staaten seit zwanzig Jahren nicht mehr daran teilnehmen. Als grober Richtwert sollen hier, erstens, die Stückzahl der Atomwaffen und, zweitens, die Megatonnage dienen, also die Gesamtsprengkraft, ausgedrückt in Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs (TNT).

Vor zwanzig Jahren besaßen die Vereinigten Staaten mehr Atomwaffen als heute, die Gesamtsprengkraft war mindestens dreimal so groß. Die genauen Zahlen sind, was die technischen Details angeht, zwar geheim, aber der allgemeine Trend wird öffentlich dokumentiert. Daraus geht hervor, daß die USA Mitte der sechziger Jahre etwa 32 000 Kernwaffen besaßen. Den zuverlässigsten Schätzungen zufolge lag diese Zahl anfangs der achtziger Jahre bei etwa 24 000. Betrug die Gesamtsprengkraft des amerikanischen Kernwaffenarsenals Mitte der sechziger Jahre ungefähr zwei Milliarden Tonnen TNT, so sind es heute nur noch etwa fünfhundert Millionen Tonnen. Das ist natürlich immer noch ein Viehhundertfaches der Sprengkraft aller im Zweiten Weltkrieg abgeworfenen Bomben, aber es ist in jedem Falle weniger als früher¹. Legt man diesen Maßstab an, so kann man mit Albert Wohlstetter sagen, daß die Vereinigten Staaten in diesem „Wettlauf“ eher zurückgeschlendert als vorwärtsgestürzt sind².

Gesamtstückzahl und Gesamtmegatonnenstärke sind nun allerdings nicht die ein-

¹ Zur Entwicklung der Trends vgl. die Drucksache des 94th Congress, 2d Session: Joint Committee on Atomic Energy, Second Annual Report (House Report 94-1347), Appendix D-1, S. 135 f.; zur Schätzung der Zahlen: Donald R. Cotter, *Peacetime Operations: Safety and Security*, in: Ashton B. Carter, John D. Steinbruner und Charles A. Zraket (Hrsg.), *Managing Nuclear Operations*, Washington 1987, S. 17–S. 47, insbes. Anm. 1; ferner Thomas B. Cochran, William M. Arkin und Milton M. Hoenig, *Nuclear Weapons Databook*, Bd. I: U.S. Nuclear Forces and Capabilities, Cambridge/Ma. 1984, S. 15; zur Entwicklung der Megatonnage siehe: *Annual Report of the Secretary of Defense*, 1984, Washington 1984, S. 55, sowie Cochran u. a. (Hrsg.), *Nuclear Weapons Databook*, Bd. II: U.S. Nuclear Warhead Production, Cambridge 1987, S. 17.

² Albert Wohlstetter, *Racing Forward? Or Ambling Back?*, in: *Survey*, XXII (Frühjahr/Sommer 1976), S. 163–S. 217.

zigen oder gar die besten Anhaltspunkte. Eine kleine Atomwaffe hat proportional mehr Zerstörungskraft als eine große, denn der effektive Detonationswert (yield) entspricht etwa dem gesamten Detonationswert hoch zwei Drittel ($Y^{2/3}$). Bei „harten“, d. h. gut geschützten Zielen ist die „Zerstörungswahrscheinlichkeit“ eher eine Funktion der Zielgenauigkeit als des Detonationswerts³. Tabellen, die auf einer komplexeren Berechnungsgrundlage als der der Gesamtsprengkraft beruhen, zeigen, daß die Zerstörungskapazität des Waffenarsenals der Vereinigten Staaten seit der Mitte der sechziger Jahre gesunken ist, allerdings nicht sehr stark; inzwischen sind auch neue Einsatzsysteme dazugekommen oder alte ersetzt worden (M-X, Midgetman, Trident I und II, Pershing II usw.). Somit kann jeder, dem sein Gefühl die Überzeugung eingibt, die USA hätten an einem Rüstungswettlauf teilgenommen oder nähmen immer noch daran teil, auch seine Beweise dafür finden. Zur Untermauerung dieser These könnte der Präsident der Vereinigten Staaten selbst zitiert werden, bezog Reagan sich doch zu Beginn der achtziger Jahre wiederholt genüßlich auf eine Zeitungscharikatur, in der Leonid Breschnew zu einem russischen General sagt: „Mir gefiel der Rüstungswettlauf besser, als wir noch die einzigen Teilnehmer waren.“⁴

Der vorliegende Aufsatz zielt nicht darauf ab zu beweisen, daß es kein Wettüben gibt oder daß es zum Stillstand gekommen war und von der Regierung Reagan wieder aufgenommen wurde. Das Interesse gilt hier nur dem rasanten Anwachsen des nuklearen Waffenarsenals der Vereinigten Staaten bis zur Mitte der sechziger Jahre, der darauffolgenden Stagnation und dem leichten Rückgang danach. In den fünfzehn Jahren nach 1950 erhöhten die USA die Zahl ihrer Kernwaffen in einer Größenordnung von etwa ein bis fünf Stück pro Tag. Oder anders ausgedrückt, an jedem x-beliebigen Tag vermehrten die Amerikaner damals ihr Arsenal um das Äquivalent der Gesamtsprengkraft aller im Zweiten Weltkrieg auf Deutschland und Japan abgeworfenen Bomben. Es ist nicht ohne weiteres begreiflich, weshalb so viele Waffen mit einer solch entsetzlichen Zerstörungskraft aufgehäuft wurden. Das war sogar dem damaligen Präsidenten Dwight D. Eisenhower nicht ersichtlich. Mitte der fünfziger Jahre, als die Vereinigten Staaten nicht mehr als nur etwa 5000 Bomben und Gefechtsköpfe besaßen, fragte er in sichtlichem Erstaunen den Stabschef der Luftwaffe: „Was sollen wir denn mit dieser ungeheuren Menge von Waffen anfangen?“ Als das amerikanische Arsenal am Ende seiner Amtszeit an die 20 000 Atomwaffen zählte, bezeichnete Eisenhower dies als „unglaublich“ und „ungeheuerlich“⁵. Nicht viel einleuchtender aber ist, weshalb der Aufbau des Arsenals ein paar

³ Bei der Bekämpfung „harter Ziele“ ist das CEP (Circular Error Probable) einer Waffe ein Schlüsselbegriff, d. h. jener Kreis um den Zielpunkt, innerhalb dessen eine Trefferquote von 50% zu erwarten ist. Der Berechnung dient folgende Standardformel: $Y^{2/3}/CEP^2$.

⁴ So zum Beispiel in seinem Interview mit Vertretern der westeuropäischen Presse am 21. Mai 1982; vgl. Public Papers of the Presidents of the United States: Ronald Reagan, 1982, 1. Band, Washington 1983, S. 697. Reagan bezog sich auf diese Karikatur noch dutzendmal bei anderen Gelegenheiten.

⁵ Stephen E. Ambrose, *Eisenhower, the President*, New York 1984, S. 314, S. 432 f., S. 456 ff., S. 493.

Jahre später ins Stocken geriet bei Zahlen, die noch einmal um etwa die Hälfte höher lagen als die von 1960/61.

Weshalb wurden in den fünfziger und frühen sechziger Jahren in einer derartigen Wachstumsrate Waffen angehäuft? Warum setzte sich diese Akkumulation nicht bis in die späten sechziger und in die siebziger Jahre hinein fort? Diese Fragen sind nicht nur als eine Art historisches Puzzle von Interesse. Die Antworten darauf können vielleicht ein umfassenderes und allgemeineres Problem beleuchten: Wie bewältigt die Regierung der Vereinigten Staaten – vielleicht Regierungen allgemein – Entscheidungsfragen genuin ethisch-moralischer Qualität?

Ethische Aspekte

Im gesamten Wirkungsfeld des Staates gibt es nichts, was seinem Charakter nach so offensichtlich schlecht ist wie die Atomwaffen. Der verstorbene Herman Kahn begann einmal einen Vortrag vor Waffentechnikern im Lawrence Livermore National Laboratory mit den Worten: „Niemand mag die Sachen, die sie hier machen.“ Obwohl es ebenfalls nur Waffen sind, unterscheiden sich Atombomben, Wasserstoffbomben und atomare Gefechtsköpfe vom Schwert, der Lanze und anderen Mitteln ritterlicher Kriegsführung doch so grundlegend wie nur denkbar. Sie vernichten den Feind und mit ihm alles um ihn herum; sie entfachen Brände, setzen Gift frei. Ein Einzelner, würde er seine eigene Atomwaffe zu bauen und für einen möglichen Einsatz aufzubewahren versuchen, wäre in den Augen seiner Mitmenschen ein Krimineller. Er müsste wohl Moralvorstellungen eines Größenwahnsinnigen haben, der sein persönliches Lustprinzip und sein Privatvergnügen als bedeutendes allgemeines Gut ausgibt. Es hat natürlich Regierungen gegeben, die sich so ähnlich verhielten, aber amerikanische Regierungsbeamte und der Großteil jener, denen sie verantwortlich sind, glauben, daß ihre Regierung nicht zu dieser Spezies gehört. Somit stellt sich die Frage, wie es der amerikanischen Regierung gelang, einen Bezugsrahmen ethisch-moralischer Argumentation zu errichten, innerhalb dessen die Fabrikation von Zehntausenden von Atomwaffen möglich wurde, und wieso sie dann plötzlich damit aufhören, diesen Trend brechen und das Nukleararsenal in mancher Hinsicht sogar reduzieren konnte?

Einflußreiche Denker der politischen Philosophie vertreten die These, daß Regierungen bei Entscheidungen, die grundlegende sittlich-moralische Werte berühren, anders vorgehen sollten, vielleicht sogar anders vorgehen müssen als Einzelpersonen. Für das Individuum mag die Wahl zwischen „richtig“ und „gut“ möglich sein, sich – anders gesagt – entweder nach den „absoluten“ Kriterien der Moral zu richten oder sich an „utilitaristischen“ Kriterien zu orientieren, denen es vor allem auf den Nutzeffekt einer Handlung ankommt⁶. Im zweiten und dritten Buch seiner

⁶ Andere Dichotomien und Matrices sind zwar präziser, aber nicht so leicht verständlich. Philosophen unterscheiden heute gern zwischen – Englisch ausgedrückt – „deontological and consequen-

„Politeia“ läßt Plato die Dialogpartner Glaukon und Adeimantos schrittweise zu der Überzeugung gelangen, daß der Staatsmann das „Richtige“ mitunter um des „Guten“ willen opfern muß; während bei einem Einzelmenschen Lüge Sünde sei, dürften, so beide übereinstimmend, die Regenten einer Stadt „durchaus zu einer Lüge greifen, wenn es dem Nutzen des Staates dient“. Im „Il Principe“ behauptet Machiavelli, daß der Herrscher, der ausschließlich der Stimme seines Gewissens folgt, gegen seine Pflichten verstößt. An einer häufig zitierten (und oft mißdeuteten) Stelle des fünfzehnten Kapitels sagt er, ein Fürst müsse auch lernen, schlecht zu sein. Und drei Kapitel weiter verdeutlicht er dies mit den Worten, ein Fürst könne nicht immer alle die wohlangesehenen Tugenden wahren, sei vielmehr mitunter gezwungen, „zur Erhaltung des Staates gegen Glauben, Güte, Menschlichkeit und Religion zu handeln . . . Er soll, wenn möglich, am Guten festhalten, aber im Notfall auch vor dem Schlechten nicht zurückschrecken.“ Max Weber unterschied später zwischen einer Gesinnungsethik, deren Handlungsgrundsätze durch die Überzeugung, und einer Verantwortungsethik, deren Maximen von der Verantwortung diktiert würden.

In unserem Jahrhundert sind dazu zwei grundverschiedene Thesen vorgetragen worden. In seinem Buch „Moral Man and Immoral Society“ vertritt der amerikanische Theologe Reinhold Niebuhr die Auffassung, daß eine Regierung überhaupt keine moralischen Entscheidungen im eigentlichen Sinne fällen könne, da Moralität und Ethos sich nur dann zeigen können, wenn eine Wahlmöglichkeit zwischen der Opferung oder der Durchsetzung von Eigeninteressen bestehe. Die moralische Entscheidung lasse sich gemeinhin am Gleichnis vom Barmherzigen Samariter exemplifizieren, in ihrer außergewöhnlichsten Form am Beispiel der Kreuzigung zeigen. Ein Einzelner könne ein derartiges Opfer in Betracht ziehen, Staaten oder Gruppen aber ebensowenig wie deren Repräsentanten. „Je größer die Gruppe“, schreibt Niebuhr, „desto egoistischer wird sie innerhalb der menschlichen Gemeinschaft auftreten.“⁷ In anderen Worten, Niebuhr ist der Ansicht, kein Führer, keine Regierung, keine Gruppe könne irgendeiner Norm des „Richtigen“ unverrückbar anhängen; sie könnten allenfalls nach einer Verwirklichung des „Guten“ trachten.

Die Gegenthese vertritt am klarsten der italienische Neu-Hegelianer Benedetto Croce. Er greift eine Version des „psychologischen Hedonismus“ auf (wonach der Mensch, selbst wenn er Pein auf sich nehme, in Wahrheit nach Lust strebe) und behauptet, daß die Entscheidung des Einzelnen überhaupt keine echte ethisch-moralische Entscheidung darstelle. Handelt ein Mensch nach „absoluten“ sittlichen Kriterien, so wird seine Entscheidung, so sehr sie auch als Opfer erscheinen mag, trotzdem doch immer von seinem Eigeninteresse bestimmt sein. Nach Croce stellen

„tialist choices“. Diese Begriffe mögen zwar genauer sein, aber ich bringe es nicht über mich, sie zu verwenden. Vgl. J.L. Mackie, *Ethics: Inventing Right and Wrong*, New York 1977, S.149 – S.168. Einen meisterlichen Überblick über den Gegenstand und die einschlägige Literatur liefert Joseph W. Nye, *Nuclear Ethics*, New York 1986.

⁷ Reinhold Niebuhr, *Moral Man and Immoral Society*, New York 1932, S. 47.

sich moralische Entscheidungen nur dann, wenn die Interessen Dritter ins Spiel kommen. Ein einzelner Soldat könnte sich entschließen, aus Ehrgefühl oder Stolz sein Leben zu wagen, doch es ist sein Vorgesetzter, der die Entscheidung fällen muß, ob er das Leben seiner Soldaten riskieren oder das befehlsgemäße Ziel seines Auftrages aus den Augen verlieren will. Entscheidungen im Namen des Staates stellen für Croce die höchste, vielleicht sogar die einzige Form „konkreter Moralität“ („*moralità concreta*“) dar⁸.

Der amerikanische Philosoph John Rawls versuchte hinsichtlich des moralischen Urteils des Individuums unlängst, den Graben zwischen dem „Richtigen“ und dem „Guten“, dem „Absoluten“ und dem „Utilitaristischen“ zu überbrücken. In seinem Buch „*Theory of Justice*“ schlägt er vor, man solle „absolute“ Wertnormen auf „utilitaristische“ Ziele beziehen. Ebenso wie John Stuart Mill wird Rawls vorgeworfen, eigentlich plädiere er für eine Hierarchie „utilitaristischer“ Werte, in der „Freiheit“ an erster Stelle stehe. Wie dem auch sei, Rawls beruft sich auf denselben gesunden Menschenverstand wie Kant, als er vom Kategorischen Imperativ – jenes Diktat des Gewissens, das weder selbstsüchtiger Berechnung noch blinder Emotion entspringt – sagte, er gehe aus dem „moralischen Erkenntnisvermögen der allgemeinen menschlichen Vernunft“ hervor⁹.

Was die Entscheidungsbildung des Staatsmannes oder Staates auf ethischer Grundlage angeht, vertritt nun ein anderer Amerikaner Ansichten, die den Gedanken von Rawls nahestehen. Dieser Mann, Paul H. Nitze, ist eher als politischer Akteur denn als politischer Denker bekannt geworden. Obwohl die Öffentlichkeit von ihm hauptsächlich als Politiker, Unterhändler und Meinungsführer Notiz nimmt, der in der Verteidigungspolitik und der Rüstungskontrolle eine „harte Linie“ vertritt, wird er vermutlich trotzdem eher als Verfasser von Essays zur Theorie der Staatskunst in die Geschichte eingehen. In einem Essay von 1960 mit dem Titel „*The Recovery of Ethics*“ entwickelt Nitze die These, alle Entscheidungen einer Regierung trügen einen „nicht reduzierbaren ethischen Gehalt in sich“. Nach Nitze besteht das Wesen der Staatskunst im Erkennen des „ethischen Bezugsrahmens“, der den jeweils anstehenden Entscheidungen gerecht wird¹⁰. Der Staatsmann hat es mit zahlreichen Bezugsgruppen zu tun, sagt Nitze. Benutzt er bei seinen Überlegungen oder Erklärungen das Pronomen „wir“, so mag er es vielleicht auf sich selbst beziehen, vielleicht auf seine Familie oder auf seine Partei, auf seine Behörde, seinen oder seine Vorgesetzten, auf sein Ministerium, seine Nation, sein Verfassungssystem, seinen Teil der Welt oder vielleicht auf die gesamte Menschheit. Bei allen Entscheidungen muß er, wie Nitze meint, zu allererst definieren, für welches „wir“ er handelt,

⁸ Benedetto Croce, *Etica e politica*, Bari 1945, S. 232. Die englische Übersetzung (von Salvatore J. Castiglione) in *Politics and Morals*, New York 1945, S. 30, lautet „*concrete morality*“, was zwar wörtlicher, aber weniger genau wiedergegeben zu sein scheint.

⁹ John Rawls, *A Theory of Justice*, Cambridge 1971. Sein Hinweis auf die Verbindung zu Kant findet sich auf S. 251 – S. 257. Eine treffende Zusammenfassung der Kritik findet sich in Alan Brown, *Modern Political Philosophy*, London 1986, S. 55–S. 86.

¹⁰ Paul H. Nitze, *The Recovery of Ethics*, New York 1960, S. 21.

gegebenenfalls auch das entsprechende „sie“. Jeder „wir-sie“-Konstellation entspricht ein eigener ethischer Bezugsrahmen, wozu nicht nur die jeweiligen „utilitaristischen“ Ziele, sondern in gewisser Hinsicht auch die jeweiligen „absoluten“ Normen gehören. Hier richten sich Nitze wie Rawls an Kant (oder wenigstens an einem von Max Weber modifizierten Kant) aus, an einem Kant, für den unter den Forderungen des Gewissens die Pflicht den ersten Rang einnimmt (wobei Max Weber klarmacht, wie die Pflichten eines Staatsdieners aus seinem Status und seiner Funktion heraus definiert werden können). Geht man nun davon aus, daß jegliches Regierungshandeln auch eine moralische Entscheidung bedingt (Croces „konkrete Moralität“), so folgt daraus, daß die Untersuchung jeglichen Entscheidungsverhaltens dem ethischen Bezugsrahmen Rechnung zu tragen hat, der den getroffenen Entscheidungen zugrundegelegt wurde.

Auf der Basis dieser Reflexionen können wir uns nun den einzelnen Entscheidungen zuwenden, die von der amerikanischen Regierung in bezug auf ihre Atomwaffen getroffen wurden, und uns fragen, welche Muster ethischer Rechtfertigung und moralischer Begründung dort zu entdecken sind. Man muß dazusagen, daß auf solche Argumentationsmuster bestenfalls indirekt geschlossen werden kann. Wir spekulieren hier über menschliche Gedanken und Vorstellungen, einige Spekulationen richten sich gar auf kollektive Denkweisen. Dabei muß die Hypothese gelten, daß menschliches Denken im allgemeinen über die Entsetzlichkeit der Mittel hinwegsieht, die es zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles anzuwenden gezwungen sein könnte. Kein denkendes Wesen ist in der Lage, sich selbst jemals auszuloten, ein Faktum, das für eine ganze Gruppe natürlich erst recht zutrifft. Was die Sache noch komplizierter macht, ist die Tatsache, daß die Denker, von denen hier die Rede ist, nicht gerade zur Selbsterläuterung neigen, wenigstens nicht bei jenen Begriffen und Kategorien, um die es hier geht. Im öffentlichen Leben gibt es nur wenige, die wie Croce oder gar Nitze ohne Unbehagen laut nachdächten. Wie Richard Neustadt und der Autor in ihrer gemeinsamen Studie „Thinking in Time: The Uses of History for Decision-Makers“ ausführen, muß man sich, um etwas zu erfahren, in Washington den wichtigen Fragen auf Umwegen, keinesfalls in einer Art frontaler Inquisition nähern. Die Frage darf nicht lauten: „Was halten Sie für die mutmaßliche Ursache, Herr General?“, schon gar nicht: „Wie sehen Ihre Wertvorstellungen aus, Herr Minister?“ Gebildete Amerikaner scheuen es, sich in ihrem Beruf gegenseitig – geschweige denn ihre Vorgesetzten oder sich selbst – in dieser Art zu konfrontieren.¹¹ Das Urteil über die einer Entscheidung oder einem Entscheidungsprozeß zugrunde liegenden ethischen Werte muß also größtenteils aus mehr indirekten Belegen denn aus unmittelbaren Stellungnahmen gewonnen werden.

Wenden wir uns nach diesem Vorbehalt zunächst den Haupttendenzen zu, also dem ungeheuren Anwachsen und dem darauffolgenden Stagnieren des amerikanischen Kernwaffenarsenals, und fragen wir uns dann, wo genau man nach Beweisen

¹¹ Richard E. Neustadt und Ernest R. May, *Thinking in Time: The Uses of History for Decision-Makers*, New York 1986, S. 151.

für eine Art automatischer „Immoralität“ oder für Prozesse, die zu „konkreter Moralität“ führten, suchen soll. Wir werden, wie Nitze es wohl formulieren würde, also zu fragen haben, ob amerikanische Politiker ihren Entscheidungen ganz bewußt unterschiedliche ethische Bezugsrahmen zugrundelegten.

Erklärungsmodelle für das Anwachsen und die Reduzierung des amerikanischen Kernwaffenarsenals

Es gibt mindestens fünf Triebkräfte, von denen jede einzelne für die skizzierten groben Trends bei Waffenzahl und Megatonnage verantwortlich sein könnte: 1. Die Waffentechnologie, 2. die spezifischen Interessen derer, die die Waffen nutzen, 3. die „objektive Bedrohung von außen bzw. die außenpolitische Gesamtlage, 4. Personal und „Politik“, d. h. die Entscheidungsträger der obersten Etage und ihre Präferenzen, und 5. das Spannungsverhältnis zwischen Politik und öffentlicher Meinung, in dem der Entscheidungsträger nicht frei agieren, sondern reagieren muß.

Das Argumentationsmuster, nach dem die Entscheidungen zur Nuklearrüstung im wesentlichen von Wissenschaft und Technik bestimmt waren, sähe etwa folgendermaßen aus: Vor 1950 konnte das Waffenarsenal nicht wachsen, weil die zur Serienfertigung einsatzfähiger Waffen nötigen Produktionskapazitäten fehlten. Hätten die Kapazitäten zur Verfügung gestanden, wären die Waffen auch produziert worden. Die Aufstockung des Arsenal nach 1950 spiegelt den rapiden Wandel und Fortschritt im Waffendesign sowie die Fähigkeit der Rüstungslaboratorien wider, beinahe alle Spezifikationen erfüllen zu können; nicht nur veraltete Bomben und Gefechtsköpfe, sondern auch alle Trägersystemtypen konnten nun ersetzt werden. Das Stagnieren in den sechziger Jahren wäre dann die Folge einer Verlangsamung des wissenschaftlich-technischen Innovationsmoments. Der waffentechnische Fortschritt stieß an seine Grenzen. Da bemannte Flugzeuge zunehmend durch Raketen ersetzt wurden, mußten Trägersysteme weniger oft und im geringeren Maße umgerüstet werden. Gleichzeitig konzentrierte sich die Technik zunehmend auf die Verbesserung der Zielgenauigkeit als auf die Steigerung der Sprengkraft. Nach dieser These war es die Technologie, die den gesamten Prozeß der Nuklearrüstung bestimmte.

Das zweite Argumentationsmuster hebt das Eigeninteresse von Organisationen und Institutionen hervor. Danach entbrannte in den fünfziger Jahren zwischen den amerikanischen Waffengattungen ein Wettstreit um die Führungsrolle bei der Abschreckung einer kommunistischen Aggression. Wenn man der Ansicht war, daß die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten nicht genügend Truppen aufstellten und auch nicht aufstellen konnten, um die sowjetischen Armeen daran zu hindern, ihre Nachbarn zu überrennen, bot sich als Lösung des Problems Überlegenheit an Feuerkraft an. Kernwaffen haben eine immense Feuerkraft, und so versuchten Luftwaffe, Marine und Heer ihre Fähigkeit zur Nutzung solcher Feuerkraft zu maximieren. Dabei nahm jede Waffengattung die „capabilities“ der anderen entweder

nicht zur Kenntnis oder stellte sie als unbedeutend hin. Und jede von ihnen hatte ihren eigenen stets wachsenden und sich ständig wandelnden Bedarf an Atomwaffen. Damals befaßte sich die amerikanische Atomic Energy Commission (AEC) hauptsächlich mit der Produktion von Kernwaffen. Da die Commission eine größtmögliche Steigerung ihrer Produktion anstrebte, tat sie alles in ihrer Macht stehende, um den Bedarf der Streitkräfte zu decken. Die Arsenale wuchsen exponentiell. In den sechziger Jahren wandelten sich – nach dieser Argumentation – nun die spezifischen Interessen der Waffengattungen. Für die Streitkräfte verlagerte sich die Priorität zunächst auf die Bekämpfung von Aufstandsbewegungen und dann auf einen Sieg in Vietnam. Die AEC bediente mittlerweile eine florierende zivile Atomindustrie. Mit dem Wegfall des Drucks organisierter Interessen endete auch die Akkumulation weiterer nuklearer Waffen.

Ein drittes Erklärungsmodell befaßt sich mit den Überlegungen zur möglichen Nutzung der Waffen. Eisenhowers Murren mag nicht viel zu bedeuten gehabt haben, schließlich gab er fast immer sein „o.k.“, wenn ihm spezifische Empfehlungen zur Vergrößerung des Arsenalts vorgelegt wurden. Vielleicht waren im Laufe der fünfziger und frühen sechziger Jahre alle die Waffen angeschafft, die man brauchte, um die zahlenmäßige Übermacht der Kommunisten auszugleichen. Danach, Mitte der sechziger Jahre, sagten sich die führenden Leute, daß sie nun genügend Waffen hätten, um alle identifizierbaren Ziele zu zerstören. Vielleicht schätzten sie den mutmaßlichen Feind auch besser ein, und die Entwicklung des Waffenarsenals spiegelte nur das wider, was Verteidigungsminister Robert McNamara als das „Aktions-Reaktions-Phänomen“ beschrieb, „welches das Wettrüsten schürt“. Möglicherweise reflektierte die Stagnation der Zuwachsraten auch die – dank U-2 und Satellitenphotographie – laufend verbesserte Kenntnis über den potentiellen Feind¹².

Die vierte mögliche Erklärung wäre, daß sich der grundlegende Wandel weder im Bereich der Technologie noch aufgrund der spezifischen Interessen von Organisationen und auch nicht wegen der von außen kommenden Herausforderungen vollzogen hat, sondern daß sich einfach die Menschen und die Prioritäten der Regierung geändert hatten. Die rapide Aufstockung geschah unter den Präsidenten Truman und Eisenhower, die Trendwende vollzog sich unter John F. Kennedy, Lyndon B. Johnson und Richard Nixon; vielleicht hatten verschiedene Regierungen nur verschiedene Ansichten über Atomwaffen. Oder Robert McNamara, Verteidigungsminister unter Kennedy und Johnson, war jene Schlüsselfigur, der das Pentagon mit seinen „whiz kids“ gut im Griff hielt.

¹² Robert S. McNamara, Address before the Annual Convention of United Press International Editors and Publishers, San Francisco, September 18, 1967, in: U. S. Department of State, American Foreign Policy: Current Documents, 1967, Washington 1969, S. 17–S. 25. Die besten Darstellungen zu den allgemeinen Tendenzen der amerikanischen strategischen Doktrin sind: William W. Kaufmann, The McNamara Strategy, New York 1964, und Henry S. Rowen, The Evolution of Strategic Nuclear Doctrine, in: Laurence Martin (Hrsg.), Strategic Thought in the Nuclear Age, Baltimore 1979, S. 157–S. 186. Zur allgemeinen Entwicklung vgl. Lawrence Freedman, The Evolution of Nuclear Strategy, New York 1981.

Eine fünfte Variante schließlich könnte den Stellenwert der öffentlichen Meinung und des Kongresses besonders betonen. Vielleicht war Anwachsen und Abnehmen des Waffenarsenals einfach nur eine Funktion der öffentlichen Einstellung gegenüber Atomwaffen. Ihre ungeheure Anhäufung wäre dann ein Produkt der Angst, die der beginnende Kalte Krieg, der Krieg in Korea und der Sputnik ausgelöst hatte. Das Ende des Wachstumstrends stünde nach dieser Ansicht dann im engen Zusammenhang mit der offensichtlichen Entspannungsphase nach der Kuba-Krise.

Jedes dieser fünf Erklärungsmuster fand bei wenigstens einem der interviewten Experten aus den fünfziger und sechziger Jahren vorbehaltlose Unterstützung. Als der Autor einen ersten Entwurf dieses Aufsatzes im Rahmen eines Seminars im Lawrence Livermore Laboratory vortrug, sagten alle Anwesenden, Schlüsselfaktor sei die Technologie gewesen. Admiräle und Generäle des Heeres im Ruhestand haben mit noch größerer Bestimmtheit versichert, daß die Erklärung für die Expansion in den fünfziger Jahren einzig und allein in der bürokratischen Durchschlagskraft des Strategischen Bomberkommandos (Strategic Air Command) der Air Force zu suchen sei. (Als die Rede auf den potentiellen Feind kam, unterlief zwei Admirälen unabhängig voneinander derselbe Freudsche Versprecher: „Die Luftwaffe . . . Ich meine, die Sowjetunion . . .“) In sehr vielen amtlichen Dokumenten wird die Anzahl der Atomwaffen ausschließlich in Beziehung gesetzt zu der Einschätzung der sowjetischen militärischen Bedrohung und der amerikanischen bzw. der alliierten Verteidigungsfähigkeit. Jeder der befragten zivilen Vertreter der Regierung Kennedy und Johnson, Leute, die wirklichen Einblick hatten, versicherte dem Autor, der Wandel sei das Ergebnis einer bewußten politischen Entscheidung (in mehreren Fällen gar die des Befragten) gewesen. Jeder Kronzeuge aus der Zeit der Eisenhower-Regierung dagegen versicherte, daß dem nicht so sei. Veteranen des Kongresses und der Washingtoner Berichterstatter schließlich, ebenso wie Personen, die sich in der Anti-Atomwaffenkampagne engagiert hatten, sind mehr oder minder überzeugt davon, daß sie es waren, die diesen Wandel herbeigeführt haben.

Offensichtlich spielten alle fünf Kräfte und Faktoren – darüber hinaus vielleicht auch noch andere – eine Rolle. Man kann leicht zeigen, daß dies in vergleichbaren Konstellationen genauso aussähe. Nehmen wir einmal an, wir hätten die gleichen Entwicklungstendenzen zu interpretieren, es ginge aber um die Straßenkampfwaffen der New Yorker Stadtpolizei. Eine der möglichen Erklärungen könnte sein, daß neue Waffen zu einem unwiderstehlich niedrigen Preis hergestellt wurden, eine andere, daß „New York's finest“ ihren Status daraus ableiten, daß sie Waffen für den Straßenkampf tragen. Oder man könnte dies mit der Häufigkeit von Krawallen korrelieren. Oder die ganze Entwicklung geht einfach auf einen freien Entschluß des Bürgermeisters und des Polizeichefs zurück; vielleicht reagierten die aber nur auf Druck vom Stadtrat, auf Leitartikel der New York Times, auf Briefe aus der Wählerschaft oder eine Schar von Plakatträgern vor dem Gracie Mansion.

Abstrakt lassen sich diese fünf Kräfte folgendermaßen bestimmen: 1. Angebot/Preis, 2. Nachfrage des Nutzers, 3. äußere Konkurrenz, 4. Einstellung und Denkweise des Handelnden, 5. das Umfeld des Handelnden. Obwohl allen diesen Fakto-

ren ein gewisses Maß an Subjektivität zuzuschreiben ist, so werden wohl nur unter 4. und 5. bewußt moralische Entscheidungen wirksam. Gewinnen nun Angebot/Preis, die Nachfrage des Nutzers oder äußere Konkurrenz die Überhand, dann hätte subjektives Urteil vor scheinbar objektiven Indices kapituliert. Die Handelnden oder Entscheidungsträger hätten sich dann wohl gesagt: „Bei diesem Preis können wir nicht nein sagen“ oder „Wenn sie's wollen, müssen wir's ihnen geben“ oder „Wenn die andere Seite sich so und so verhält, dann können wir eben nur so und nicht anders antworten“. Da wäre dann selbst für ein sehr zurückhaltendes Urteil darüber wenig Raum, welche Handlungsweise hier der anderen nun moralisch überlegen sei.

Selbst wenn man die Weisheit des Aphorismus', daß „alles mit allem zusammenhängt“, schätzt, so wird man sich doch zu einem präziseren Urteil über den jeweiligen Einfluß der verschiedenen Faktoren durchringen müssen. Könnten wir die uns zur Verfügung stehenden Daten „messen“, ließe sich die Rangordnung und das Gewicht der einzelnen Faktoren mittels einer Regressions- oder Korrelationsanalyse bestimmen. Da in unserem Fall aber alle unabhängigen Variablen nicht quantitativer, sondern qualitativer Natur sind, ist das nicht möglich. Es dürfte klar sein, daß die Interaktion von Motiven, Handlungen und Entscheidungen damals so komplex und kompliziert gewesen ist, daß das Gewicht einzelner Einflußstränge überhaupt nicht präzise bestimmbar ist.

Unter solchen Umständen kann spekulatives Nachdenken dadurch geschärft werden (wie ich in ganz anderem Zusammenhang gezeigt habe¹³), daß man nicht allein danach fragt, wie gut mit einem bestimmten Einflußfaktor im Nachhinein erklärt werden kann, was tatsächlich eintrat, sondern auch danach, ob ein (diesem Faktor besonderes Gewicht beilegendes) Denkmodell bereits im Vorhinein zu einer überdurchschnittlichen Prognose dessen hätte führen können, was später dann auch wirklich passierte. Oder anders ausgedrückt, hätte jemand, der Ende der vierziger Jahre intensiv über die künftige technologische Entwicklung nachgedacht hätte unter der Annahme, daß die Technik den Trend der Nuklearrüstung bestimme, bessere Voraussagen über die kommende Entwicklung treffen können als jemand, der bei seinen Überlegungen zum Beispiel von der Prämisse ausgegangen wäre, die spezifischen Interessen von Organisationen und Institutionen seien der ausschlaggebende Faktor? Retrospektive Erklärungen versuchen Kausalitäten aufzuzeigen, kausale Faktoren zu identifizieren. Der hier hilfswise vorgeschlagene Ansatz dagegen fragt danach, welche Annahmen die Prognostik verbessert hätten. Es geht also nicht um Kausalitäten, sondern um Indikatoren. Ursachen und Anzeichen haben miteinander zu tun, sie sind aber nicht identisch. Die Warnsignale eines Wirbelsturms sind nicht unbedingt dessen Ursache. Die Identifikation und Analyse von Warnsignalen kann jedoch zu einem besseren Verständnis der Ursachen führen und umgekehrt.

¹³ Ernest R. May, *The Making of the Monroe Doctrine*, Cambridge/Ma. 1975, insbes. S. 254–S. 260. Die Ableitung von Croce dürfte ersichtlich sein. Vgl. den Kommentar zu Weber bei Raymond Aron, *Main Currents in Sociological Thought*, London 1971, II, S. 197–S. 202.

Meine erste Schlußfolgerung läuft nun darauf hinaus, daß keines der vorgestellten Erklärungsmuster allein – wenn wir noch einmal unseren fiktiven Denker Ende der vierziger Jahre bemühen wollen – ausgereicht hätte, um einen sicheren Tip über die dann tatsächlich eintretende Entwicklung abzugeben. Die bestmögliche Voraussage hätte sich wohl aus dem Nachdenken über *das System* ergeben, in dessen Rahmen die Entscheidungen über das Atomwaffenarsenal getroffen werden sollten. „System“ wäre mit den Fragen zu umschreiben: Wer nahm an der Entscheidungsfindung teil? Welche Verfahren wurden angewandt? Welcher analytische Rahmen galt als legitim. Kurz, intensives Nachdenken darüber, *wie* die Entscheidungen getroffen würden, hätte eine bessere Voraussage der Entwicklung erbracht als das Nachsinnen über Technologie *oder* spezifische Organisationsinteressen *oder* die äußere „Bedrohung“ *oder* die Unterschiede zwischen Eisenhower und Kennedy *oder* zwischen Eisenhowers Verteidigungsministern und Robert McNamara *oder* über die Umfragen Gallups.

Man könnte natürlich, Zeitabschnitt für Zeitabschnitt, die Gründe dafür darlegen, weshalb keine unter all den wirkenden Einzelkräften – Technologie usw. – als bestimmendes retrospektives Erklärungselement oder als nützliches Element einer Vorhersage dienlich sein kann, die gebotene Kürze erlaubt jedoch lediglich eine Darlegung, weshalb eine *bessere Kenntnis des Entscheidungssystems* zu verbesserten prognostischen Fähigkeiten hätte führen können. Danach mache ich im Lichte dieses Befundes den Versuch, einige Ursachen genauer zu bezeichnen, um dann schließlich zu der Frage zurückzukehren, was das hinsichtlich der ethischen oder moralischen Entscheidungsfindung von Regierungen bedeutet.

Nachdrücklich soll hier hervorgehoben sein, daß damit nicht behauptet wird, die Organisationsform von Institutionen sei in sich schon ein mächtiger Kausalitätsfaktor, sondern lediglich, daß sie zu den deutlichsten Hinweisen auf jene Kräfte zählt, die unter der Oberfläche wirksam wurden. Im nachhinein zu fragen, weshalb ein Entscheidungssystem sich wandelte, ist vielleicht eine der besten Methoden, um zu komplexen Erklärungsmodellen zu gelangen – in unserem Fall zu der Beurteilung, wie Technologie, institutionelle und politische Prozesse zusammengewirkt haben. Genauso kann der Versuch, sich im vorhinein über mögliche Veränderungen im Entscheidungssystem Gedanken zu machen, auch – noch ehe die Ereignisse eintreten – den Sinn für Wandlungsprozesse schärfen, die vielleicht schon im Gange sind.

Die Herausbildung des „Overkill“-Systems

Betrachten wir nun also das System, das nach 1949 zu der rasanten Expansion des amerikanischen Atomwaffenarsenals führte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Atomenergiebehörde – Atomic Energy Commission (AEC) – als zuständiges Entscheidungsorgan für die Nuklearwaffen gegründet. Der Kongreß bestand auf einer rein zivilen Behörde, weil viele Abgeordnete dem Militär nicht gerne die Kontrolle überlassen wollten. Außerdem glaubten viele, daß der friedlichen Nutzung der

Kernenergie größere Bedeutung zukommen würde als den Kernwaffen. Die militärischen Interessen sollten durch ein Military Liaison Committee im Pentagon wahrgenommen werden, das der AEC die Waffenwünsche der Joint Chiefs of Staff (JCS) mitteilen würde. Ein General Advisory Committee, besetzt mit unabhängigen, nicht der Regierung angehörenden Experten, sollte die Verbindungen zwischen der Atomenergiebehörde und den zivilen Wissenschaftlern und Ingenieuren sicherstellen. Den Entscheidungszirkel dachte man sich also sehr eng: Die Atomic Energy Commission (beraten von ihren Ausschüssen) wäre direkt dem Präsidenten unterstellt, dieser (beraten von seinem Stab und seinen Haushaltsexperten) wiederum würde das neu geschaffene Congressional Joint Committee on Atomic Energy (JCAE) konsultieren. Die gemeinsamen Beschlüsse hatte das AEC durchzuführen.

Als sich der Kalte Krieg verschärfte, änderte sich dieses System. Da Truman die Militärausgaben niedrig zu halten versuchte, sahen sich die Streitkräfte nach Unterstützung bei ihnen gewogenen Abgeordneten im Kongreß um. Den durchschlagendsten Erfolg erzielten sie immer dann, wenn sie von Vorkehrungen für eine hochtechnologische Kriegführung sprachen und nicht etwa von solchen Dingen wie Einberufungen oder dem Bau von Kriegsschiffen. Die Atombombe bildete das Schlüsselement, „die absolute Waffe“, das amerikanische Geheimnis, und was aus der Sicht des Pentagon der Clou war: sie kostete nichts, weil alle Atombomben über den Etat der AEC und nicht aus dem Haushalt der Streitkräfte finanziert wurden. Dem Militär war an einer höheren Produktionsrate und mehr Kontrollbefugnissen gelegen, aber der AEC-Vorsitzende, David Lilienthal, sperrte sich dagegen. Obwohl er sich privat oft über die Argumente der Militärs lustig machte, behauptete er nicht, daß deren Forderungen überzogen seien. Er sagte nur, er könne diesen Forderungen ohne Einsichtnahme in die entsprechenden Kriegspläne nicht nachkommen – eine Bedingung, die natürlich von vorneherein unannehmbar war¹⁴. Als sich dann die JCAE auf die Seite der Streitkräfte schlug, mußte Truman die Sache entscheiden.

Trotz des berühmten Wahlspruchs auf seinem Schreibtisch („The buck stops here!“) reagierte Truman so, wie Präsidenten es eben tun. Statt sich für eine der beiden Parteien zu entscheiden, schaltete er in Form des von ihm neu geschaffenen National Security Council (NSC) eine Vermittlungsinstanz ein, die darüber befinden sollte, ob nun die Produktion spaltbaren Materials ausgeweitet werden sollte oder nicht. Dem NSC-Unterausschuß gehörten der Vorsitzende der Atomenergiebehörde, der Verteidigungsminister und der Außenminister an.

Während der nationale Sicherheitsrat sich beriet, entdeckte die Luftwaffe den ersten sowjetischen Atomtest. Einige Wissenschaftler und Berater der AEC hatten

¹⁴ Richard G. Hewlett und Francis Duncan, *Atomic Shield 1947/1952*, University Park/Pa. 1969, S. 180f. Hierbei handelt es sich um den Band II der offiziellen Geschichte der amerikanischen Atomenergiebehörde. Wenn nicht anders vermerkt, stützen sich meine Ausführungen zu der Diskussion während dieser Periode entweder auf dieses Werk oder auf die ausgezeichnete Monographie von David Alan Rosenberg, *The Origins of Overkill: Nuclear Weapons and American Strategy, 1945–1961*, in: *International Security*, VII (Frühjahr 1983), S. 3–S. 71.

mittlerweile gegen den Widerstand ihres eigenen Vorsitzenden bereits Unterstützung für die Position der Joint Chiefs of Staff und des Congressional Joint Committee on Atomic Energy erkennen lassen. Warum sollen wir nicht expandieren, fragten sie, solange der Kongreß dafür bezahlt? Einige der Dissidenten traten darüber hinaus für ein Fusionswaffenprojekt, für eine Wasserstoffbombe – die „Superbombe“ – ein, deren Sprengkraft mehr als das Hundertfache der Hiroshimabombe betragen würde. Das General Advisory Committee der Atomenergiebehörde unter Leitung des einstigen Chefs der Laboratorien in Los Alamos, J. Robert Oppenheimer, drängte Lilienthal, zwar die Produktionsanlagen zu erweitern, das „Superbomben“-Projekt jedoch nicht zu verfolgen. Die meisten AEC-Mitglieder stimmten der Empfehlung des Oppenheimer-Ausschusses zu, doch Lewis Strauss widersetzte sich. Strauss' abweichende Meinung fand sofort die Unterstützung des Pentagon und des JCAE und machte die „Superbombe“ zum zweiten Streitpunkt, über den der Präsident entscheiden mußte. Auch diesmal wälzte Truman die Entscheidung auf den NSC-Unterausschuß ab.

In beiden Fällen fiel das Urteil, wie es JCS und JCAE es wünschten. Die Beziehung des Außenministers schuf die Möglichkeit, daß Lilienthal immerhin überstimmt, sein Vorschlag nicht schlicht und einfach verworfen wurde. Nachdem er seine Sache nach besten Kräften verteidigt hatte, beugte sich Lilienthal schließlich der Mehrheit und stimmte einer Empfehlung an den Präsidenten zu, die Produktionskapazitäten auszuweiten und die „Superbombe“ zu entwickeln. Sein Gesicht konnte er nur durch den Vorbehalt wahren, daß die Entscheidung zur tatsächlichen Produktion der „Super“ aufgeschoben werden sollte.

Die Debatten waren alles andere als steril, im Gegenteil, sie zählten zu den umfassendsten und tiefeschürfendsten Diskussionen der ganzen Nachkriegszeit. Sie mündeten in die grundlegende Revision der Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten, wie sie in dem berühmten Dokument NSC-68 Gestalt angenommen hat. Unter den Beteiligten fanden sich fraglos die besten Köpfe ihrer Generation. Außenminister Dean Acheson standen George Kennan und Paul Nitze zur Seite, zur AEC-Gruppe gehörten nicht nur Oppenheimer und Edward Teller, sondern, neben anderen, auch Isidor Rabi, Hans Bethe und James Bryant Conant. Die Stabsarbeit im Pentagon leitete General Lauris Norstad, wohl der vorzüglichste Militärplaner, der damals die Uniform trug. Die Debatte berührte jeden nur denkbaren Aspekt, die möglichen Reaktionen der Russen, die der Alliierten und der neutralen Staaten, die Haltung der Fraktionen im Kongreß und der Wählerschaft; ferner die denkbare militärische Anwendung von Waffen mit großer und solcher mit geringer Sprengkraft sowie die verschiedenen Funktionen von Kernwaffen als reine, nie zum Einsatz kommende Abschreckungsmittel und schließlich die Anschaffungskosten und die Wartungskosten, aufgeschlüsselt nach Dollar wie nach wissenschaftlich-technischem Personalaufwand. Die ethische Dimension wurde ebenfalls nicht außer acht gelassen. Von den vielen Argumenten des General Advisory Committee gegen die „Superbombe“ handelte eines beispielsweise von den „Gefahren für die Menschheit“. Außenminister Acheson gab besondere Anweisung, daß sich die Stabspapiere

für das Sonderkomitee eigens mit den „moralischen Aspekten“ der Entscheidung über die „Superbombe“ zu befassen hatten. Kennan schrieb ein Memorandum von 79 Seiten Länge, das sich über weite Strecken mit diesen Fragen auseinandersetzte; noch heute gehört es zu den eindringlichsten Abhandlungen über das faustische Dilemma, das durch Waffen heraufbeschworen wird, die über eine so gewaltige Vernichtungskraft verfügen, daß sie den Krieg zwar unwahrscheinlich machen, ihr tatsächlicher Einsatz aber katastrophale Folgen nach sich zöge¹⁵.

Gleichwohl, diese Art der Entscheidungsfindung führte ziemlich genau zu jenen Ergebnissen, die von einem solchen System zu erwarten waren. Selbst nach Einbeziehung des Außenministers blieb der Entscheidungszirkel klein. Im Pentagon wie im Außenministerium gab es nur eine Handvoll eingeweihter Offiziere und Beamter. Im Umgang miteinander waren sie fast so vorsichtig wie jene Gruppe, die vor und während des Zweiten Weltkrieges mit den Abfangoperationen von „MAGIC“ und „ULTRA“ zu tun hatte. Das JCAE war im Grunde die einzige Stimme des Kongresses, das Komitee selbst war praktisch nur durch seinen Vorsitzenden vertreten. Der Allgemeine Beratende Ausschuß der Atomenergiebehörde war der einzige Vertreter der amerikanischen Öffentlichkeit, und die Bestimmungen des Atomenergiewetzes von 1946 untersagten Besprechungen über Fragen der Kernwaffen sogar mit der britischen und der kanadischen Regierung.

Die Tatsache, daß dies ein solch geschlossener Zirkel war, wirkte sich auf die Art und Weise der Entscheidungsfindung ebenso aus wie auf den Charakter der in Betracht gezogenen Argumente. Ganz egal, welche Überlegungen das General Advisory Committee vortrug, welche Instruktionen Acheson seinem Stab gab oder wie elegant Kennans Formulierungen auch immer ausfallen mochten, wirksame Argumente mußten immer pragmatisch sein – in ihrer Formulierung zumindest –, denn was es aus dem Felde zu schlagen galt, waren die Argumente der Militärs. Die Generalstabschefs konnten immer ein Urteil darüber abgeben, wie zusätzliche oder stärkere Atomwaffen von ihnen oder vom Feind vermutlich eingesetzt würden. Auf gleicher Ebene konnte die Atomenergiebehörde mit ihren Wissenschaftlern und Beratern nur dann mitreden, wenn technische Spezifikationen der Waffen oder die Schwierigkeiten zur Debatte standen, die die Russen damit haben oder nicht haben würden. Vertreter des Außenministeriums konnten sich zwar über sowjetische Absichten äußern, aber doch nur wenig unwiderlegliche Beweise dafür erbringen. Auch konnten sie Ausführungen über die Interessen und die mögliche Reaktion der Alliierten wie der „Weltmeinung“ machen, mußten zugleich aber einräumen, daß nur sehr wenige ausländische Beobachter überhaupt eine wohlbegründete Meinung haben konnten. Bis zu dem Zeitpunkt, wo eine Frage dem Präsidenten unterbreitet

¹⁵ Die wichtigsten Dokumente finden sich in: U.S. Department of State, Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS), 1949, I, S. 419–S. 630, und ebenda, 1950, I, S. 501–S. 598. Berichte des General Advisory Committee und der Atomic Energy Commission finden sich in ersterem Band, S. 569–S. 585, die Ansicht von Strauss ebenda, S. 596–S. 599, Acheson auch ebenda, S. 599f. Auszüge aus Kennans Memorandum von der Länge eines Buches sind im Band des Jahres 1950, S. 22–S. 44, wiedergegeben.

wurde, war JCAE der einzig autorisierte Vertreter von Kongreß und amerikanischer Öffentlichkeit.

Die Haltung der beteiligten Parteien war beinahe vorhersagbar. Das Militär, das vom Bau der sowjetischen Atombombe Notiz genommen hatte, war sich sicher, daß die Russen, falls dies technisch durchführbar war, auch in der Lage sein würden, eine „Superbombe“ zu bauen. Wegen der für das Sowjetsystem typischen Geheimhaltung würden die Vereinigten Staaten von einer solchen Entwicklung erst post festum erfahren. Gewänne die UdSSR einen sichtlichen Vorsprung in der Nukleartechnologie, so sagten die Joint Chiefs of Staff, „dann wären die Vereinigten Staaten in einer unhaltbaren Lage“. Zwar lehnten es die JCS ab, das näher zu erläutern, behaupteten zugleich aber, daß sie sich für jede verfügbare Anzahl von Nuklearwaffen in jeder Detonationsstärke wirksame Einsatzmöglichkeiten vorstellen könnten¹⁶. Überdies wären solche Waffen relativ billig. Selbst wenn die „Superbombe“ in einer Art Blitzprogramm gebaut würde, würde sie längst nicht so teuer sein wie eine Division der Army, ein Trägerverband der Marine oder ein Bombergeschwader der Air Force. Ihre friedenserhaltende Funktion wäre außerdem größer, vom möglichen Nutzen im Ernstfall gar nicht zu reden. Dies weithin akzeptierte Kalkül wurde später von Verteidigungsminister Robert A. Lovett auf die einfache Formel gebracht, daß eben eine Tonne TNT 1 700 Dollar, die entsprechende Sprengkraft bei einer Nuklearwaffe aber nur 23 Dollar koste¹⁷. Keines dieser Argumente der Militärs konnten die anderen beteiligten Parteien wirksam widerlegen.

Die Vertreter der AEC waren nur in der Lage, sich zum technisch Machbaren und zum Kostenvergleich zwischen verschiedenen Nuklearwaffen zu äußern. Die Hauptargumente gegen die „Super“, die der Leiter des General Advisory Committee vortrug, waren praktischer Natur: 1. Mittels „verstärkter“ Kernspaltungswaffen könnte ebenfalls eine sehr hohe Sprengkraft erreicht werden; 2. Fusionsexperimente könnten den knappen Vorrat an spaltbarem Material erschöpfen; 3. die Aussichten auf Entwicklung „taktischer“ Atomwaffen mit geringer Sprengkraft seien glänzend. Offener Widerspruch von Teller und anderen aus der AEC schwächten diese Argumentation aber und ermöglichte es einigen aus diesem Kreis zu sagen, daß sie die „Superbombe“ zusätzlich zu den Kernspaltungswaffen mit großer und geringer Sprengkraft wollten, daß niemand sicher sein könne, wohin die Fusionsforschung noch führe und daß Entdeckungen nun einmal zuerst von den Amerikanern und nicht von den Russen gemacht werden müßten.

Acheson und einige seiner Mitarbeiter aus dem Außenministerium steuerten ein weiteres Argument bei, indem sie darauf verwiesen, daß die Abenteuerlust der Russen wachsen könnte, falls sie die „Superbombe“ zuerst hätten oder wenn sie sonst einen Vorsprung in der Nuklearwaffentechnik erzielten. Auf jeden Fall könnten die Alliierten und Schützlinge der Vereinigten Staaten in Europa und anderswo durch eine solche Leistung so eingeschüchtert werden, daß sie vielleicht ihr Vertrauen in

¹⁶ FRUS 1949, I, S. 595 f.

¹⁷ FRUS 1952–1954, II, S. 854.

die überragenden Fähigkeiten der Amerikaner (genau dies sei immerhin eines der Fundamente ihres Widerstandes gegen den sowjetischen Herrschaftswillen) verlören. Und obgleich Kennan es als beste politische Lösung bezeichnete, sich so schnell wie möglich des Vertrauens in die Nuklearwaffen zu begeben, mußte auch er einräumen, daß der psychologische Effekt eines nuklearen Durchbruchs der Sowjetunion erheblichen politischen Schaden anrichten konnte¹⁸.

Die JCAE verwies darauf, daß die amerikanische Öffentlichkeit von ihrer Regierung erwarte, in der nuklearen Waffentechnik die Führung nicht aus der Hand zu geben. In einem zwölfseitigen Brief machte der JCAE-Vorsitzende Brien McMahon Truman eindringlich klar, das Volk würde keiner Regierung vergeben, die den Russen wissentlich die Führungsrolle überlasse¹⁹.

Dieses vergleichsweise doch sehr geschlossene System mußte beinahe unweigerlich Empfehlungen für eine maximale Produktion von Nuklearwaffen jeglicher Sorte aussprechen. Hätte es auch anders kommen können? Ja, aber in diesem Falle hätte Truman schon von einem wahrlich unerschütterlichen Vertrauen in Oppenheimer und das General Advisory Committee beseelt sein müssen, um gegen die Empfehlungen aller anderen zu entscheiden. Gewiß, er hätte das tun können, aber keiner, der das System kannte und wußte, wie es funktionierte, hätte damals wohl viel darauf wetten mögen.

Jeder, der um die Art und Weise der Entscheidungsfindung 1949/1950 wußte, hätte mit einiger Sicherheit vorhersagen können, daß auch künftig ganz ähnlich vorgegangen werden würde. Angesichts der Zusammensetzung des Kreises der Teilnehmer, ihrer jeweiligen Über- und Unterlegenheit, angesichts der ins Spiel gebrachten Argumentation (militärische und technische Erwartungen, Kosten, die Einstellung der Alliierten und Schützlinge Amerikas, die Erwartungen der Öffentlichkeit und des Kongresses) mußte es wirklich als unwahrscheinlich gelten, daß in absehbarer Zukunft irgendeinem Präsidenten zu irgendeinem Zeitpunkt eine Empfehlung unterbreitet würde, die sich dagegen aussprach, die Aufstockung des Kernwaffenarsenals immer weiter voranzutreiben.

Der Übergang von den fünfziger zu den sechziger Jahren

Truman hinterließ Eisenhower ein Entscheidungssystem, das es eigentlich jedem Präsidenten unmöglich machte, einmal „Nein“ zu einer geforderten Nuklearwaffe zu sagen. Bei seinem Amtsantritt wurde er davon in Kenntnis gesetzt, daß über die wichtigsten Fragen bereits beschlossen sei. Die scheidende Regierung hatte eine besondere Beratergruppe eingesetzt, die von niemand anderem als Oppenheimer geleitet wurde; Vannevar Bush und Allen Dulles, der bald Eisenhowers CIA-Chef werden sollte, gehörten ebenfalls dazu. In seinem Bericht informierte der Ausschuß

¹⁸ FRUS 1950, I, S. 160–S. 167.

¹⁹ FRUS 1949, I, S. 588–S. 595.

den neuen Präsidenten dahingehend, daß die schnellstmögliche „Schaffung eines möglichst großen Waffenarsenals“ nationale Politik geworden sei, und er erklärte weiter: „Ursprünglich nahm man an, daß schon wenige Atomwaffen einen künftigen Krieg entscheiden könnten und daß ein größeres Arsenal überflüssig sei. Eingehendere Studien haben jedoch ergeben, daß diese Auffassung unrealistisch ist. In den letzten Jahren wurde zunehmend deutlicher, daß es für die wünschenswerte Anzahl an Bomben nahezu keine Grenze gibt.“²⁰

Im Laufe der Präsidentschaft Eisenhowers änderte sich das Entscheidungssystem nun aber so, daß es seinen Nachfolgern die Möglichkeit zu einer Kurskorrektur bot. Es ist unklar, inwieweit Eisenhower oder Mitglieder seiner Regierung diesen Wandel absichtlich herbeiführten, ganz klar aber ist, daß Eisenhower mit den Entscheidungen, die dieses System produzierte, niemals zufrieden war. Seine eingangs zitierten Klagen könnten um viele weitere Beispiele ergänzt werden. Von Beginn seiner Amtszeit an sprach er von einem „Problem der Sättigung“ („enoughness‘ problem“). 1956 stellte der Präsident einer Gruppe führender republikanischer Kongreßabgeordneter die rhetorische Frage: „Wenn wir alles haben, um die Verwüstung zu schaffen, die wir bekanntlich anrichten können, warum zum Teufel brauchen wir dann noch mehr?“ Gegen Ende seiner zweiten Amtszeit rief er gegenüber dem damaligen AEC-Vorsitzenden John McCone aus, die Vereinigten Staaten gerieten „in eine unglaubliche Lage, nämlich genügend Waffen zu besitzen, um weltweit jedes denkbare Ziel zu zerstören – und dazu noch eine dreifache Reserve“²¹. Damit stand Eisenhower nicht allein. Auch Außenminister John Foster Dulles, anfänglich ein Enthusiast nuklearer Aufrüstung, äußerte sich späterhin ähnlich erbittert. Während einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates 1958 brach Dulles in die zornige Frage aus, ob denn niemand im Pentagon oder der Atomenergiebehörde endlich sagen wolle: „Genug ist genug!“²² Als Berufssoldat mit reicher Erfahrung im Aufbau institutioneller Bastionen und ebenso vertraut mit den Methoden der Reform per Verfahrensänderung mag er den angedeuteten Wandel womöglich bewußt herbeigeführt haben, beweisen läßt sich das aber nicht.

Ein bedeutender Wandel trat nun in der Bewertung dessen ein, was die Sowjetunion tat oder tun könnte. Als Eisenhower sein Amt antrat, war es der Nachrichtendienst der Luftwaffe, das Air Force Directorate of Intelligence (AFIN), der die Urteilsbildung über die tatsächlichen und voraussichtlichen sowjetischen Verteidigungsprogramme beherrschte. Da dieser die erbeuteten deutschen Luftbilder besaß und damit in der Lage war, Luftaufklärungsziele vorzuschlagen, und weil ferner einige der besten Geheimdienstexperten aus der Kriegszeit für das AFIN arbeiteten, war das Directorate der Aufklärung von Heer und Marine weit überlegen. Der zivile Geheimdienst, das CIA, war eine noch relativ junge Behörde. Sein Ausbau begann erst nach dem Juni 1950, und auch dann hatten die Analytiker dort noch

²⁰ FRUS 1952–1954, II, S. 1056–S. 1091.

²¹ Ebenda, S. 1469; Ambrose, Eisenhower, the President, S. 314, S. 432f., S. 456 ff.

²² Ebenda, S. 590.

strikte Weisung, sich bei der Beurteilung des sowjetischen Militärpotentials nicht auf einen Wettbewerb mit den Streitkräften einzulassen. Das blieb auch so, nachdem Allen Dulles Direktor der Agency geworden war. Er begeisterte sich eher für verdeckte Operationen wie im Iran 1953 oder in Guatemala 1954. Schwierigkeiten für seine Behörde verstand er zu vermeiden, da er sie aus Haushaltsrängeleien mit den Streitkräften heraushielt²³.

Dulles wurde aber zunehmend dazu gedrängt, gegen seine Neigungen zu handeln, denn Eisenhower und andere wollten auch vom CIA eine Einschätzung der sowjetischen militärischen Planungen haben. Die Analytiker im CIA versuchten diese Chance natürlich zu nutzen und zu beweisen, daß ihre Behörde hier bessere Arbeit leisten konnte als die Streitkräfte. Das führte im Verlauf der fünfziger Jahre zu dramatischen Veränderungen. Dafür ist die Affäre um die sogenannte „Bomberlücke“ ein schöner Beleg. Die Russen entwickelten damals zwei Interkontinentalbomber, die TU-95 mit Turboprop-Triebwerk und die Düsenmaschine Mya-4 (in der NATO-Klassifikation BEAR und BISON). AFIN sagte hohe Produktionsziffern voraus und malte eine sowjetische Überlegenheit bei den Langstreckenbombnern an die Wand, falls die USA nicht wesentlich mehr B-52 Bomber in Dienst stellten und nicht sofort die Entwicklung eines neuen Überschallbombers in Angriff nähmen. Das CIA bezweifelte die AFIN-Prognosen, denn die Agency war nach einer Analyse der sowjetischen Flugzeugindustrie zu dem Schluß gekommen, daß die Sowjets für die von AFIN geschätzten Ausstoßziffern weder über die nötigen Produktionsanlagen noch über die erforderlichen Ressourcen verfügten. Es stellte sich heraus, daß sowohl das CIA wie AFIN falsch lagen, weil sich die Sowjets schließlich entschlossen, die beiden Bomber überhaupt nicht in Serie gehen zu lassen; das CIA war der Wahrheit aber ein kleines Stückchen näher gekommen.

Zur Entrüstung der Air Force beauftragte Eisenhower das CIA bald auch noch mit der Entwicklung und Durchführung eines Programms zur Luftaufklärung aus sehr großer Höhe²⁴. Bei der Analyse der damit und mittels eines bald darauf gestarteten Aufklärungssatelliten gewonnenen Erkenntnisse beherrschte die Central Intelligence Agency das Feld. Ende der fünfziger Jahre war sie zum wichtigsten Lieferanten der „National Intelligence Estimates“ geworden, in denen Ausführungen darüber zu lesen standen, was die Sowjets wahrscheinlich tun würden, und in denen darüber spekuliert wurde, was sie womöglich unternehmen könnten. Nach dem „Sputnik“-Schock lieferten die CIA-Experten die am häufigsten zitierte Einschätzung zur voraussichtlichen „Raketelücke“. Die AFIN-Schätzungen lagen weitaus höher, die von Heer und Marine wesentlich niedriger. Zu dieser Zeit verließ man

²³ Vgl. Lawrence Freedman, *U. S. Intelligence and the Soviet Strategic Threat*, New York 1978, sowie 95th Congress, 2d Session, U. S. Senate, Select Committee to Study . . . Intelligence Activities, Final Report, Book 4: *History of the Central Intelligence Agency* (von Anne Karalekas); Thomas Powers, *The Man Who Kept the Secrets: Richard Helms and the CIA*, New York 1979; John Prados, *The Soviet Estimate: U. S. Intelligence Analysis and Russian Military Strength*, New York 1982.

²⁴ Siehe Michael R. Beschloss, *Mayday: Eisenhower, Khrushchev and the U-2 Affair*, New York 1986.

sich kaum noch auf die Analysen der Streitkräfte, das CIA war zur wichtigsten Quelle bei der Beurteilung sowjetischer militärischer Planungen und Programme geworden. Dabei blieb es selbst dann, als sich herausstellte, daß Heer und Marine die Anzahl sowjetischer Raketen genauer getroffen hatten als das CIA.

Weder die Anstrengungen der Central Intelligence Agency selbst noch auch Eisenhower waren nun allein für diesen Aufstieg verantwortlich. Die Nachrichtendienste der Streitkräfte trugen selbst zum Verfall ihrer Glaubwürdigkeit bei. Nach 1952, als Truman und dann Eisenhower versuchten, die Verteidigungsausgaben zu drosseln, entwickelte sich zwischen den Waffengattungen eine zunehmend schärfere Konkurrenz um die Haushaltszuteilungen. Eisenhowers „New Look“, der von viel Rhetorik über „massive Vergeltung“ begleitet war, begünstigte die Luftwaffe; die nachrichtendienstlichen Analysen von Army und Navy dienten deshalb bis zu einem gewissen Grad dem verzweifelten Bemühen, diesem Trend entgegenzuarbeiten – jedenfalls hatten viele diesen Eindruck. AFIN wurde ebenfalls in diese Haushalts-schlachten verwickelt, und außerdem litt es unter ideologisch bestimmten Vorlieben. In den frühen fünfziger Jahren waren dort nämlich Offiziere an die Spitze gelangt, die niemanden duldeten, der sich nicht davon überzeugt zeigte, daß die Sowjetunion drauf und dran war, in allergrößtem Tempo eine interkontinentale Bomberflotte aus dem Boden zu stampfen. Solcher Starrsinn und ein an McCarthy erinnerndes Klima des Mißtrauens vertrieb viele Offiziere und Zivilbeamte, die zum einstigen exzellenten Ruf des AFIN beigetragen hatten. Einige von ihnen gingen zum CIA. Selbst innerhalb der Air Force verlor AFIN an Gewicht, was in erster Linie auf Rivalitäten mit der separaten (und zunehmend heimlichtuerischen) Aufklärungsabteilung des Strategic Air Command zurückzuführen war.

Eine weitere wichtige Veränderung des Entscheidungssystems rührte von dem Wandel in der Beurteilung des wissenschaftlichen und technischen Potentials her. Ursprünglich war das General Advisory Committee der Atomenergiebehörde eingerichtet worden, um den Entscheidungsträgern in der Atomic Energy Commission eine Palette wissenschaftlichen Sachverständes an die Hand zu geben. Als dann die AEC bloß noch Konkurrent im Entscheidungsprozeß, nicht mehr die Entscheidungsinstanz selbst war, wurde aus dem unabhängigen Beratenden Ausschuß ein parteiischer Ratgeber. Durch die Einrichtung eines weiteren nationalen Forschungslaboratoriums, dem späteren Lawrence Livermore Laboratory, wurde der Konflikt unter den AEC-Wissenschaftlern institutionalisiert und dafür gesorgt, daß Advisory Committee und Atomenergiebehörde fast immer verschiedene Ansichten zu hören bekamen, und zwar Auffassungen, die außerhalb der Behörde nicht unbedingt zu vernehmen waren.

Eisenhower selbst bemühte sich ziemlich früh um zusätzlichen wissenschaftlichen Rat²⁵. Diese Versuche blieben aber wegen der Auseinandersetzungen um seine

²⁵ Vgl. William T. Golden (Hrsg.), *Science Advice to the President*, New York 1980; James R. Killian, *Sputnik, Scientists, and Eisenhower*, Cambridge/Ma. 1971, und George B. Kistiakowsky, *A Scientist at the White House: The Private Diary of President Eisenhower's Special Assistant for Science and Technology*, Cambridge/Ma. 1976.

Entscheidung, Oppenheimers „security clearance“ zu suspendieren, stecken. Er begnügte sich dann mit der mehr oder weniger informellen Beratung durch Vannevar Bush und einige andere. Mitte der fünfziger Jahre begann er, ad-hoc-Ausschüsse von Wissenschaftlern und Ingenieuren unter der Federführung des Nationalen Sicherheitsrates einzuberufen. Der berühmteste war das Technological Capabilities Panel, das sich mit Problemen der kontinentalen Verteidigung befaßte, und der spätere Ausschuß unter H. Rowan Gaither, der die amerikanische Verwundbarkeit durch einen sowjetischen Raketenangriff zu prüfen hatte. Gegen Ende seiner Amtszeit rief Eisenhower das President's Science Advisory Committee ins Leben und nahm in seinen engsten Mitarbeiterstab einen wissenschaftlichen Berater auf, zunächst James Killian, später George Kistiakowsky. In der Zwischenzeit richtete Verteidigungsminister Thomas Gates mit Eisenhowers Billigung ein Directorate of Research and Engineering und eine Advanced Research Projects Agency ein, um die zivile Spitze des Verteidigungsministeriums mit technologischen Gutachten zu versorgen, die weder der Atomenergiebehörde noch den betroffenen Waffengattungen verpflichtet waren. Innerhalb des CIA schließlich schuf Allen Dulles ein Directorate of Science and Technology, das sich unter anderem mit sowjetischen Entwicklungen befassen sollte.

Diese Um- und Neuorganisationen wurden aus unterschiedlichen Motiven vorgenommen. Entscheidungshilfe in der Frage der Nuklearwaffensysteme war nur einer der Gründe. Wie eine Bilanz von Eisenhowers Amtszeit ergibt, war der Ertrag aber nicht gerade üppig. Sie halfen ihm lediglich, das Projekt eines atomgetriebenen Flugzeuges und einer antibalistischen Rakete (der Nike-Zeus) zu verzögern. Das war so ziemlich alles. Der Grund ist wohl darin zu suchen, daß neue Organisationen Zeit brauchen, um sich einen festen Platz im Entscheidungsprozeß zu erobern. 1961 war es so weit. Kennedys wissenschaftlicher Berater Jerome Wiesner, die damaligen Leiter des Amtes für Forschung und Technik und der Advanced Research Projects Agency im Pentagon, der Chef des Direktorates für Wissenschaft und Technologie des CIA, sie alle waren in der Lage, ein gewichtiges, unabhängiges und kritisches Urteil abzugeben, sobald irgendjemand behauptete, die Streichung eines bestimmten Gefechtskopfes, dieser Rakete und jenes Flugzeuges verbaue die Chance für einen amerikanischen Durchbruch oder beschwöre die Gefahr eines sowjetischen Vorsprungs herauf.

Ein weiterer Wandel trat hinsichtlich der Kalkulation der Kosten ein. Schon etwa in der Mitte von Eisenhowers Amtszeit hatte Verteidigungsminister Neil McElroy die Feststellung machen müssen, daß die Kosten für eine Rakete des Heeres mit 500 Meilen Reichweite gehörig unterschätzt worden waren, weil man die Mittel für die Anschaffung und die entsprechende Anpassung der nuklearen Sprengköpfe nicht berücksichtigt hatte. Obwohl die Atomenergiebehörde weiterhin ihren eigenen Haushalt behielt, kalkulierten Eisenhowers Verteidigungsminister fortan wenigstens die Kosten für die Gefechtsköpfe mit ein. Thomas Gates, Eisenhowers letzter Verteidigungsminister, wiederum zeigte sich beeindruckt von der Tatsache, daß man für Raketen nicht nur Gefechtsköpfe, sondern auch Abschußrampen, Transporter und

höchst komplizierte Leitungssysteme benötigte. So bestand er fortan darauf, Raketen als „Systeme“ zu kalkulieren, wobei auch die vermutlichen Wartungs- und Unterhaltskosten von vorneherein mitzuveranschlagen waren²⁶.

Auf eigene Faust hatten mittlerweile auch einige Wirtschaftswissenschaftler und Systemanalytiker das damalige Verfahren zur Erstellung des Verteidigungshaushaltes kritisch unter die Lupe genommen. Sie gelangten zu der Ansicht, daß Gelder für die Streitkräfte bereitgestellt würden, ohne daß genügend auf Sinn und Zweck der Programme und deren schließliche Kosten geachtet werde. Eisenhower, seine Verteidigungsminister und der Kongreß steuerten die Verteidigungsausgaben zwar insofern, als sie Personalumfang, Materialbestand und Neuankäufe regelten. Aber in den Analysen war nachzulesen, daß keine Entscheidung darüber fiel, welche Aufgaben die Streitkräfte nun genau hätten, und daß nicht einmal Kostenvergleiche als Grundlage alternativer Entscheidungen angestellt wurden. Die meisten dieser kritischen Experten arbeiteten für die RAND-Corporation in Santa Monica/Kalifornien. Kurz vor Kennedys Amtsantritt veröffentlichten zwei von ihnen, Charles Hitch und Roland McKean, ihr Buch „The Economics of Defense in the Nuclear Age“. McNamara war von ihren Ideen so begeistert, daß er Hitch zum Comptroller of the Department of Defense ernannte und sich noch weitere RAND-Mitarbeiter wie Alain Enthoven, Henry Rowen und andere ins Pentagon holte; sie wurden bald unter dem Spitznamen „the whiz kids“ berühmt. McNamara setzte ihre Ideen in die Tat um, und „program budgeting“ wurde im Pentagon zur Regel²⁷. Das Ergebnis war, daß jetzt in die Gesamtkosten einer Bombe oder eines Gefechtskopfes die vollen Gesteungskosten einschließlich der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sowie einer allgemeinen Pauschale mit einkalkuliert wurden. Als Komponenten von Waffensystemen betrachtet und dieser Kostenrechnung unterzogen, erschienen Nuklearsprengköpfe auf einmal bei weitem nicht mehr so billig.

Dieser neue Ansatz warf nun nicht sämtliche frühere Kalkulationen einfach um. Soldaten, Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Lastwagen, Erdkampfflugzeuge, Truppen Transporte, ja simple Kasernen und PX-Läden blieben im Verhältnis noch immer teurer. Doch brachten Systemanalyse und „program budgeting“ an den Tag, daß etwa ein Viertel der Verteidigungsausgaben in Nuklearwaffensysteme floß. Das verschaffte Verteidigungsministern und Präsidenten erstmals die Möglichkeit, Nuklearwaffen aus Kostengründen in Frage zu stellen.

Eine weitere Veränderung trat infolge sich wandelnder Beziehungen zu ausländischen Regierungen ein. Den Debatten der Jahre 1949/50 hatte die axiomatische

²⁶ Memorandum von Andrew Goodpaster, 20. August 1957, Memorandum von Gordon Gray, 4. August 1959, WHO-SANSA: NSC Series, Briefing Notes Subseries, Dwight D. Eisenhower Presidential Library, Abilene, Kansas (künftig: Eisenhower Library).

²⁷ Siehe Alain C. Enthoven und K. Wayne Smith, *How Much Is Enough? Shaping the Defense Program, 1961–1969*, New York 1971; Kaufmann, *The McNamara Strategy*; Charles J. Hitch, *Decision-Making for Defense*, Berkeley 1965, sowie Stephen Enke (Hrsg.), *Defense Management*, Englewood Cliffs 1967.

Annahme zugrunde gelegen, daß, falls die USA nicht einen beträchtlichen Vorsprung in der Nuklearwaffentechnik wahren konnten, die befreundeten und verbündeten Regierungen ihr Vertrauen in das amerikanische Versprechen, sie vor der Sowjetunion zu schützen, verlieren würden. Diese Annahme war nicht unbegründet. Im Frühstadium der Diskussion mit den NATO-Partnern über eine mögliche Strategie im Kriegsfall hatten einige Europäer darauf bestanden, daß die Vereinigten Staaten mit dem Einsatz von Atombomben drohen sollten. Acheson mußte dabei sicherstellen, daß keine Formulierungen gebraucht wurden, die dem Kongreß Anhaltspunkte zu der Frage geben konnten, ob die USA etwa ihre Entscheidungsfreiheit aufgegeben hätten²⁸. Um eine Stellungnahme zur geplanten Erweiterung des amerikanischen Arsenal und zur „Superbombe“ waren die Alliierten nicht gebeten worden. Bis zur Novellierung des Atomenergiegesetzes durch den Kongreß im Jahre 1954 konnten selbst mit den Briten und Kanadiern nur ganz wenige Nuklearprobleme besprochen werden. Nach 1954 wurde die Zusammenarbeit mit diesen beiden Staaten leichter, aber Gespräche mit anderen Regierungen blieben weiterhin durch Gesetz untersagt.

Bis Anfang der sechziger Jahre hatten Amerikas Alliierte jedoch schon einiges über Nuklearwaffen gelernt. Die Briten hatten ihre eigenen Atom- und Wasserstoffbomben produziert. In einem Weißbuch kündigten sie 1957 an, künftig würden sie sich wie die Amerikaner vorrangig auf ihre nukleare Feuerkraft verlassen. Eisenhower und Premierminister Harold Macmillan schlossen formelle Abkommen über eine nukleare Zusammenarbeit, auch vollzog sich zwischen Briten und Amerikanern auf den verschiedensten Ebenen ein reger Informations- und Gedankenaustausch. Trotzdem war die Kommunikation kaum als perfekt zu bezeichnen. Glaubte Macmillan Eisenhower doch so verstanden zu haben, als hätten die USA die Entwicklung der SKYBOLT-Rakete versprochen, und glaubte er Kennedy so verstanden zu haben, als hätte der dieses Versprechen erneuert. Ende 1962 wurde der Premierminister dann ohne große Vorwarnung davon in Kenntnis gesetzt, daß die SKYBOLT gestrichen sei. Daraufhin kam es zu jener diplomatischen Krise, die damit endete, daß Großbritannien für seine U-Boote POLARIS-Raketen bekam. Nichtsdestoweniger gab es für die Briten gleichwohl manche Wege und Kanäle, ihre Ansichten zu nuklearen Fragen in Washington direkt zu Gehör zu bringen²⁹.

Auch die Franzosen taten ihre Ansichten kund, obwohl das Verhältnis Paris-Washington ganz anders geartet war. Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg hatte de Gaulle ein französisches Nuklearprogramm eingeleitet, das von den verschiedenen Regierungen der Vierten Republik fortgeführt wurde. 1956, als die Vereinigten

²⁸ FRUS 1949, I, S. 503–S. 506.

²⁹ Das Buch von Margaret Gowing, *Independence and Deterrence*, 2 Bände, London 1974, ist die autorisierte Geschichte des britischen Nuklearprogramms. Ausgezeichnete Übersichten finden sich bei Andrew J. Pierre, *Nuclear Politics: The British Experience . . . , 1939–1970*, New York 1972, sowie bei John Baylis, *British Defence Policy in a Changing World*, London 1977. Die überzeugendste Darstellung der SKYBOLT-Affaire gibt Richard E. Neustadt, *Alliance Politics*, New York 1970.

Staaten verkündet hatten, ihre Verteidigung künftig vor allem auf Nuklearwaffen zu stützen, und nachdem die Suez-Krise den Europäern schlagartig die Zerbrechlichkeit der Allianz vor Augen geführt hatte, sprachen sich die französischen Mitglieder der NATO-Gremien dafür aus, die Atomwaffen den NATO-Kommandeuren zu unterstellen. Regelungen, bei denen die Amerikaner das letzte Wort hatten, lehnten die Franzosen beharrlich ab. Und in Frankreich wurde es üblich zu fragen, ob die USA in einer Krise denn New York für Paris aufs Spiel setzen würden. Nach seiner Rückkehr an die Macht 1958 erörterte de Gaulle mit Foster Dulles die Möglichkeit einer Partnerschaft ähnlich der amerikanisch-britischen. Dulles versuchte „Vielleicht“ zu sagen, doch de Gaulle hörte ein „Nein“. So begann Frankreich sofort mit dem Aufbau seiner Force de Frappe³⁰.

Keiner der Alliierten aber hatte Washington gegenüber mehr Erklärung über Nuklearwaffen abzugeben als die Bundesrepublik Deutschland. Als Minister für Atomfragen und später Verteidigungsminister gab Franz Josef Strauß häufig öffentlich zu verstehen, daß die Bundeswehr Atomwaffen brauche. Ohne Atomwaffen, soll er gesagt haben, werden die Deutschen bloß die Bäcker und Küchenjungen für die Streitkräfte der anderen Alliierten stellen. Obgleich Bundeskanzler Adenauer den Gedanken einer atomaren Bewaffnung zunächst verwarf, sagte er später, die Deutschen müßten sich den neuen Gegebenheiten anpassen: „Die taktischen [Atom]Waffen sind nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie.“³¹

Länger als ein halbes Jahrzehnt waren die Amerikaner, die mit Adenauer und dann mit Ludwig Erhard zu tun hatten, mit der Frage beschäftigt, wie der deutschen „amour propre“ Genüge getan werden könnte, ohne daß die Bundesrepublik zur Atommacht aufstiege. Man kam überein, daß die Deutschen nuklearfähige Flugzeuge und andere Waffen beschaffen konnten und daß sie im Kriegsfall amerikanische Bomben erhalten würden. Man liebäugelte auch mit dem Vorschlag, die NATO zur „vierten Atommacht“ zu machen, noch länger spielte man mit dem Gedanken, multilaterale Nuklearstreitkräfte aufzubauen³². Aus all dem wurde aber nichts. Schließlich willigten die Deutschen ein, es einfach bei dem für Krisenfälle zugesicherten Zugang zu amerikanischen Sprengköpfen zu belassen; ein Sitz in der Nuklearen Planungsgruppe erlaubte es, das Gesicht zu wahren.

Das entscheidende Faktum hinter den Symbolen und Formalien war die Tatsache, daß die Deutschen ebenso wie die Briten und bis zu einem gewissen Grad auch die Franzosen zu Teilnehmern an jenem System wurden, von dem amerikanische Entscheidungen über Nuklearwaffen gefällt wurden. Die europäischen Alliierten sagten nun nicht mehr wie in den Debatten von 1949/50 einfach das, was die Amerikaner

³⁰ Das neueste Buch dazu ist: Institut Charles de Gaulle, *L'aventure de la bombe: de Gaulle et la dissuasion nucléaire, 1958–1969*, Paris 1985.

³¹ Die Äußerungen von Strauß sind wiedergegeben bei Catherine McArdle Kelleher, *Germany and the Politics of Nuclear Weapons*, New York 1975, S. 56, Adenauer ist zitiert nach Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957*, Stuttgart 1981, S. 359.

³² Zur MLF siehe John D. Steinbruner, *The Cybernetic Theory of Decision*, Princeton 1974.

erwarteten. Jetzt sprachen sie für sich selbst, und was sie zu sagen hatten, war wesentlich komplexer als man vermutet hatte. Ganz allgemein läßt sich festhalten, daß die Europäer sich so gut wie nicht für die *Größe* des amerikanischen Atomwaffenarsenals interessierten, vielmehr ging es ihnen um die Dislozierung der Waffen und um zwei weitere Punkte: Erstens lag ihnen daran, irgendeine Art der Kontrolle über den möglichen Einsatz der Waffen zu erlangen, zweitens sollte die Drohung mit dem Einsatz glaubhaft sein, und zwar gerade eben glaubwürdig genug, daß die Sowjets sich einen Angriff zweimal überlegen mußten, aber auch wieder nicht derart glaubhaft, daß die britischen, französischen oder deutschen Wähler ins Grübeln kamen. Als McNamara sich zum Advokaten der verschiedenen Formen der Strategie des „flexible response“ machte, die auf eine Verstärkung der konventionellen Streitkräfte und eine umfangreichere Planung begrenzter nuklearer Einsätze hinauslief, da fiel die Reaktion der Europäer – um das mindeste zu sagen – recht kühl aus. Obwohl wir noch kaum Belege dafür haben, sieht es so aus, als habe die Entdeckung dieser Haltung der Europäer einige von McNamaras „whiz kids“ dazu bewegt, über die Pläne von Army und Air Force für einen weiteren Ausbau der „taktischen“ Nuklearwaffen in Europa noch einmal sehr gründlich nachzudenken.

Die direkten Konsultationen mit den Alliierten brachten in Washington ein neues Thema – die Gefahren der Proliferation – ins Spiel. In den fünfziger Jahren gab es dazu recht verschiedene Ansichten. Einige Amerikaner bedauerten es, daß die Briten eine unabhängige Abschreckungsmacht gewonnen hatten und hofften, daß die Franzosen es ihnen nicht gleichtun würden, weil sonst womöglich auch die Deutschen nachziehen würden. Andere wiederum, darunter auch Eisenhower selbst, waren nicht so überzeugt davon, daß eine französische Atomstreitmacht eine schlechte Sache sei, und machten sich über die Deutschen kein großes Kopfzerbrechen. Verschiedene Faktoren, wie de Gaulles Mangel an Kooperationsbereitschaft, flüchtige Anzeichen, daß er und Adenauer über einen von den „Angelsachsen“ unabhängigen französisch-deutschen Block nachdächten, sowie die zunehmende Sorge über die wachsende Anzahl potentieller Atommächte führten in Washington allmählich zu der allgemeinen Überzeugung, die Vereinigten Staaten sollten nicht nur die Verbreitung von Nuklearwaffen bremsen, sondern auf diesem Felde auch selbst ein Beispiel der Zurückhaltung geben³³.

Schließlich veränderte sich das Entscheidungssystem amerikanischer Nuklearrüstung noch dadurch, daß die Anzahl der Beteiligten, insbesondere auch von Stellen außerhalb der Regierung, größer wurde. In den ersten Jahren nach Hiroshima

³³ Der beste allgemeine Überblick zum Problem der Proliferation ist nach wie vor William F. Bader, *The United States and the Spread of Nuclear Weapons*, New York 1968; die amerikanisch-britischen Beziehungen zu de Gaulle beschreibt am besten John Newhouse, *De Gaulle and the Anglo-Saxons*, New York 1970. Anzeichen dafür, daß es in Washington Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Frage gab, ob es wünschenswert sei, daß Frankreich zur Nuklearmacht aufsteige, finden sich in: Quarles an Dulles, 30. September 1957, und in: CJCS an SECDEF, 30. September 1957; beide im Ann Whitman File, Administrative Series: NSC Series, Eisenhower Library.

schien sich halb Amerika über die Atombombe Gedanken zu machen. Bis in die fünfziger Jahre hinein war diese öffentliche Debatte, um es vorsichtig auszudrücken, aber schwach informiert. Leute mit wirklicher Kenntnis über die Eigenheiten von Nuklearwaffen, den Umfang des Arsenal und über Einsatzsysteme und -möglichkeiten konnten noch beinahe an den Fingern abgezählt werden.

Doch nach und nach wurde der Kreis der Eingeweihten größer. Im Zuge der Intensivierung der Waffenproduktion und vor allem mit dem Ausbau von Reaktoren zur friedlichen Nutzung der Kernkraft wuchs auch das Know-how bei den Vertragspartnern der Streitkräfte und anderen Vertretern der Privatwirtschaft. Bei RAND analysierten die Experten nicht nur Budgets, sondern auch den politischen und militärischen Nutzen von Atomwaffen; zu den kreativsten unter ihnen gehörten Bernard Brodie, William Kaufmann, Andrew Marshall, Thomas Schelling und Albert Wohlstetter. Ähnliche Gruppen bildeten sich am Institute for Defense Analyses, am Center for Naval Analyses und bei der Research Analysis Corporation, die zu Navy und Army in der gleichen Beziehung standen wie die RAND-Corporation zur Air Force.

Der Kreis weitete sich beständig aus. Viele Experten wechselten von RAND und ähnlichen Einrichtungen an die Universitäten und regten dort das Denken über Nuklearfragen an. Der Council on Foreign Relations förderte eine Reihe von Studien, die berühmteste unter ihnen war Henry Kissingers 1957 erschienenes Buch „Nuclear Weapons and Foreign Policy“. Die Zeitschrift „The Bulletin of the Atomic Scientist“ entwickelte sich währenddessen zu einem Organ, in dem Physiker und andere Wissenschaftler die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Phänomen des radioaktiven Fallout und auf andere Gefahren lenken konnten, die sich aus dem Anwachsen der nuklearen Arsenale ergaben. Und da die öffentlichen Debatten, z. B. über Themen wie den radioaktiven Niederschlag, mit immer mehr Sachverstand geführt wurden, wurden die Kernwaffen zunehmend auch für die seriöse Presse (nicht bloß für Sensationsblätter) zu einem gewichtigen Thema.

Soviel in den vierziger Jahren auch über Atomwaffen geredet worden war, eine „nuklearpolitische Öffentlichkeit“ hatte praktisch nicht existiert. Als Senator McMahon Truman 1950 davor warnte, die öffentliche Meinung werde negativ reagieren, falls er das Projekt der „Superbombe“ bremse, da sprach er eher von einer, wenn man so will, abergläubischen Masse als von einer Öffentlichkeit, die den Präsidenten mit kritischem Nachbohren zu technischen Fragen in Bedrängnis bringen konnte. Keine zwanzig Jahre später, als McNamara sich für ein „dünn“ Raketensystem aussprach, da war die öffentliche Auseinandersetzung nur so mit technischen Begriffen getränkt, nicht unbedingt mit denen der Physiker und Ingenieure, aber doch mit solchen, die auch von den „arms control“-Experten benutzt wurden.

Wissen über Nuklearwaffen war inzwischen in viele Komitees des Senats und des Repräsentantenhauses eingezogen. Damit war es auch mit der Exklusivität des JCAE vorbei. Gegen 1960 hatte jeder Abgeordnete, der über seinen Wahlkreis hinaus Gehör finden wollte, seinen wohlinformierten Standpunkt zur strategischen

Doktrin, eine feste Meinung über Raketen, die Raketenabwehr, den Fallout und die neuesten technologischen Trends³⁴.

Wer um 1960 herum das Entscheidungssystem, das sich mit den Nuklearwaffen befaßte, eingehend untersucht und dabei wahrgenommen hätte, wie sehr es sich seit 1950 verändert hatte, in dem wäre vielleicht die Ahnung aufgestiegen, daß die Tendenz künftig wohl anders aussehen würde als im zurückliegenden Jahrzehnt. Viel mehr Personen und Organisationen würden in Zukunft involviert sein. Die Bewertung sowjetischen Potentials und sowjetischer Neigungen würde nicht länger durch AFIN dominiert, sondern diese Debatte würde von CIA dirigiert. Bei der Beurteilung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung würden das Science Advisory Committee des Präsidenten, mit Zivilbeamten besetzte Büros des Pentagon, das Directorate of Science and Technology des CIA und noch andere Institutionen sich zu Worte melden. Die Kosten würden für das gesamte Waffenprogramm und nicht nur für die Grundeinheit ermittelt; die befreundeten Regierungen würden ihre eigenen Ansichten einbringen. Zudem gab es nun eine wohlinformierte und aufmerksame Öffentlichkeit, viele führende Kongreßabgeordnete würden die Diskussion kommentieren oder sogar selbst am Entscheidungsprozeß teilnehmen.

In Kenntnis der Eigenheiten des neuen Systems hätte man zumindest Anlaß zu der Vermutung gehabt, amerikanische Präsidenten würden womöglich bald beginnen, weitere Anforderungen von Nuklearwaffen auch einmal mit einem „Nein“ zu bescheiden. In bezug auf die Sowjetunion durfte man vom CIA eine umsichtige Beratung erwarten. Die naturwissenschaftlichen Stellungnahmen wären breit genug gefächert, um ein gewisses Maß an Skepsis hinsichtlich des technologischen Ertrages dieses oder jenes Vorschlages aufkommen zu lassen. „Program budgeting“ würde die Kosten in voller Höhe sichtbar machen, aus dem Ausland würden ganz unterschiedliche Empfehlungen kommen, die interessierte Öffentlichkeit und der Kongreß könnten sich mit guten Argumenten ebenso für wie gegen ein neues Waffenprogramm aussprechen, kurz, der Präsident konnte bei *jeder* Entscheidung mit einem gewissen Maß an Unterstützung rechnen.

Spekulative Überlegungen dieser Art hätten einen nicht zwangsläufig zu einer Wette darauf animieren müssen, daß die Nukleararsenale nun nicht weiter wachsen würden. In jedem Falle aber wäre man geneigt gewesen, die Möglichkeit einer künftigen Stagnation sehr viel skeptischer zu beurteilen, wenn man in solchen Überlegungen lediglich den Faktor Technologie, die spezifischen Organisationsinteressen oder die öffentliche Meinung allein, nicht aber das Entscheidungssystem als ganzes berücksichtigt hätte.

³⁴ Vgl. Paul S. Boyer, *By the Bomb's Early Light: American Thought and Culture at the Dawn of the Atomic Age*, New York 1985.

Ethische Bedenken und institutioneller Wandel

Mit all dem soll nun nicht behauptet werden, der Wandel des Entscheidungssystems habe die Veränderung in der Nuklearrüstung *verursacht*. Es sollte nur dargetan werden, daß die Veränderungen im Entscheidungssystem wahrscheinlich die zuverlässigsten Signale dafür waren, daß eine Trendwende in Sicht stand. Was sich unter der Oberfläche vollzog, war das teils bewußte, teils unbewußte Bestreben der führenden amerikanischen Politiker, mit ihren moralischen Zweifeln hinsichtlich der Nuklearwaffen ins Reine zu kommen. Alle hatten sie nämlich ihre Zweifel. Am Ende seiner Amtszeit schrieb Truman einem Mitglied der Atomenergiebehörde, er halte die Atombombe für „viel schlimmer als Gas und die biologische Kriegführung, weil sie die gesamte Zivilbevölkerung trifft und Massenmord anrichtet“. Eisenhower schrieb 1955: „Der Atomkrieg wird die Zivilisation vernichten. Krieg mit den Waffen, die uns heute zur Verfügung stehen, ist unvorstellbar. Wenn der Krenl und Washington je in einen Krieg verwickelt werden sollten, dann sind die Folgen zu schrecklich, als daß man darüber nachdenken könnte.“ Kennedy bediente sich – für ihn bezeichnend – der Ironie, um ähnlichen Gefühlen Ausdruck zu verleihen: „Das Leben auf anderen Planeten ist erloschen“, sagte er, „weil die Wissenschaftler dort unseren voraus waren.“³⁵ Die Atomwaffen waren aber nun einmal da und würden auch nicht wieder verschwinden. Praktisch niemand schenkte den sowjetischen Beteuerungen Glauben, vollständig abrüsten zu wollen. In den meisten westlichen Hauptstädten glaubte die Mehrzahl der Politiker und Beamten, daß es die Furcht vor den Atomwaffen war, die die Russen weniger abenteuerlustig sein ließ als sie es sonst wohl gewesen wären, und daß dies größere Sicherheit für Europa bedeutete. Als Eisenhowers Berater für „psychologische Kriegführung“ empfahl, die Vereinigten Staaten sollten für die vollständige Abschaffung aller Atomwaffen eintreten, bat ihn der Präsident, noch einmal darüber nachzudenken, was es für Europa heißen würde, wenn dieser Gedanke umgehend in die Tat umgesetzt würde³⁶. Entsetzt über die Nuklearwaffen und doch abhängig von ihnen, tasteten die Männer, die sich für die Sicherheit des Westens verantwortlich fühlten, hinsichtlich Entwicklung, Anzahl, Spezifikation und Lagerung der Waffen nach Formen der Entscheidungsfindung, die sie mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten.

Die Debatte über diese Dinge konnte weder sehr häufig noch über längere Zeit hinweg als explizite Auseinandersetzung über ethische Fragen geführt werden. Im Falle der Wasserstoffbombe verwies Oppenheimers Beratender Ausschuß durchaus auf die ethische Dimension, das Hauptgewicht aber legte er auf die praktischen Argumente. Trotz Dean Achesons ausdrücklicher Anweisung, auch die „ethischen Aspekte“ der H-Bombe zu berücksichtigen, verfuhrten die Experten im Außenministerium ebenso. Kennan konzentrierte sich in seinem Plädoyer gegen die Wasserstoffbombe auf die Analyse der nationalen Interessen der USA.

³⁵ Rosenberg, *Origins of Overkill*, S. 27; Ambrose, *Eisenhower, the President*, S. 206; John F. Kennedy, *The Strategy of Peace*, New York 1960, S. 26.

³⁶ Vgl. Ambrose, *Eisenhower, the President*, S. 153 und S. 246.

Das Dokument, das einer offenen Bestimmung der ethischen Implikationen am nächsten kam, war das hauptsächlich von Nitze entworfene Memorandum NSC-68. Es begann mit einem ausführlichen Vergleich der im Westen und der im Osten gültigen Werte, einem Vergleich „zwischen der Idee der Freiheit in einer Herrschaft des Rechts und der Vorstellung von Knechtschaft unter einer unbarmherzigen Oligarchie des Kreml“. Aus der Prämisse, die sowjetische Führung sei auf die Zerstörung der Freiheit aus und beachte dabei keinen Kodex zur Selbstbeschränkung in der Wahl der Mittel, ergab sich, daß die Vereinigten Staaten als stärkste Macht des Westens die moralische Verpflichtung hätten, „die Pläne des Kreml zu durchkreuzen und den Niedergang des sowjetischen Systems zu beschleunigen“. Aus der weiteren Prämisse, daß die verantwortlichen Führer einer freien Gesellschaft *ethischen Prinzipien unterworfen* sind, wurde gefolgert, daß, falls sich die USA zu einem Vorgehen entschlossen, „die Notwendigkeit dieses Handelns klar und zwingend sein und sich der überwiegenden Mehrheit als unvermeidbare Abweichung von der Grundidee der Freiheit empfehlen“ müsse. Das Memorandum NSC-68 fuhr fort, obgleich die Eliminierung von Nuklearwaffen aus den Arsenalen aller Nationen unter jedem Gesichtspunkt die beste Lösung wäre, lasse das Risiko, daß die Sowjetunion aus einem nuklearen Vorsprung Kapital schlagen und womöglich gar einen Krieg anzetteln könnte, den Vereinigten Staaten „keine andere Wahl, als ihre nuklearen Kapazitäten so rapide auszubauen wie andere Erwägungen es erlauben“. Zu diesen „anderen Erwägungen“ zählte immerhin die „unumgängliche“ Notwendigkeit, die konventionellen Streitkräfte auszubauen, um „militärisch nicht so stark von Atomwaffen abhängig zu sein“³⁷.

Die Debatte über das Memorandum NSC-68 konzentrierte sich vorrangig auf Kostenfragen, vielleicht, weil sich alle den einleitenden grundsätzlichen Erwägungen anschließen konnten, vielleicht war es aber auch bloß ein Beleg dafür, daß vielbeschäftigte Leute sich leichter auf Eiliges als auf Wichtiges konzentrieren – der Haushaltsentwurf für das Jahr 1952 wurde nämlich gerade aufgestellt. Nun, der eine wie der andere Fall wäre gewiß als Hinweis auf das Unbehagen zu werten, das Politiker (oder jedenfalls amerikanische Politiker) bei der Erörterung ethischer Fragen an den Tag legen.

Warum auch immer, man ließ sich auf Nitzes Herausforderung jedenfalls nicht ein. Nach Ausbruch des Korea-Krieges, mit dem sich die Einstellung von Präsident und Kongreß zu den Verteidigungsausgaben geradezu in ihr Gegenteil verkehrte, konnte nicht einmal mehr mittels einer Erkundigung nach möglichen Kosten die verschleierte Frage nach den zugrundeliegenden moralischen Erwägungen gestellt werden. Unter Eisenhower war in den offiziellen Schriftstücken, die sich mit der Ausweitung des nuklearen Arsenal befassen, eine moralische Argumentation kaum noch anzutreffen. Der Beratungsausschuß unter Oppenheimer hatte empfohlen, daß die Öffentlichkeit über die Atomwaffen besser informiert werden sollte, und so arbeitete die neue Regierung dann an dem „Unternehmen Offenheit“ („Project

³⁷ NSC-68 ist abgedruckt in: FRUS 1950, I, S. 234–S. 292.

Candor“). Vorbereitende Dokumente zu diesem Projekt schnitten die Frage der Moralität lediglich in der Annahme an, daß dieser Punkt im Verlauf der Debatte zur Sprache kommen könnte; sie wurde als irrelevant abgetan: „Atomwaffen unterscheiden sich nur graduell von anderen Waffen. Diese Unterschiede verringerten sich durch die Entwicklung verschiedenartiger Atomwaffen und die Verbesserung anderer Waffentypen noch mehr. Moralische Einwände gegen den Gebrauch von Atomwaffen gehören auf dieselbe Ebene wie solche gegen andere Waffen, die Leben zerstören und Schaden anrichten können.“³⁸

Mitte der fünfziger Jahre zog es Thomas E. Murray, ein in der Atomenergiebehörde verbliebener Demokrat, in Zweifel, daß es wünschenswert sei, eine Wasserstoffbombe von 60 Megatonnen zu entwickeln. Eine seiner Fragen dazu lautete: „Würde sich ihr Einsatz mit dem Gebot des Sittengesetzes zur maßvollen und im einzelnen sorgfältig erwogenen Anwendung von Gewalt im Kriege vereinbaren lassen?“³⁹ Eisenhower leitete die Frage wie üblich an den Dreierausschuß weiter, in dem der Außenminister, der Verteidigungsminister und der Leiter der Atomic Energy Commission saßen. Die offizielle Antwort erhielt Murray nach dreizehn Monaten. Darin war hauptsächlich von Anstrengungen die Rede, „saubere“, also Waffen mit sehr geringem Fallout herzustellen. Zu Waffen mit extrem hoher Sprengkraft wurden zwei Bemerkungen gemacht. Erstens: „Mit einer derart erhöhten Sprengkraft könnten gewisse außerordentlich harte sowjetische Ziele wesentlich wirkungsvoller zerstört werden“, zweitens: „Wegen der wachsenden Komplexität und Kosten der für einen Angriff bestimmten Flugzeuge und wegen der Verluste, die aufgrund von Offensiv- oder Defensiv-Einsätzen hier zu erwarten wären, muß bei der Planung für den Ernstfall davon ausgegangen werden, daß nur eine reduzierte Anzahl unserer Flugzeuge ihr Ziel erreichen wird.“ Zu Murrays Frage nach den Geboten des Sittengesetzes hieß es in dem Schriftstück: „Die ethischen Aspekte des Einsatzes von großen Atomwaffen gleichen jenen beim Einsatz auch jeder anderen Massenvernichtungswaffe. Die Vereinigten Staaten haben die moralische Verpflichtung, Gewalt – falls ihre Anwendung nötig werden sollte – in einer Weise anzuwenden, daß die Auswirkungen auf die unbeteiligte Bevölkerung so gering wie möglich gehalten werden.“⁴⁰ Eisenhower setzte sein „o.k.“ unter dieses Dokument, aber wir wissen, daß er damit nicht einverstanden war. Er stand bereits damals auf dem Standpunkt, daß der Bau irgendeiner Waffe, deren Sprengkraft größer als die der 1954 getesteten 15-Megatonnen-Wasserstoffbombe war, weder gerechtfertigt noch entschuldigt werden könne⁴¹.

³⁸ FRUS 1952–1954, II, S. 1160.

³⁹ Zitiert in: Executive Secretary, NSC, to Secretary of State, Secretary of Defense and Chairman of the Atomic Energy Commission, July 18, 1956, WHO-SANSA: NSC Series, Briefing Notes Subseries, Eisenhower Library.

⁴⁰ Report to the President by the Secretary of State, Secretary of Defense and Chairman of the Atomic Energy Commission, ohne Datum (vom Präsidenten gebilligt am 9. August 1957), WHO-SANSA: NSC Series, Briefing Notes Subseries, Eisenhower Library.

⁴¹ Vgl. Rosenberg, *Origins of Overkill*, S. 36; Ambrose, *Eisenhower, the President*, S. 169.

Das System tischte Eisenhower einen Waffenbedarf auf, den er im Grunde seines Herzens für unmäßig hielt. Das lag daran, daß es ein System war, das von Militärs und Rüstungstechnikern dominiert war, die zu diesen Dingen andere Ansichten hatten als der Präsident. Sie standen mit dem rapiden technologischen Wandel in viel engerer Berührung als er, und sie hatten sehr starke und engstirnig organisationsbezogene Interessen. Auch in ihrer Persönlichkeit unterschieden sie sich von Eisenhower, obwohl dieser selbst einmal Berufsoffizier gewesen war. Die Hauptunterschiede jedoch betrafen, um mit Nitze zu reden, ihren „ethischen Bezugsrahmen“.

Es heißt nicht gleich, irgendwelchen Karikaturen des „Militärgeistes“ zu folgen, wenn man feststellt, daß Generäle und Admiräle sich nun einmal stärker über die moralischen Konsequenzen einer unzulänglichen Rüstungsvorbereitung den Kopf zerbrechen als darüber, ob sie vielleicht von irgendeinem Waffentypus (besonders wenn es eine Waffe der eigenen Waffengattung ist) zuviel hätten. Für einige von ihnen waren spezifische Organisationsinteressen und ein ethischer Bezugsrahmen sicherlich auch derart miteinander verflochten, daß sie nicht mehr auseinandergehalten werden konnten. 1948 sprach sich Admiral Arthur W. Radford aus moralischen Erwägungen heraus scharf dagegen aus, mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gegen Städte zu drohen. Fünf Jahre später war er ein entschiedener Verfechter der „massive retaliation“. Zu einem früheren Zeitpunkt hatte er sich gegen den B-36 Bomber der Air Force und für trägergestützte Flugzeuge eingesetzt, von denen man damals noch glaubte, sie könnten keine Atombomben transportieren. Später, die Nuklearwaffen waren inzwischen leichter und kleiner geworden, sollten dann alle trägergestützten Kampfbomber in der Lage sein, Atombomben zu tragen – Radford hatte mittlerweile einen neuen Posten als Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff einer Regierung, die auf die Strategie der „massiven Vergeltung“ eingeschworen war. In ganz ähnlicher Weise verurteilte Ende der fünfziger Jahre Admiral Arleigh Burke als Chief of Naval Operations den Atomwaffeneinsatz gegen sowjetische Städte, machte dann aber eine Wendung um 180 Grad, um gerade dies als eine Alternative zur „counter force“-Strategie zu verfechten. In der Zwischenzeit war nämlich die Marine mit POLARIS-Raketen ausgestattet worden, mit denen man zwar die sowjetischen Städte treffen konnte, deren Zielgenauigkeit ansonsten aber geringer war als die der Bomben der Air Force oder die von bodengestützten Raketen⁴². Hier sieht man gewiß die Freudsche „Rationalisierung“ am Werke, denn weder Radford noch Burke waren Männer, die bewußt geheuchelt hätten. Es ist vielmehr ganz verständlich, daß einem professionellen Militär eine Waffe, die er unter der eigenen

⁴² 1949 sagte Radford: „Ich glaube nicht, daß die Drohung mit einem atomaren Blitzkrieg eine wirksame Abschreckung sein wird oder daß damit ein Krieg zu gewinnen ist.“ Vgl. Paul Y. Hammond, „Super Carriers and B-36 Bombers“, in: Harold Stein (Hrsg.), *American Civil-Military Decisions: A Book of Case Studies*, Birmingham/Al. 1963, S. 465–S. 567, Zitat S. 517. In seinen Memoiren, *From Pearl Harbor to Vietnam*, hrsg. von Stephen Jurika, Jr., Stanford 1980, S. 181 f., interpretiert Radford sein Argument dahingehend, daß ein „atomarer Blitzkrieg“ mit *B-36-Bombern* nicht wirksam durchgeführt werden könne. Zu Burke vgl. Rosenberg, *Origins of Overkill*. Rosenberg arbeitet derzeit an einer autorisierten Biographie Burke's.

Kontrolle hat, weniger moralische Kopferbrechen bereitet als eine Waffe, über die jemand anderer verfügt.

Für die Wissenschaftler und Techniker der Atomenergiebehörde und der Rüstungslaboratorien waren spezifische Organisationsinteressen und ethischer Bezugsrahmen ähnlich miteinander verwoben. Sie waren stolz auf ihre Leistungen und betrachteten Waffen als Dinge, die unter ihrer Kontrolle gut aufgehoben waren. Bis in die Mitte der fünfziger Jahre hinein hatte die Atomenergiebehörde den Großteil des spaltbaren Materials für Atom- und Wasserstoffbomben in ihrer Obhut. Bis zur Freigabe dieses Materials durch den Präsidenten war die Waffenansammlung in den Händen der Streitkräfte nur leeres Maschinenwerk. Es sagt einiges aus, daß manche Wissenschaftler und Techniker ihre Ansichten über Nuklearwaffen zu ändern begannen, als komplette Waffensysteme in die volle Verfügungsgewalt der Streitkräfte übergingen; erst jetzt verlagerte sich deren Hauptinteresse auf Fragen der Sicherheit. Einige wenige unter ihnen, Herbert York und Jerome Wiesner beispielsweise, äußerten zu Beginn der sechziger Jahre ihre Zweifel daran, ob es klug sei, das Atomwaffenarsenal weiter so anwachsen zu lassen wie in der Vergangenheit⁴³.

Die meisten Memoranden der fünfziger und sechziger Jahre nun, in denen für die weitere Aufstockung der Bestände plädiert wurde, entstammten einem ethischen Bezugsrahmen, der um vieles enger war als jener der hohen, entscheidungsbefugten Offiziere und der Waffentechniker. Stärker als in den meisten anderen technischen Fragen mußten sich Generäle und Admiräle bei ihrer Beurteilung der Nuklearwaffen nämlich auf die Zuarbeit jüngerer Staboffiziere verlassen. Wer in den fünfziger oder den frühen sechziger Jahren zwei, drei oder vier Sterne auf den Schulterklappen trug, hatte die Militärakademien lange vor dem Zweiten Weltkrieg absolviert. Diese Generäle hatten keine Ahnung von Atomphysik und wußten wenig oder nichts von Nuklearwaffentechnik. Ein Experte in der Air Force faßte diese Erkenntnis 1957 gegenüber Lewis Strauss, dem damaligen Vorsitzenden der Atomenergiebehörde, einmal so zusammen: „Die meisten hohen Offiziere . . . glauben von sich, die Probleme der Atomwaffen ohne eingehendes Studium nicht beurteilen zu können. Für ein solches Studium fehlt ihnen aber Interesse und Zeit. Die nukleare Planung wird deshalb an Jüngere delegiert, die verschiedene ‚wirkungstechnische‘ Spezialkurse besucht haben. Häufig lassen sie dabei das Maß an Reife und Urteilsfähigkeit vermissen, das ihnen sonst aus der Anleitung durch ihre Vorgesetzten erwächst. Konfrontieren diese jüngeren Offiziere dann ihre Vorgesetzten mit Effektivitätsterminologie und offensichtlich komplizierten Kalkulationen, müssen diese ihren gewohnten Rat notgedrungen schuldig bleiben. Stattdessen neigen sie dazu, diese Berechnungen ohne genaueres Nachfragen, aber auch ohne die Abläufe und ihre Implikationen zu verstehen, zu billigen – und zwar trotz ungueter Gefühle und Zweifel, die durchaus da sind.“⁴⁴

⁴³ Siehe Herbert York, *Race to Oblivion: A Participant's View of the Arms Race*, New York 1970.

⁴⁴ Anonymes Schreiben an Strauß, 14. Februar 1957; Ann Whitman File: WHO-SANSA, Eisenhower

Aufgrund ihres Urteilsrahmens, in praktischer wie in ethischer Hinsicht, kamen diese jüngeren Offiziere (insbesondere die Zielplaner) relativ leicht dazu, den Nuklearwaffen Vorzüge zu attestieren, die anderen als überflüssig erschienen wären oder ihnen allenfalls als Marginalie gegolten hätten. Theodore A. Postol beschreibt in seinem in der wichtigen Studie der Brookings Institution „Managing Nuclear Operations“ enthaltenen Aufsatz, wie ein Zielplaner die Stadt Washington betrachten könnte. Auf ungefähr ein halbes Dutzend Ziele würde er eine eigene Nuklearwaffe ansetzen: eine Megatonne für Kapitol und Weißes Haus, eine für den National Airport, zusätzlich zweimal je 50 Kilotonnen für das Pentagon und das CIA-Hauptquartier und schließlich zwei Bomben von dieser Sorte zur sicheren Zerstörung der Rollbahnen von Andrews Air Force Base. Das wäre aber nur das Minimum. Je nach den Berechnungen über die Zielgenauigkeit des Raketenangriffes und den möglichen Verteidigungsmaßnahmen müßte dieses Quantum noch ergänzt oder gar vervielfacht werden⁴⁵. In Anbetracht der Tatsache, daß nur wenige Generale und Admirale Grund dazu hatten, ihrem Urteil über Nuklearwaffen innerlich zu trauen – ganz gleich wie selbstsicher und entschlossen sie entsprechend ihrer Position und Profession auch auftreten mochten –, konnten aus Notwendigkeiten, wie sie die Zielplaner sahen, natürlich sehr leicht jene in den Memoranden der Joint Chiefs of Staff niedergelegten „nationalen Erfordernisse“ werden. Hegte jemand in diesem System moralische Zweifel, wie hätte er ihnen Ausdruck verleihen können? Jener Air Force-Mann, der Strauß ein solch gestochenes Bild des militärischen Establishment gegeben hatte, riet diesem allerdings auch, er solle sich keine allzu großen Hoffnungen auf eine Beeinflussung der Entscheidungsprozesse machen. Kein Zivilist, so meinte er, „kann gegen die Arithmetik und die militärischen Faktoren, die den Waffen- und Raketenbedarf erzeugen, richtig oder erfolgreich vorgehen“⁴⁶.

Truman, Eisenhower, Kennedy und deren Mitarbeiter wußten um diese organisationspezifischen Interessen der Streitkräfte. Durch Mittelkürzungen, die Übertragung von neuen Befugnissen auf zivile Stellen und ähnliche Maßnahmen versuchten sie, diesen Interessen Zügel anzulegen (Eisenhower ging so weit, den Kongreß offen zu ermutigen, „ihnen die Hölle heiß zu machen“). Wenn die Präsidenten bei der Umsteuerung bürokratischer Energien auch nicht allzu erfolgreich waren, so ließen sie sich hier trotzdem von immer neuen Versuchen nicht abhalten. Mit den in den Rüstungsanforderungen der Generalstabschefs implizierten ethischen Konsequenzen umzugehen, war für die Präsidenten und ihre Berater viel schwieriger. 1959 sagte Eisenhower zu seinen engsten Mitarbeitern, er sei „von der Stichhaltigkeit dieses sogenannten Bedarfs absolut nicht überzeugt“⁴⁷. Doch wie konnte er mit seinen instinktiven Zweifeln und Befürchtungen gegenüber jenen „entsetzlichen Dingen“

Library. Der Autor stellt sich im Text des Briefes als früherer Leiter der Atomic Planning Branch im Air Operations Directorate, SACEUR vor.

⁴⁵ Theodore A. Postol, Targeting, in: Ashton B. Carter, John D. Steinbruner und Charles A. Zraket (Hrsg.), *Managing Nuclear Operations*, Washington 1987, S. 373–S. 406.

⁴⁶ Vgl. Anm. 44.

⁴⁷ Memorandum von John Eisenhower, 6. November 1959, Eisenhower Diaries, Eisenhower Library.

gegen alle die unanfechtbaren, offensichtlich auf Experten-Analysen gestützten Gutachten ankommen?

Die Antwort lag in einer Ausweitung des Entscheidungssystems, in einer Einbeziehung konkurrierender Bewertungen und Urteile über das Notwendige und Nützliche. Zivile Geheimdienstexperten brachten nicht nur abweichende Bewertungen des potentiellen Feindes, sondern auch einen anderen ethischen Bezugsrahmen ein. Die militärischen Experten befaßten sich mit Zielen und „worst case“-Konstellationen. Das (und vielleicht noch die Hilfestellung für die Oberbefehlshaber der Waffengattungen beim Kampf um Haushaltsmittel) war ihre Pflicht, das „richtige“ Verhalten in einem ethischen Sinne. Für Analytiker des CIA dagegen bestand Pflicht darin, die denkbar objektivste Lagebeurteilung zu liefern. Daraus ergaben sich mannigfache Folgen, denn die Maxime des Philosophen, „Pflicht schließt Können in sich“, ist zweischneidig. Was die Analytiker des CIA – obgleich nicht ohne Schwierigkeiten und ein gewisses Maß an Unsicherheit – wirklich *konnten*, war, die „strategischen“ Waffen der Sowjetunion zu zählen. Da sie die sonstigen sowjetischen Truppen aber nicht so gut erfassen, die Qualität der Streitkräfte und die Absichten der sowjetischen Führung fast gar nicht beurteilen konnten, trug der Umstand, daß die Analytiker wohl der einen, nicht aber der anderen Anforderung ihrer Pflicht genügen konnten, dazu bei, daß sich die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Anzahl sowjetischer Langstreckenbomber und Raketen konzentrierte. Das wiederum begünstigte einen Wandel im Denken, nämlich den, sich die Sowjetunion nicht länger nur als ein Zielgebiet vorzustellen, gegen das zahllose Waffen eingesetzt werden könnten, sondern die UdSSR als einen Konkurrenten zu betrachten, der eine gewisse Anzahl von Waffen besitzt. Das konnte nicht ohne Auswirkung auf die Entscheidung bleiben, wieviele Waffen die Vereinigten Staaten anschaffen sollten; soweit der wichtige Hintergrund der „Aktion-Reaktions“-Hypothese.

Der Eintritt unabhängiger Wissenschaftler in das Entscheidungssystem brachte wieder andere ethische Bezugsrahmen ins Spiel. Einige Mitglieder des Science Advisory Committee des Präsidenten maßten den Gefahren des radioaktiven Niederschlags größere Bedeutung bei als die meisten ihrer Kollegen in der Atomenergiebehörde, einigen bereitete auch die Proliferation große Sorgen. Wichtiger noch war, daß sie in ihrem Pflichtgefühl nur wenig davon tangiert waren, wie die amerikanischen Waffenprogramme im Vergleich mit den russischen abschnitten. Falls keinen neuen Prinzipien und Doktrinen Rechnung zu tragen war, und wenn entsprechend der Formel „effektiver Detonationswert gleich dem Gesamtdetonationswert hoch $2/3$ “ ($y^{2/3}$) nur mit einem Zuwachs an effektiver Sprengkraft von ganzen neun Megatonnen zu rechnen war, weshalb sollte man dann von fünfzehn auf sechzig Megatonnen gehen?

Die Riege der Wissenschaftler brachte auch einen anderen Denkansatz in das System ein. Soldaten denken zuerst und vor allem an Resultate, ein Ansatz, der für ihren Berufsstand ebenso angemessen wie charakteristisch ist. Das übliche militärische Stabspapier nennt das Ziel und diskutiert sodann die Handlungsalternativen; Techniker verfahren ähnlich. Der Ansatz des Wissenschaftlers aber ist akademischer,

dialektischer. Stuart Hampshire, Philosoph in Cambridge, meint dazu: „Wissenschaft und Rechtssystem bedürfen einer allgemeinen und anerkannten Methode zur Lösung offensichtlich unlösbarer Konflikte und Widersprüche. So macht sich jeder, der für sich im Stillen über ein wissenschaftliches oder juristisches Problem nachdenkt, Gedanken über die Begründungen, die er – falls dazu aufgefordert – für irgendeine, ihm intuitiv richtig erscheinende Schlußfolgerung geben würde.“⁴⁸

Die Einführung des wissenschaftlichen Denkansatzes änderte aber nicht unbedingt etwas an den Empfehlungen, die an den Präsidenten gingen. 1957 wurde Eisenhower der sogenannte Gaither-Bericht einer Gruppe von Wissenschaftlern und anderen Spezialisten übergeben, die um eine Studie über ein Zivilschutzprogramm gebeten worden waren. Der Bericht empfahl nicht nur ein umfangreiches und teures Bauprogramm für Schutzbunker, sondern auch eine erhebliche Aufstockung einsatzbereiter amerikanischer Atomwaffen. Außerdem wurde zu einer intensiveren Zielerfassung von militärischen Einrichtungen des Warschauer Paktes geraten. Trotzdem war aber der Argumentationsgang ein anderer als sonst. Ebenso wie das Memorandum NSC-68 begann auch der Gaither-Bericht mit einer Würdigung der zugrunde liegenden Prinzipien und entwickelte anschließend die Schlußfolgerungen, die sich aus ihnen ergaben (Paul Nitze war nicht zufällig ein einflußreiches Mitglied des Komitees⁴⁹). Obwohl sich die eigentlichen Empfehlungen kaum von denen in den „Bedarfs“-Anforderungen der Joint Chiefs of Staff unterschieden, schufen Nitze und das Wissenschaftler-Team ein Dokument völlig anderer Art. Es fragte in gleicher Weise nach dem „Warum?“ und dem „Wie?“. Aus den Veröffentlichungen von Eisenhowers wissenschaftlichen Beratern ist ersichtlich, daß dies wohl das für sie und das Science Advisory Committee charakteristische Vorgehen gewesen ist.

Die Wirtschaftswissenschaftler bereicherten das Entscheidungssystem noch um einen weiteren ethischen Bezugsrahmen und auch um einen weiteren Denkansatz. Bei den Ökonomen läßt sich beides kaum auseinanderhalten, denn die moderne Mikroökonomie ist in vielerlei Hinsicht eine Art von Moralphilosophie. Sie basiert auf dem „Utilitarismus“ von Jeremy Bentham, Adam Smith und John Stuart Mill (womit sie möglicherweise die Bemerkung von Marx bestätigen, Bentham sei ausgezogen, des Menschen Wesen zu erforschen, und habe den englischen Krämer gefunden)⁵⁰. Der Ökonom befaßt sich noch immer mit Benthams großer Frage – der Frage, wie das größtmögliche Glück für eine größtmögliche Zahl erreichbar sei –, versucht aber sehr genau zu klären, was ein Gut ist, für wen es ein Gut ist, in welcher Menge, bis zu welchem Grad oder zu welchem Preis. Auf Nuklearwaffen angewandt, hat der wirtschaftswissenschaftliche Denkansatz nicht nur zu dem von McNamara durchgesetzten „program budgeting“ geführt, sondern – wichtiger noch

⁴⁸ Stuart Hampshire, *Public and Private Morality*, Cambridge/Ma. 1978, S. 35.

⁴⁹ 94th Congress, 2d Session, Joint Committee on Defense Production, Committee Print: U. S. National Security Council, Scientific Advisory Committee, Security Resources Panel [der Gaither-Ausschuß], *Deterrence and Survival in the Nuclear Age* (1957), freigegeben 1973.

⁵⁰ Zur Diskussion des „preference utilitarianism“ vgl. Alan Brown, *Modern Political Philosophy*, London 1986.

– zu Kalkulationen, wie das „Gut“, die Abschreckung nämlich, am billigsten (gemessen am Grad des Kriegsrisikos) zu haben sei. Es war zuvörderst die Logik der Ökonomen, nicht die der Soldaten und der anderen Wissenschaftler (oder Juristen), die den Anstoß zu der von McNamara in den sechziger Jahren verkündeten Innovation der strategischen Doktrin und zu den damit verbundenen, zum Teil auch erfolgreichen Rüstungskontrollverhandlungen gab⁵¹.

Wortführer des Auslands, auch wenn sie häufig Militärs waren, führten einen wieder anderen ethischen Bezugsrahmen in das Entscheidungssystem ein, und zwar nicht nur weil sie eine andere Staatsangehörigkeit, sondern auch deshalb, weil sie andere Beziehungen zu den Zielplanern hatten. Anfang der sechziger Jahre waren beispielsweise einige Amerikaner (hauptsächlich Offiziere der Army) hellauf von der Idee begeistert, entlang der innerdeutschen Grenzen Atomminen zu verlegen. Auf diese Weise, so sagten sie, ließe sich jeder Angriff der Armeen des Warschauer Pakts blockieren und zugleich der Bedarf der NATO an teuren „konventionellen“ Streitkräften reduzieren. Soldaten und Zivilbevölkerung in Deutschland waren von diesem Gedanken gleichermaßen entsetzt. Für sie war die Grenze eine künstliche Linie, die *ibr* Land teilte. Die Idee, diese in einen radioaktiven Schützengraben zu verwandeln, schockierte die Deutschen ungefähr so, wie ein vergleichbarer Vorschlag hinsichtlich der Mason-Dixon-Linie ein Jahrhundert zuvor die Amerikaner wohl schockiert hätte⁵². Je mehr zivile Geheimdienstexperten, Wissenschaftler, Ökonomen und Vertreter der Alliierten an amerikanischen Entscheidungen über Nuklearwaffen teilnahmen, desto subtiler und vielgestaltiger wurde der ethisch-moralische Bezugsrahmen der Entscheidungsfindung.

Diese Entwicklung wiederum ermöglichte es einer zunehmend stärker interessierten Öffentlichkeit, gleichsam Einfluß auch innerhalb des Regierungsapparates zu nehmen. Hinsichtlich der Außen- und der Verteidigungspolitik haben fast alle amerikanischen Beamten (wie wahrscheinlich ihre Kollegen überall) den Kantschen Satz über die Pflicht sinngemäß verinnerlicht, wonach jegliche bewußte Rücksichtnahme bzw. ausdrückliches Eingehen auf die heimische Wählerschaft oder das Spekulieren auf innenpolitische Vorteile eigennützig und daher unmoralisch ist – schlicht „not done“, wie ein Engländer es ausdrücken würde. Als sich aber die Auseinandersetzung in der Regierung vom „Wie?“ auf das „Warum?“ verlagerte, wurden auch Ansichten von Außenseitern relevant. Ein Beispiel dafür war der Gedanke, die Vereinigten Staaten sollten einseitig generell den Verzicht eines Angriffs auf sowjetische Städte erklären. Anfangs zirkulierte diese Idee nur bei den RAND-Fachleuten, wurde dann aber von einigen Offizieren der Air Force und der Army aufgegriffen. Die Argumentation hatte moralische wie pragmatische Aspekte. Falls die Sowjets

⁵¹ Thomas C. Schelling, *Analytic Methods and the Ethics of Policy*, in: Arthur L. Caplan und Daniel Callahan (Hrsg.), *Ethics in Hard Times*, New York 1981, S. 175–S. 216, gibt eine glänzende Zusammenfassung des wirtschaftswissenschaftlichen Ansatzes. In einem jüngeren Aufsatz behandelt er Aufstieg und Niedergang der Rüstungskontrolle: *What Went Wrong with Arms Control?*, in: *Foreign Affairs*, LXIV (Winter 1985/86), S. 219–S. 233.

⁵² Kelleher, *Germany and Nuclear Weapons*, S. 216 f.

dabei mittaten, konnte das Leben von Millionen amerikanischer Bürger gerettet und zugleich dem Grundsatz wieder Geltung verschafft werden, wonach im Kriege die unbeteiligte Zivilbevölkerung so weit wie irgend möglich zu verschonen ist. Erst als einige Verfechter dieses Gedankens offizielle Kanäle verließen und ihn in solchen Organen wie der Wochenzeitschrift „U.S. News and World Report“ vorstellten, wurde auf höchster Regierungsebene davon Notiz genommen⁵³. Viele Ideen, die später in die Doktrin der „mutual assured destruction“ und in die Rüstungskontrollpolitik eingingen, nahmen einen ähnlichen Weg. Sie begannen in der politischen Debatte eine Rolle zu spielen, nachdem sich die Grenzen des Entscheidungssystems erweitert hatten und die Aufmerksamkeit sich vom Topos der zu erwartenden Resultate ab- und der immanenten Logik der Nuklearrüstung zugewandt hatte.

Letztlich ist es wohl diese Erweiterung des Entscheidungsforums gewesen, durch die das rapide Anwachsen des nuklearen Arsenal gestoppt wurde. Selbstverständlich ist dieses Wachstum nicht der einzige oder nicht einmal der hauptsächlichste Anstoß für den Wandel des Systems gewesen. Zur gleichen Zeit verlangten viele andere Faktoren ein Entscheidungssystem mit einer breiteren und weiter gefächerten Teilhaberschaft. Gerade dies war es, was jetzt bei den für jene Entscheidungen Verantwortlichen nun ihrerseits größte moralische Bedenken hervorrief. Gerade dieser Befund legt am deutlichsten einige Thesen nahe, denen anhand ganz anderer Fragen nachgegangen werden sollte, beispielsweise in Studien zur Entscheidungsfindung bei verdeckten Operationen, bei der Ausgestaltung der Beziehungen zu freundlich gesonnenen, aber „autoritären“ Regierungen oder aber, im Bereich der Innenpolitik, am Beispiel der Rassenfrage oder der sexuellen Diskriminierung.

Zwei Fragen, die sich aufdrängen, müssen noch angesprochen werden, bevor wir zur Zusammenfassung der hier ausgebreiteten Thesen kommen. Erstens: Wenn sich das System zum Teil auch deshalb wandelte, weil damit eine Entlastung der Entscheidungsträger von ihren moralischen Bedenken hinsichtlich des „Overkill“ verbunden war, weshalb fiel dann die Anzahl der Nuklearwaffen in den Arsenalen nicht noch viel drastischer ab? Warum produzierte das neue System keine Entscheidungen zur Reduzierung der Bestände beispielsweise bis hinunter auf das Niveau jener auf etwa zweihundert Waffen basierenden „Minimalabschreckung“, die Präsident Jimmy Carter eine kurze Zeit lang attraktiv fand⁵⁴? Zweitens: hat nicht auch die Sowjetunion das Wachstum ihrer Arsenale begrenzt? Wenn ja, folgt daraus dann, daß deren Entscheidungssystem trotz seines im Marxismus-Leninismus wurzelnden ethischen Bezugsrahmens eine ganz ähnliche Entwicklung durchlief? Oder bedeutet es, daß die treibenden Kräfte in der Technologie, in der strategischen Logik oder in irgendwelchen anderen Ursachen zu suchen sind, die völlig unabhängig von der spezifischen politischen Kultur oder dem Regierungssystem eines Staates ihre Wirkung entfalten?

⁵³ Colonel Richard S. Leghorn, USA, No Need to Bomb Cities to Win War, in: U.S. News and World Report, XXXVIII (28. Januar 1955), S. 79–S. 94.

⁵⁴ Siehe Strobe Talbott, Endgame: The Inside Story of SALT II, New York 1980, S. 43.

Die erste Frage läßt sich am besten damit beantworten, daß viele Nuklearwaffen in dem Entscheidungssystem, wie es sich bis Mitte der sechziger Jahre herausgebildet hatte, keine moralischen Bedenken hervorriefen. Eher das Gegenteil war der Fall. Die Zuziehung von Analytikern des CIA, von Natur- und Wirtschaftswissenschaftlern hatte eine Änderung der Kriterien, was als „gut“ zu gelten hatte, nach sich gezogen. „Gut“ war für die Militär- und Zielplaner eine vollständige Zielabdeckung. In dem veränderten, komplexeren Bezugsrahmen galten auch „Gleichgewicht“ und „Stabilität“ als „gut“. Obwohl die Anschaffung neuer Waffen zur Abdeckung neuer Ziele jetzt aufhörte, das fraglos „Richtige“ zu sein, wurde es deshalb nicht schon automatisch „richtig“, die Anzahl der Waffen zu reduzieren. Die implizite moralische Legitimierung unterschied sich kaum von jener, die die katholischen Bischöfe Amerikas in einem Hirtenbrief vortrugen. Dort hieß es, die Existenz von Atomwaffen sei durch ihre abschreckende Wirkung gerechtfertigt⁵⁵. So konnte die Tatsache, daß die USA über bedeutend weniger Nuklearwaffen verfügten als die Sowjetunion, als eine Erhöhung des Kriegsrisikos dargestellt werden; „begrenzte“ („finite“) Abschreckung (basierend auf der Annahme, daß 200 oder eine andere „geringe“ Anzahl von Waffen genüge) war weniger „richtig“ als „gegenseitige“ („mutual“) Abschreckung, also die Aufrechterhaltung eines beiderseitig ausgewogenen Gleichgewichts. In derselben moralischen Argumentation galt der Aufbau eines Abwehrsystems gegen sowjetische Nuklearwaffen ebenfalls als weniger „richtig“, weil es das Vertrauen der Sowjetunion in die Stabilität der Balance hätte mindern können. Ein Großteil der amerikanischen Öffentlichkeit hat weder das eine noch das andere Argument jemals verstanden. Das trug zum einen sicherlich zum Nachlassen des öffentlichen Interesses an Fragen der Nuklearpolitik in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bei, zum anderen wohl zu der positiven Resonanz für SDI und andere Initiativen der Regierung Reagan, die einer leichter verständlichen Logik folgten. Wie dem auch sei, uns kommt es auf die Feststellung an, daß die Stagnation der Nuklearrüstung einen neuen ethisch-moralischen Bezugsrahmen widerspiegelte, der durch die Ausweitung des Entscheidungssystems geschaffen worden war. Die Tatsache, daß die Anzahl der Waffen nicht weiter schrumpfte, steht nicht im Widerspruch zu dieser These.

Die Frage nach dem Stagnieren der sowjetischen Nuklearrüstung läßt sich nicht beantworten, weil wir nicht wissen, ob diese Stagnation tatsächlich eintrat. Satelliten fotografieren Abschußvorrichtungen; das wurde im SALT-Abkommen so vereinbart. Viele sowjetische Silos sind aber für einen „Kaltstart“ ausgelegt, d.h. es kann in rascher Abfolge eine zweite, dritte oder vierte Rakete abgefeuert werden. In amerikanischen Silos ist das nicht möglich. Die Sowjetunion könnte daher eine viel größere Reserve an Gefechtsköpfen angelegt haben. Außerdem verfügt sie über mehr Kurzstreckenraketen und mit Nuklearwaffen ausrüstbare Flugzeuge; über die

⁵⁵ „The Challenge of Peace: God's Promise and Our Response“, herausgegeben am 19. Mai 1983. Vgl. Sir Michael Quinlan, *The Ethics of Nuclear Deterrence: A Critical Comment on the Bishops' Letter* (Manuskript).

Anzahl der dafür bereitgehaltenen Waffen existieren allgemein zugängliche Schätzungen. NATO-Quellen gingen in den sechziger Jahren von etwa 3500 „taktischen“, für den Einsatz in Europa bestimmten sowjetischen Nuklearwaffen aus. Diese Zahl war gerade halb so groß wie jene, die die Amerikaner als eigene Obergrenze für die „taktischen“ Waffen in Europa festgesetzt und bekanntgegeben hatten. Diese Zahl ist seither unverändert geblieben, und niemand weiß, ob sie wirklich verlässlich ist. Sie könnte größer, aber auch wesentlich kleiner sein. Jedenfalls gibt es keinen der amerikanischen Entwicklung vergleichbaren Hinweis auf einen raschen Anstieg und einen darauffolgenden Stopp der sowjetischen Nuklearrüstung. Beide Fälle sind also unterschiedlich gelagert⁵⁶.

Um nun auf die angesichts der besonderen amerikanischen Erfahrung entwickelten Thesen zurückzukommen, kann zunächst gesagt werden, daß die Regierung der Vereinigten Staaten Problemen genuin moralischer Qualität offenbar mit Hilfe organisatorischer und verfahrenstechnischer Mittel beizukommen sucht. Als Eisenhower den ethisch-moralischen Bezugsrahmen des militärischen Establishment und der Atomenergiebehörde in Frage stellte, hatte das noch keine andere Art der Beweisführung zur Folge. Das geschah erst dadurch, daß er andere Personen und Organisationen an dem Entscheidungsprozeß beteiligte. Bis zu einem gewissen Grad ist das zweifellos die Methode aller Regierungen, um Differenzen über Werte in die politische Debatte einzuspeisen. Für amerikanische Regierungen mag das sogar die einzige Methode sein, denn Amerikaner im öffentlichen Leben begeben sich traditionsgemäß nicht in Konfrontationen über Wertvorstellungen, vielmehr nehmen sie an, daß Meinungsverschiedenheiten grundsätzlich interessensbedingt sind und daher durch Kompromiß oder richterliche Entscheidung beigelegt werden können; mit auf diese Tradition ist es zurückzuführen, daß die USA es zur ältesten überlebenden Republik gebracht haben. Auf der anderen Seite bedeutet dies aber, daß selbst Fragen, die den ethischen Bezugsrahmen für die schwerwiegendsten Probleme moralischer Natur bestimmen, nicht als Fragen zu eben diesen Problemen in Erscheinung treten. Vielmehr kleiden sie sich in organisatorische und verfahrenstechnische Fragen wie etwa: Wer nimmt an der Sitzung teil? Wer führt den Vorsitz?

⁵⁶ Natürlich werden sowjetische Entscheidungen über Nuklearwaffen ebenfalls innerhalb eines ethischen Bezugsrahmens getroffen. Das gilt für alle Entscheidungen, selbst wenn sich der Entscheidungsträger dieses Rahmens nicht bewußt ist, ja sogar dann, wenn die Definitionen von „richtig“ und „gut“ idiosynkratisch sind. In der marxistischen, insbesondere der leninistischen Theorie der Ethik wird „richtig“ zur Gänze im Sinne von „gut“ definiert, und zwar auf der Grundlage der Behauptung, das Wesen des Menschen müsse so verändert werden, daß die Vorstellung von dem „Richtigen“ zusammenfällt mit der Vorstellung, Kommunismus sei das höchste „Gut“. Vgl. dazu die kurze und sehr aufgeschlossene Abhandlung über die marxistische Ethik bei Brown, *Modern Political Philosophy*, S. 111–S. 129. Die Entscheidungen der sowjetischen Führung könnten durchaus innerhalb eines solchen ethischen Bezugsrahmens getroffen werden, vielleicht nehmen sie aber auch den ihrer Zielplaner. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß es sich um einen Bezugsrahmen handelt, der infolge von Lernprozessen sogar einige Elemente jenes „preference utilitarianism“ amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler aufweist.

Wer macht die Tagesordnung? Wie sieht der Terminfahrplan aus? Wie werden die Entscheidungen umgesetzt? Wer soll ihre Durchführung überwachen?

Das führt zu dem einleuchtenden logischen Schluß, daß der amerikanische Pluralismus ethische und moralische Entscheidungen erleichtert. Manche Analyse des amerikanischen politischen Systems hat dem „Pluralismus“ wohl zu viel, seiner „amerikanischen“ Färbung aber zu wenig Beachtung geschenkt. Viele amerikanische Historiker und Politologen tendierten, was das Verhältnis Regierung – Wählerschaft und die Vorgänge innerhalb der Regierung angeht, bei ihren Untersuchungen des Regierungssystems der Vereinigten Staaten zu einer Art „realpolitischen“ Sicht der Innenpolitik, diagnostizierten eine Art „Realinnenpolitik“⁵⁷. Die Geschichte der Nuklearrüstung legt dagegen nahe, daß Pluralismus zumindest hin und wieder auch eine Funktion moralischen Unbehagens sein kann. Die bewußt erzeugte Konkurrenz kann genauso gut eine Konkurrenz zwischen ethischen Bezugsrahmen wie zwischen klar bestimmbareren Interessen sein. Struktur und Verfahren dieses Wettbewerbs lassen die Verantwortlichen jenes Gleichgewicht zwischen dem „Utilitaristischen“ und dem „Absoluten“ finden, das es ihnen erlaubt, nachts ruhig zu schlafen. Eisenhower quälte der Gedanke an „diese schrecklichen Dinger“, aber er glaubte es hinnehmen zu müssen, daß ihre Zahl sich vervielfachte. Einem Mitarbeiter machte er das einmal mit den Worten verständlich, „er habe geglaubt, als Einzelperson nicht der gemeinsamen Ansicht aller seiner Mitarbeiter entgegenzutreten zu können“⁵⁸. Das System, das sich unter seiner Präsidentschaft herauszubilden begann, ermöglichte es aber Lyndon Johnson schließlich zu sagen: „Genug!“, und sein zum Teil ethisch-moralisch bedingtes Urteil auf offensichtlich pragmatische, durch logische Argumente untermauerte Begründungen zu stützen.

Fassen wir den Gedankengang des vorliegenden Essays noch einmal zusammen. Der Charakter des amerikanischen Entscheidungssystems war in den fünfziger und sechziger Jahren der beste Indikator für künftige Trends der Nuklearrüstung der Vereinigten Staaten. Kenntnis des Teilnehmerkreises und des Verfahrensablaufes hätten eine überdurchschnittliche Prognose möglicher Resultate erlaubt. Einige eher zufällige Entwicklungen Ende der vierziger Jahre hatten dazu geführt, daß das Entscheidungssystem der fünfziger Jahre fast gänzlich von Teilen des militärischen Establishments beherrscht wurde. Dieses System mußte beinahe zwangsläufig zu einer Maximierung der Anzahl und Typen von Nuklearwaffen führen. Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre wandelte sich das System. Zivile Experten der Geheimdienste, Naturwissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftler nahmen neben den Militärs als gleichberechtigte Teilnehmer ihren Platz in dem Entscheidungssystem ein. Ausländische Regierungen begannen sich Gehör zu verschaffen, Parla-

⁵⁷ Eine kritische Würdigung dieser Literatur bieten Carole Pateman, *Participation and Democratic Theory*, Cambridge/Ma. 1970, und Claes G. Ryn, *Democracy and the Ethical Life: A Philosophy of Politics and Community*, Baton Rouge 1978. Ein brillantes Plädoyer für den Pluralismus als einen Weg zur Erreichung sittlicher Ziele in einem Staat bietet Michael Walzer in seinem Buch *Spheres of Justice: A defense of Pluralism and Equality*, New York 1983.

⁵⁸ Ambrose, *Eisenhower, the President*, S. 590.

ment und Öffentlichkeit nahmen mittlerweile gleichfalls viel intensiver am politischen Prozeß teil. Mitte der sechziger Jahre fällt dieses System dann Entscheidungen, die darauf zielten, das Anwachsen der atomaren Arsenale und der nuklearen Gesamtsprengkraft zu bremsen und sogar eine leichte Reduzierung einzuleiten.

Hinter diesem Systemwandel – ihn zugleich verursachend und erklärend – stand ein unter amerikanischen Entscheidungsträgern verbreitetes Unbehagen und ein starker Zweifel an der Moralität der Herstellung einer unbegrenzten Anzahl von Waffen entsetzlicher Zerstörungskraft. Instinktiv und ganz bewußt – beides – unternahmen Präsidenten und ihre Mitarbeiter den Versuch, ein System zu schaffen, aus dem Empfehlungen hervorgehen würden, die besser mit ihren Empfindungen für „richtig“ und „gut“ in Einklang standen. Dies Bedürfnis wurde von einem Entscheidungssystem erfüllt, in dem die sogenannten „militärischen Erfordernisse“ abgewogen wurden gegenüber den Urteilen und Erkenntnissen von CIA-Fachleuten, Wissenschaftlern und Ökonomen, von ausländischen Wortführern, von Abgeordneten und engagierten Bürgern. Mitte der sechziger Jahre lagen Präsident Lyndon Johnson und seinen Beratern dann Empfehlungen vor, die ihnen Entscheidungen erlaubten, bei denen sie sich stärker als noch ihre Vorgänger im Einklang mit den Geboten ihres Gewissens fühlen konnten.

Eine Vertiefung des hier vorgetragenen Gedankens führt zu dem Schluß, daß es für das amerikanische Regierungssystem charakteristisch ist, zur Bewältigung ethisch-moralischer Fragen Gremien und Verfahren zu schaffen, mittels derer „utilitaristische“ Werte den „absoluten“ Werten, die nicht öffentlich oder offen artikulierbar sind, angenähert werden. In diesem Licht erscheint die verwirrende Pyramide ineinander verschachtelter pluralistischer Systeme in Amerika nicht nur als Mechanismus, der es einer buntgemischten Nation erlaubt, ihre Interessenskonflikte friedlich beizulegen, sondern auch als ein Weg, die Moral in der Politik eines Volkes zu verankern, dessen Religion der Pragmatismus ist.

JENS PETERSEN

VORSPIEL ZU „STAHLPAKT“ UND KRIEGSALLIANZ:
DAS DEUTSCH-ITALIENISCHE KULTURABKOMMEN VOM
23. NOVEMBER 1938

Im Rahmen der „großen Politik“ und der dieser folgenden politischen Geschichtsschreibung spielt der kulturelle Bereich, zumindest bis 1945, kaum eine Rolle¹. Der folgende Beitrag geht von der These aus, daß im Zeitalter des Totalitarismus auch die kulturellen Beziehungen eine eigentümliche neue, ihrem Wesen nach auch politische Wertigkeit gewinnen können. Das Kulturabkommen zwischen Berlin und Rom vom Herbst 1938 war, wie zu zeigen sein wird, ein wesentlicher Schritt hin zu Stahlpakt und Kriegsbündnis.

Den ersten Anstoß zu den Vertragsverhandlungen hat man in der Lektorenfrage zu suchen. Die Präsenz der deutschen Kultur in Italien hing in bedeutsamem Maße von der Tätigkeit der Lektoren für deutsche Sprache an den dortigen Universitäten ab. Anfang der dreißiger Jahre gab es circa ein Dutzend solcher Lektorate, die in aller Regel mit den Lehrstühlen für Germanistik und deutsche Literaturgeschichte verbunden waren². Die Anzahl der italienischen Lektorate in Deutschland lag weit

¹ In den diplomatischen Akteneditionen der großen europäischen Staaten sucht man vergeblich nach Zeugnissen kulturpolitischer Aktivitäten oder nach Reflexionen über die Rolle und die Bedeutung kultureller Beziehungen im politischen Umfeld. Bei Kultur und kulturellen Beeinflussungen handelt es sich um Langzeitphänomene, die sich den herkömmlichen Verlaufsbeschreibungen entziehen.

Hinzu kommt in der Diplomatiegeschichtsschreibung und in der historischen Analyse der internationalen Beziehungen ein eingengerter Politikbegriff. In der von 1919 bis 1945 reichenden Edition der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“ ist vermutlich nicht ein einziges Dokument der 1920 gegründeten Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes publiziert. Es fehlen hier etwa die Runderlasse Stresemanns vom 31. 1. 1928 und vom 5. 2. 1929, aber auch sein Rundschreiben an die Länderregierungen vom 16. 1. 1929 über die deutsche Kulturpolitik im Ausland (vgl. Kurt Düwell, Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente, Köln 1976, S. 371 ff.). Die Nichtpolitikwürdigkeit des Kulturellen ist meinem Eindruck nach genauso bei den „Documenti Diplomatici Italiani“ oder in den Serien der „Documents on British Foreign Policy“ anzutreffen. Diese Einschätzung setzt sich im übrigen auch nach 1945 fort. Die interalliierte Kommission, die über die Verfilmung der deutschen diplomatischen Akten entschied, hat den kulturellen Bereich als politisch nicht relevant beinahe völlig ausgeklammert. Von dem für den vorliegenden Beitrag herangezogenen Material ist so gut wie keine Seite verfilmt worden.

² Lektorate für Deutsch gab es 1933 an den Universitäten Genua, Turin, Mailand, Padua, Bologna, Pisa, Florenz, Rom, Neapel, Palermo sowie an der Katholischen Universität Mailand.

höher³. Die Auswahl dieser Lektoren war in Italien ebensowenig wie in Deutschland staatlich reglementiert. De facto lag die Entscheidung über eine Einstellung üblicherweise bei dem jeweiligen Lehrstuhlinhaber für Germanistik. Zwischen Lektoren und Professoren bestand zumeist ein Vertrauensverhältnis und eine enge Zusammenarbeit, die manchmal zu langfristigen Arbeitsverhältnissen führte.

Diese Lektoren in Italien erhielten eine von Ort zu Ort wechselnde, aber in fast allen Fällen unzureichende Bezahlung, die kaum je mehr als 200 RM pro Monat betrug⁴. So hatte sich die Praxis herausgebildet, daß das Auswärtige Amt oder die Deutsche Akademie individuell abgestimmte, jährlich neu zu bewilligende Zuschüsse gaben. Dieses chaotische und nicht nur in Italien praktizierte System hatte schon vor 1933 bei den Verantwortlichen zu der Einsicht geführt, daß eine einheitliche bilaterale Regelung des Problems sehr wünschenswert sei. Denn auch in Deutschland selbst bestanden die unterschiedlichsten dienstrechtlichen und finanziellen Usancen. Der „Deutsche Akademische Austauschdienst“ (DAAD) nannte die bisherigen Gepflogenheiten „völlig unmöglich“ und sprach von der „dringenden Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung“⁵. Dabei sollte die Regelung des „ausländischen Lektorenwesens an den deutschen Hochschulen“ Vorrang besitzen vor einer nachhaltigen Einflußnahme auf die „Anstellung der deutschen Lektoren in Italien“⁶.

Der Nationalsozialismus ging tendenziell von einer Gleichsetzung zwischen Regime und Nation aus. Dies galt auch für den kulturellen Raum. Als „deutsche“ Kultur konnte aus dieser Sicht nur noch nationalsozialistische Kultur begriffen werden. Daher schien es kaum erträglich, daß außerhalb der Reichsgrenzen ein anderes Deutschland präsentiert und repräsentiert wurde. „Ein Lektor der deutschen Sprache“, so schrieb der deutsche Botschafter in Rom, von Hassell, im März 1936, „ist berufen, ... auch die deutsche Kultur und Mentalität zu vermitteln“⁷.

Der Umsturz 1933 in Deutschland hatte eine nicht unbeträchtliche Anzahl von politisch, kulturell und rassisch Verfolgten auch in das faschistische Italien geführt, unter ihnen begabte jüngere Wissenschaftler, unter denen der eine oder andere ein Unterkommen als Sprachlehrer oder Lektor fand⁸. Dies war in den Augen der deutschen Behörden eine „keineswegs erwünschte“ Entwicklung, die mit Besorgnis ver-

³ In Deutschland gab es zur gleichen Zeit 20 Italienischlektorate, und zwar an den Universitäten Kiel, Hamburg, Berlin (2), Königsberg, Göttingen, Münster, Marburg, Köln, Bonn, Frankfurt, Darmstadt, Tübingen, Heidelberg, Freiburg, Jena, Leipzig, Dresden, München (2).

⁴ Die Akten sind voll von Klagen der Betroffenen über das karge Gehalt. Botschafter von Hassell sprach 1933 von einer „ganz unzureichenden Bezahlung“ (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, Akten der Deutschen Botschaft Rom, Quirinal, 1315/9, Bd. 1, 3.4. 1933, Hassell an das Auswärtige Amt. Im folgenden: PA, DBR).

⁵ PA, DBR, 1315/3 b, 17. 1. 1935, DAAD Berlin (Scuria) an DAAD Rom (Blahut).

⁶ Ebenda, 5. 11. 1935, Aufzeichnung DBR.

⁷ Ebenda, 8. 3. 1936, Hassell an Guido Manacorda.

⁸ Über die deutsche Emigration in Italien wird demnächst Dr. Klaus Voigt, Berlin, eine größere Studie vorlegen. Ich danke dem Autor für die Voreinsicht in das Kapitel über das deutsch-italienische Kulturabkommen.

folgt wurde und in der man eine Quelle von „Mißverständnisse(n) und Zerwürfnisse(n)“ sah⁹.

Außerdem kam es im Zuge der von Italien betriebenen Aufwertung Österreichs Anfang 1935 zum Abschluß eines Kulturabkommens zwischen Rom und Wien, in dem nicht nur die Einrichtung von gut dotierten „Kulturinstituten“ in beiden Hauptstädten vorgesehen war, sondern auch Regelungen über den Austausch von Lektoren getroffen wurden¹⁰. Dieses Abkommen erregte in Berlin die Besorgnis, daß „in Zukunft österreichische Lektoren bei der Besetzung von Stellen in Italien vorgezogen werden könnten“¹¹. Das Auswärtige Amt zielte darauf ab, „der Tendenz gewisser österreichischer Kreise, ein eigenes unabhängiges Kulturleben vorzuspiegeln und ihm die Anerkennung fremder Mächte zu verschaffen“, möglichst entgegenzuarbeiten. Das Reich als „Vormacht des deutschen Kulturlebens“ dürfe bei den künftigen Verhandlungen „nicht ungünstiger gestellt werden als Österreich“¹².

Als die politische Großwetterlage im Herbst 1935 eine baldige Normalisierung und Erwärmung der beiderseitigen Beziehungen erwarten ließ, trat die deutsche Botschaft in Rom an das italienische Außenministerium mit dem Vorschlag heran, ein Lektorenabkommen abzuschließen, das in Zukunft die politische und kulturelle Zuverlässigkeit der entsandten garantiere¹³. Im Juni 1936 erfuhr Hassell, in Rom wünsche man nicht nur die Lektorenfrage zu regeln, sondern denke an „ein alle kulturellen Fragen umfassendes generelles Abkommen“. Hassell hielt den Zeitpunkt für günstig und wies erneut auf die besondere Dringlichkeit der Lektorenfrage hin. Es müsse verhindert werden, daß in Zukunft „Emigranten als Lektoren in Italien tätig werden“¹⁴.

Zu diesem Zeitpunkt waren von den 14 Lektoraten an staatlichen Universitäten nur drei mit „Reichsdeutschen“ besetzt, die den deutschen Stellen genehm waren und einen offiziellen Zuschuß erhielten. Als „Emigranten und Gegner des nationalsozialistischen Deutschlands“¹⁵ galten Dr. Arnold G. Reichenberger (Mailand, Lehrstuhl Prof. Vincenzo Errante), Dr. Paul Oskar Kristeller (Pisa, Scuola Normale, Prof. Giovanni V. Amoretti), Dr. Siegfried David (Bologna, Prof. Lorenzo Bianchi). Bei „Kristaller“ (wie er hartnäckig in den Quellen heißt) handelte es sich um den nach 1945 in den USA zu Weltruhm aufgestiegenen Humanismus-Forscher, dem Giovanni Gentile in seiner Eigenschaft als Rektor der Scuola Normale Superiore in Pisa an der dortigen Hochschule eine Heimstatt geboten hatte¹⁶. Der Althilologe

⁹ PA, DBR, 1315/3b, 11.2.1935, Generalkonsul Mailand an DBR.

¹⁰ „Übereinkommen zwischen dem Bundesstaate Österreich und dem Königreich Italien betreffend den Ausbau der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Staaten“ vom 2.2.1935, Text in: PA, DBR, 1317/2, Bd.2.

¹¹ PA, DBR, 1315/3b, 13.6.1935, Scuria an Blahut.

¹² PA, DBR geh., Bd.48, 4.11.1936, AA (Stieve) an DBR.

¹³ PA, DBR, 1315/3b, Bd.3, 20.4.1936, Italienische Botschaft in Berlin an AA.

¹⁴ Ebenda, 4.6.1936, Hassell an AA.

¹⁵ Ebenda, 16.11.1936, Geheime Staatspolizei Berlin (Müller) an AA.

¹⁶ Sergio Romano, Giovanni Gentile. La filosofia al potere, Milano 1984, S.268–272. Bei der Übernahme des Lektorpostens dankte Kristeller Gentile mit den Worten „Posso constatare non senza

Arnold Reichenberger, geb. 1903, war Studienrat im badischen Staatsdienst gewesen und Anfang 1934 nach Italien gekommen. Er avancierte nach seiner Emigration in die USA zu einem der geschätztesten Kenner der spanischen Renaissanceliteratur. David hatte nach seiner Promotion in Heidelberg zuletzt als Filmkritiker und Publizist in Berlin gelebt¹⁷. Sprachkurse für Mediziner und Juristen an der Universität Rom hielt „mit hervorragendem Erfolg“ der frühere Leiter des Berliner Abendgymnasiums Adalbert P. Silbermann ab. Er hatte mit Herwarth Walden zusammen einen Band über „Expressionistische Dichtungen vom Weltkrieg bis zur Gegenwart“ herausgegeben¹⁸.

Mit Mißtrauen betrachteten die deutschen Stellen auch den Lektor an der Universität Palermo, den österreichischen Dichter Felix Braun (1885–1973). Braun, ein Freund Hugo von Hofmannsthal, hatte sich schon in den zwanziger Jahren als Dramatiker, Lyriker und Essayist einen Namen gemacht. Er wirkte 1928–1937 in Palermo, 1937/38 fungierte er als Lektor an der Universität Padua. Nicht als rassistisch, aber als politisch verdächtig galt den Behörden der katholische Lyriker und Erzähler Hans Leifhelm (1891–1947), der in der Weimarer Zeit in der sozialdemokratischen Erwachsenenbildung tätig gewesen war. Leifhelm wirkte ab 1937 als Nachfolger Brauns in Palermo, später in Padua. Er mußte mehrere Untersuchungen über sich ergehen lassen, wurde auch zeitweilig aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen, konnte sich aber dank einer gewissen Rückendeckung bei den deutschen Behörden in Italien halten¹⁹. Etwa ein Dutzend weiterer Emigranten arbeitete als Sprachlehrer an naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Instituten²⁰.

Darüber hinaus betrachtete die amtliche deutsche Politik auch Italiener als Inhaber deutscher Lektorate mit großem Mißtrauen. Hier war die politische, rassische und kulturelle Zuverlässigkeit ebenfalls nicht kontrollierbar. Im Zweifelsfall war eher anzunehmen, daß auch hier das Lehrangebot und die Lehrinhalte nicht im Sinne des „neuen Deutschland“ ausfallen würden. In nationalistischer Verblendung verweigerten sich die amtlichen deutschen Stellen jeder Reflexion darüber, welche große Bedeutung eine effiziente und qualifizierte italienische Germanistik für die Verbreitung der deutschen Kultur in Italien gewinnen konnte. Als der Leiter des DAAD, Burmeister, im November 1937 eine Italienrundreise unternahm, hörte er zahlreiche Klagen darüber, daß eine große Zahl von Lektoraten sich noch immer „in den Händen von Juden, Emigranten oder Italienern“ befänden. Ohne eine „befriedigende Erledigung“ der Lektorenfrage, so äußerte Burmeister, sei „eine kul-

commozione che il Suo paese mi dà un' ospitalità che mi ha rifiutato la propria patria“; ebenda, S. 268. Mit Empfehlungsschreiben und Interventionen bei den italienischen Behörden half 1938/39 Gentile dem Flüchtling, sich jenseits des Atlantiks eine neue Existenz aufzubauen; ebenda, S. 269 f.

¹⁷ Ausführlichere biographische Informationen in der Studie von K. Voigt (Anm. 8).

¹⁸ PA, DBR, 1315/b 4, Bd. 4, 31. 12. 1937, Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an AA.

¹⁹ In dem Bestand PA, DBR, 1315, findet sich eine reiche Dokumentation über Leifhelm.

²⁰ Vgl. die in Anm. 8 genannte Arbeit von K. Voigt.

turelle und geistige Beeinflussung gerade der Germanistik studierenden Hochschuljugend nicht möglich“²¹. Zu der „befriedigenden“ Lösung gehörte auch, daß man den Störfaktor „italienischer Lektor“ möglichst ausschaltete.

Die Diskussionen um einen Kulturvertrag befanden sich noch im Anfangsstadium, als der neue italienische Außenminister Galeazzo Ciano im Oktober 1936 nach Deutschland kam. Um die eher kärglichen Resultate dieses Besuchs aufzubessern, entschlossen sich beide Seiten, das Projekt eines Kulturabkommens öffentlich anzukündigen. Am 26. Oktober 1936 äußerte Ciano in München vor der Presse, die beiden Völker seien entschlossen, mit allen Kräften „das heilige Erbe der europäischen Kultur“ zu verteidigen. „In diesem Geist haben wir auch vereinbart, ... die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien zu intensivieren“, sagte er. „Gleich nach meiner Rückkehr nach Rom werden wir die Gespräche über den Abschluß eines Abkommens betreffend den Kulturaustausch beginnen.“²²

Diese Ankündigung nun mobilisierte zahlreiche berufene und unberufene Interessenten. Der Leiter der römischen Zweigstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, Dr. Theodor Blahut, verschickte im Dezember 1936 einen „Fragebogen für Vorschläge zum Entwurf eines deutsch-italienischen Kulturvertrages“ an die Konsulate, Lektoren, Institute und Schulen, in dem um Anregungen gebeten wurde²³. Unklar ist, ob dieser Vorstoß mit Wissen oder gar auf Anregung der Botschaft erfolgte.

Blahut war der erste Leiter der 1934 gegründeten Zweigstelle des DAAD in Rom²⁴. Geboren 1905 in Österreich, war er 1925 Mitglied der nationalsozialistischen Hochschulgruppe geworden und 1927 mit der Nr. 54 892 der NSDAP beigetreten. 1929 hatte er sein Studium unterbrochen, um – ergebnislos – eine politische Karriere zu versuchen. 1937 promovierte er in Heidelberg bei E. Kriek mit einer Arbeit über „Staat und Führung im Faschismus“²⁵. Blahut gehörte der SA an und wäre in den Nachwirkungen der Röhmkrise fast ins Straucheln gekommen, da man ihm von seiten der Auslandsorganisation der NSDAP den Vorwurf machte, früher dem Spann-Kreis angehört zu haben²⁶. Ungewöhnlich umtriebig und dynamisch, hatte er nach 1934 in Italien eine breite Aktivität entfaltet, die Präsenz deutscher Austauschstudenten an italienischen Universitäten massiv vermehrt und durch

²¹ PA, DBR, 1316/b, Bd. 2, 26. 12. 1937, „Reisebericht“ Burmeister, über eine Italienreise vom 12.–24. 11. 1937, 15 S., S. 13.

²² *Annali del fascismo*, Jg. 1936, Nr. 10, S. 98.

²³ PA, DBR, „Deutsch-italienischer Kulturvertrag“, Bd. 1, o. D., DAAD (Blahut) „Fragebogen für Vorschläge zum Entwurf eines deutsch-italienischen Kulturvertrages“.

²⁴ Zur Geschichte des DAAD sehr informativ: Volkhard Laitenberger, *Akademischer Austauschdienst und auswärtige Kulturpolitik 1923–1945*, Göttingen 1976. Über Blahut vgl. S. 114 f., S. 121, S. 129, S. 240 f.

²⁵ Theodor Blahut, *Staat und Führung im Faschismus. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte unserer Zeit*, Berlin 1940.

²⁶ Zu den Spannungen zwischen dem Spann-Kreis und dem Nationalsozialismus vgl. Martin Schneller, *Zwischen Romantik und Faschismus. Der Beitrag Othmar Spanns zum Konservatismus in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1970.

„Arbeitskreise“ und ein Netz von Vertrauensleuten für eine intensive Beratung und politische Kontrolle gesorgt. Die zahlreichen „Rundmitteilungen“ der römischen Zweigstelle zeigen, mit welchem Feuereifer, aber auch mit welcher beträchtlicher Sachkenntnis Blahut sich seiner Aufgabe annahm²⁷. Auf den ersten Jahrestagungen des DAAD in Rom 1935 und 1936 gelang es ihm, in bunter Mischung Wissenschaftler, Publizisten und Politiker wie Friedrich Bock, H. Kämpf, Carlo Costamagna, Guido Bortolotto, Vincenzo Errante, Ludwig Curtius, Carlo Alberto Biggini, Ernst Kriek und Lo Verde sprechen zu lassen²⁸. Für die dritte Jahrestagung 1937 hatte er sogar Himmler und Darré eingeladen, mußte dann aber auf Intervention der Botschaft einen Rückzieher machen. Der Leiter des DAAD, Morsbach, und Blahut selbst hatten schon 1933/34 die Absicht gehabt, aus der Neugründung ein „deutsch-italienisches Kulturinstitut“ zu machen²⁹. Das Reich, so schrieb Morsbach im März 1934 an das Auswärtige Amt, verfüge in Italien zwar über zahlreiche kulturelle Einrichtungen, „von einer einheitlichen Zusammenfassung gleichlaufender Bestrebungen im kulturpolitischen Sinne“ könne aber nicht die Rede sein. Mit der neuen Institution lasse sich eine Ausrichtung der Institute „nach allgemeinen kulturpolitischen Gesichtspunkten“ erhoffen³⁰. Anfang 1937 schrieb Blahut, weit übertreibend, die Zweigstelle sei „über ihr eigentliches Gebiet, den Austausch hinaus, der zentrale Mittelpunkt für alle deutsch-italienischen kulturellen Bestrebungen in Italien geworden“³¹.

Botschafter von Hassell, der 1933/34 fortlaufend mit Denunziationen von Seiten fanatischer Nationalsozialisten zu kämpfen hatte, nutzte und unterstützte die Arbeit des DAAD, um sich nach der Parteiseite hin stärkere Rückendeckung zu verschaffen. So schirmte er im Mai 1936 Blahut gegen den Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit ab. „Was den Austauschdienst angeht“, so schrieb er an den Chef der Auslandsorganisation der NSDAP, Bohle, „so hat Herr Blahut als sein Leiter ganz Ausgezeichnetes geleistet, und zwar weit über den engeren Rahmen hinaus, indem er sich in ganz Italien erfolgreich für die Propaganda deutschen Wesens, deutscher Wissenschaft und des Gedankengutes des Nationalsozialismus eingesetzt hat.“ Seine Rückberufung wäre ein „schwerer Schlag für diese ganze Arbeit“³². Blahut wurde im September 1939 als Legationssekretär in den diplomatischen Dienst übernommen. Bei seiner Verabschiedung urteilte Botschafter Mackensen, Blahut verlasse ein

²⁷ Von 1933 bis 1937 schickte der DAAD 94 Stipendiaten an italienische Universitäten. Italien lag damit, fast gleichauf mit England und vor Frankreich, an der dritten Stelle der Länderstatistik nach den USA und nach England. Vgl. Laitenberger, Akademischer Austauschdienst, S. 176.

²⁸ Die Programme der Tägungen in PA, DBR, 1316/b, Bd. 1.

²⁹ PA, DBR, 1316/b, Bd. 1, 5.3. 1934, DAAD (Morsbach) an AA. Ähnlich Blahut, ebenda, 26. 10. 1934, Blahut an DBR.

³⁰ Zu ähnlichen Planungen in anderen europäischen Ländern vgl. Laitenberger, Akademischer Austauschdienst, S. 68 ff., S. 136 ff.

³¹ PA, DBR, „Deutsch-italienischer Kulturvertrag“, Bd. 1, Th. Blahut, „Entwurf zu einem deutsch-italienischen Kulturabkommen“.

³² PA, DBR, 1316/b, Bd. 1, 17. 5. 1936, Hassell an Bohle.

Tätigkeitsfeld, das er „vom Urwald zur Musterwirtschaft gemacht“ habe. Mackensen lobte die „vorbildliche Organisation“ und den „Stab hervorragender Mitarbeiter“. Blahut habe sich „in der Zweigstelle ein Denkmal gesetzt“³³.

Die Umfrage Blahuts erregte bei den befragten Stellen zum Teil Mißtrauen und Kritik. Am 8. Januar 1937 überreichte Blahut der Botschaft seinen „Entwurf zu einem deutsch-italienischen Kulturabkommen“³⁴, der mit seinen dreizehn Artikeln stark an das italienisch-österreichische Kulturabkommen vom Februar 1935 angelehnt war. Zur Lektorenfrage hieß es in Artikel 4, „daß im Interesse einer möglichst wirkungsvollen Gestaltung des Sprachunterrichtes ... und einer gleichzeitig zu erstrebenden Darstellung der kulturellen Güter“ die Lektorate „nur mit solchen Personen besetzt werden, die die Staatsangehörigkeit des anderen Staates besitzen und von diesem dem sie berufenden Staat als ... geeignet vorgeschlagen sind“. In den beigefügten „Anmerkungen zu den einzelnen Artikeln“ hieß es zur Lektorenfrage, diese sei vielleicht „der wichtigste Punkt“ des ganzen Vertrages. Der Artikel 4 diene „zur Entfernung der Emigranten“. Unter Artikel 6, Erhaltung und Ausbau der deutschen Schulen in Italien, wies Blahut auf die Existenz eines „von einem gewissen Dr. Peiser geleitete(n) Landerziehungsheim(s)“ in Florenz hin, „das als reine Emigrantenschule bezeichnet werden muß, da sowohl die Lehrer wie auch die Schüler aus Emigrantenkreisen stammen. Trotz aller Bemühungen gelang es bis heute nicht, dieser Schule das Handwerk zu legen, obwohl sie die ohnehin schon schwierige Lage der reichsdeutschen Schule in Florenz noch mehr erschwert hat.“³⁵ Bei der Frage des Informations- und Buchaustausches wies Blahut darauf hin, daß die Förderung der neuen Literatur des nationalsozialistischen Deutschland Gegenstand besonderer Bemühungen sein müsse, da die ohnehin schlecht ausgestatteten und vernachlässigten Bibliotheken „von moderner (deutscher) Literatur nur die sog. Emigrantenliteratur führen“³⁶.

Der erste von der deutschen Botschaft in Rom ausgearbeitete Vertragsentwurf hielt sich zu guten Teilen an das von Blahut entworfene Schema und übernahm auch dessen Verfahren, Vertragstext und Kommentar in zwei getrennten Texten vorzulegen. Neben dem von Blahut schon einbezogenen Studenten- und Praktikantenaustausch tauchten jetzt auch die Jugendorganisationen der beiden Staatsparteien als Vertragsbestandteil auf. Ebenso gedachte man den Musik- und Theateraustausch vertraglich zu regeln. Zur Lektorenfrage hieß es: „Die Lektoren müssen in Zukunft über ihre reine Lehrtätigkeit hinaus wirkliche Träger der deutschen Kulturarbeit sein.“ Sie müßten deshalb „vor allem deutsch fühlen und fest auf dem Boden des Dritten Reiches stehen“³⁷.

³³ Ebenda, Bd. 2, Text der Rede Mackensens, gehalten am 17. 10. 1939.

³⁴ Wie Anm. 31.

³⁵ Ebenda. Zu der von Robert Kempner und Werner Peiser gegründeten Deutschen Schule in Florenz, die ein Modell der Weimarer Reformpädagogik war, demnächst ausführlich die in Anm. 8 genannte Arbeit von K. Voigt.

³⁶ Wie Anm. 31.

³⁷ PA, DBR, „Deutsch-italienischer Kulturvertrag“, Bd. 1, erster Botschaftsentwurf.

Die Proklamierung der Achse Berlin–Rom öffnete die Schleusen für eine Flut von Kontaktwünschen, Besuchsprogrammen, Studienprojekten und langfristigen Kooperationswünschen. Wegen der politisch-kulturellen Selbstabschließung des Dritten Reiches und der durch Abessinienkrieg und Völkerbundsboykott bewirkten Isolierung Italiens herrschte auf beiden Seiten ein quasi physisches Bedürfnis nach Außenkontakt und internationaler Selbstbestätigung. Die strukturelle Ähnlichkeit der beiden Systeme trug mit dazu bei, daß es in den folgenden Jahren auf allen Ebenen von Partei, Gesellschaft und Staat zu einer Fülle von Reisen und Begegnungen kam. Schüler und Studenten, Parteijugend und Parteiveteranen, Gauleiter und Federali, Oberbürgermeister und Sindaci, Ärzte und Rechtsanwälte, Minister und Parteigrößen, alle entdeckten plötzlich die Notwendigkeit von Horizonterweiterungen, Begegnungen, Süd- und Norderlebnissen. Glichen Reisen ins westliche pluto-kratische Ausland Expeditionen in ein vielfach als feindlich empfundenen Unge- wisse, so fand man sich hier atmosphärisch und mentalitätsmäßig in vertrautem Gelände. Paramilitärische Aufmachung, Hierarchisierung und Militarisierung der Lebensformen, politische und gesellschaftliche Präsenz einer totalitären Bruderpar- tei, Frontkameraderie vergangener und künftiger Kämpfe – das alles gab psycholo- gischen Rückhalt und verschaffte Wohlbefinden.

Schon im Mai 1937 schickte das Auswärtige Amt ein Rundschreiben an Ministerien und Parteidienststellen mit dem Hinweis, daß Kontakte mit Italien nur über das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft in Rom zu laufen hätten. Man solle „von jeglichen Sonderverhandlungen kulturpolitischer Art im gegenwärtigen Zeit- punkt Abstand ... nehmen“. Daß eine solche Anordnung angesichts etwa der heftigen Rivalitätskämpfe mit dem Propagandaministerium kaum mehr als ein frommer Wunsch war, wußte man in Berlin auch. Abschließend hieß es deshalb einschrän- kend, das Auswärtige Amt wünsche „über alle in Vorbereitung befindlichen Absich- ten und Pläne auf dem Gebiete kulturpolitischer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien ... umgehend unterrichtet zu werden“³⁸. Bis Mitte 1937 war der Strom reiselustiger Partei- und Staatsrepräsentanten schon so stark ange- schwollen, daß Hassell die Reisepläne des Hamburger Gauleiters Kaufmann zum Anlaß nahm, um vor einer Überspannung des Bogens zu warnen. Auf eine Interven- tion des Auswärtigen Amtes hin erließ Hitler die Anweisung, daß Auslandsreisen höherer Staats- und Partairepräsentanten in Zukunft grundsätzlich von ihm geneh- migt werden mußten.

Ein kurzer Überblick mag einen Eindruck davon geben, welche vielfältigen Initia- tiven 1937/38 auf dem deutsch-italienischen Gelände bestanden und in dem Kultur- abkommen möglicherweise zu berücksichtigen waren. Da gab es z. B. ein deutsch- italienisches Studentenschaftsabkommen über Gemeinschaftslager, Sporttreffen,

³⁸ PA, DBR, „Deutsch-italienischer Kulturvertrag“, Bd. 1, 10. 5. 1937, Zirkular AA. Das Schreiben ging u. a. an das Erziehungsministerium, das Propagandaministerium, den Stellvertreter des Füh- rers, die Akademie für deutsches Recht, das Büro Ribbentrop, die Reichsjugendführung, die Reichsarbeitsfront, den Reichssportführer und die Auslandsorganisation der NSDAP.

Stipendiatenbetreuung, Austausch von studentischen Künstlern, Zusammenarbeit bei der Studentenpresse und Themenabstimmung bei den „Littoriali“ und dem Reichsberufswettkampf³⁹. Auch die Reichsjugendführung verhandelte mit der „Gioventù Italiana del Littorio“ über gemeinsame Initiativen⁴⁰. Von studentischer Seite kam auch der Plan, Ende 1937 eine große gemeinsame Konferenz in Rom zu veranstalten, auf der gegen die von Frankreich und England beeinflusste „weltstudentische Front“, repräsentiert durch das Weltstudentenwerk in Genf, ein „unter deutschem Einfluß stehender mitteleuropäischer studentisch-akademischer Block“ geschaffen werden sollte⁴¹. Auf diesem Wege hoffte man, die „geistige Isolierung“ Deutschlands zu überwinden. Die Reichsärztführung verhandelte 1937/38 monatelang über ein „Abkommen über die Zusammenarbeit auf medizinischem Gebiete“. Außerdem sollte eine „Arbeitsgemeinschaft für die neue Heilkunde“ geschaffen werden. Gedacht war an den Austausch von Ärzten und wissenschaftlichen Veröffentlichungen und an eine Zusammenarbeit auf internationalen Kongressen⁴². Ähnliche Bestrebungen gab es auf zahnärztlichem Gebiet⁴³. Später dachte man an die Gründung einer bilateralen „Arbeitsgemeinschaft für Bauforschung“⁴⁴. Auch der Reichsdozentenbund beabsichtigte ein „Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit“ zu schließen⁴⁵. Mit gewichtiger großindustrieller Unterstützung (I. G. Farben, Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat, Deutsches Kalisyndikat, Vereinigte Stahlwerke) wurde im April 1938 in Berlin die „Deutsch-italienische Studienstiftung“ ins Leben gerufen. Den Vorsitz übernahm Dr. Ludwig von Winterfeld. Auf der Gegenseite wurde am 15. Mai 1939 in Rom mit Unterstützung der italienischen Großindustrie die „Ente Italiano per gli Scambi tecnico-culturali con la Germania“ gegründet⁴⁶. Goebbels betrieb seit 1937 die Gründung einer „deutsch-italienischen Pressevereinigung“, die durch ständige Delegierte, Stipendienvergabe, Artikelaustausch und bilaterale Tagungen die beiderseitigen Kontakte intensivieren sollte⁴⁷.

³⁹ PA, DBR, 1317/2, Bd. 2, Ernstgünter Focke, „Das deutsch-italienische Studentenschaftsabkommen“. Focke war Vertreter der Reichsstudentenführung in Rom.

⁴⁰ PA, DBR, „Deutsch-italienischer Kulturvertrag“, Bd. 1, passim.

⁴¹ Ebenda, 8. 4. 1937, Aufzeichnung Dr. Mosloff: „Bericht über die Besprechungen zwischen dem Deutschen Kreis und italienischen akademischen Stellen zur Durchführung einer deutsch-italienischen Konferenz über Fragen zwischenstaatlichen Kulturaustausches vom 23.–28. 10. 1937 in Rom“.

⁴² Ebenda, Briefwechsel zwischen Reichsärztführer Dr. Wagner und dem AA bzw. DBR.

⁴³ PA, Kult V, Akten betreffend Kultur-Ausschüsse, Verträge 2, Italien, Bd. 1. Hier der Entwurf einer „Deutsch-italienischen Vereinbarung der zahnärztlichen Organisationen“.

⁴⁴ PA, Kultur-Ausschüsse, Verträge 2, Italien, Bd. 1, „Übersicht über die zu den einzelnen Artikeln des deutsch-italienischen Kulturabkommens von 23. 11. 1938 auf den Tagungen des deutsch-italienischen Kulturausschusses in Berlin im Juni 1939, in Rom im Februar 1940 und in München im April 1941 angenommenen Entschlüsse“, Berlin 1941, gedruckt in der Reichsdruckerei (27 S.).

⁴⁵ PA, DBR, 1317/1, Bd. 1, 30. 11. 1937, AA (Stieve) an DBR.

⁴⁶ PA, DBR geh., Bd. 75, undatierte und ungezeichnete Aktennotiz, hier auch die Satzung des Mailänder Instituts.

⁴⁷ PA, DBR geh., Bd. 71, 11. 6. 1940, Aufzeichnung DBR, „Besuch Ministerialrat Brauweiler in Italien“. Hier auch ein „Schema per la fondazione di un' Associazione della stampa italo-tedesca“.

Auch der Plan einer bilateralen Rassenakademie wurde nach 1937/38 von deutscher Seite mit großer Zähigkeit verfolgt⁴⁸. Unter den in den Akten immer wieder auftauchenden Projekten sei schließlich noch die von Hans Frank protegierte Gründung einer Arbeitsgemeinschaft deutscher und italienischer Juristen genannt. Dies „Comitato per le relazioni giuridiche italo-germaniche“ sollte vor allem der „Vertiefung der Beziehungen auf dem Gebiete der Rechtswissenschaft, insbesondere der Rechtsentwicklung und des Rechtsvergleichs“ dienen⁴⁹.

Auch an regionalen und lokalen Initiativen fehlte es nicht. So plante z. B. Gauleiter Sauckel in Thüringen im Zusammenspiel mit A. Pavolini nach 1936/37 eine überdimensional ausgelegte „Kulturbrücke Florenz-Weimar“, die auf allen Gebieten des Sports und der Kultur zu dauerhaften Kontakten führen sollte⁵⁰.

Auf italienischer Seite trafen diese kulturinterventionistischen Bemühungen auf ein ständig günstiger werdendes Klima und auf parallele Bemühungen. Auch in Italien nahm, nicht zuletzt befördert durch das deutsche Beispiel, die staatliche Reglementierung und Zentralisierung in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre immer massivere Formen an. Kulturabkommen wurden nach 1936 unter anderem mit Portugal, Ungarn, Spanien, Jugoslawien und Rumänien abgeschlossen. Mit Blick auf die in Rom geplante Weltausstellung 1942, die von rund 350 Tagungen und Kongressen begleitet werden sollte, wurden die im kulturellen Außenbereich tätigen Institutionen 1938 im „Istituto Nazionale per le Relazioni Culturali con l'Estero“ (I. R. C. E.) zusammengefaßt⁵¹.

Die Vertragsverhandlungen

Für die Zeit von Januar 1937 bis zum November 1938 enthalten die deutschen und die italienischen Akten weit mehr als ein Dutzend wiederholt massiv revidierter Vertragsentwürfe. Es handelte sich, wie man sieht, um eine schwierige Geburt und

⁴⁸ Rainer Pommerin, Rassenpolitische Differenzen im Verhältnis der Achse Berlin-Rom 1938-1943, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 27 (1979), S. 646-660. Vgl. auch Julius Evola nei documenti segreti del Terzo Reich, hrsg. von Nicola Cospito und Hans-Werner Neulen, Rom 1986.

⁴⁹ PA, DBR, 1317/3, Bd. 3, 18. 11. 1938, AA an DBR. Zu den Italien-Kontakten der Akademie für Deutsches Recht und der Tätigkeit der „Arbeitsgemeinschaft für deutsch-italienische Rechtsbeziehungen“ vgl. Dennis LeRoy Anderson, The Academy for German Law, 1933-1944, Phil. Diss. University of Michigan 1982, 2 Bde., S. 422-433.

⁵⁰ PA, Kult Gen., Deutsche Kulturverträge, Generalia 5, Italien, Bd. 5, 18. 1. 1939, Sauckel an AA. In diesem Band auch weitere Aktenstücke zur „Kulturbrücke Florenz-Weimar“. Zur Situation der deutschen Kultur und der deutschen Emigranten in Italien in den dreißiger Jahren sehr instruktiv: Karl Löwith, Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933, Stuttgart 1986, S. 82-96.

⁵¹ PA, DBR geh., Bd. 75, „Tätigkeit des IRCE, Allgemeine Organisation des Instituts“ (ohne Datum, ohne Unterschrift).

zuletzt um „ein Sorgenkind“⁵², an dem man gleichwohl später doppelte Freude zu haben hoffte. Zwei einschneidende politische Ereignisse des Jahres 1938 beeinflussten und veränderten die jeweiligen Verhandlungspositionen: der Anschluß Österreichs und die Einführung der Rassengesetzgebung in Italien. Das erste Ereignis stärkte die Alleinvertretungsansprüche Berlins; das zweite blockierte mögliche italienische Einsprüche gegenüber dem von deutscher Seite vorgetragenen politisierten und rassistisch unterlegten Kulturbegriff. Die deutsche Seite verhandelte offensiv vor allem in der Lektorenfrage und im Umkreis der „antideutschen“ Literatur und Kunst. Rom zielte vor allem darauf ab, der italienischen Sprache in Deutschland eine größere Verbreitung zu verschaffen. „Dieser Punkt“, so schrieb Blahut schon im Januar 1937, „wird der umstrittenste des ganzen Kulturvertrages werden, da die italienischen Stellen schon seit Jahren dauernd den Wunsch an uns herantragen, Italienisch als obligates Fach an den deutschen Schulen einzuführen“⁵³.

Beide Seiten waren sich einig, den traditionalistisch und elitär geprägten Kulturbegriff anderer Verträge dieser Art weiter zu fassen und ihn volkskulturell zu erweitern. Gleichzeitig hofften die Verantwortlichen, durch eine gegenseitige vertiefte Kenntnisnahme zum Abbau traditioneller Vorurteile und Mentalreservierungen beizutragen. In diesen Bereich gehörte etwa die geplante Revision der jeweiligen Schulbücher.

Übereinstimmend auf beiden Seiten war auch die Tendenz, den Bereich staatlicher Reglementierung und Zentralisierung im kulturellen Raum im Laufe der Verhandlungen immer weiter auszudehnen, so daß die verbleibenden Restbestände kultureller Eigeninitiative am Ende noch extra vertraglich geschützt werden mußten, so in Art. 24, der den „bereits bestehenden“ Publikationstausch zwischen Universitäten und Akademien von staatlichen Eingriffen freistellte, oder Art. 25, der neben der staatlichen Übersetzungsförderung private Verlegervereinbarungen „nicht ausschloß“.

Rasch einigen konnte man sich auch auf die Schaffung eines bilateralen, periodisch tagenden Kulturausschusses. Diese Einrichtung war deutscherseits erstmals in dem 1936 mit Ungarn abgeschlossenen Kulturabkommen vorgesehen worden und hatte sich als Instrument der Kontrolle und der Intensivierung der eigenen wie der fremden kulturpolitischen Aktivitäten bewährt. Diese Neuerung war so zukunftsweisend, daß sie auch nach dem Krieg in dem 1956 zwischen Rom und Bonn abgeschlossenen Kulturabkommen als „ständige gemischte Kommission“ wieder aufgenommen wurde und heute noch besteht⁵⁴.

Der erste offizielle deutsche Vertragsentwurf wurde am 8. Oktober 1937 übergeben. Ein italienischer Gegenentwurf, der zahlreiche Details bis ins einzelne zu

⁵² PA, Kult, Deutsche Kulturverträge, Generalia 5, Italien, Bd. 3, 10. 11. 1938, AA (Pfeiderer) an Gabetti.

⁵³ PA, DBR, 1317/1, Bd. 1, 8. 1. 1937, Blahut, „Entwurf zu einem deutsch-italienischen Kulturabkommen“.

⁵⁴ Text in: Bundesgesetzblatt, 1958, Nr. 5, 2. 1958, S. 77–84. Artikel 13 bis 15 behandeln die „Ständige Gemischte Kommission“.

regeln suchte, folgte Anfang Februar 1938⁵⁵. Die zahlreichen, von allen Seiten in Deutschland an das Auswärtige Amt herangetragenen Wünsche unter einem Vertragsdach zu vereinen, erwies sich für das Auswärtige Amt bald als eine Sisyphos-Arbeit⁵⁶. Der Anschluß Österreichs erschwerte zusätzlich die Verhandlungen, da man in Zukunft auch die Inhalte des italienisch-österreichischen Kulturabkommens mitaufnehmen mußte. Man arbeitete deshalb im April 1938 einen stark verkürzten Text aus, in dem alle strittigen Fragen durch Zusatzprotokolle geregelt werden sollten. Dieser in Rom Ende April 1938 überreichte Text stieß bei den Italienern auf blankes Unverständnis⁵⁷. Im Zusammenhang mit dem Hitler-Besuch in Italien im Mai 1938 ruhten dann die Verhandlungen. Auch anschließend zeigten die Italiener trotz mehrerer Nachfragen kein Interesse, den Gesprächsfaden wieder aufzunehmen. Bei den Fünfhundertjahrfeiern der Universität Köln Ende Juni 1938 traf Erziehungsminister Rust mit seinem italienischen Kollegen Bottai zusammen. In ihren Gesprächen vereinbarten die beiden, die Verhandlungen bis zum Herbst abzuschließen und den Vertrag am 28. Oktober in Rom aus Anlaß des Jahrestages des Marsches auf Rom und dem Abschluß der Augustus-Zweitausendjahrfeiern in großer Aufmachung zu unterzeichnen⁵⁸.

Hier ist ein Exkurs über die Kompetenzverteilung im auslandskulturpolitischen Bereich notwendig. Bei der Schaffung des Reichserziehungsministeriums war diesem mit der Übernahme der entsprechenden Abteilungen des Innenministeriums die Kompetenz für die Pflege der wissenschaftlichen, akademischen, studentischen und pädagogischen Beziehungen zum Ausland zugesprochen worden. In diesem Ministerium entstand so eine Auslandsabteilung, die sich vor allem auf das Personal und den Sachverstand des DAAD stützte⁵⁹. Das erste deutsche Kulturabkommen überhaupt, das mit Ungarn, wurde 1936 unter der Federführung des Erziehungsministeriums abgeschlossen und trug die Unterschrift Rusts. Den Vorsitz im Kulturausschuß führte ein Ministerialrat dieses Ministeriums. Rust schien den Ehrgeiz und die Fähigkeit zu haben, eine eigenständige auswärtige Kulturpolitik aufzubauen. Bei den Verhandlungen über die Kulturabkommen mit Japan und Italien kam es 1938 zu einer Kontroverse zwischen Erziehungsministerium und Auswärtigem Amt, bei der dessen neuer Amtschef Ribbentrop sich weitgehend durchsetzen konnte. Rust, der über keine eigene Hausmacht in der Partei und über keinen direkten Zugang zu Hitler verfügte, mußte zugestehen, daß sowohl die Vorbereitungen wie die Durch-

⁵⁵ PA, DBR, 1317/2, Bd. 2, 1.2. 1938, Ciano an Hassell; ebenda, 3.2. 1938, DBR (Plessen) an Ministero degli Affari Esteri.

⁵⁶ PA, Handakten Nachlaß von Mackensen, Bd. 1, 26. 4. 1938, AA (Stieve) an Mackensen.

⁵⁷ Archivio Storico del Ministero degli Affari Esteri, Roma (fortan: ASMAE), Rapporti politici, Germania, busta 56, 8.7. 1938, Ministero Affari Esteri an den Botschafter in Berlin, Atolico. Hier nannte man den deutschen Gegenvorschlag „oltremodo vago“, „non contiene che affermazioni generiche di ben scarsa portata pratica“.

⁵⁸ ASMAE, Rapporti politici, Germania, busta 56, 8.7. 1938, Ciano an Bottai; Giuseppe Bottai, Diario 1935–1944, Milano 1982, S. 121–123.

⁵⁹ Laitenberger, Akademischer Austauschdienst, S. 81 ff.

führung derartiger Abkommen in die Hand des Auswärtigen Amtes gehöre, um so die Kulturpolitik immer „im Einklang mit den machtpolitischen Absichten der deutschen Politik“ führen zu können⁶⁰. Als eine Art Schwanengesang sollte Rust das Abkommen mit Italien unterzeichnen dürfen.

Die Italiener, die Anfang Juli intern der Meinung waren, mit dem völlig unbrauchbaren deutschen April-Entwurf sei man an den Beginn der Verhandlungen zurückgekehrt, schickten im August 1938 einen Kultursachverständigen nach Berlin, der die steckengebliebenen Verhandlungen wieder aufnehmen sollte. Bei diesem handelte es sich um den Germanisten Giuseppe Gabetti, der als Direktor des Istituto Italiano di Studi Germanici in Rom schon an früheren kulturpolitischen Verhandlungen beteiligt gewesen war und das Vertrauen der italienischen Regierung genoß⁶¹. Vom 15. August bis Anfang September weilte Gabetti in Berlin, um in langwierigen Verhandlungen mit der deutschen Seite das Projekt voranzubringen. Als er in der zweiten Septemberwoche zurückkehrte, glaubten beide Seiten, einen fast unterschriftsreifen Entwurf ausgehandelt zu haben. Rust bat das italienische Erziehungsministerium, ein großartiges, vom 14. bis 30. Oktober reichendes, für eine Besucherdelegation von zwei Dutzend Personen gedachtes Reiseprogramm auszuarbeiten, an dessen triumphalem Abschluß am 28. Oktober die Beteiligung an den Revolutionsfeierlichkeiten und die Unterzeichnung des Abkommens stehen sollten. Anfang Oktober erschienen erste Berichte in der italienischen Presse über die bevorstehende Reise⁶². Zur gleichen Zeit bat Rust über die Reichskanzlei um die Reisegenehmigung des Führers⁶³.

Was jetzt folgte, erschien den Beteiligten so brisant, daß die wenigen Aufzeichnungen darüber als geheime Verschlusssache archiviert wurden. Hitler verweigerte nämlich, wenige Tage vor Beginn des Unternehmens, die Reisegenehmigung. Ihm war von unbekannt bleibender Seite zugetragen worden, daß Erziehungsminister Bottai Jude oder Halbjude sei und aufgrund der neuen faschistischen Rassengesetzgebung demnächst aus der aktiven Politik ausscheiden müsse⁶⁴. Rust wurde gezwungen, die Reise kurzfristig abzusagen. Als Vorwand diente eine Führerweisung, er habe „vordringliche Aufgaben im Sudetengebiet“ wahrzunehmen⁶⁵. Die Botschaft in Rom erhielt die Anweisung, den Wahrheitsgehalt der Vorwürfe zu prü-

⁶⁰ Ebenda, S. 87.

⁶¹ Giuseppe Gabetti (1886–1948) war Schüler von Arturo Farinelli und seit 1919 Inhaber des Lehrstuhls für Germanistik an der Universität Rom. Gabetti publizierte bis Ende der zwanziger Jahre zahlreiche Arbeiten zur Geschichte der deutschen Literatur, u. a. über Goethe, Grillparzer, Platen, Mörike und Lenau. 1932 wurde er zum Direktor des neugegründeten Istituto italiano di studi germanici ernannt. Gabetti entfaltete hier eine reiche organisatorische Tätigkeit, ohne noch weiter wissenschaftlich hervortreten.

⁶² So im „Corriere della Sera“, 5. 10. 1938, „Prossima visita a Roma del ministro tedesco dell'Istruzione“.

⁶³ PA, Kult, Generalia 5, Italien, Bd. 2, 1. 10. 1938, Rust an Reichskanzlei.

⁶⁴ Ebenda, 10. 10. 1938, AA an DBR; ebenda, 13. 10. 1938, Aufzeichnung AA (Stieve) über die Gründe der Absage; ebenda, 22. 10. 1938, AA an Büro Ribbentrop.

⁶⁵ Ebenda, 10. 10. 1938, AA an DBR.

fen. Mackensen telegraphierte nach Abschluß der römischen Recherchen, die „arische bzw. katholische Herkunft“ beider Elternteile Bottais sei niemals in Frage gestellt worden. Bottai selbst sei katholisch. „Nach alledem ist er im Sinne der italienischen Rassegesetzgebung weder Jude noch Mischling.“ Selbst bei Nichtzutreffen dieser Angaben sei er von den Rassegesetzen nicht berührt, da er „als hochverdienter Faschist unter die Ausnahmen fallen würde“. Nach Mackensen fehlte jeder Anlaß, von einer „Gefährdung“ der Stellung Bottais zu sprechen⁶⁶. Nachdem Bottai Anfang November gar als Trauzeuge bei der Hochzeit eines Mussolini-Sohnes fungiert und so seine „enge persönliche Verbundenheit“ mit dem Duce dokumentiert hatte, erklärte Mackensen „ein Gefährdung der Stellung des Ministers (für) völlig ausgeschlossen“⁶⁷.

Auf italienischer Seite rief die Verschiebung „erhebliche Enttäuschung“⁶⁸ hervor, die sich bald zu einer „erheblichen Verstimmung“⁶⁹ ausweitete, da das wahre Motiv der Absage bald in Rom bekannt geworden war. Mackensen mußte in einem Gespräch mit Botschafter Attolico gegenüber dessen bohrenden Nachforschungen die Zuflucht zu blanken Lügen nehmen⁷⁰.

In Berlin wurde unterdessen gerätselt, wie das Sorgenkind Kulturvertrag doch noch unter halbwegs akzeptablen Bedingungen der Öffentlichkeit präsentiert werden könnte. Die Italiener boten an, Rust einen Ehrendoktor zu verleihen und ihm so die Möglichkeit einer Italienreise samt Vertragsunterzeichnung zu verschaffen. Auch eine Reise Ribbentrops wurde erwogen, aber verworfen. Schließlich wollte man Heß als Stellvertreter des Führers entsenden, um so „die Bedeutung des Abkommens in besonderer Weise“ hervorzuheben⁷¹.

Ab Anfang November geriet man unter Zeitdruck, da am 25. November, zum Jahrestag des Antikominternabkommens, ein deutsch-japanisches Kulturabkommen unterzeichnet werden sollte und die Italiener aus Prestigegründen unbedingt den Vorrang haben sollten. So begnügte man sich am Ende mit einer „kleinen“ Lösung. Nachdem noch bis zum letzten Moment intensiv verhandelt worden war⁷², fand die Unterzeichnung am 23. November in Rom statt. Während auf italienischer Seite Ciano unterschrieb und mit Alfieri und Bottai noch zwei weitere Minister anwesend waren, sah sich die deutsche Seite nur durch Botschafter Mackensen und den Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, Stieve, repräsentiert. Rusts Ministerium war durch niemanden mehr vertreten.

⁶⁶ PA, DBR, 1317/3, Bd. 3, 10. 10. 1938, AA an DBR; ebenda, 19. 10. 1938, Mackensen an AA; ebenda, 25. 10. 1938, Mackensen an AA.

⁶⁷ Ebenda, 8. 11. 1938, Mackensen an AA.

⁶⁸ PA, Kult, Generalia 5, Italien, Bd. 2, 13. 10. 1938, Aufzeichnung AA.

⁶⁹ Ebenda, 13. 10. 1938, Aufzeichnung AA (Stieve).

⁷⁰ Ebenda, Bd. 3, 14. 11. 1938, Mackensen an Stieve; ebenda, 15. 11. 1938, Mackensen an Attolico.

⁷¹ Ebenda, Bd. 2, 26. 10. 1938, Aufzeichnung AA (Stieve).

⁷² Fast in letzter Stunde erwirkte Reichsminister Frank, daß die von der Akademie für deutsches Recht und dem Comitato per le Relazioni Giuridiche Italo-Germaniche gegründete Arbeitsgemeinschaft in Artikel 7 in den Vertrag mit aufgenommen wurde (ebenda, Bd. 3, o. D., AA (Stieve) an DBR).

Um Bottai zu versöhnen, wurde die deutsche Presse angewiesen, seine „bedeutende Rolle“ beim Zustandekommen des Vertrages „gebührend hervorzuheben“⁷³. Auch Rust mußte, im Hinblick auf „die bekannten Gerüchte“ über die Verschiebung seiner Romreise, „ein warmgehaltenes Begrüßungstelegramm“ schicken⁷⁴. Die deutsche Presse erhielt die Anweisung, der Unterzeichnung des Abkommens „größte Aufmerksamkeit [zu] schenken“⁷⁵. In der DNB-Meldung vom 23. November hieß es, hier sei „ein für die Ausgestaltung und Vertiefung“ der beiderseitigen Beziehungen „entscheidendes Werk geschaffen, das die kulturelle Ergänzung der politischen Achse Rom–Berlin“ bilde und „das bedeutsamste Kulturabkommen“ der Gegenwart darstelle⁷⁶. Die Wiener „Neue Freie Presse“ konstatierte eine „Ausweitung“ der politischen Zusammenarbeit, „die tief in das Seelenleben und in das Massenerlebnis der beiden Völker hineinreicht“⁷⁷. Der „Reichswart“ erblickte „am Horizont dieses Abkommens“ die Möglichkeit eines allmählichen kulturellen Zusammenschlusses aller vom jüdischen Element sich gereinigt habenden europäischen Nationen⁷⁸. Die „Frankfurter Zeitung“ glaubte eine „Magna Charta“ der Kulturbeziehungen neuen Typs entstanden⁷⁹. Ähnlich vollmundig berichtete die ganze deutsche Presse am 23. und 24. November auf den ersten Seiten, zum Teil mit langen Berichten über die Unterzeichnung. Den Vogel schoß Goebbels ab, als er wenige Wochen später eine deutsch-italienische Sendereihe im Zeichen der „Rundfunkachse“ mit der Behauptung eröffnete, „aus dem Zusammenwirken Deutschlands und Italiens [seien] im letzten Jahrtausend auf allen Gebieten der Kunst und Wissenschaft Glanzleistungen der abendländischen Kultur hervorgegangen. Der Block Deutschland-Italien“, sagte er, war in dieser Zeit „das Kernstück des abendländischen Kulturkreises, und die geistig-schöpferische Strahlung dieser tausendjährigen europäischen Basis wirkte in allen Zeiten entscheidend auf alles Kulturleben in der Welt“⁸⁰.

Auf ähnlich triumphale Töne war auch die italienische Presse gestimmt. Im „Popolo d'Italia“ hieß es, dies sei unter den gegenwärtig gültigen Verträgen der „umfassendste und derjenige mit der größten Reichweite“⁸¹. Die von Farinacci herausgegebene Zeitung „Regime Fascista“ attestierte dem Vertrag eine „hervorragende Bedeutung für die Kultur der Gegenwart“⁸². In weitgehender Fehlinterpretation schrieb „Il Giornale d'Italia“, „von heute ab wird im Sprachunterricht das Italienische in Deutschland und das Deutsche in Italien den ersten Platz einnehmen ...

⁷³ Ebenda, Bd. 3, 18. 11. 1938, AA (Aschmann) an DBR.

⁷⁴ Ebenda, Bd. 3, 21. 11. 1938, Mackensen an AA.

⁷⁵ Ebenda, Bd. 3, o. D., Aktennotiz AA.

⁷⁶ Ebenda, Bd. 3, DNB-Meldung vom 23. 11. 1938.

⁷⁷ „Neue Freie Presse“, 24. 11. 1938, „Kulturabkommen mit Italien“.

⁷⁸ „Reichswart“, 1. 12. 1938, „Deutsch-italienische Kulturverflechtung“.

⁷⁹ „Frankfurter Zeitung“, 24. 11. 1938, „Vertiefung und Erweiterung“.

⁸⁰ „Das 12-Uhr-Blatt“ (Berlin), 13. 1. 1939, „Kernstück der abendländischen Kultur. Dr. Goebbels und Botschafter Attolico eröffneten die deutsch-italienische Sendereihe“.

⁸¹ Eine Sammlung italienischer Pressestimmen in: PA, DBR, 1317/4, Bd. 4, „Popolo d'Italia“, 24. 11. 1938, „L'accordo culturale italo-germanico“.

⁸² „Regime Fascista“, 24. 11. 1938, „Accordo culturale italo-tedesco“.

Gestern ist die sprachliche Vorherrschaft der ‚großen Demokratien‘ gefallen.⁸³ Die „Stampa“ sah einen „weiteren Triumph der Achse Rom–Berlin“⁸⁴, der „Corriere della Sera“ entdeckte eine „weitgespannte Kulturpolitik, die endlich der Zeit des Faschismus und der Würde des Landes angemessen ist ... eine totalitäre Außenpolitik, die zugleich in den Bereichen Diplomatie, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur wirkt“⁸⁵. Die „Gazzetta del Popolo“ schließlich kommentierte, „Italien und Deutschland bringen heute ihr kulturelles Erbe in Übereinstimmung und schaffen neben der politischen Achse eine Kulturachse ... Gegenüber Europa und der Welt erscheinen so die beiden totalitären Staaten in allem als ein Block der Gesinnung, des Willens, der Waffen und der Weltanschauung.“⁸⁶ Alle diese Stimmen gehörten zu dem Klima der Selbsttäuschung und der Selbstberauschung, das die Propaganda der beiden Regime nach dem Oktober 1936 schrittweise aufgebaut hatte. Dieser Weihrauch bildete einen integralen Bestandteil des Achsen-Mythos. In Wirklichkeit hatte der Vertrag weit bescheidenere Dimensionen.

Der Inhalt des Vertrages

Der ausgehandelte Vertragstext umfaßte 34 Artikel. Die Präambel war – anders als etwa im italienisch-österreichischen Vertrag, wo die Ähnlichkeit der Weltanschauung beschworen wurde – betont nüchtern gehalten und nannte als Ziele nur „den Ausbau der wechselseitigen kulturellen Beziehungen“ und „die Förderung der gegenseitigen Kenntnis des Geisteslebens beider Völker“. Das Reich erklärte sich bereit, als Gegenstück zu dem Istituto italiano di studi germanici in Berlin ein „Deutsches Institut für das Studium der italienischen und nachrömischen Geschichte und Kultur“ zu errichten⁸⁷. Beide Institute sollten, einschließlich der zugehörigen Bibliotheken, in allen Bereichen der Geisteswissenschaften ausgebaut werden⁸⁸. Als Gegenstück zu dem Kölner Petrarca-Institut war die Gründung eines zweiten bila-

⁸³ „Giornale d'Italia“, 25. 11. 1938, „Diffusione della lingua“.

⁸⁴ „Stampa“, 24. 11. 1938, „L'accordo culturale italo-tedesco“.

⁸⁵ „Corriere della Sera“, 24. 11. 1938, „Il conte Ciano e von Mackensen hanno firmato a Palazzo Chigi un accordo culturale italo-tedesco“.

⁸⁶ „Gazzetta del Popolo“, 24. 11. 1938, „L'accordo culturale italo-tedesco“.

⁸⁷ Die italienische Übersetzung von „nachrömisch“ lautete „della romanità“. Die italienische Seite hegte die Besorgnis, daß die römisch-lateinische Kultur gemäß älteren deutschen Traditionen „unter dem Zeichen der Nachahmung des Griechentums“ betrachtet werden könne und daß Rom in Kunst, Literatur usw. zu einer „hellenischen Kolonie“ gemacht werden könnte. Die italienische Seite hoffte absichern zu können, daß der eigenständige und substantielle Beitrag Roms zur Kultur der Menschheit gebührend zur Geltung komme; PA, DBR geh., Bd. 75, 17. 4. 1940, AA an DBR, Übersendung eines Memorandums des I. R. C. E. vom 2. 6. 1939.

⁸⁸ Über die Aufgaben des Istituto Italiano di Studi Germanici hieß es in Art. 3, dieses solle „die wichtigste italienische Einrichtung für das Studium der deutschen Sprache, Geschichte, Kultur, Literatur, Kunst, Philosophie und Staatswissenschaft“ werden. Unter Verzicht auf das „germanische“ Skandinavien war damit der Institutsauftrag auf Deutschland eingeschränkt.

teralen Kulturinstituts mit vorwiegend technisch-ökonomischem Aufgabenbereich in Mailand vorgesehen. Die italienische Seite erklärte außerdem ihre Absicht, neben dem Wiener Kulturinstitut zwei weitere in Berlin und München gründen zu wollen.

Für den Sprachenbereich erklärte die deutsche Seite, daß die Romanistik an den deutschen Universitäten künftig das Italienische stärker berücksichtigen werde und daß an zwei Universitäten Lehrstühle „für italienische Sprache und Literatur“ eingerichtet würden (Art. 9). Außerdem sollten zwei Gastprofessuren für die Geschichte und Kultur des anderen Landes in Rom und Berlin errichtet werden.

Bei den im einzelnen aufgeführten deutschen Instituten in Italien erklärte sich die italienische Regierung bereit, die „Verfügungsbeschränkungen“ aufzuheben, die das Reich bei der Wiederfreigabe etwa des Archäologischen und des Kunsthistorischen Instituts hatte akzeptieren müssen (Art. 6). Als Gegenleistung sagte das Reich zu, die Bibliotheken nicht aus Italien zu entfernen. „Damit ist“, wie es in einem internen Kommentar hieß, „jetzt wohl das letzte Stück Versailles zwischen Deutschland und Italien beseitigt“⁸⁹.

Zu der lange umkämpften Lektorenfrage hieß es jetzt in Art. 10, diese sollten „in der Regel nur unter solchen Personen ausgewählt werden, welche die Staatsangehörigkeit des anderen Landes besitzen und von diesem der sie berufenden Behörde als für eine Lektorenstelle geeignet vorgeschlagen worden sind“. Trotz der Einrichtung einer Vorschlagsliste schien die italienische Seite mit dieser „Kann-Bestimmung“ weitgehend ihre Vorstellungen durchgesetzt zu haben. Schon wenige Monate später jedoch einigten sich beide Seiten darauf, daß als Lektor nur in Frage kommen könne, „wer seiner Persönlichkeit, seiner politischen Überzeugung und seiner Vorbildung nach als wahrer Vertreter seines Volkes und seiner nationalen Kultur anzusehen“ sei⁹⁰.

Die breit ausgeführten Artikel über Schüler- Studenten-, Praktikanten-, Assistenten- und Professoren austausch, die Anerkennung von Semestern, Studienjahren und Hochschuldiplomen, die Verbreitung von Büchern und Zeitschriften, die Förderung von Übersetzungen, die Erleichterung des Leihverkehrs zwischen Archiven und Bibliotheken usw. gingen nicht über unverbindliche Absichtserklärungen hinaus. Immerhin ist aufschlußreich, daß die Italiener bei einer Intensivierung der Kulturbeziehungen stärker zu profitieren hofften auf den Gebieten der Medizin, der Biologie, der Mathematik und der Naturwissenschaften im allgemeinen, während sie in

⁸⁹ PA, Kult. Deutsche Kulturverträge, Generalia 5, Italien, Bd. 3, o. D., „Denkschrift“ AA über die Entstehung des Abkommens.

⁹⁰ PA, Kult, Pol V/O, „Abschluß und Durchführung von Kulturverträgen, Deutsch-Italienischer Kulturausschuß 1939–1942“; „Niederschrift über die in der Zeit vom 7.–13. Juni 1939 im Harnack-Haus, Berlin-Dahlem, ... geführten Verhandlungen des ... deutsch-italienischen Kulturausschusses“, S. 4. In der bei gleicher Gelegenheit getroffenen „Vereinbarung über Lektorate an wissenschaftlichen Hochschulen“ (Anlage 3) hieß es dagegen weiterhin: „Wer im Unterrichtswesen seines eigenen Landes als Lektor für die Sprache des anderen Landes angestellt ist, muß nicht nur die Sprache, die er lehrt, beherrschen, sondern bedarf auch einer eingehenden Kenntnis der Kultur und des gegenwärtigen geistigen und politischen Lebens des anderen Landes.“

den Bereichen der Kunst, der Literatur, der Rechtswissenschaften und der Moralphilosophie einen Vorsprung zu haben glaubten⁹¹.

Brisant waren die in Art. 18 aufgeführten Bestimmungen über die Ausweitung des beiderseitigen Sprachunterrichts. Rom erklärte, man werde den Deutschunterricht an den Höheren Schulen schrittweise dem Englischunterricht gleichstellen. Nach einer Aufstellung des Mailänder Generalkonsulats aus dem Jahre 1937 stand das Verhältnis der drei wichtigsten in Italien gelehrt Fremdsprachen Französisch, Englisch und Deutsch in einer Relation von 10:5:3⁹². An den staatlichen Höheren Schulen (*ginnasi, licei scientifici, istituti tecnici superiori, istituti magistrali inferiori*) gab es 1936 für Französisch 936, für Englisch 479 und für Deutsch 293 Lehrstellen⁹³.

Auf der Gegenseite sahen die Italiener im Bereich des höheren Schulunterrichts eine „für uns ... völlig nachteilige Situation“⁹⁴ und verlangten energisch eine Gleichstellung. Diese Klage war nicht unberechtigt. Außerhalb Bayerns wurde Italienisch nirgendwo als Pflichtfach unterrichtet. Im Kulturvertrag mit Österreich hatte Rom erreicht, daß das Italienische in Zukunft als „Obligat-, Relativobligat- oder Freigegegenstand“ eine bedeutende Position als zweite Fremdsprache einnehmen sollte. Die deutsche Seite erklärte sich nun bereit, das Italienische langfristig dem Französischen gleichzustellen. „Die Deutsche Regierung“, so hieß es in Art. 18, „wird dafür Sorge tragen, der italienischen Sprache an den deutschen höheren Schulen allmählich eine Stellung zu geben, die der keiner anderen romanischen Sprache nachsteht.“

Um diese merkwürdig verdrehte, mit Rücksicht auf die spanisch-deutschen Kulturvertragsverhandlungen gewählte Formulierung war lange gerungen worden. Die Italiener glaubten, wichtige Positionsgewinne erreicht zu haben. Ciano äußerte intern, die Deutschen seien den italienischen Wünschen weit entgegengekommen. „Zum ersten Mal wird in den Höheren Schulen Deutschlands der Italienischunterricht eingeführt und ihm die Gleichstellung mit dem Französischunterricht gewährt.“ Und zweitens werde „festgelegt, daß bei dem bislang auf das Französische beschränkten Studium der Romanistik an allen Universitäten die italienische Sprache und Literatur effektiv und auf Dauer, auch bei den Examen, einbezogen wird“⁹⁵. Wieviel Wunschdenken bei dieser Einschätzung mit im Spiel war, sollten schon die nächsten Jahre zeigen.

Aus den großen Projekten, dem beiderseitigen Sprachunterricht über die Parteiorganisationen eine neue Massenbasis zu verschaffen, ging der Art. 19 hervor, in dem es knapp hieß, die NSDAP und der Partito Nazionale Fascista würden den Sprachunterricht fördern. Voller Enthusiasmus preschten hier – zum großen Ärger des Auswärtigen Amtes – die Reichsjugendführung und die Deutsche Arbeitsfront

⁹¹ PA, DBR geh., Bd. 75, 2. 6. 1939, Aufzeichnung I. R. C. E.

⁹² PA, DBR, 1317/1, Bd. 1, 12. 2. 1937, Generalkonsul Mailand (Windelen) an DBR, „Deutscher Sprachunterricht in Italien“.

⁹³ Ebenda.

⁹⁴ ASMAE, rapporti politici, Germania, busta 56, 8. 7. 1938, MAE an italienische Botschaft Berlin.

⁹⁵ ASMAE, rapporti politici, Germania, busta 56, 17. 9. 1938, Zirkular MAE (Ciano).

vor, indem schon im Oktober 1938 auf den Ordensburgen und den Adolf-Hitler-Schulen das Italienische – auf Kosten des Französischen – zur zweiten Pflichtfremdsprache erklärt wurde⁹⁶.

Art. 21 verpflichtete beide Seiten, „dafür Sorge zu tragen, daß der Inhalt der für den Unterricht zugelassenen Schulbücher der geschichtlichen Wahrheit und dem Geist der deutsch-italienischen Verständigung entspricht“. Eine eigens eingesetzte Schulbuchkommission bemühte sich bis 1942 vergeblich, Kriterien für eine solche Schulbuchrevision zu erarbeiten. Anfangs hielt man es für gangbar, daß jede Seite ihre eigenen Texte revidierte. Erst 1942 vereinbarte man einen Schulbuchtausch und plante eine Kritik der Erzeugnisse der Gegenseite⁹⁷. Die Schwierigkeiten begannen schon im Begrifflichen. Sollte es bei den Goten – oder den Langobardeneinfällen heißen „Völkerwanderung“ – „trasmigrazione dei popoli“ – oder „invasione dei barbari“⁹⁸?

Der politisch brisanteste Passus des Vertrages war der Art. 26, in dem es hieß, beide Seiten würden „die Übersetzung oder Verbreitung von Werken, die sich unter Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit gegen das andere Land, gegen seine Staatsform oder seine Staatsführung richten, und von entstellenden Werken (Tendenzliteratur) politischer Emigranten des anderen Landes verhindern“. Ein solcher Passus war weder in dem Blahutschen Entwurf noch in dem ersten Vorschlag der römischen Botschaft enthalten gewesen. Erst Botschaftsrat Eitel, 1937 Mitglied der deutschen Botschaft in Rom und gleichzeitig Landesleiter Italien der Auslandsorganisation der NSDAP, hatte entsprechende Überlegungen eingebracht⁹⁹. Hier wie an vielen anderen Stellen wird sichtbar, daß Rassismus und Antisemitismus wie ein permanent radikalisiertes Prinzip wirkten, das die jeweils extremsten Positionen prämierte. Im ersten offiziellen deutschen Vertragsentwurf vom Oktober 1937 hatte der Geßlerhut als Art. 17 folgenden Wortlaut: „Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, literarische und künstlerische Erzeugnisse, die das nationale Empfinden des anderen Landes gröblich verletzen, zu verbieten.“¹⁰⁰ Hier war also nicht von Emigrationsliteratur insgesamt die Rede. Aus dem kürzeren deutschen Vorschlag vom April 1938 war der Fragenkomplex wieder verschwunden. Erst in den August-Verhandlungen 1938 tauchte dieser Punkt wieder auf, zuerst als Anhang zu einem Arti-

⁹⁶ PA, Kult, Kulturverträge, Generalia 5, Italien, Bd. 2, 26. 10. 1938, Der Jugendführer des Deutschen Reichs an AA. Eine Pressemitteilung Baldur von Schirachs nannte diesen Schritt „eine seelische und kulturpolitische Kräftigung der Achsenpolitik Hitler-Mussolini für eine ferne Zukunft“ (ebenda).

⁹⁷ Vgl. die Passagen in den jeweiligen Tagungsprotokollen, 1940, S. 24; 1941, S. 16 f.; 1942, S. 8 (PA, Kult, Pol V/O; vgl. Anm. 90).

⁹⁸ Alberto Pirelli, *Taccuini 1922/43*, Bologna 1984, S. 347.

⁹⁹ PA, DBR, 1317/2, Bd. 2. Hier eine undatierte „Kurze Gegenüberstellung des deutschen und des italienischen Entwurfs eines Kulturabkommens“. Bei Art. 22 heißt es „An Art. 22 des italienischen Entwurfs kann zweckmäßigerweise auf Anregung von Herrn Gesandtschaftsrat Eitel eine Bestimmung zugefügt werden über das Verbot der Einführung in das Gebiet des einen Staates von Schriften, die im anderen Staat verboten sind.“ Dazu handschriftlicher Zusatz „wird auch in Berlin durch Herrn Eitel vorgetragen werden“.

¹⁰⁰ Ebenda.

kel über beiderseitige Literaturförderung, dann – in endgültiger Fassung – in verschärfter und auf die gesamte Emigrationsliteratur ausgedehnter Form. Ob Gabetti und die italienische Botschaft gegen die Aufnahme dieses neuartigen, offensiven und zu Interventionen einladenden Themas Widerstand geleistet haben, ist aus den Akten nicht zu ersehen. Immerhin mag der Übergang zur Rassenpolitik, der sich im „Rassenmanifest“ vom 14.7. 1938 ankündigte, der italienischen Seite die Annahme derartiger folgenschwerer Zensurvorschläge erleichtert haben. Das Terrain war unter anderem durch die Aktivitäten des Ende 1936 in Rom gegründeten „Antikommunistischen Studienzentrums“ vorbereitet worden (es verfügte über intensive Kontakte zum Berliner Propagandaministerium und zur Auslandsorganisation der NSDAP), das dafür warb, der „Infiltration jüdischer Literatur“ in Italien ein Ende zu bereiten¹⁰¹. Die deutsche Seite jedenfalls fühlte sich im August 1938 ihrer Sache schon so sicher, daß sie gegen Veröffentlichungen „antideutschen Charakters“ von „ex-deutschen Schriftstellern, denen ... wegen ihrer aufhetzerischen Haltung ... die Staatsbürgerschaft entzogen wurde“, zu intervenieren begann¹⁰². So protestierte die Botschaft gegen die Aufnahme von Werken von Emil Ludwig, Stefan Zweig, Thomas Mann und Franz Werfel in eine Bibliographie für Volksbüchereien¹⁰³.

Der Artikel 26 war eindeutig auf deutsche Initiative hin entstanden und spiegelte die Interessen der Nationalsozialisten. Auf italienischer Seite begann man dunkel zu ahnen, welche zerstörerische Brisanz nach innen wie nach außen das neue pseudo-religiöse Rassenprinzip, „der eigentliche ‚Mythos‘ des Dritten Reiches“, für die Zukunft haben konnte. „Das Rassenprinzip bildet seinen eigentlichen geistigen und vitalen Kern, es repräsentiert das prononciert Neue.“¹⁰⁴ Im Überschwang der neuen Achsenfreundschaft zog man aber keine Konsequenzen. Eine italienische kulturelle Emigration hat es bis 1938 nur in Einzelfällen gegeben. Werke, die man aus dem deutschen Buchhandel oder aus den neuen Verlagsprogrammen hätte entfernen können, waren so gut wie nicht vorhanden. Die Schriften von Silone, Salvemini, Sturzo, Borgese usw. waren schon mit dem Jahr 1933 aus der Zirkulation verschwunden. In den Akten ist kein einziger Fall überliefert, wo die italienische Seite gegen diese Form von „anti-italienischer“ Literatur protestiert hätte. Soweit erkenn-

¹⁰¹ Über die Rolle des „Antikommunistischen Studienzentrums“ ausführlich Klaus Voigt (wie Anm. 8).

¹⁰² ASMAE, Affari politici, Germania, busta 56, ca. 1. 8. 1938, MAE an Ministero della Cultura Popolare. Es handelte sich um den „Indicatore bibliografico dell' Ente Nazionale per le biblioteche popolari e scolastiche“, ebenda auch ein Briefwechsel über dieses Thema. Die beanstandeten Bände wurden eingezogen.

¹⁰³ Ebenda, 29. 8. 1938, Ente Nazionale per le Biblioteche Popolari e Scolastiche an Ministero dell'Educazione Nazionale. Durch ein zweites Rundschreiben ist vom Kauf der inkriminierten Bände abgeraten worden.

¹⁰⁴ Ebenda, 14. 2. 1938, Attolico an MAE, übermittelt ein Memorandum „La politica della razza del Terzo Reich“, verfaßt von dem Marchese Raimondo Giustiniani (19 Seiten). Der aufschlußreiche Text schließt: „Il tempo lavora per il razzismo nazionalsocialista la cui forza di attrazione va crescendo, mentre già nei paesi vicini si vanno delineando le possibili linee di frattura. Sicura della sua forza, la Germania nazionalsocialista, che ha avuto l'audacia di fare per prima nel mondo l'esperimento razzistico, lavora e attende.“

bar, machte Rom von seinen Interventionsmöglichkeiten nur selten Gebrauch. Von höchster Empfindlichkeit zeigte man sich im Bereich der politischen und kulturellen Traditionen Südtirols. Ein weiterer Dollpunkt lag dort, wo man die „Ehre“ oder das „Ansehen“ des neuen imperialen Italien und seiner historischen Traditionen verletzt glaubte¹⁰⁵.

Die Durchführung des Abkommens

Die Ratifizierung des Vertrages zog sich bis zum Mai 1939 hin¹⁰⁶. Nach Abschluß aller Formalien konnte die in Artikel 33 vorgesehene bilaterale Kommission vom 7. bis 13. Juni 1939 in Berlin unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Stieve und Senator Balbino Giuliano zusammentreten. Aus der Kulturkommission gingen weitere Unterausschüsse hervor, so einer für Unterrichtsfragen, ein weiterer für Lektorate und ein dritter für Fragen von Literatur und Kunst. Diese Unterausschüsse tagten zum Teil gesondert. Die Kulturkommission hat sich bis 1943 insgesamt viermal getroffen, zuletzt im Mai 1942 in Rom. Die Protokolle samt zahlreicher Annexe liegen als dienstinterner Druck vor¹⁰⁷.

Diese kulturpolitische Aktivität hatte natürlich auch auf die deutschen Institute in Italien ihre Auswirkungen. Seit der Jahreswende 1938/39 plante man in Berlin eine Zusammenfassung der im befreundeten Nachbarland wirkenden Institute, um so kulturpolitisch schlagkräftiger auftreten zu können. Nach Ansicht des Auswärtigen Amtes übten diese Einrichtungen nämlich nur einen sehr beschränkten Einfluß „auf das italienische Geistesleben“ aus. Notwendig sei deshalb eine „einheitliche kulturpolitische Leitung“. Die Berliner planten, einen ständigen Vertreter des kulturpolitischen Ausschusses in Rom zu installieren, dem zugleich auch die Institute in allen kulturpropagandistischen Fragen unterstellt werden sollten¹⁰⁸. Diese Pläne haben sich nicht realisieren lassen, weil Hitler drei Monate nach Ratifizierung des Kulturabkommens den Krieg gegen Polen entfesselte und damit den europäischen Kon-

¹⁰⁵ Ein fast groteskes Beispiel illustriert diesen Sachverhalt. Im Frühjahr 1941 protestierte das italienische Außenministerium in Berlin gegen die Veröffentlichung von Wilhelm Waiblinger, Briten in Rom, Leipzig, Kurt Weller Verlag, 1941. Dies sei eine Darstellung, in der die Italiener als ein „Volk von Stiefelputzern, Droschkenkutschern, Volksliedersängern und Spießern“ dargestellt würden. Eine solche Schilderung des italienischen Volkscharakters sei inakzeptabel und nicht geeignet, „die gegenseitige Achtung zwischen den beiden eng befreundeten Völkern zu vertiefen und zu fördern“. Berlin erklärte sich sofort bereit, weitere Auflagen zu verhindern, wies aber gleichzeitig darauf hin, daß es sich bei dem beanstandeten Werk um eine Veröffentlichung aus dem Jahre 1828 handele. In der Tat war die witzige Satire des schwäbischen Dichters Waiblinger auf den frühen englischen Tourismus in Rom mit seinen Marotten und Phobien zuerst in „Reiners Taschenbuch“ 1828 erschienen; PA, DBR, 1406b/4, 26. 4. 1941, Aufzeichnung DBR über Besuch Botschafter Rocco.

¹⁰⁶ PA, Kult V, Kulturausschüsse, Verträge 2, Italien, Bd. 1, 25. 5. 1939, Aufzeichnung AA.

¹⁰⁷ Vgl. Anm. 90.

¹⁰⁸ PA, DBR, Deutsch-italienischer Kulturvertrag, Bd. 4 (1317/4), 17. 8. 1939, AA (Stoltzmann) an DBR; 31. 8. 1939, DBR (Reichert) an AA.

flikt auslöste. Naturgemäß hatte der Krieg tiefe Auswirkungen auf die kulturellen Beziehungen und auf die Pläne der beiden beteiligten Länder. Viele der geplanten Vorhaben blieben auf halber Strecke liegen oder wurden gar nicht erst angepackt. Zugleich beschleunigte der Krieg den Prozeß der Politisierung und Instrumentalisierung, dem die Kultur seit 1933 unterworfen gewesen war. „Kulturpolitik“, so formulierte es jetzt einer der Beteiligten, durfte nichts anderes mehr sein als „die Totalmobilmachung für den geistigen Kampf zur Erreichung der von der Politik gewiesenen Ziele“¹⁰⁹. Sie wurde so zur „Kulturpropaganda“¹¹⁰.

Keines der im Vertrag vorgesehenen Institute kam zustande. Lediglich an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität wurde eine Abteilung für Volks- und Landeskunde Italiens eingerichtet. Die Professur vertrat kommissarisch der Italienreferent im Büro Ribbentrop, Dr. Prinzing. Die beiden Italianistik-Lehrstühle wurden geschaffen; den Kölner hatte 1940/41 Prof. Friedrich Schürin inne¹¹¹, den Münchener vertrat Karl Vossler. Als sein Nachfolger war Gerhard Rohlf vorgesehn¹¹². Als Gastprofessoren in Rom und Berlin wirkten Franco Valsecchi, Wilhelm Pinder und Johannes von Leers. Auch hier also die insgesamt bezeichnende Mischung von hoher wissenschaftlicher Qualifikation auf der einen und politisch-ideologischem Engagement auf der anderen Seite. Die Zentralisierung der akademischen Kontakte wirkte sich so negativ aus, daß man schon 1940 die Gastvorträge wieder dem „unmittelbaren Einvernehmen“ der Universitäten zu überlassen gedachte¹¹³.

Am „Istituto Italiano di Studi Germanici“ in Rom richtete man ab 1940/41 jeweils zehn Stipendiaten zugängliche zweijährige Kurse „für die Ausbildung von Akademikern in deutscher Sprache, Kultur, Geschichte usw.“ ein, deren Absolventen bevorzugt als Lektoren und Sprachlehrer eingesetzt werden sollten¹¹⁴.

Auch der breitgefächerte Schüler-, Praktikanten-, Studenten-, Assistenten- und Dozentenaustausch blieb weitgehend auf dem Papier. Eine große parteiamtliche Kommission auf deutscher Seite tagte monatlang, um die vorgesehene, auf 5–6000 Bände geplante „Bibliothek zum Studium des Nationalsozialismus“ zusammenzustellen. 1941 hieß es, das große Werk stehe vor dem Abschluß; die Italiener scheinen aber diese Bibliothek nie erhalten zu haben. Damit scheiterte auch das von W. Hoppenstedt lancierte, vom Auswärtigen Amt und von der römischen Botschaft

¹⁰⁹ Theodor Blahut, Gedanken zu einer Kulturpolitik im Kriege, in: Rundmitteilungen der Zweigstelle Rom des DAAD, Nr. 6 vom 1. 4. 1940; ein Exemplar in: PA, DBR geh., Bd. 75.

¹¹⁰ Vgl. die zwischen Botschafter Mackensen und dem Landesgruppenleiter Italien der AO vereinbarten „Richtlinien für Kulturpropaganda“ in Italien, in: PA, DBR geh., Bd. 71.

¹¹¹ PA, Kult V, Akten betreff. Kultur-Ausschüsse, Bd. 1, Verträge 2, Italien: „Übersicht über die zu den einzelnen Artikeln des deutsch-italienischen Kulturabkommens vom 23. 11. 1938 auf den Tagungen des deutsch-italienischen Kulturausschusses in Berlin im Juni 1939, in Rom im Februar 1940 und in München im April 1941 angenommenen Entschlüssen“, Berlin 1941 (gedruckt in der Reichsdruckerei).

¹¹² Ebenda.

¹¹³ Ebenda.

¹¹⁴ Ebenda.

„als dringendes Erfordernis ... der deutschen Kulturpropaganda“ unterstützte Projekt, eine Doublette dieser Bibliothek im Wert von 1 Million RM in der Hertziana einzustellen¹¹⁵. Auch auf italienischer Seite kam die „Bibliothek zum Studium des Faschismus“ nicht über anfängliche Planungen hinaus.

Erfolgreicher verlief die Zusammenarbeit im bibliographischen Bereich. Ab 1940 lieferten beide Seiten vierteljährliche, durch das Propagandaministerium und das I.R.C.E. erstellte Auswahllisten „der besten Neuerscheinungen aller Schriftumsgebiete“, die gleichzeitig Anschaffungsvorschläge für die Bibliotheken enthielten¹¹⁶. Die so lange umstrittene Lektorenfrage hatte sich schon im Herbst 1938 durch den Übergang Italiens zur Rassenpolitik „von selbst“ gelöst. Auf Anweisung Roms wurden Reichenberger, Braun, Kristeller, Silbermann und andere Exildeutsche fristlos entlassen. Bei der nun reichseinheitlich geregelten Wahl der Nachfolger – die zuständigen italienischen Stellen konnten auf einer Kandidatenliste ihnen zusagende Bewerber aussuchen – hatte man mehrfach eine glückliche Hand. Zu den nach 1939 in Italien tätigen Lektoren gehörten später so bekannte Namen wie August Buck, Clemens Heselhaus, Werner Ross oder Horst Rüdiger.

Das Problem der Lektoren blieb gleichwohl auf der Tagesordnung. Nach einer Notiz im „Völkischen Beobachter“ vom 17. Juni 1939¹¹⁷ gab es zu diesem Zeitpunkt in Italien 24 Lektoratsstellen, von denen 9 mit Deutschen besetzt waren; in Deutschland gab es 32 Lektorate, von denen Italiener 23 innehatten. Hier schien eine massive Benachteiligung der deutschen Seite vorzuliegen. In Berlin betrachtete man nämlich auch die Italiener als Inhaber deutscher Lektorate mit Mißtrauen. Die Verantwortlichen dachten weitgehend in kulturimperialistischen Kategorien und verloren völlig aus den Augen, welche wichtige Rolle die italienische Germanistik für die Verbreitung der deutschen Sprache und Kultur in Italien haben konnte. So beglückwünschte man sich zu einem Sieg der deutschen Sache, als der in Mailand als Lektor wirkende Ladislao Mittner durch einen deutschen Nachfolger ersetzt werden konnte. Mittner gilt heute als der bedeutendste italienische Germanist seiner Generation¹¹⁸. 1942 hatte die deutsche Seite ihr Ziel fast erreicht. Nach einer Aufstellung des Kulturausschusses gab es zu diesem Zeitpunkt 31 deutsche Lektorate in Italien, die von 20 Deutschen und 8 Italienern besetzt waren (Es gab drei Doppelvertretungen.). Zwei Drittel der Lektoren waren also deutsch¹¹⁹.

In der Frage der Intensivierung des Sprachunterrichts glaubten die Italiener, viel

¹¹⁵ PA, Akten DBR, 1392 b, Kaiser-Wilhelm-Institut für Kulturwissenschaften, Bd. 1.

¹¹⁶ PA, Kult V, Kultur-Ausschüsse, Bd. 1, „Übersicht“.

¹¹⁷ „Die Kulturachse. Der Ausbau des deutsch-italienischen Abkommens“, in: „Völkischer Beobachter“, 17. 6. 1939.

¹¹⁸ Ladislao Mittner (1902–1976?), Autor u. a. von: *La concezione del divenire nella lingua tedesca*, Milano 1931; *Grammatica della lingua tedesca*, Milano 1933; *L'opera di Thomas Mann*, Milano 1936; *Storia della letteratura tedesca*, 3 Bde, Torino, 1964–1977. Zu seiner Biographie vgl. Ladislao Mittner, *Appunti autobiografici*, in: *Annali della facoltà di lingue e letterature straniere di Ca' Foscari*, vol. XI, 2, 1972, S. 252–272, S. 266 ff., ebenda auch eine Werkbibliographie.

¹¹⁹ PA, Kult Pol V/O, „Niederschrift“ (vgl. Anm. 90).

Terrain gewonnen zu haben. Im ersten Überschwang wurde im Frühjahr 1939 in Rom ein „Vierjahresplan“ für die Verbreitung der italienischen Sprache in Deutschland konzipiert¹²⁰. Die Wahlmöglichkeiten der Eltern bei der zweiten und dritten Fremdsprache wie auch das Fehlen geeigneter Lehrkräfte behinderten aber eine Ausweitung des Italienischen entscheidend. Im Erziehungsministerium hieß es schon 1938, eine Erfüllung der italienischen Wünsche sei nicht möglich, „ohne ... das Erziehungsrecht der Eltern und das Mitbestimmungsrecht der Gemeinden ... wesentlich zu beschränken“¹²¹. Damals wurden zwei Drittel der Schulen in Preußen von den Gemeinden unterhalten. Deshalb versuchte Rom in einem zweiten Schritt, eine Stufe höher, durch eine Änderung der Staatsexamensordnung die Anerkennung des Italienischen als vollem Studienfach zu erreichen. Die deutsche Seite erklärte jedoch, eine „Neuordnung der Pflichtsprachen“ sei erst bei Kriegsende möglich¹²². So konnte man zwar deutscherseits mit hohen prozentualen Erfolgszahlen aufwarten, quantitativ jedoch blieben die Ergebnisse bescheiden und lagen weit hinter den Erwartungen des Vertragspartners zurück. 1940 wurde Italienisch als 3. Fremdsprache an 65 Oberschulen unterrichtet und erfaßte 997 Schüler. An weiteren 161 Schulen gab es Italienisch als wahlfreien Unterricht mit zumeist zwei Wochenstunden (1940 4169 Schüler)¹²³. „Die wirkliche Kenntnis unserer Sprache“, so schrieb 1941 der „Messaggero“, „beschränkte sich in Deutschland in den vergangenen Jahren auf einen vergleichsweise sehr kleinen Kreis von Personen.“ Mit Blick auf das Englische oder das Französische handle es sich um „ein zartes Pflänzlein“, verglichen mit „wettererprobten alten Eichen“¹²⁴. Daran sollte sich in den Folgejahren und bis heute nichts ändern.

Vergleichsweise günstiger war es um den deutschen Sprachunterricht in Italien bestellt. Der Erste Weltkrieg und seine Folgen hatten zwar die deutsche Position erheblich in Mitleidenschaft gezogen, aber schon in den zwanziger Jahren hatte das Deutsche als dritte Fremdsprache an italienischen Schulen erheblich an Boden wettgemacht¹²⁵. Die im Kulturvertrag vorgesehene Gleichstellung mit dem Englischen war 1939 in greifbarer Nähe. Nach einer Übersicht über das Schuljahr 1940/41 lautete das Verhältnis der Lehrstellen an Höheren Schulen aller Typen in Italien: Französisch: 1860, Englisch: 459, Deutsch: 374, Spanisch: 65. Für das Schuljahr 1941/42 hatte das Deutsche einen Zuwachs von 186 Lehrstellen auf 560 zu verzeichnen, während sie bei den beiden anderen Sprachen stagnierten¹²⁶. Erst die

¹²⁰ PA, Kult V, Akten betr. Kultur-Ausschüsse, Bd. 1, Verträge 2, Italien, Aktennotiz AA, o. D., über Besuch Pavolini.

¹²¹ PA, Kult. Gen., Akten betr. Deutsche Kulturverträge, Generalia 5, Italien, Bd. 2, Aufzeichnung AA (Pfleiderer), 5. 9. 1938, über den Stand der Verhandlungen.

¹²² PA, DBR, 1406 c/3, Bd. 4, „Niederschrift über die Tagung des deutsch-italienischen Kulturausschusses“, Rom 4.–8. 5. 1942 (gedruckt in der Reichsdruckerei).

¹²³ Ebenda.

¹²⁴ Edoardo Senatra, Una libreria italiana nel cuore di Berlino, in: „Messaggero“, 7. 10. 1941.

¹²⁵ Vgl. Anm. 92.

¹²⁶ PA, DBR, 1414, Bd. 1, 27. 11. 1941, F. Siebert an DBR.

Erfahrungen der Kriegs- und Resistenzzeit (der Kampf gegen den deutschen Eindringling führte vielfach auch zu einer Tabuisierung seiner Sprache) hat dann das Deutsche als Lehrgegenstand weit zurückgeworfen und aus dem Schulunterricht fast ganz verschwinden lassen.

Die Frage der jüdischen und der „antideutschen Tendenzliteratur“ beschäftigte die beteiligten Stellen noch länger. Schon in den Jahren 1937/38 hatten sich die italienischen Verleger zunehmend aus diesem offensichtlich prekärer werdenden Sektor zurückgezogen. Die Übersetzungsstatistik nennt hier einige aufschlußreiche Zahlen. 1936–1939 wurden aus dem Deutschen ins Italienische 597 Werke, darunter 276 der Belletristik, übersetzt; umgekehrt waren es 134 (21). Das deutsche Buch hatte in Italien traditionell einen hohen Anteil an wissenschaftlicher, technischer, medizinischer und theologischer Literatur. Auch das Unterhaltungsschrifttum, etwa die Romane von Hedwig Courths-Mahler, Eugenie Marlitt, G. Heimbürg oder Elisabeth Werner wiesen hohe Übersetzungsquoten auf. In diesem Bereich wirkte sich die Veränderung der politischen Großwetterlage kaum aus. Schlüsselt man die oben genannten Zahlen auf die einzelnen Jahre auf, so wurden 1936: 144 (Belletristik: 56), 1937: 150 (75), 1938: 193 (100) und 1939: 110 (45) Werke aus dem Deutschen übersetzt¹²⁷. Der bruske Abfall 1939 hing mit dem Kriegsbeginn zusammen, hatte aber auch andere Gründe. Waren bis 1937 noch zahlreiche Werke von Thomas und Heinrich Mann, Werfel, Wassermann, Kafka, Döblin, Feuchtwanger und anderen „verfemten“ Autoren erschienen, so wurde dieser Zustrom schon 1938 zu einem Rinnsal¹²⁸. In diesem Jahr erschienen noch Werke von Erich Kästner, Carl Zuckmayer, Alfred Döblin, Stefan Zweig und Vicki Baum. 1939 kam dann das Ende. Da für alle Übersetzungen eine Genehmigung des Ministero di Cultura Popolare notwendig war, wurden Werke „deutschfeindlicher Autoren“ nicht mehr verlegt¹²⁹. Der DAAD Rom schrieb im Mai 1940, es sei erfreulicherweise festzustellen, daß das „deutsche Emigrantenschrifttum so gut wie völlig aus der italienischen Literatur verschwunden“ sei. Lediglich ein Frühwerk von Friedrich Wilhelm Foerster sei noch nachgedruckt worden¹³⁰.

Die von italienischer Seite zugestandene Verfemung wirkte auch ohne scharfes administratives Durchgreifen. Auf Rentabilität bedachte Verleger konnten es nicht riskieren, durch Vertriebsverbot auf einer ausgedruckten Auflage sitzen zu bleiben.

¹²⁷ Index Translationum, hrsg. vom Völkerbund, Paris, Heft 1, Juli 1932 ff.; Charlotte Bauschinger, Das deutsche Buch in fremden Sprachen. Statistik der Übersetzungen für das Jahr 1939, in: Deutsche Kultur im Leben der Völker, 16 (1941), Heft 2, S. 221–S. 279, besonders S. 226 ff.: „Das Sinken der Übersetzungen aus dem Deutschen ist bis zu einem gewissen Grade insofern erklärlich, als sich infolge des deutsch-italienischen Kulturabkommens das italienische Übersetzungswesen gleichsam einem Reinigungsprozeß hinsichtlich der Emigrantenliteratur unterziehen mußte, die zum größten Teil, wenn auch noch nicht restlos, ausgemerzt ist“ (S. 227).

¹²⁸ Die Situation der deutschen Emigrationsliteratur in Italien wird ausführlicher geschildert bei Klaus Voigt (wie Anm. 8).

¹²⁹ PA, DBR, 1406b/4, 3. 10. 1941, DBR an AA.

¹³⁰ PA, DBR, 1407, Bd. 1, 15. 5. 1940, DAAD (Junker) an DBR.

Auch wenn so die Neuübersetzungen verfemter Literatur fast schlagartig aufhörten, so blieb doch der Vertrieb bereits vorhandener „schwarzer“ Texte längere Zeit ein Problem. Den Absatz dieser auslaufenden Auflagen wollte die italienische Regierung nicht rigoros verhindern, da die Verlage sonst deutliche wirtschaftliche Schäden erlitten hätten. Offiziell zugelassen blieben so z. B. einige Werke von Emil Ludwig und Stefan Zweig¹³¹. Pavolini bat gegenüber Mackensen um „Mitarbeit“ und „etwas Nachsicht“, da das italienische Verlags- und Buchgewerbe nicht mit den deutschen Unternehmungen verglichen werden könne. „Die wirtschaftliche Lage“ erlaube „keine plötzlichen und einschneidenden Maßnahmen“¹³².

Noch laxer wurde bei der Einfuhr und dem Vertrieb deutschsprachiger verfemter Literatur verfahren. Da es sich hier um ein quasi innerdeutsches Problem von überdies bescheidener Dimension handelte, zeigten die italienischen Behörden nur geringes Interesse. Die deutsche Seite fand deshalb bis weit in die Kriegsjahre hinein viel Stoff zu Klagen. Nach dem Urteil eines deutschen, in Mailand arbeitenden Buchhändlers von Ende 1939 war die fragliche Literatur aus den Buchhandlungen weitgehend verschwunden, „da nach Einführung der antisemitischen Gesetzgebung die Buchhandlungen auf die bekanntesten Namen hin durchgekämmt wurden“. Auch die Einfuhr dieser Literatur sei verboten. Man finde also nur noch Restbestände und Ladenhüter¹³³. Aber das war offenbar ein zu „optimistisches“ Urteil. Anfang 1940 berichtete Mackensen, es sei wiederholt festgestellt worden, „daß in den hiesigen Buchläden ... immer noch Emigrantenliteratur, teils in Übersetzung, teils im Urtext, verkauft wird“. Er schlug deshalb vor, den Kulturausschuß erneut mit dieser Frage zu befassen und den Italienern eine amtliche Verbotsliste zu überreichen¹³⁴. In der Tat hat der Artikel 26 auf allen vier Tagungen des Kulturausschusses auf der Tagesordnung gestanden – mit Vorwürfen von deutscher und einer Hinhaltestrategie der italienischen Seite.

Die Akten erlauben hierzu einige Momentaufnahmen. Der Germanist und Volkskundler Otto Höfler von der Universität München sandte im Mai 1940 einen durch eine Italienreise inspirierten Klagebericht an das Auswärtige Amt, in dem es hieß: „Im Buchhandel dominieren an ausländischem Schrifttum sehr auffallend französische und englische Bücher ... Auffallend häufig sieht man, in deutscher Sprache, aber auch in italienischer Übersetzung, Literatur aus der Systemzeit, darunter auch viel jüdische Literatur ... Das wirklich deutsche Schrifttum, gerade auch der letzten Jahre, ist in den Buchhandlungsfenstern ... kaum zu sehen.“¹³⁵ Ähnliche Nachrichten kamen auch von anderer Seite. So berichtete der deutsche Lektor aus Palermo, in den dortigen Buchhandlungen seien „fast ausschließlich gelbe Ullsteinbücher und Werke jüdischer Schriftsteller (z. B. Zweig) vorhanden“¹³⁶.

¹³¹ PA, DBR, 1406 b/4, 8. 11. 1939, Rilke an Blahut.

¹³² Ebenda, 30. 7. 1940, Mackensen an AA.

¹³³ Ebenda, 8. 11. 1939, Rilke an Blahut.

¹³⁴ Ebenda, 8. 1. 1940, Mackensen an AA.

¹³⁵ Ebenda, 31. 5. 1940, O. Höfler an AA.

¹³⁶ Ebenda, 12. 1. 1941, H. Ellwanger (Palermo) an DBR.

Auf deutscher Seite hatte man sich schon früh Gedanken gemacht, wie man dem Artikel 25 des Kulturabkommens Geltung verschaffen könne. Literaturzeitschriften aus dem nationalistischen und völkischen Bereich wie die von Will Vesper herausgegebene „Neue Literatur“ hatten schon seit 1933 nach Zensur und Staatsintervention gerufen und für eine „ständige, kluge und großzügige Aufklärung des Auslandes über die eigentliche deutsche Literatur“ plädiert. Nach 1937 mehrten sich die Klagerufe. „Dürfen wir hoffen, daß endlich, endlich auch das geistige Italien begreift, daß es sich redlicher als bisher bemühen muß, das geistige Deutschland von heute kennenzulernen, und daß man das neue Deutschland beleidigt, wenn man immer noch Juden, Judengenossen und Emigranten dem italienischen Volk als die einzigen ‚deutschen Dichter‘ präsentiert?“ Diese Attacke galt vor allem Lavinia Mazzuchetti, die mit ihren Literaturberichten in der Zeitschrift „Leonardo“ „Deutschland ... beschimpft und Italien ... belügt, indem sie seit Jahren ein völlig falsches Bild der deutschen Dichtung der Gegenwart gibt“¹³⁷.

Solche fanatischen Töne fanden einen vielfachen Widerhall innerhalb der Partei-Institutionen. Zwischen Auslandsorganisation und Propagandaministerium gab es schon Ende 1939 einen „umfangreichen Schriftwechsel“ in der Frage des Verbots deutschfeindlichen Schrifttums in Italien¹³⁸. Nach den Intentionen der NSDAP sollte sich jeder nationalbewußte, in Italien reisende Deutsche als Zensor betätigen. Angeblich hatten sogar die Italiener selbst um eine solche Mitwirkung gebeten¹³⁹. „Wenn von Deutschen in Italien in Buchhandlungen oder Zeitungskiosken Hetzliteratur ... vorgefunden wird“, so sollte er diese „über die jeweilige Parteidienststelle an die zuständige Polizeistelle des Ortes“ melden und um Einschreiten bitten¹⁴⁰. Daß dieses Verfahren tatsächlich praktiziert wurde, ist mehrfach bezeugt¹⁴¹.

Letzte Hemmungen auf deutscher Seite fielen nach dem 10. Juni 1940. Am 14. Juni übersandte das Propagandaministerium zur Übergabe in Rom eine 33 Namen umfassende „Liste deutschfeindlichen Schrifttums“ (u. a. Braun, Breitscheid, Coudenhove-Kalergi, Döblin, Heiden, Rauschnig, die Brüder Mann) und fügte eine zweite schwarze Liste von 22 „deutschfeindlichen Verlagen bei, deren Gesamtproduktion im Reich verboten ist“¹⁴². Zu diesen Verlagen zählten beispielsweise Bermann-Fischer, Editions du Carrefour, Querido, Europa Verlag, Oprecht und Malik. Es wurde ein Gesamtverbot auch für Italien angestrebt. Ein Jahr später überreichte man erneut eine – diesmal weit umfangreichere – „Liste deutschfeindlichen Schrifttums“, die inzwischen mehr als 600 Namen umfaßte¹⁴³.

In seiner Antwort auf erneute Klagen schrieb Mackensen im November 1940

¹³⁷ Die Neue Literatur, Januar 1933, S. 14–16; Juni 1934, S. 394–398; Juli 1937, S. 367–368; Mai 1938, S. 262–263; Juni 1939, S. 314–315.

¹³⁸ Ebenda, Berlin, Sept. 1939, Aufzeichnung über Besprechung im Büro Presseamt der AO.

¹³⁹ Ebenda.

¹⁴⁰ Ebenda.

¹⁴¹ Ebenda, 12. 1. 1941, Ellwanger (Palermo) an DBR.

¹⁴² Ebenda, 14. 6. 1940, Propagandaministerium an AA.

¹⁴³ Ebenda, 4. 6. 1941, Propagandaministerium an AA.

abwiegend nach Berlin, die Botschaft habe sich „auf verschiedensten Wegen davon überzeugt, daß nur noch an vereinzelt wenigen Stellen Werke deutscher Emigranten oder deutschfeindlich eingestellter Ausländer in Italien“ zum Verkauf auslägen. „Seit dem Kriegseintritt Italiens sind nunmehr auch diese letzten wenigen Werke aus den Buchhandlungen verschwunden.“¹⁴⁴ Doch selbst mit diesen „beruhigenden“ Erklärungen war das Thema nicht vom Tisch, in den Konsulatsberichten aus Italien taucht es immer wieder auf. So war aus Turin zu hören, eine dortige Buchhandlung habe „bis vor kurzem ausschließlich antideutsche Emigrantenliteratur verkauft“¹⁴⁵. Noch im September 1941 beklagte sich das Berliner Propagandaministerium beim italienischen Verlegerverband, in verschiedenen Verlagskatalogen tauchten noch immer die „Namen von aus Deutschland emigrierten Schriftstellern ... darunter auch zahlreichen Juden“ auf¹⁴⁶. Eine „Bereinigung“ der Kataloge sei notwendig.

Die Ausführungen Mackensens zeigen, daß die deutsche Seite nach dem Juni 1940 trachtete, bei ihren Interventionen das Terrain der Verfemung immer mehr auszuweiten und nicht nur auf „jüdische“ Literatur insgesamt, sondern auch auf „antideutsche“ Texte generell auszudehnen. So wurde gegen die Übersetzung jüdischer Autoren aus dem Englischen protestiert oder gegen die Übersetzung einer Komödie des „französischen Juden“ Anatole France interveniert¹⁴⁷. Ein Zensurrecht forderte die deutsche Seite jetzt beispielsweise sogar für Übersetzungen aus dem Polnischen oder für Werke über Polen. So bat man die zuständigen Stellen, das Buch von Luciano Berra „La Polonia“¹⁴⁸ aus dem Verkehr zu ziehen, da es „betont polenfreundlich“ gehalten sei und „bei polnischen Emigranten den Eindruck“ erwecken könne, „daß Italien die Wiedererrichtung des polnischen Staates in seiner Vorkriegsform unterstütze“¹⁴⁹.

Mit dieser exorbitanten Ausweitung war der Willkür Tür und Tor geöffnet. Unter dem Stichwort „achsenfeindliche Veröffentlichung“ legte die deutsche Seite in der Folgezeit Proteste gegen zahlreiche Veröffentlichungen ein und versuchte, die Italiener zum Einschreiten gegen Verlage zu animieren, „die sich wiederholt achsenfeindlich betätigt“ hätten¹⁵⁰.

Zuletzt trafen die zensorischen Bemühungen die Werke der italienischen Publizistik und Wissenschaft selbst. So beklagten sich die deutschen Stellen lebhaft darüber, daß in der hochangesehenen, rasch zum Standardwerk avancierten „Storia del Teatro Drammatico“ von Silvio D'Amico¹⁵¹ ausführlich über das Theaterschaffen der

¹⁴⁴ Ebenda, 4. 11. 1940, Mackensen an AA.

¹⁴⁵ PA, DBR, 1407/3, 7. 4. 1941, Deutsches Konsulat Turin an DBR; ähnlich auch PA, DBR, 1406 b/2, 26. 2. 1941, Deutsche Akademie, Mittelstelle Rom (Junker) an AA (Informationen vom deutschen Lektor in Bari).

¹⁴⁶ PA, DBR, 1407/3 „Bericht über die Besprechung über Schriftumsfragen im Reichsministerium für Volksaufklärung am 4. 9. 1941“.

¹⁴⁷ PA, DBR, 1406 c/3, Bd. 4, DBR an Ministero Cultura Popolare.

¹⁴⁸ Luciano Berra, *La Polonia*, Milano 1939.

¹⁴⁹ PA, DBR, 1406 b/4, 2. 7. 1940, AA an DBR; ebenda, Gutachten zu: Luciano Berra, *La Polonia*.

¹⁵⁰ Wie Anm. 90.

¹⁵¹ Silvio D'Amico, *Storia del Teatro Drammatico*, 4 Bde, Milano 1939–1940.

marxistischen Systemzeit in Deutschland, z. B. über den „jüdischen Regisseur Reinhart (sic) und den jüdischen Schriftsteller Toller“ berichtet werde¹⁵². In einem weiteren Schritt wurde versucht, sogar eine Säuberung der Leihbüchereien und der Volks-, Stadt- und Werkbibliotheken durchzusetzen¹⁵³.

Mit der selben rücksichtslosen Zielstrebigkeit ging die deutsche Seite auch gegen die Verbreitung deutscher jüdischer und „artfremder“ Musik vor. Zu diesem Zweck wurde den Italienern als eine erste Informationsquelle „Das musikalische Juden-ABC“¹⁵⁴ überreicht. Listen „jüdischer und artfremder Komponisten und Autoren“ wurden nachgereicht. Solche Interventionen konnten gleichwohl nicht verhindern, daß in Rom noch 1942 eine Oper von Alban Berg aufgeführt wurde.

Daneben wurde damit begonnen, das Musikschaffen beider Länder in der Aufführungspraxis zu privilegieren. So erhielten die deutschen Konzertveranstalter schon 1939 die Empfehlung, „bei der Auswahl ausländischer zeitgenössischer Musik ... italienische Werke ... vorzuziehen“¹⁵⁵. 1940 wurde diese Empfehlung im Bereich des Rundfunks dahingehend ausgeweitet, daß in den deutschen Programmen der italienischen Musik und in den italienischen Programmen der deutschen Musik Vorrang eingeräumt werden sollte¹⁵⁶.

Die Versuche, eine „Rundfunkachse“ zu begründen, wurden allerdings durch den Kriegsbeginn abrupt unterbrochen. Das am 1. September 1939 erlassene Abhörverbot für ausländische Sender galt auch für Italien. Selbst italienischen Gastarbeitern blieb das Abhören italienischer Sender untersagt¹⁵⁷. Der italienische Rundfunk sah sich gezwungen, seine Sprachsendungen für deutsche Hörer einzustellen. Es gelang nicht einmal, Goebbels zu einer Übernahme dieser Sendungen durch den Reichsrundfunk zu bewegen¹⁵⁸.

Nach Abschluß des Kulturabkommens ging die deutsche Seite mit harter Hand dazu über, das allenthalben im Reich existierende buntscheckige Netz der deutsch-italienischen Gesellschaften zu disziplinieren und unter staatliche Kontrolle zu nehmen. Die bisher selbständigen, zum Teil – wie in München – auf längere Traditionen zurückblickenden Gesellschaften wurden in Ortsgruppen der in Berlin residierenden Zentrale umgewandelt und mit einem jährlichen Reichszuschuß von 100 000 RM subventioniert¹⁵⁹.

Konnte die nationalsozialistische Interventionspolitik mit ihrem rassenideologischen und totalitären Kulturkonzept die italienische „Szene“ so in beträchtlichem Maße beeinflussen, so erlebte sie mit der Propagierung der Literatur und der Kunst

¹⁵² PA, DBR, 1407/3, „Bericht“ (wie Anm. 145).

¹⁵³ „Niederschrift“; vgl. Anm. 90.

¹⁵⁴ Christa Maria Rock und Hans Brückner, Das musikalische Juden-ABC, München 1935.

¹⁵⁵ „Übersicht“; vgl. Anm. 44.

¹⁵⁶ Ebenda.

¹⁵⁷ Ansgar Diller, Rundfunkpolitik im Dritten Reich, München 1980, S. 307.

¹⁵⁸ Ebenda.

¹⁵⁹ PA, Kult V, Verträge 2, Italien, Kulturausschüsse, Bd. 1, 25.10. 1939, Aufzeichnung Dienststelle Ribbentrop (Wüster).

des „neuen Deutschland“ ein ziemliches Fiasko. Trotz aller Bemühungen in Form von Buchausstellungen, Dichterreisen, Vortragsreihen, Übersetzungssubventionen und ähnlicher Mittel wollte sich das italienische Publikum nicht für Blunck und Kolbenheyer, Grimm, Griese oder Johst erwärmen. „Das nationalsozialistische Schrifttum auf schöngeistigem Gebiet“, so hieß es in einer internen Mitteilung des DAAD von 1940, „fehlt [in Italien] völlig“¹⁶⁰. Die von Strothmann konstatierte „Erfolglosigkeit der staatlichen Buchpropaganda“ mit ihrem „Scheitern der NS-Literaturpolitik im Ausland“¹⁶¹ gilt weitgehend auch für das faschistische Italien. Übersetzt wurden dagegen Klassiker und von der deutschen Zensur geduldete, aber unerwünschte Dichter wie Ebermayer, Fallada, Lé Fort, Wiechert oder Andres.

Auch bei Architektur und bildender Kunst stießen die missionarischen Bemühungen der deutschen Seite auf große Reserve. Dem „Akademismus und übertriebenen Formalismus“, so äußerte ein deutscher Beobachter, stünden „die einflußreichsten künstlerischen Kreise im heutigen Italien“ mit „wenig Verständnis“ gegenüber. „Auf diesem Gebiet herrscht in Italien nach wie vor der französische Einfluß völlig vor, der ‚Expressionismus‘, der ‚Surrealismus‘, zum Teil sogar noch der ‚Futurismus‘ bestimmen das italienische Kunstleben von heute.“¹⁶²

Für die im Kulturvertrag vorgesehenen Verbots-, Kontroll-, Steuerungs- und Förderungsmaßnahmen fehlten den konsularischen und diplomatischen Instanzen Deutschlands in Italien weitgehend Kenntnisse und Instrumente. Deshalb wurde seit 1939 das Kulturreferat der römischen Botschaft personell vergrößert und eine mit der Botschaft liierte „Beratungsstelle für das deutsche Schrifttum“ gegründet; außerdem sicherte man sich mittels Beraterverträgen die Mitwirkung einiger guter Kenner der kulturellen und literarischen Landschaft Italiens. Hier sind unter anderen zu nennen der Publizist und Schriftsteller Werner von der Schulenburg¹⁶³ und der nach 1945 als Italienkenner hervorgetretene Eckart Peterich¹⁶⁴. Auch die Universitätslektoren wurden bisweilen für Anfragen und Gutachten herangezogen. De facto über-

¹⁶⁰ PA, DBR, 1407, Bd. 1, DAAD Rom, „Rundmitteilungen der Zweigstelle“, 4. Jg., Nr. 5, 1. 3. 1940.

¹⁶¹ Dietrich Strothmann, *Nationalsozialistische Literaturpolitik*. Ein Beitrag zur Publizistik im Dritten Reich, Bonn 1963, S. 417, S. 419.

¹⁶² PA, DBR 1406/c 2, Bd. 1, September 1941, unbetitelt und ungezeichnetes Gutachten (12 S.) über die Präsenz der deutschen Kultur in Italien (vermutlich von E. Peterich).

¹⁶³ Werner von der Schulenburg (1881–1958), Autor zahlreicher historischer und biographischer Romane, Herausgeber der Zeitschrift „Italien“, Übersetzer zahlreicher Texte aus dem Italienischen.

¹⁶⁴ Eckart Peterich (1900–1968), Journalist, Schriftsteller, 1959 Leiter der Deutschen Bibliothek in Mailand, 1960 in Rom, 1962 Direktor beim Goethe-Institut in München. Autor u. a. von: *Italien. Ein Führer*, 3 Bde, München, 1958–1963. In den Akten taucht auch der Name des damals am Deutschen Kunsthistorischen Institut in Florenz arbeitenden Kunsthistorikers Werner Haftmann als Gutachter auf. Haftmann schrieb zu dieser Frage am 16. 8. 1986, das Klima an seiner damaligen Florentiner Arbeitsstätte sei ausgesprochen kritisch gegenüber dem Nationalsozialismus gewesen. Auch seine italienischen Künstlerfreunde, selbst „Faschisten“ wie Marinetti, Soffici oder Sironi, hätten „für die Kulturdoktrinen Hitlers nur Hohn und Verachtung übrig“ gehabt. „Über die Schärfe der Ablehnung kann man sich heute kaum noch eine Vorstellung machen.“ Gutachten für die Botschaft habe er nie geschrieben.

nahm die Botschaft so weitgehend die Rolle einer literarischen Agentur mit der Aufgabe, mit vielfältiger administrativer, propagandistischer und finanzieller Rücken- deckung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Italien ein breiteres Wirkungs- feld zu verschaffen.

Für eine solche Aufgabe schienen 1939/40 die Möglichkeiten besser zu sein denn je. Im Zuge der angestrebten Kulturautarkie verfügte das Ministero di Cultura Popolare 1941, der Anteil ausländischer Werke dürfe 25 Prozent der Gesamtver- öffentlichungen eines Verlages nicht überschreiten. Gleichzeitig wurde „für die Dauer des Krieges die Übersetzung französischer, englischer und amerikanischer Werke“ ganz verboten, mit Ausnahme von Klassikern und propagandistisch wichtigen Ver- öffentlichungen¹⁶⁵. Zugleich erklärte sich die italienische Seite bereit, bei den aus- ländischen Klassikerausgaben ebenfalls der deutschen Literatur eine Vorzugsstellung einzuräumen.

Diese Maßnahmen mußten dem deutschen Buch zugutekommen. In der Tat stie- gen die Übersetzungen aus dem Deutschen in den ersten Kriegsjahren deutlich an¹⁶⁶. E. Peterich schrieb 1941, daß „die Anteilnahme der Italiener an der großen deut- schen Dichtung ... in den letzten Jahren sehr erstarkt“ sei. „Es ist heute schon so weit, daß sich die führenden Denker, Dichter und Schriftsteller Italiens geistig dazu verpflichtet fühlen, sich mit der klassischen Dichtung“ Deutschlands auseinanderzu- setzen¹⁶⁷. Auch im Bereich der Natur- und Geisteswissenschaften sah Peterich „eng[e] und fruchtbar[e]“ Beziehungen, die sich in der kriegsbedingten Situation noch vertiefen ließen¹⁶⁸.

Die deutsche Seite setzte auch hier auf administrative Zwangsmittel und finan- zielle Einflußmöglichkeiten. So wurde nach 1940 versucht, einen Teil des Buch-, Zeit- schriften- und Pressevertriebs in Italien in deutsche Hand zu bringen. Das schien möglich über den Erwerb der bis dahin in französischer Hand (Hachette) befindlichen „Messagerie Italiana“ und der „Librerie Italiana Riunite“, die über das größte Vertriebsnetz auf der Halbinsel verfügten¹⁶⁹. Hier gelang es den Italienern, den kommenden Großverlag Mondadori einzusetzen, der die Anteile von Hachette übernahm. Alberto Mondadori war es auch, der die Anteile von Hachette gegen- über dem deutschen Verlegerverband und dem Berliner Propagandaministerium ver- trat. Nach der Niederlage Frankreichs setzte nämlich ein intensiver Konkurrenzkampf um die Beherrschung der französischen und südosteuropäischen Vertriebska- näle und Märkte ein. So kam es im Bereich des Presse- und Buchimports etwa für Kroatien und Griechenland zu Aufteilungsverträgen, die der deutschen und der ita- lienischen Seite paritätische Anteile sichern sollten¹⁷⁰.

¹⁶⁵ „Niederschrift“, 1942, S. 9 (vgl. Anm. 122).

¹⁶⁶ Ebenda.

¹⁶⁷ PA, DBR, 1406/c 2, Bd. 1, „Gutachten“.

¹⁶⁸ Ebenda.

¹⁶⁹ Einzelheiten in: PA, DBR, 1407/3, „Deutsche Buchinteressen (Verlagsanstalten in Italien und ita- lienische Buchhandlungen in Deutschland“, Bd. 1).

¹⁷⁰ Ebenda, 29.9. 1941, AA an DBR, Protokolle und Unterlagen der Besprechungen, die die von

Dieser Konkurrenzkampf spiegelte sich auch auf geistigem Gebiet. In Abwehr des rassenideologisch aufgeladenen, kulturimperialistisch auftretenden Interventionismus der deutschen Seite versuchte der Faschismus, die Autonomie und den „Primat“¹⁷¹ der eigenen, römisch-katholisch-mediterranen Kultur zu betonen und unter Stichworten wie „Latinità e germanesimo“ die Gegensätze von „Römertum“ und „Germanentum“ herauszuarbeiten. „Man fürchtet hier“, so schrieb 1941 der deutsche Konsul aus Florenz, „auch in kultureller Hinsicht die deutsche Macht“ und sei entschlossen, „das angebliche Primat der italienischen über die deutsche Kultur auf das energischste zu verteidigen“¹⁷². „Völkerpsychologisch“ gesehen stand hier romantische Tiefe gegen klassische Klarheit, schweifende Grenzenlosigkeit gegen planende Harmonie, moralischer Rigorismus gegen das Bewußtsein von Maß und Relativität. Diese etwa von Balbino Giuliano¹⁷³ oder von dem Germanisten Guido Manacorda propagierte Auffassung¹⁷⁴ wurde ergänzt durch die zweite These der „Komplementarität“ der an sich antithetischen Kulturkreise. Was dem einen fehle, besitze der andere, und umgekehrt. Beide zusammen seien berufen, in fruchtbarem Austausch die zukünftigen Geschicke Europas zu prägen. In den Worten Bottais: „Die beiden Welten ... haben sich auf der immerwährenden Suche nacheinander gegenseitig herausgefordert, ... sie sind feindlich zusammengestoßen, um sich freundschaftlich zu treffen, ... in den wechselseitigen Eroberungszügen führte sie immer das Bewußtsein, ... daß jeder nur mit den Werten des anderen ... ein hohes und vollständiges Dasein der Zivilisation und der menschlichen Kultur erreichen konnte, eine wahre *complexio oppositorum*.“¹⁷⁵ In seinen vertraulichen Stellungnahmen aus diesen Jahren, etwa in seiner Mussolini im Juli 1940 überreichten Kulturdenkschrift¹⁷⁶, schlug er ganz andere, alarmierendere Töne an. Darin konstatierte er mit großer Besorgnis die wachsende Distanz zwischen italienischer Kultur und faschistischem Regime, forderte eine Neudefinition von Kultur und Ideologie, um

A. Mondadori geleitete italienische Verlegerdelegation vom 3.–5.9. 1941 in Berlin mit deutschen Regierungsstellen geführt hat.

¹⁷¹ „Primato“ lautete der Titel der von G. Bottai herausgegebenen, vom 1.3. 1940 bis zum 1.7. 1943 erschienenen Zweiwochenzeitschrift.

¹⁷² PA, DBR, 1414, Bd. 1, 3.7. 1941, Wolf an AA.

¹⁷³ Das bekannteste Werk in dieser Hinsicht war: Balbino Giuliano, *Latinità e germanesimo*, Bologna 1940. Der Autor war 1939–42 der italienische Vorsitzende des bilateralen Kulturausschusses. Jolanda De Blasi (Hrsg.), *Romanità e germanesimo*, Firenze 1941, enthält die 17 Beiträge einer Florentiner Vortragsreihe (Beiträge u. a. von Gentile, Bottai, Spirito, Morandi, Ercole), in der durchweg die Überlegenheit der italienischen Kultur dargelegt wurde.

¹⁷⁴ Der Florentiner Germanist Guido Manacorda, der 1935 bei der Wiederanbahnung der Beziehungen zwischen Hitler und Mussolini eine gewisse Rolle spielte, war mit verschiedenen Untersuchungen zur deutschen Geistesgeschichte hervorgetreten; vgl. sein Werk *La selva e il tempio. Studi sullo spirito del germanesimo*, Firenze 1933. Vgl. auch Mario Missiroli, *Romanità e Germanesimo*, Rom o. J. (ca. 1941).

¹⁷⁵ Giuseppe Bottai, *Rapporti tra l'Italia e la Germania sul piano spirituale e politico*, in: Jolanda De Blasi, S. 1–14, S. 14.

¹⁷⁶ Abgedruckt in: Renzo De Felice, *Mussolini il duce. Lo Stato totalitario 1936–1940*, Torino 1981, S. 923–928.

dem Wettbewerb mit den Deutschen standhalten zu können und der faschistischen Revolution neue Vitalität zu verleihen. Rückblickend hat Bottai den point of no return im kulturell-ideologischen Bereich noch weit früher angesetzt: „Schon bevor der Faschismus an der Seite Deutschlands in den Kampf zog“, so schrieb er 1949, „war er eine ideologische Geißel in der Hand des Verbündeten; und das faschistische Italien wurde zur ersten der ‚besetzten‘ Nationen. Geistig mißhandelt, blieb ihm nichts als sein entwaffneter Körper.“¹⁷⁷

Wie stark hat die expansive nationalsozialistische Kulturpolitik die Szene im Italien der Kriegszeit beeinflusst? Die folgende Episode zeigt, daß die Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit beträchtlich war. Unter den italienischen Germanisten galt der katholisch-konservative Bonaventura Tecchi¹⁷⁸ damals als „einer der besten, vielleicht als der beste Kenner der heutigen deutschen Literatur“¹⁷⁹. Tecchi war eine literarische Allroundbegabung, der sowohl als Literaturwissenschaftler und Kritiker wie als Essayist und Romancier hervorgetreten war. Vom Goebbelschen Propagandaministerium war er 1939/40 mehrfach und dringlich zu einer großen Vortragsreise nach Deutschland eingeladen worden. Tecchi hatte sich dieser offiziellen Ehrung mit Hinweis auf seine prekäre Gesundheit zu entziehen gewußt.

Tecchi nun publizierte Mitte 1941 unter dem Titel „Scrittori tedeschi del Novecento“ eine Sammlung seiner Essays zur deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts¹⁸⁰. Der Band enthielt in unveränderter Form zahlreiche Beiträge aus den zwanziger und dreißiger Jahren unter anderem über Dichter, die nach 1933 ins Exil gegangen oder der Verfemung verfallen waren, so über Remarque, Renn, Kesten, Neumann, Werfel, Wassermann, die Brüder Mann, Kästner und andere. In den bibliographischen Hinweisen waren sorgfältig auch alle Publikationen nach 1933 aufgeführt, so daß sich fast ein Porträt der deutschen Exilliteratur ergab. Bei der „neuen“ Literatur nach 1933 überwogen nationalkonservative und unpolitische Figuren wie Binding, Wiechert, Alverdes, Weinheber, Britting, Leifhelm oder Jünger. Tecchi urteilte von konservativen Positionen aus und sah die gesellschaftskritische Literatur der Nachkriegszeit stärker unter moralischen als ästhetischen Gesichtspunkten. So konstatierte er für die Zeit nach 1918 einen „Verfall der moralischen Werte“ und beklagte die „Zurschaustellung von Zynismus und Gleichgültigkeit“ und die „oft gewaltsame und schmerzliche Häßlichkeit vieler deutscher Bücher von heute“.

Für die Zeit nach 1933 operierte er stärker mit ästhetischen Kriterien. Entspre-

¹⁷⁷ Giuseppe Bottai, *Vent' anni e un giorno*, Milano 1949, S. 72; vgl. auch das ganze Kapitel S. 63 ff.: „Abdicazione ideologica nelle mani del nazismo“.

¹⁷⁸ Buonaventura Tecchi (1896–1968), Professor für Germanistik an den Universitäten Padua und Rom. Zu seinen wissenschaftlichen Werken zählen Studien über Wackenroder, Carossa, Goethe und Thomas Mann.

¹⁷⁹ PA, DBR, 1406/b4, Bd. 1, Florenz, 11. 10. 1941, ungezeichnetes, von Eckart Peterich stammendes Gutachten über B. Tecchi.

¹⁸⁰ Buonaventura Tecchi, *Scrittori tedeschi del Novecento*, Firenze 1941, 2. Auflage Mailand 1944. Es handelt sich um eine „ristampa senza variazioni importanti“ (aus dem Vorwort der 2. Auflage, datiert auf April 1943).

chend kritisch fiel sein Urteil auch hier aus. Grimm attestierte er „echte, doch beschränkte schriftstellerische und stilistische Qualitäten“, Binding bezeichnete er als „gewiß nicht groß, aber doch ehrlich und von einiger Bedeutung“. Bei Blunck sah er „ernste, ja großartige Absichten“, aber doch viel „Gewolltes“ und „Intellektualistisches“. Über Kolbenhoyer hieß es kurz und vernichtend, sein Werk sei gekennzeichnet durch „entmutigende Platttheit“. Tecchi schloß sein Panorama mit dem Fazit, es sei „für niemanden ein Geheimnis, daß die zeitgenössische deutsche Literatur an großen Schriftstellernarmen arm ist“. Dieses Urteil galt für das Gesamtphänomen der deutschen Literatur. Aber kaum positiver urteilte Tecchi über die Bemühungen nach 1933. Er fand zwar „manches lobenswert, vieles zumindest anständig, aber nichts wirklich bedeutend“¹⁸¹. In den Worten eines geistesverwandten Rezensenten hatte Tecchi „mit berechtigter Strenge“ „die dogmatischen Vorurteile“ und die „provinzielle Atmosphäre“ einer ganz im Politischen und Nationalen verfangenen Literatur analysiert¹⁸².

Das Propagandaministerium in Berlin erfuhr von dem bevorstehenden Erscheinen des Bandes durch einen Vorabdruck in der Tagespresse¹⁸³, aus dem unter anderem zu entnehmen war, daß der Band Vergleiche zwischen Carossa, Döblin und Thomas Mann enthalten werde. Höchst alarmiert entschloß man sich zu einer Intervention: „Dem Ministerium ist außerordentlich viel daran gelegen, daß in den wenigen italienischen Publikationen über das deutsche Gegenwartsschrifttum nicht derartig unmögliche Vergleiche angestellt werden.“ Die Botschaft erhielt die Anweisung, Tecchi direkt oder indirekt zu veranlassen, „die betreffenden Stellen vor Erscheinen noch auszumerzen“. „Jüdische Schriftsteller und Emigranten“ dürften nicht genannt werden. „Das jahrelange Bemühen, auf dem italienischen Büchermarkt das deutschfeindliche Schrifttum zu entfernen, wäre vergeblich, wenn einer der führenden Sprecher das deutsche Schrifttum in dieser fast ahnungslosen Form darstelle.“¹⁸⁴

Dieser Interventionsversuch vom Oktober 1941 kam zu spät; Tecchis Band war im September erschienen. Erleichtert schrieb der deutsche Kulturattaché aus Rom, da es in Italien keine Vorzensur für Bücher italienischer Autoren gebe, kämen „die Werke erst nach Veröffentlichung zur Kenntnis der amtlichen Stellen“. Eine Einflußnahme sei deshalb nicht möglich¹⁸⁵. Immerhin hatte die Botschaft schon vor Eintreffen des Berliner Auftrages bei Eckart Peterich ein Gutachten über die Neuerscheinung angefordert. Nach dessen Auffassung galt Tecchi als der vielleicht beste Kenner der Materie. Insgesamt nehme Tecchi eine sehr kritische Haltung gegenüber der gesamten deutschen Gegenwartsliteratur ein, „ganz gleich, ob es sich um die

¹⁸¹ So die Formulierung von Eckart Peterich, Gutachten (Anm. 179), S. 3.

¹⁸² Vgl. die Rezension des Bandes durch Giame Pintor, *Gli scrittori tedeschi di Bonaventura Tecchi*, in: *Primato*, Nr. 23, 1. 12. 1941, wieder abgedruckt in: Giame Pintor, *Il sangue d'Europa (1939-1943)*, Torino 1966, S. 108-110.

¹⁸³ *Giornale d'Italia*, 30. 8. 1941.

¹⁸⁴ PA, DBR 1406b/4, 6. 10. 1941, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (Ruoff) an AA.

¹⁸⁵ PA, DBR, 1406b/4, 17. 10. 1941, DBR (Hofmann) an AA.

„Asphallliteratur“ der Kriegsjahre, um Emigrantensliteratur oder um Autoren handelt, die im nationalsozialistischen Deutschland wirken und geschätzt werden“¹⁸⁶.

Mit bemerkenswerter Zivilcourage schrieb Peterich: „Ohne Zweifel wird Tecchis Buch viele Leser finden, besonders unter der jüngeren Generation. Seine skeptische Grundhaltung gegenüber der modernen deutschen Literatur wird übrigens von sehr vielen Angehörigen dieser Generation geteilt. Man neigt sogar in diesen Kreisen dazu, die deutsche Literatur der Nachkriegszeit, besonders den Expressionismus, aber auch Autoren wie Thomas Mann, Wassermann, Werfel usw. gegen die Schriftsteller des heutigen Deutschland auszuspielen.“ Immerhin konnte vielleicht auf eine kaum beabsichtigte günstige Nebenwirkung der Veröffentlichung gehofft werden: „Hier hört die jüngere Schriftstellergeneration Italiens aus einem Munde, der ihr für berufen gilt, daß der Teil der deutschen Literatur, den das heutige Deutschland größtenteils ablehnt, weder moralisch noch künstlerisch wertvoll ist.“¹⁸⁷

In Deutschland führten die der nationalsozialistischen Kulturpolitik zugrundeliegenden rassenideologischen und totalitären Prinzipien, mit ihrer Prämierung extremistischer Positionen, zu einer permanenten Radikalisierung. Italien gegenüber, das diese Prinzipien im Kulturvertrag vom November 1938 akzeptiert hatte, hatte diese Politisierung, Instrumentalisierung und propagandistische Verwüstung kultureller Räume – vor allem unter dem Eindruck des Krieges – eine ständig intensiviertere Kontroll- und Interventionstätigkeit zur Folge, die immer stärker kulturimperialistische Züge annahm. In seiner schärfsten Ausprägung lautete dieses Programm so: „Unsere auswärtige Kulturpolitik“, wie ein für die Kulturpolitik verantwortlicher Diplomat es im Frühjahr 1944 auf einer pressepolitischen Tagung in Oberitalien formulierte, „muß durch Wesenslage und Entfaltung verhindern, daß irgendwo in Europa eine Elitenbildung außerhalb des von uns bestimmten gemeineuropäischen Rahmens stattfindet. In keinem Land soll mehr eine Elite getrennt von der deutschen Führung des Kontinents, ohne Verbindung mit der deutschen Kultur- und Geistesleistung entstehen. Deutschland kann nur dann kulturelle Führungsmacht Europas sein, wenn dieses Ziel erreicht wird ... Die Erkenntnis muß sich durchsetzen, daß Elitenbildung in Opposition zur deutschen Kulturleistung einfach undenkbar ist und daß eine Elite geistig genommen nur dann europäischen Rang beanspruchen darf, wenn sie ein engeres inneres Verhältnis zum deutschen Kulturgut besitzt.“¹⁸⁸

Diese Thesen wurden in einer weitgehend gewandelten politischen Lage formuliert, zu einer Zeit, als das faschistische Italien mit der Republik von Salò auch den letzten Rest seiner außenpolitischen Bewegungsfreiheit verloren hatte. Als Grundtendenz bestimmten derartigen Überlegungen jedoch auch schon die früheren Phasen der deutschen Kulturpolitik nach 1939/40.

¹⁸⁶ Peterich, Gutachten (Anm. 179).

¹⁸⁷ Ebenda.

¹⁸⁸ PÄ, DBR, Rom 1561, „Informations- und Propagandaarbeit der Botschaft Rom (Fasano) 1943/44“.

Abschließend sei auf einige Stimmen der Kritik hingewiesen, die intern an dieser völligen Instrumentalisierung und Politisierung der Kultur geäußert wurden. Hier wären einige Konsularberichte aus der seit 1939 vorgeschriebenen kulturpolitischen Jahresberichterstattung zu nennen, vor allem die von Konsul Gerhard Wolf in Florenz¹⁸⁹. „Florenz ist, wie jeder Kenner Italiens weiß“, so schrieb er 1941, „ein besonders schwieriger Boden. Es ist in kultureller Beziehung stets die Hauptstadt Italiens gewesen und geblieben.“ Die für die politische Meinungsbildung entscheidenden Gruppen, „Aristokratie, Gelehrte und Künstler“, seien noch immer weitgehend westlich orientiert. „Man ist skeptisch gegenüber allem Neuen, skeptisch gegenüber dem Faschismus, skeptisch gegenüber dem Nationalsozialismus und überhaupt gegenüber der neuen, deutschfreundlichen Haltung der italienischen Außenpolitik.“ „Herzen und Verstand“ der Italiener für die „großen Leistungen der deutschen Kultur“ könne man nur mit hochkarätigen Spitzenleistungen gewinnen: keine „Propaganda und Massenkundgebungen“, so lautete sein Rat, „wenige gute Vorträge“, im musikalischen Bereich „deutsche Künstler ersten Ranges“, nichts Missionarisches, nichts Professorales, nichts Experimentelles; und weiter: „Gegenwärtig ist nicht die Zeit für Propagierung des noch Unbegriffenen.“ Man müsse „das Deutsche von seiner höchsten, aber auch von der lebenswürdigen Seite“ zeigen¹⁹⁰.

Das erstaunlichste Dokument einer „Binnenkritik“ jener „Totalmobilmachung“ des Geistes für politische Zwecke findet sich in einem Gutachten von E. Peterich vom September 1941 über die Hauptströmungen der italienischen Kultur und die Möglichkeiten ihrer Beeinflussung¹⁹¹. Nach Ansicht des Autors hatten die Veröffentlichungen über deutsche Dichtung, Kunst und Wissenschaft in den letzten Jahren bedeutend zugenommen. Das Bedürfnis nach Kontakt mit der klassischen deutschen Dichtung wachse. Zu warnen sei aber vor jedem vorschnellen Optimismus. Der westliche Kultureinfluß sei, vor allem in Literatur und Kunst, bis Kriegsbeginn vorherrschend gewesen. Er sei „auch heute noch stärker, als es äußerlich in Erscheinung tritt“. Die Kultur lebe nach anderen Rhythmen als die Politik. „Ein geistiger Zustand, der so tief in der Vergangenheit verwurzelt ist, ... kann sich bei der relativen Langsamkeit, die, im Vergleich mit den politischen Vorgängen, allen geistigen Bewegungen eignet, nicht in wenigen Monaten ändern.“ Peterich ließ die verschiedenen Bereiche der Kultur Revue passieren. Vom deutschen Theater gingen so gut wie keine Ausstrahlungen aus, ebensowenig von den bildenden Künsten. Hier bean-

¹⁸⁹ Zur Biographie von Gerhard Wolf, der wegen seiner Verdienste um Florenz im Krisenjahr 1944 von dieser Stadt 1954 zum Ehrenbürger ernannt wurde, vgl. David Tutaeu, *Der Konsul von Florenz. Die Rettung einer Stadt*, Düsseldorf 1967.

¹⁹⁰ PA, DBR, 1414, Bd. 1, 3.7. 1941, „Kulturpolitischer Jahresbericht“ (Wolf) an AA. Wolf bekam von seiten der Botschaft ein Sonderlob für diesen Bericht. Botschaftsrat Plessen schrieb: „Der Herr Botschafter hat [den Bericht] mit großem Interesse gelesen und hat mich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß er ihn ganz ausgezeichnet findet. Diesem Urteil schließe ich mich vollinhaltlich an.“ Ebenda, 28.7. 1941, Plessen an Wolf.

¹⁹¹ PA, DBR, 1406/c 2, ungezeichnetes und unbetitelttes Memorandum vom September 1941 über die Situation der italienischen Kultur (12 Seiten).

sprache Italien selbst „eine ausgesprochene Führerstellung“. Im Bereich der Rassenkunde werde die „Ratio des italienischen Denkens“ mit Begriffen wie „Bluterbe“ und ähnlichem „nur sehr schwer fertig“. Anders verhalte es sich bei den Natur- und Geisteswissenschaften, wo die gegenseitigen Beziehungen „eng und fruchtbar“ seien. Aber gerade hier komme es auf die persönlichen Beziehungen zwischen den Gelehrten an, die sich normalerweise „allem Organisatorischen entziehen“. Der wichtigste Bereich sei der der Philosophie, wo Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts einen wirklichen bedeutsamen Einfluß ausübe. „Was die alte und enge Verbindung zwischen deutscher und italienischer Philosophie stört oder gefährdet, stört oder gefährdet überhaupt die kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Nationen. In der höchst empfindlichen Zone des reinen Gedankens kann freilich eine Wirkung nur von Mensch zu Mensch ..., von Denker zu Denker ausgeübt werden; jeder kräftigere Eingriff muß hier mehr Schaden als Nutzen stiften.“ Abschließend warnte Peterich vor allem, „was auf die Italiener wie ein deutscher kultureller Hegemonieanspruch wirken könnte“. Die stille Werbewirkung der „höchsten Werte der deutschen Kultur“ sei noch längst nicht ausgeschöpft.

Dieses fervente Plädoyer gegen den Hegemonie-, Interventions- und Totalitätsanspruch des Politischen und für die Autonomie der Kultur hatte damals keine sichtbaren Folgen. Die von dem „schändlichen Kulturabkommen“ (Lavinia Mazzucchetti)¹⁹² symbolisierte Entwicklung lief in die entgegengesetzte Richtung. Am 23. November 1938 hatten die beiden totalitären Systeme in der Tat ein Abkommen gegen die Kultur geschlossen.

¹⁹² Lavinia Mazzucchetti, *Geschmuggelte Freundschaften*, in: Dies. (Hrsg.), *Die andere Achse. Italienische Resistenza und geistiges Deutschland*, Hamburg 1964, S. 18.

WŁODZIMIERZ BORODZIEJ

POLEN UND FRANKREICH 1945–1947

Versuch zur Belebung einer alten Allianz

Die polnische Außenpolitik in der Inkubationsphase des Kalten Krieges war bisher kaum Gegenstand seriöser Forschungen¹. Dieser sonderbare Umstand – Ergebnis des Zusammenwirkens mehrerer außerwissenschaftlicher Faktoren, unter denen die selektive und zögernde Freigabe von Archivbeständen als entscheidend zu gewichten ist – scheint sich mittlerweile nicht nur auf die polnische Historiographie auszuwirken. Wenn nämlich die Beiträge zur Genesis des Kalten Krieges – auch jüngsten Datums – faktisch ohne die Berücksichtigung des Anteils der europäischen Klein- und Mittelstaaten an der „Teilung der Welt“ auskommen müssen, so erscheint dies in letzter Zeit immer stärker als Notlösung: Die Annahme, daß die Europäer zumindest in den ersten zwei Nachkriegsjahren mehr als nur Objekte bzw. Opfer der Politik der Großmächte gewesen sein müssen, ist als berechtigte Arbeitshypothese kaum von der Hand zu weisen.

Freilich wäre es aus offensichtlichen Gründen absurd, durch die Darstellung der außenpolitischen Handlungen und Unterlassungen Warschaus zu einer ähnlichen Revision des Konfliktbildes gelangen zu wollen, wie es den Briten in den letzten Jahren durch die Aufarbeitung der Akten des Foreign Office gelungen ist². Nach 1945 hat Polen seine vor 1939 beachtliche Stellung im internationalen System nicht aufrechterhalten können – diese Feststellung erfordert gewiß keine langwierigen Archivstudien. Ebenso offensichtlich ist die Tatsache, daß schon die Schlußphase des Krieges einen tiefgreifenden Einschnitt in die Staatssouveränität mit sich brachte³. Indessen ist sich wohl die gesamte neuere Forschung darin einig, daß die Arbeit des Diploma-

¹ Eine gute Übersicht über die bis 1984 erschienenen Publikationen bietet die Arbeit von A. Lawary, *Das Ende Preußens in polnischer Sicht*, Berlin 1986, in deren Bibliographie auch polnische Beiträge verzeichnet sind, die über das deutsch-polnische Verhältnis hinausgehen.

² T.H. Anderson, *The United States, Great Britain and the Cold War 1944–1947*, London 1981; E. Barker, *The British Between the Superpowers 1945–1950*, London 1983; A. Bullock, Ernest Bevin, vol. III: *Foreign Secretary 1945–1951*, Oxford 1983; R. M. Hathaway, *Ambiguous Partnership. Britain and America 1944–1947*, New York 1981; V. Rothwell, *Britain and the Cold War 1944–1947*, London 1982.

³ Besonders aufschlußreich ist hier der exemplarische Vergleich der Vorgänge, die 1918–1921 und 1944/45 zu Regierungsbildung und Grenzziehung geführt haben: Die Gewichtverschiebung zugunsten externer Faktoren ist in beiden Fällen unübersehbar.

tiehistorikers im Fall der Klein- und Mittelstaaten Europas erst ab Herbst 1947 zu einer reizlosen Pflichtübung wird. Im Folgenden soll an einem nahezu unbekanntem Beispiel gezeigt werden, welche Faktoren die Ausnutzung der zwischen Potsdamer Konferenz und den Pariser Marshallplan-Verhandlungen liegenden Jahre verhindert und die Disziplinierung der europäischen Verbündeten durch die antagonistischen Großmächte in der nachfolgenden Periode derart einfach gemacht haben.

* * *

Die Westverschiebung Polens 1944/45 veränderte grundlegend den Spielraum der Warschauer Außenpolitik. Da der Anteil ehemaliger Reichsprovinzen am gesamten Staatsterritorium von 12,5% in der Zwischenkriegszeit auf nunmehr 48,5% stieg und die in Potsdam dank der Sowjetunion Polen zugeschlagenen Gebiete nahezu $\frac{1}{3}$ des neuen Staates umfaßten, fand sich dieser in einer unüberwindbar scheinenden Frontstellung gegenüber Deutschland. Daß dadurch Polen „logischerweise militärisch, ökonomisch und politisch in die Verantwortlichkeit der Sowjetunion fallen muß“⁴, hatte George F. Kennan schon im Dezember 1944 klar erkannt; der in den dreißiger Jahren betriebenen Politik der „gleichen Distanz“ gegenüber Deutschland und Rußland⁵ mußte nun ein an die Sowjetunion angelehnter, gegen das ehemalige Reich gerichteter Kurs folgen. Eine solche prinzipielle Ausrichtung bedeutete jedoch keine Vorentscheidung hinsichtlich eventueller weiterer Partner. Im Gegenteil: Da alle in polnischer Sicht relevanten Staaten an der Anti-Hitler-Koalition teilgenommen hatten, hegte man in der Publizistik des letzten Kriegsjahres die Hoffnung auf die Errichtung eines antideutschen Vertragskomplexes, der sowohl die Wiederholung der Situation von 1939 als auch eine einseitige Bindung Polens an den östlichen Nachbarn verhindern sollte⁶. Dieses mit einer möglichst langwährenden Kontrolle Deutschlands untrennbar gekoppelte Interesse an der Fortsetzung der Kriegskoalition fand 1944–1947 in Polen ungeteilte Anerkennung⁷.

Die Frage nach der praktischen Umsetzbarkeit des Prinzips zeigte jedoch bald

⁴ G. F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten*, München 1983⁴, S. 222. Es scheint, daß Zeithistoriker und Publizisten dem Kern dieser Aussage in den letzten 40 Jahren – freilich mit unterschiedlichen Vorzeichen – wenig hinzuzufügen hatten.

⁵ Aus der Fülle der Beiträge seien hier nur die herausragenden Veröffentlichungen der letzten Jahre genannt: J. Farys, *Koncepcje polskiej polityki zagranicznej 1918–1939*, Warszawa 1981; J. Krassuski, *Między wojnami. Polityka zagraniczna II Rzeczypospolitej*, Warszawa 1985; M. J. Zacharias, *Polska wobec zmian w układzie sił politycznych w Europie w latach 1932–1936*, Wrocław 1981.

⁶ Dazu vor allem: M. Orzechowski, *Odra-Nysa Łużycka – Bałtyk w polskiej myśli politycznej okresu drugiej wojny światowej*, Wrocław 1969; H. Winnicka, *Tradycja a wizja Polski w publicystyce konspiracyjnej*, Warszawa 1980; K. Kersten, *Narodziny systemu władzy. Polska 1943–1948*, Warszawa 1985, Kap. V, sowie Lawaty, *Ende Preußens*, Kap. IV.

⁷ Diese Koppelung läßt sich von 1944 bis zumindest Mitte 1947 in allen offiziellen und offiziellen Verlautbarungen finden. Noch im Sommer dieses Jahres erklärte der polnische Außenminister: „Die

seine begrenzte Tragfähigkeit. Die Streitpunkte in den Beziehungen zu den USA mehrten sich schon ab Herbst 1945 lawinenartig: Die Amerikaner suchten ihre Rolle als Signatar der Abmachung von Jalta über die polnischen Wahlen auf dem Weg wirtschafts- und finanzpolitischer Pressuren durchzusetzen und gerieten darüber zwangsläufig in heftige Auseinandersetzungen mit den polnischen Kommunisten. Spätestens in dem Augenblick, da James F. Byrnes in seiner Stuttgarter Rede vom 6. September 1946 die formaljuristische Auslegung der Potsdamer Beschlüsse in den Mittelpunkt der amerikanischen Sicht der Grenzfrage rückte, waren die Hoffnungen auf eine Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten endgültig verfliegen⁸. In einem ähnlichen Maße determinierten die Kriegsverpflichtungen auch die polnisch-britischen Beziehungen. Kaum anders als Washington unterstützte London die zwar an der Regierung beteiligte, de facto jedoch bald in Opposition gedrängte Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL) Stanisław Mikołajczyks. Überlagert wurde dieser grundsätzliche Streitpunkt zwischen Großbritannien als Signatarmacht von Jalta und der von der kommunistischen Polska Partia Robotnicza (PPR) dominierten Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit (28.6. 1945–8.2. 1947) durch das Problem des polnischen Vermögens auf der Insel sowie Auseinandersetzungen um die Rückführung der polnischen Streitkräfte, die von 1940 bis 1945 unter britischem Kommando gekämpft hatten. Als das Foreign Office an der Jahreswende 1946/47 die Unterstützung Mikołajczyks zugunsten einer etwas nebulösen Rückendeckung der Sozialisten (Polska Partia Socjalistyczna, PPS) aufgab, ließ sich innerhalb des nächsten halben Jahres zwar ein ganzes Paket von zweitrangigen, bisher unlösbar scheinenden Problemen aus dem Weg räumen; doch war es für die Aufnahme etwaiger deutschlandpolitischer Kooperation zu diesem Zeitpunkt auf beiden Seiten schon zu spät⁹.

Das Beispiel der Beziehungen zwischen Warschau und Prag zeigt, daß nicht nur der Wandel der Lage Polens zwischen 1939 und 1945 und die daraus resultierenden Folgen, sondern auch tradierte beziehungsgeschichtliche Probleme die angestrebte Ausweitung der antideutschen Bündnisse vereiteln konnten. Die Kommunisten in Prag und Warschau zeigten sich nämlich ähnlich unfähig wie ihre Vorgänger in der Zwischenkriegszeit, die 1918–20 gegen polnische und 1938 gegen tschechische Interessen entschiedene Frage des Teschener Schlesiens zu lösen. Die Grenzstreitigkeiten fanden ihren vorläufigen Höhepunkt in einem polnischen Ultimatum vom

deutsche Gefahr existiert nicht, solange das Einvernehmen der vier Mächte besteht; sobald dieses Einvernehmen zerbricht, entsteht sofort auch die deutsche Gefahr.“ Übers. zit. nach Lawaty, Ende Preußens, S. 112.

⁸ Die Beziehungen zwischen Polen und den USA dürfen als einziger Teilbereich mittlerweile als gut erforscht gelten; siehe dazu P. Wandycz, *The United States and Poland*, Cambridge (Mass.), London 1980, Kap. VI; R. Lukas, *Bitter Legacy. Polish-American Relations in the Wake of World War II*, Lexington 1982; L. Zyblikiewicz, *Polityka Stanów Zjednoczonych i Wielkiej Brytanii wobec Polski 1944–1949*, Warszawa 1984.

⁹ Außer der in diesem Bereich nicht ganz zuverlässigen Arbeit von Zyblikiewicz (vgl. Anm. 8) gibt es bisher keinen synthetischen Überblick über die britische Polenpolitik.

15. Juni 1945; in den nächsten anderthalb Jahren gelang es – ungeachtet der Anstrengungen beider Seiten – nicht, eine bilateral zufriedenstellende Lösung auszuarbeiten. In dem Freundschaftsvertrag vom März 1947 einigten sich Warschau und Prag schließlich auf die dilatorische Formel, die Grenzstreitigkeiten in einem separaten Abkommen (das erst 1958 unterzeichnet wurde) beizulegen¹⁰. Auch hier, im Fall des gleichsam natürlichen Verbündeten Polens, dessen innenpolitische Lage und geopolitische Perspektiven im Ausgangspunkt des Sommers 1945 durchaus vergleichbar waren, vergingen also die entscheidenden Monate nach Kriegsende, ohne daß eine Absicherung gegen Deutschland erreicht worden wäre.

Die teils vorhersehbaren, teils in dieser Heftigkeit doch unerwarteten Kontroversen in den auswärtigen Beziehungen Polens mußten notgedrungen die Aufmerksamkeit Warschaus auf Paris lenken. Neben den bisher angesprochenen gab es zumindest zwei gewichtige Gründe, die für den Ausbau der Beziehungen zu Frankreich sprachen. Zum einen ist die Vergleichbarkeit der historischen Erfahrung im Umgang mit dem jeweiligen Nachbarn anzuführen, die auf französischer Seite in einem Territorialprogramm ihren Ausdruck fand, das gerade in Polen auf besonderes Verständnis stoßen mußte – um so mehr, als andererseits Paris in einer Note vom 7. August die in Potsdam anvisierte Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen prinzipiell bejahte¹¹. Die prinzipiell ähnliche Sicht des deutschen Problems, das man hier wie dort durch Gebietsabtrennungen und durch eine möglichst langwährende Einschränkung der Souveränität des Feindstaates zu lösen bestrebt war¹², ließ die Frage: Teilung oder Aufrechterhaltung der deutschen Einheit anfangs als ein sekundäres Verfahrensproblem erscheinen.

Indes übte Frankreich nicht nur als potentieller deutschlandpolitischer Partner einen unübersehbaren Reiz aus. Nur stichwortartig sei hier an den starken Linksruck der französischen Öffentlichkeit erinnert, der in der Beteiligung der KPF an den Pariser Regierungsgeschäften einen prägnanten Ausdruck gefunden hatte. Ob nun gerade dieser Faktor für das Interesse Warschaus an einer engeren Verbindung mit Frankreich die entscheidende Rolle gespielt hat, muß vorläufig dahingestellt bleiben. Die Unzugänglichkeit sowjetischer Quellen vereitelt noch immer jede Erhärtung der These, derzufolge die im Folgenden beschriebenen Vorgänge als ein exakt abgestimmter Versuch der Einbeziehung Frankreichs in das sowjetische Bündnisystem zu deuten sind¹³.

¹⁰ Das Thema wird ausführlich behandelt in der noch immer unveröffentlichten Dissertation von M. K. Kamiński, *Stosunki polityczne polsko-czechosłowackie w latach 1945–1948*.

¹¹ Die französische Note in: *Documents français relatifs à l'Allemagne (août 1945 – février 1947)*, Paris 1947, S. 10f.

¹² Diese These wird bestätigt durch den Vergleich der Untersuchungen von Lawaty und H. Köhler, *Das Ende Preußens in französischer Sicht*, Berlin 1982.

¹³ Für die parallelen französisch-tschechoslowakischen Verhandlungen scheint diese These hervorzuweisen aus dem Aufsatz von M. K. Kamiński, *Wielka Brytania wobec czechosłowackich prób stworzenia „pomostu między Wschodem a Zachodem“ (1945–1948)*, in: *Studia z dziejów ZSRR i Europy środkowej XXI* (1985), S. 145–180.

Wie sah das französische Kalkül aus? Alfred Grosser, Walter Lippens, Wilfried Loth und Reinhard Schreiner sind in ihren Abhandlungen über die französische Außenpolitik¹⁴ der unmittelbaren Nachkriegsjahre glänzend ohne die Berücksichtigung Polens ausgekommen – eine Sichtweise, die im Lichte der Memoiren von Spitzenbeamten des Quai d'Orsay auf den ersten Blick durchaus legitim zu sein scheint; weder Bidault noch seine damaligen Untergebenen wollten sich rückblickend an die Verhandlungen mit Warschau erinnern¹⁵. Die Reduzierung der französischen Ostpolitik auf die Beziehungen zu Moskau trägt jedoch nur dem Selbstbewußtsein der französischen Diplomaten Rechnung; die Realität der Jahre 1945–1947 war differenzierter.

* * *

„... même si les ministres du gouvernement pensent, sans doute, que Dieu n'existe pas et que la France est décidément moins puissante et beaucoup plus éloignée que l'U.R.S.S., ils lui gardent pourtant dans leurs calculs politiques, par atavisme de l'amitié, par respect pour la plus vieille République démocratique de l'Europe et par communauté d'intérêts vis-à-vis de l'Allemagne, une place que l'Angleterre ne possède certainement pas“, berichtete im Frühjahr 1945 der erste Vertreter Frankreichs in Polen, Christian Fouchet. Der persönliche Vertraute de Gaulles machte sich dabei keine Illusionen über den künftigen Platz Polens im europäischen System. Interessant fand er aber die sowohl von kommunistischer als auch von sozialistischer Seite vorgetragene Versicherung, daß Warschau im sowjetischen Machtbereich den Platz eines „brillant second“ einnehmen wolle; diese Aussicht schien ihm Grund genug, die zwar beschränkten, jedoch unleugbaren Möglichkeiten Frankreichs auszunutzen und schleunigst die „Lublinter“ statt der „Londoner“ Karte auszuspielen¹⁶.

Nach seiner Rückkehr wurde Fouchet von Bidault und de Gaulle empfangen. Seine Empfehlungen verfehlten anscheinend ihre Wirkung nicht, denn in einer symbolischen Geste übertrug Paris seine Anerkennung von der Londoner Exilregierung auf das Kabinett der Nationalen Einheit bereits am 29. Juni 1945, d. h. einige Tage vor den entsprechenden Schritten Londons und Washingtons¹⁷. Andererseits zeigte

¹⁴ Ein wohl vollständiges Verzeichnis der bis 1984 erschienenen Arbeiten bringt R. Schreiner, Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944–1948, Frankfurt/M. 1985.

¹⁵ H. Alphand, L'étonnement d'être (Journal 1939–1973), Paris 1977; G. Bidault, D'une résistance à l'autre, Paris 1965; J. Dumaine, Quai d'Orsay (1945–1951), Paris 1955; J. Chauvel, Commentaire, I–III, Paris 1971–1973; P.-O. Lapie, De Léon Blum à de Gaulle. Le caractère et le pouvoir, Paris, 1971; R. Massigli, Une comédie des erreurs 1943–1956, Paris 1978. Roger Garreau hat keine veröffentlichten Erinnerungen hinterlassen.

¹⁶ Ch. Fouchet, Mémoires d'hier et de demain. Au service du général de Gaulle, Paris 1971, S. 65 f., 74 f.

¹⁷ Archives du Ministère des Affaires Étrangères (künftig zit.: AMAE), Série Europe, Pologne (künftig zit.: SEP), Z.-54, Bidault an Moskauer Botschaft, 26. 6. 1945.

die schon früher getroffene Wahl des Botschafters, daß die Leitung des Quai d'Orsay nicht geneigt war, in Warschau einen ihrer Spitzenbeamten zu akkreditieren: Roger Garreau war zwar professioneller Diplomat mit ansehnlicher Erfahrung (u. a. als Vertreter des Freien Frankreich in Moskau 1942–1945), seine Extratouren machten ihn jedoch zu einem der weniger beliebten Repräsentanten der neuen Leitung der Pariser Zentrale¹⁸. Gerade diese Tatsache sollte aber den polnischen Gesprächspartnern Garreaus noch monatelang unbekannt bleiben: Irrtümlich hielt man ihn für einen engen Mitarbeiter de Gaulles¹⁹, eine Täuschung, an der man um so lieber festhielt, als der französische Botschafter sofort auf betonte Distanz zu jeglicher antikommunistischer Opposition ging²⁰ und überdies keine Gelegenheit ausließ, das gemeinsame polnisch-französische Interesse an der Kontrolle Deutschlands zu betonen. Das etwas ungewöhnliche und mit Sicherheit wenig diplomatische Naturell Garreaus war für den Gang der Dinge nicht ohne Bedeutung, da die Nominierung von Stanisław Skrzyszewski zum polnischen Botschafter in Paris sich bald als eine krasse Fehlentscheidung erweisen sollte: Kommunist seit seinem 20. Lebensjahr, während des Krieges führend im sowjetischen Exil tätig, zeigte der Bildungsminister von 1944–1945 als Diplomat wenig Verhandlungsgeschick; seine Kleinlichkeit machte ihn zu einem am Quai d'Orsay nicht übermäßig gerne gesehenen Gast. Auch das übrige Botschaftspersonal bestand überwiegend aus Kommunisten mit geringster diplomatischer Erfahrung und einseitigen gesellschaftlichen Kontakten²¹, so daß in der Folgezeit die Verhandlungen zwischen beiden Regierungen fast ausschließlich in Warschau stattfinden konnten.

Die Ostabteilung des Politischen Departements des französischen Außenministeriums nahm bereits unmittelbar nach Potsdam jene Haltung ein, die sie dann zwei Jahre lang trotz aller Chancen und Avancen der polnischen Seite konsequent beibehalten sollte. In einer Bestandsaufnahme vom 4. August gingen die Osteuropaexperten zwar von der Annahme Fouchets aus, daß Frankreich weiterhin auf beträchtliche Sympathien in Polen rechnen könne; zugleich schlugen sie jedoch vor,

¹⁸ Den geringen Stellenwert der Moskauer Vertretung in den Entscheidungsprozessen der Kriegszeit spiegelt die Darstellung von J. B. Duroselle, *L'Abîme*, Paris 1982.

¹⁹ Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych (künftig zit.: AMSZ), „Charakterystyki ambasadorów“, o. D. (Herbst 1945). Die Vorschriften des Archivs gestatten die Zitierung der Archivsignaturen nicht. Dem Verf. wurde gestattet, Teile der Bestände des Politischen Departements und des Ministerbüros zu sichten.

²⁰ Anders verhielten sich nicht nur die Botschafter Großbritanniens und der USA, sondern auch der italienische Kommunist Eugenio Reale, der 1945/46 mehrmals mit Mikolajczyk zusammentraf und vergeblich versuchte, auf Kommunisten wie auf Opposition mäßigend einzuwirken. Vgl. dazu E. Reale, *Raporty Polska 1945–1946*, Paryż 1968.

²¹ Die härteste Kritik an den Mißständen in der Botschaft formulierte Kazimierz Dębnicki (Mitglied der sozialistischen Partei) in der Denkschrift vom Sommer 1946 (Centralne Archiwum KC PZPR, 235/II/7, Anlage zum Sitzungsprotokoll der RN PPS vom 25. 8. 1946). Dębnicki nannte die Pariser Botschaft „die Vertretung unserer brüderlichen PPR an der Kommunistischen Partei Frankreichs“ und beschuldigte sie, fundamentale polnische Interessen zugunsten der Zusammenarbeit mit der KPF zu vernachlässigen.

angesichts der geringen Einflußmöglichkeiten lediglich eine kulturelle und wirtschaftliche „Politik der Präsenz“ zu betreiben. Weitergehende Schritte standen nicht zur Erwägung²². Im Archiv des Quai d'Orsay ist keine Instruktion zu finden, die Garreau mit der Aufgabe betraut hätte, Warschau hinsichtlich politischer Verhandlungen zu sondieren. Man darf daher vermuten, daß die vom Botschafter im September 1945 eingeleiteten Gespräche Ergebnis seiner persönlichen Frustration waren, zumal er seit Beginn seiner Mission die Überzeugung vertrat, in Polen einen wichtigen Partner künftiger französischer Annexionspolitik in Deutschland zu sehen. Einleitend versicherte Garreau dem Leiter der Westabteilung im polnischen Außenministerium, Dr. Tadeusz Chromecki²³, daß die französische Außenpolitik der Nachkriegszeit „avant tout“ antideutsch sein werde. Dann kam der Botschafter auf das Schlüsselproblem der bilateralen Beziehungen zu sprechen: Zwar sei der Beistandspakt von 1921 als weiterhin rechtsgültig anzusehen, doch werde es weitaus zweckmäßiger sein, das betagte Dokument durch ein neues zu ersetzen²⁴.

Die polnischen Gesprächspartner Garreaus wurden durch diese mehrmals vorgebrachten Ermutigungen sichtlich überrascht. Die etwas ungewöhnliche Frage, ob ein vor fast 25 Jahren geschlossenes Abkommen als verbindlich gelten könne, warf ja nicht nur völkerrechtliche Problem auf: Das Bündnis mit Frankreich hatte in polnischer Sicht 1939 kläglich versagt, und wenn eine Neuauflage der Allianz zwar prinzipiell erwünscht war, so konnte sie doch ohne eingehende Studien kaum in Angriff genommen werden – und solche Studien waren bisher nicht unternommen worden²⁵. Vorläufig wartete Warschau den für Mitte September angesagten Besuch von Henri Frenay ab, der als Minister für Kombattantenfragen nach Polen kam.

Das Gespräch zwischen Frenay und dem stellvertretenden Außenminister Zygmunt Modzelewski (dem faktischen Leiter des Amtes) stiftete freilich eher Verwirrung als Klärung. Modzelewski suggerierte, daß „Polen gerne eine vollständige Inkorporation der Saar in Frankreich sehen würde“. Frenay – selber ein Gegner der de Gaulleschen Annexionspolitik²⁶ – übergab diese Bemerkung stillschweigend, was die polnischen Diplomaten zur irrtümlichen Schlussfolgerung verleitete, daß

²² AMAE, SEP Z-54, „Note sur les relations franco-polonaises“, Direction Générale Politique, Europe, 4.8.1945.

²³ Dr. Tadeusz Chromecki gehörte zu jenen Beamten der Vorkriegszeit, die auch im neuen Außenministerium mit wichtigen Aufgaben betraut wurden. Der ehemalige Mitarbeiter von Beck, in der Kriegszeit im regierungstreuen Widerstand tätig, gehörte 1945 zu den Mitbegründern des neuen diplomatischen Dienstes und nahm als Leiter der Westabteilung und stellvertretender Direktor des Politischen Departements eine exponierte Stellung ein.

²⁴ AMSZ, Aufzeichnungen Chromeckis vom 10. und 14.9.1945.

²⁵ Das Ministerium befand sich zu diesem Zeitpunkt erst im Aufbau, da es bis Sommer 1945 nur wenige Mitarbeiter beschäftigt hatte. Die Frage, inwiefern Vorkriegsabkommen auch nach 1945 als verbindlich anzusehen sind, ist nie systematisch geklärt worden, so daß z. B. Modzelewski im Frühjahr 1947 auf der Gültigkeit des polnisch-britischen Bündnisses von 1939 bestehen wollte, das das Foreign Office als erfüllt und ausgelaufen betrachtete.

²⁶ Vgl. W. Lipgens, Innerfranzösische Kritik an der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946, in: VfZ 24 (1976), S. 136–198, hier S. 183.

Paris „auf diesem Gebiet keine Großmachtspolitik betreibt, sich vor Schwierigkeiten fürchtet und eher unter angelsächsischer Leitung agiert“. Der Gegenvorschlag Frenays verblüffte die Polen vollends: Der Franzose dachte laut über eine Auflösung der Besatzungszonen in Deutschland und die Internationalisierung der Besatzungsverwaltung nach, was angeblich die Polen aus der aktuellen Lage (in der sie „serrés par les Soviets comme dans une boîte de sardines“ leben) befreien und Verhandlungen um die Vertragserneuerung erleichtern würde. Überdies betonte Frenay die Parallelität der Interessen beider Länder in einem lebenswichtigen Punkt: Beide „befinden sich zwischen zwei Polen: dem angelsächsischen und dem sowjetischen. Sowohl Polen als auch Frankreich müssen danach streben, daß die Pole nicht miteinander kollidieren, und ihre Neutralität zwischen Ost und West bewahren“. An die Vision zweier Blöcke auf potentiellem Kollisionskurs knüpfte der französische Minister auch während des Abschiedsgesprächs beim Staatspräsidenten an. Bolesław Bierut wich einer konkreten Antwort aus²⁷.

Die Eindrücke der Gastgeber Frenays waren zwangsläufig zwiespältig. Die weitläufigen Visionen des Franzosen kontrastierten auf unerklärliche Weise mit den konkreten Vorschlägen Garreaus, der zu diesem Zeitpunkt bereits überlegte, ob die Erneuerung des Bündnisses vor oder nach Abschluß des britisch-französischen Paktes stattfinden sollte²⁸. Darüber hinaus erkannte man in Warschau sofort die Gefahren, die sich aus den Frenayschen Vorschlägen ergaben: Entweder, so überlegten die Diplomaten, versucht de Gaulle, einen Westblock aufzubauen, was für Warschau eine gänzlich reizlose Perspektive darstellte²⁹, oder aber das Ziel des Generals besteht in der Bildung eines „Staatenblocks zwischen West und Ost“ unter der Führung Frankreichs; auch für dieses Ziel mit seinem penetranten Cordon-sanitaire-Geruch konnte man sich an der Weichsel nicht erwärmen³⁰.

Unmittelbar nach dem Besuch Frenays – der ja kurze Zeit nach dem berühmten TIMES-Interview de Gaulles stattfand – verwarf der künftige Chef der Auslandsabteilung der PPR, Ostap Dłuski, die Idee des Westblocks. In unverkennbarer Anlehnung an die Kritik der *Izvestija* vom 14. September 1945 bezeichnete er den „Westblock“ als offen antisowjetisch, ein „altes Spiel der dunklen Kräfte der Reaktion, die sich nicht abfinden können mit der Forderung der Völker Europas und der Welt nach Fortschritt“³¹. Ähnlich dezidiert äußerte sich über die zweite Variante Modzelewski, auch er – wie Dłuski – Kommunist seit früher Jugend und langjähriges Mitglied der KPF und der Komintern. In den Gesprächen mit Frenay, erklärte Modze-

²⁷ AMSZ, Aufzeichnung über das Gespräch Frenay-Garreau-Modzelewski-Chromecki vom 19. 9.; Aufzeichnung Chromeckis über den Besuch Frenays bei Bierut, 25. 9. 1945.

²⁸ Ebenda, Aufzeichnung Chromeckis vom 21. 9. 1945; ausführlich referiert das Gespräch R. Liczmański, *Próby odnowienia polsko-francuskiego sojuszu politycznego w latach 1945–1947*, in: *Sprawy międzynarodowe* 1982/5, S. 121–136, hier: S. 125.

²⁹ AMSZ, Instruktion für die Botschaft in Paris, 17. 9. 1945; vgl. M. Naszkowski, *Paryż-Moskwa. Wspomnienia dyplomaty (1945–1950)*, Warszawa 1986, S. 95 f.

³⁰ Wie Anm. 27.

³¹ „Głos Ludu“ (Zentralorgan der PPR) vom 22. 9. 1945, Leitartikel.

lewski in einer Unterrichtung polnischer Journalisten, „haben wir betont, daß wir uns in keinem Fall darauf einlassen, daß etwas versteckt bleibt, was Differenzen in unsere Beziehungen zur Sowjetunion bringen könnte“³². Die Mission Frenays – falls es überhaupt eine gewesen ist, denn der Minister kann schließlich genauso gut wie der Botschafter ohne Anweisungen seines Vorgesetzten gehandelt haben – endete somit ergebnislos.

Auch der nächste Impuls überraschte die Diplomaten auf beiden Seiten. In der Pressekonferenz vom 12. Oktober 1945 war es de Gaulle, der auf eine für ihn charakteristische vieldeutige Weise auf die Pakterneuerung einging: Frankreich, deklarierte der General, „a toujours été l'amie de la Pologne ... Les informations que nous avons sur ce pays, bien qu'elles soient assez rares, concourent toutes à nous faire sentir combien la masse de la nation polonaise est restée proche de notre nation. C'est un état d'esprit dont nous sommes fort heureux et dont nous espérons qu'il sera la base de nos rapports avec la Pologne nouvelle. Il est certain que la situation de fait rend actuellement malaisés des rapports pratiques entre les deux pays. Nous espérons que cette situation s'améliorera jusqu'à ce que nous puissions nous trouver, comme autrefois, en contacts réguliers et fraternels avec la nation polonaise.“ Auf die Frage, welche Gründe die Wiederbelebung der Allianz behinderten, reagierte de Gaulle scheinbar erstaunt: „Mais je vous ai dit tout à l'heure que nous étions des alliés de la Pologne. Nous l'avons toujours été. Nous le fûmes dans cette guerre. Je suis persuadé que si l'Allemagne reparaisait et attaquait soit l'Est, soit l'Ouest de l'Europe, la Pologne et la France se trouveraient ensemble dans le même camp.“³³

Am Quai d'Orsay muß diese Äußerung Überraschung hervorgerufen haben. Schon seit einiger Zeit notierte man in Paris Sondierungen tschechischer Politiker aus dem Kreis von Eduard Benesch, die eine von ihnen angestrebte Brückenrolle der Tschechoslowakei zwischen Ost und West durch die Erneuerung des Bündnisses mit Frankreich realisieren wollten und in diesem Zusammenhang die Befürchtung äußerten, ein entsprechendes polnisch-tschechisches Abkommen könne eine französische Stellungnahme in den Grenzstreitigkeiten zwischen Prag und Warschau präjudizieren. Ende September hatte daher die Ostabteilung den Botschafter in Prag, Maurice Dejean, informiert, daß eine Erneuerung des Paktes von 1921 gegenwärtig nicht anstehe, da dieser noch immer gültig sei. „Eines Tages“, so die Instruktion, werde man vielleicht die Beziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei neu ordnen müssen, wichtiger sei jedoch im Augenblick, daß gerade die Beziehungen zwischen den ehemaligen Ostverbündeten sich normalisierten. Der Botschafter solle in Prag versichern, daß keine französisch-polnischen Verhandlungen im Gange seien³⁴; von den Gesprächen seines Botschafters in Warschau schien der Quai d'Orsay zu diesem Zeitpunkt noch nichts zu wissen.

³² AMSZ, Vortragstext Modzelewskis vom 21. 9. 1945.

³³ Ch. de Gaulle, Discours et messages, Bd I: Pendant la guerre. Juin 1940–Janvier 1946, Paris 1970, S. 627–641.

³⁴ AMAE, SEP Z-54, Paris an Prager Botschaft, 26. 9. 1945.

Indessen begriff man die Äußerung de Gaulles in Warschau offenbar als Fortsetzung der französischen Sondierungen. Mitte Oktober formulierte Chromecki den Entwurf eines neuen Allianzpaktes, der in seinem § 1 als „réadaptation“ des Vertrages von 1921 bezeichnet wurde. Gemäß § 2 sollten sich beide Seiten zu gegenseitigen Konsultationen „sur toutes les questions de politique extérieure intéressant ces deux Etats“ sowie im Falle jeglicher „complications internationales“ verpflichten. § 3 stipulierte die beiderseitige Versicherung, eine neue deutsche Aggression verhindern zu wollen, und § 4 enthielt das Versprechen gegenseitiger Hilfe, wenn es zu einer solchen trotzdem kommen sollte. § 5 sah die reziproke Garantie der Grenzen mit Deutschland vor sowie die Erteilung der „l'appui le plus décidé au cas où un différend quelconque surgirait au sujet de leurs [Polens und Frankreichs] frontières respectives avec l'Allemagne“. Nach § 6 sollten beide Seiten keine gegen den Partner gerichtete Allianz eingehen, und § 7 postulierte für die Streitkräfte die Aufgabe, die Bestimmungen von § 2–4 durch detaillierte Abmachungen auszufüllen³⁵. Der Vertragsentwurf stellte somit eine bilaterale Zusammenarbeit in Aussicht, wie sie zu diesem Zeitpunkt kaum enger gedacht werden konnte.

Der französische Geschäftsträger Jean de Beausse zeigte sich am 3. November reichlich überrascht, als Chromecki den Entwurf vorlegte³⁶. Noch Ende Oktober waren seine Vorgesetzten in Paris davon ausgegangen, daß das Hauptproblem der bilateralen Beziehungen in den kommenden Monaten die Verstaatlichung ausländischen Vermögens in Polen sein werde (das Nationalisierungsgesetz war in Vorbereitung). Eine dem Minister vorgelegte Denkschrift schloß die Möglichkeit einer nicht näher definierten Hilfe für Polen zwar nicht gänzlich aus, beließ es aber hauptsächlich bei den vagen Formulierungen, in denen Fouchet die Perspektiven der Kontakte im Frühjahr definiert hatte³⁷. Das „Projet Chromecki“ schuf nun eine vom Quai d'Orsay unerwartete neue Lage, und an der Reaktion von François Coulet, dem Leiter der Ostabteilung, läßt sich sogleich der Tenor der französischen Stellungnahmen ablesen: Coulet instruierte Garreau eindringlich, Modzelewski nicht nach Paris einzuladen, da der unvermittelte polnische Entwurf erst gründlich studiert werden müsse³⁸.

Garreau handelte höchstwahrscheinlich ohne Wissen der Zentrale, als er zwei Wochen später in Warschau seine Gegenvorschläge zum polnischen Entwurf unterbreitete. Einleitend wies der Botschafter darauf hin, daß Frankreich unmöglich Großbritannien durch den vorzeitigen Abschluß eines Vertrages mit Polen verärgern könne. Dann ging er auf die im polnischen Projekt vorgesehene reziproke Grenzgarantie ein. Der Botschafter schlug vor, statt dieses Paragraphen ein Geheimprotokoll auszuarbeiten, das beide Seiten zur Unterstützung des Territorialprogramms des Partners verpflichten würde. Modzelewski und Chromecki begriffen sofort, daß der

³⁵ Ebenda, „Projet Chromecki“, dat. 15. 10. 1945.

³⁶ AMSZ, Aufzeichnung Chromeckis vom 3. 11. 1945.

³⁷ AMAE, SEP Z-54, „Note pour le ministre“, 29. 10. 1945.

³⁸ Ebenda, Coulet an Warschauer Botschaft, 7. 11. 1945.

Vorschlag eine entscheidende Modifizierung des Entwurfs bedeutete: Da Polen mehr besitzt, heißt es in der Aufzeichnung über das Gespräch, „d.h. die Verwaltung der Oder-Neiße-Linie, hingegen Frankreich nur den Wunsch hegt, die Saar zu besetzen und das Ruhrbecken zu internationalisieren“, wäre, so Chromecki, eine pure Grenzgarantie vom polnischen Standpunkt aus gesehen unzweckmäßig³⁹.

Die Vorschläge Garreaus zeitigten somit Folgen, die kaum den ursprünglichen Absichten des Botschafters entsprachen. Im „Projet Chromecki“ wurde der Bezugspunkt der formellen Grenzgarantie nicht definiert, was eine elastische Interpretation dieses Paragraphen gestattete. Der Plan Garreaus nahm diesen Gedanken auf, verlegte aber die Stellungnahme zur Grenzfrage auf das unabsehbare Datum der Friedenskonferenz. Indirekt bedeutete dies, daß aus dem mehrdeutigen Paragraphen IXb der Potsdamer Beschlüsse gerade jenes Element herausgegriffen wurde, das in polnischer Sicht am wenigsten nützlich erschien, nämlich die Notwendigkeit der Bestätigung bzw. Absteckung der Westgrenze in einem Friedensvertrag. Da der im Potsdamer Text enthaltene Hinweis auf den provisorischen Charakter der Bestimmungen gegen elementare polnische Interessen verstieß, durfte der Vorschlag Garreaus bei seinen Gesprächspartnern kaum auf Zustimmung rechnen. Am 23. November wurde dem Botschafter der polnische Vertragsentwurf offiziell ausgehändigt. Da das Papier seine Vorschläge ignorierte, reagierte der Botschafter betont zurückhaltend; nun sollte Paris seine Haltung definieren⁴⁰.

Die Ostabteilung des Quai d'Orsay bezog schon Ende November Stellung. Als grundsätzliches Argument gegen den Entwurf wies man auf den provisorischen Charakter der deutsch-polnischen Grenze hin sowie auf die negativen Stellungnahmen des polnischen Exils, das angeblich unmöglich übergangen werden könne. Darüber hinaus interpretierte man das Warschauer Projekt als einen von Moskau gelenkten Versuch, Frankreich den Westmächten zu entfremden und stattdessen in ein sowjetisch dominiertes Kontinentalsystem einzubeziehen. Auf dieses Spiel einzugehen, heißt es im Gutachten, würde die Beziehungen zu den angelsächsischen Mächten belasten. Möglicherweise sei gerade dieser Aspekt für Moskau entscheidend, das auch auf solchem Wege versuche, das Entstehen eines westlichen Bündnisses zu verhindern. Natürlich ließ sich diese Argumentation kaum in den Gesprächen mit Warschau verwenden. Deshalb schlug die Ostabteilung vor, die Gespräche fortzusetzen – „sans répondre favorablement à la demande polonaise de garantie“ – und den Polen zu versichern, daß man einer deutschen Aggression weiterhin entgegenarbeiten wolle: „il conviendrait d'agir sans précipitation en faisant comprendre aux négociateurs polonais que pour être durable et solide une telle alliance doit se fonder sur la pratique d'une amitié éprouvée.“ An diesem Punkt angelangt, sah die Ostabteilung eine ganze Reihe von Fragen, die dringender Klärung bedurften: Rückzahlung der polnischen Schulden, Entschädigungen für nationalisierten französischen Besitz, die Rückkehr zu „normalen“ kulturellen und wirtschaftlichen

³⁹ AMSZ, Aufzeichnung Chromeckis über das Gespräch Modzelewski-Garrau, 21. 11. 1945.

⁴⁰ Ebenda, Aufzeichnung Chromeckis vom 23. 11. 1945.

Beziehungen, Garantie der Belassung „unerläßlicher“ polnischer Arbeitskräfte in Frankreich, schließlich die Verbesserung der Beziehungen zwischen Warschau und Prag. Erst nach Beseitigung dieser potentiellen Streitpunkte sei an politische Verhandlungen zu denken⁴¹.

Wenn in der zitierten Aufzeichnung für Bidault eine Reihe von Bedingungen aufgestellt wurden, die den Abschluß der Gespräche in eine ferne Zukunft verlegten, so bezweifelte ein zwei Tage später angefertigtes Gutachten über den polnischen Entwurf nicht nur den Sinn der Verhandlungen, sondern auch deren bisher einzige Grundlage. Dem „Projet Chromecki“ wurde vorgeworfen, daß es weiter gehe als der französisch-sowjetische Vertrag vom Dezember 1944 und die Charta der Vereinten Nationen außer Acht lasse. Als weiteres Argument gegen den Entwurf wurde die französische Haltung zu den Potsdamer Beschlüssen angeführt: Gegenwärtig, so hieß es in dem Gutachten, sei die Nichtanerkennung der Entscheidungen vom August 1945 ein grundsätzliches Prinzip französischer Außenpolitik. Und wenn man im speziellen Fall der Oder-Neiße-Linie die Berechtigung des Beschlusses auch nicht abstreiten würde, könne Paris unmöglich die Garantie einer Grenze aussprechen, die von den Großmächten selbst noch nicht bestätigt worden sei. Abschließend schlug die Ostabteilung vor, angesichts des mangelnden Interesses der französischen Seite am raschen Abschluß eines Vertrages den polnischen Unterhändlern anzudeuten, daß die internationale Lage sich geändert habe: Deutschland stelle nunmehr – im Gegensatz zu 1944 – keine Gefahr mehr dar⁴².

Beide Stellungnahmen ließen keinen Zweifel daran, daß die französischen Ostexperten jede Ausweitung der politischen Verbindungen mit Polen auch in Zukunft ablehnen würden. Man darf vermuten, daß der wichtigste Grund für diese Haltung im letzten Absatz des oben zitierten Gutachtens zu finden ist: Vor allem sollte die Wiederholung des Fehlers vom Dezember 1944 vermieden werden, als der Versuch de Gaulles, Großbritannien und die USA durch den Moskauer Vertragsabschluß unter Druck zu setzen, mit einem vollständigen Fiasko und der Absenz Frankreichs in Jalta und Potsdam geendet hatte. Diesmal sollte die Aufwertung der Position Frankreichs auf dem umgekehrten Weg der engen Zusammenarbeit mit dem Westen gesucht werden.

Indessen bewies die erste Runde der Ruhrverhandlungen in London, Washington und Moskau, daß die Großen Drei auf die französischen Pläne nicht eingehen würden. Maurice Couve de Murville, Hervé Alphand und Jean Chauvel konnten in London und Washington nicht einmal einen nennenswerten Teilerfolg erzielen, da die angelsächsischen Experten das Konzept der ökonomischen und strategischen Aussonderung der Ruhr mehr oder minder eindeutig als Hirngespinnst abtaten. In Moskau scheiterten Alphand und Georges Catroux an der Unmöglichkeit, Molotow ein Projekt schmackhaft zu machen, das schon auf den ersten Blick gegen

⁴¹ AMAE, SEP Z-54, „Note pour le ministre“, 26. 11. 1945.

⁴² Ebenda, S/Direction de l'Europe Orientale, 28. 11. 1945.

sowjetische Interessen verstieß⁴³. Im Ergebnis der deprimierenden Verhandlungen zeichnete sich Ende 1945 einmal mehr ab, daß die hochtrabenden Pläne der restauration de la grandeur de la France durch eine eigenwillige Deutschlandpolitik – das Kernstück de Gaullescher Strategie – eine nur innenpolitisch produktive Utopie darstellten. Die gelegentlich geradezu lächerlich gemachten französischen Diplomaten reagierten, indem sie das – wohl nie zu Ende gedachte – Konzept der Neuaufgabe Pariser Ostpolitik torpedierten. Der Kampf des Quai d'Orsay hatte allerdings erst angefangen: In seiner Instruktion für Garreau schloß sich Bidault zwar den Argumenten der Ostabteilung an, betonte jedoch, daß diese nicht „limitatives“ seien; Modzelewski solle doch nach Paris eingeladen werden⁴⁴.

In Warschau verbreitete Garreau weiterhin Illusionen. Im Dezember fabulierte der Botschafter über das künftige Vertragsnetz Frankreichs mit Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei, wobei er seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß Polen die Pariser Pläne bezüglich des Rheinlands bislang nicht unterstützt habe⁴⁵. Modzelewski antwortete in einem Interview für das Zentralorgan der PPR, in dem er einmal mehr von der Notwendigkeit der Erneuerung des Bündnisses und von der Unterstützung Polens für die französischen Deutschlandpläne sprach⁴⁶. Im Januar 1946 betonte Ministerpräsident Edward Osóbka-Morawski (PPS) die gemeinsamen Erfahrungen der Vergangenheit und versicherte, daß Warschau die „berechtigten Forderungen Frankreichs hinsichtlich seiner Sicherheit am Rhein“ unterstützen werde⁴⁷.

Am 13. Januar 1946 trafen Modzelewski und Bidault am Rande der UN-Tagung in London zusammen. In einem „langen und herzlichen Gespräch“ fanden sie eine Formel, die weitere Verhandlungen nicht von vornherein zum Scheitern verurteilte: Statt Vertragserneuerung sollte jetzt die Ausarbeitung einer gemeinsamen „politischen Deklaration“ angestrebt werden. Während des Besuchs des stellvertretenden polnischen Außenministers in London im Februar wurde dann vereinbart, daß der Abschluß der Verhandlungen durch einen offiziellen Besuch Modzelewskis aufgewertet werden sollte⁴⁸.

Die ersten Monate des Jahres 1946 brachten in der außenpolitischen Lage Frankreichs und Polens keine wesentlichen Veränderungen. Die französische Deutschlandpolitik basierte weiterhin auf der Obstruktion im Alliierten Kontrollrat, die von Bevin mit weit weniger Geduld aufgenommen wurde als vom State Department. Die britisch-französischen Verhandlungen brachten trotz der Bemühungen des neuen Ministerpräsidenten Félix Gouin keine Fortschritte; im Juni trat Chauvel als wahr-

⁴³ Siehe dazu Schreiner, Bidault, S. 56–65.

⁴⁴ AMAE, SEP Z-54, Bidault an Garreau, 12. 12. 1945.

⁴⁵ AMSZ, Aufzeichnungen Chromeckis vom 13. und 17. 12. 1945.

⁴⁶ W. T. Kowalski, *Polityka zagraniczna PR 1944–1947*, Warszawa 1971, S. 97.

⁴⁷ *Sprawozdanie stenograficzne z posiedzeń Krajowej Rady Narodowej, sesja IX w dn. 29., 30., 31. 12. 1945 oraz w dn. 2 i 3 I 1946 r.*, Warszawa 1946, Sp. 24.

⁴⁸ AMAE, SEP Z-54, Notiz vom 13. 1. 1946; ebenda, „Note pour le président du gouvernement“, 3. 4. 1946; Liczmański, *Rozmowy*, S. 128.

scheinlich erster Spitzenbeamter des Quai d'Orsay an den amerikanischen Botschafter mit der Andeutung heran, Paris könne bereit sein, von weitergehenden deutschlandpolitischen Zielen abzurücken und die Teilung Deutschlands hinzunehmen⁴⁹. In Zukunft sollte sich diese verdeckte Desavouierung Bidaults als probater Ausweg aus dem unlösbaren Dilemma erweisen; freilich war im Augenblick ein radikaler Kurswechsel innenpolitisch nicht vertretbar.

Auch die polnische Außenpolitik fand sich im Frühjahr 1946 mit unlösbaren Schwierigkeiten konfrontiert. Die Kreditverhandlungen mit den USA erwiesen sich als ähnlich schwierig wie die Finanzgespräche mit London: Der amerikanische Kredit kam Ende April zwar zustande, wurde jedoch sogleich für zwei Monate suspendiert⁵⁰, die Ratifizierung des polnisch-britischen Finanzabkommens vom Foreign Office sogleich nach der Unterzeichnung für fast ein Jahr ausgesetzt⁵¹. In Prag scheiterte eine hochrangige polnische Delegation im Februar an der Aufgabe, einen Kompromiß in der Frage des Teschener Schlesiens auszuhandeln, worauf die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern abermals eingefroren wurden. Schließlich zeigte sich die polnische Militärmission in Berlin in ihren ersten Berichten (Februar–April 1946) von der Virulenz der revisionistischen Propaganda, ihrem antipolnischen Schwerpunkt und der Reaktionslosigkeit der angelsächsischen Besatzungsbehörden überrascht⁵². In diesem Kontext stellte der polnisch-jugoslawische Bündnisvertrag vom 18. März den einzigen Lichtblick in der Bilanz der ersten Monate des Jahres 1946 dar.

Vor diesem Hintergrund begann im März die nächste Runde der polnisch-französischen Verhandlungen. Vorausgegangen war ihr auf Pariser Seite eine längere Abhandlung über den geschichtlichen Hintergrund der Beziehungen, die an die wichtigeren französischen Auslandsvertretungen abgesandt worden war. Die Verfasser der Denkschrift versuchten, die These vom verhängnisvollen Einfluß Polens auf die moderne französische Geschichte zu beweisen: Schon Napoleon I. habe 1813 im Namen der Rettung Polens vor der Vierten Teilung auf einen sonst durchaus

⁴⁹ Als Beleg für einen Kurswechsel der französischen Deutschlandpolitik wertet diese Aussage H. Graml, *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*, Frankfurt/M. 1985, S. 167 f.; vgl. dazu Schreiner, Bidault, S. 102 f., sowie Chauvel, *Commentaire* (wie Anm. 15), Bd. II, *D'Alger à Berne 1944–1952*, Paris 1972, passim, hier bes. S. 165.

⁵⁰ Siehe dazu Lukas, *Bitter Legacy*, S. 49–53; Zyblikiewicz, *Polityka*, S. 246–252.

⁵¹ Das Foreign Office versuchte damit vergeblich, dem amerikanischen Kurs der finanzpolitischen Pressure zu folgen. Die Maßnahme löste eine Reihe von heftigen Angriffen der polnischen Presse aus, in denen die – als unmoralisch angeprangerte – Suspendierung des Abkommens durch den ehemaligen Verbündeten mit der Haltung Moskaus konfrontiert wurde, das im Mai 1946 auf die Rückzahlung der polnischen Kriegsschulden verzichtet hatte.

⁵² AMSZ, Monatsberichte der Polnischen Militärmission. Die ersten Kontroversen mit den britischen Gastgebern fanden bereits im Januar 1946 statt; im April versuchte der Leiter der polnischen Mission, Dr. Jakub Prawin, Robert Murphy zum Einschreiten gegen deutsche Zeitungen zu bewegen, welche die neuen polnischen Westgebiete als von Polen „verwaltet“ bezeichneten; Murphy antwortete, indem er eine Kopie des § IXb der Potsdamer Beschlüsse an Prawin schickte („as of possible interest“).

erreichbaren Friedensvertrag verzichtet. Ähnlich unheilvoll sei die Rolle Polens 1870 gewesen, als Napoleon III. den mächtigen russischen Verbündeten durch sein Engagement für die geteilte polnische Nation vergrämt habe. In der Zwischenkriegszeit habe dann Paris vergeblich Warschau zur Besinnung aufgerufen, um 1938 an dem polnischen Aggressionswillen (Tschechoslowakei) und ein Jahr später an ebenso verderblicher polnischer Intransigenz (Moskauer Verhandlungen im Sommer 1939) zu scheitern. Gegenwärtig, schloß die Denkschrift, seien die Interessen beider Länder zwar parallel, eine eventuelle politische Bindung sollte jedoch erst nach dem Abschluß von Wirtschafts- und Kulturabkommen erfolgen. Um Bestand zu haben, müßten aber die diesbezüglichen Verhandlungen „detailliert“ sein⁵³.

Die unmißverständliche Abneigung des Quai d'Orsay gegen politische Verhandlungen mit Warschau konnte freilich die Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht verhindern, zumal Bidault persönlich die Chancen des ostpolitischen Spiels wesentlich optimistischer beurteilte⁵⁴. Am 26. März 1946 erläuterte Modzelewski dem französischen Botschafter den polnischen Entwurf einer politischen Deklaration, welche die „enge Solidarität“ und den Willen zum gemeinsamen Handeln bestätigen sollte. „Polen hat keine Großmachtallüren“, erklärte der stellvertretende Außenminister, „dennoch glaubt es, in allen Deutschland betreffenden Fragen konsultiert werden zu sollen ... Die Geographie können wir nicht ändern: Das deutsche Problem wird immer zwischen Polen und Deutschland kreisen. Deutschland kann manövrieren – erst Polen oder zuerst Frankreich angreifen, aber im Endergebnis wird sich immer herausstellen, daß Polen und Frankreich einen gemeinsamen Feind haben: Deutschland.“ Den Kernpunkt des Deklarationsentwurfs bildete die beiderseitige Verpflichtung zu Konsultationen in deutschen Angelegenheiten; Modzelewski ging von der Vorstellung aus, daß die Deklaration schon Mitte April unterzeichnet werden könne⁵⁵.

Der Optimismus des stellvertretenden Außenministers scheint auch die Leitung der PPR und den Außenminister überzeugt zu haben, denn am 3. oder 4. April wurde der Entwurf dem Ministerrat vorgelegt⁵⁶. Dem Bericht Mikołajczyks zufolge vertrat Modzelewski jetzt den Standpunkt, daß das Bündnis von 1921 als ungültig anzusehen sei („wegen des Krieges und seiner Nichterfüllung“). Die projektierte Deklaration würde hingegen Polen in den Kreis jener Staaten einbeziehen, „die über die deutsche Frage entscheiden“. Mikołajczyk sprach sich gegen das Projekt

⁵³ AMAE, SEP Z-54, „Note au sujet des rapports politiques franco-polonais“, 11.3.1946.

⁵⁴ Vgl. Schreiner, Bidault, S. 195.

⁵⁵ AMSZ, Aufzeichnung Chromeckis vom 26.3.1946; AMAE, SEP Z-54, Garreau an Paris, 27.3.1946.

⁵⁶ Aus den Akten des Ministerrats im Archivum Akt Nowych (künftig zit.: AAN) geht hervor, daß die Kabinettsitzung am 4. April stattgefunden hat. In der Niederschrift über die Sitzung, deren Unzuverlässigkeit auf den ersten Blick nicht größer scheint als die der übrigen Kabinetts-„protokolle“, fehlt jedoch jeder Hinweis, daß die Frage der Deklaration diskutiert worden wäre. Die Aufzeichnung vom 4. April ist aber deckungsgleich mit dem zweiten Teil des Berichts Mikołajczyks vor der Leitung des PSL am 3. April, der sich ausdrücklich auf „die heutige Sitzung des Präsidiums des Ministerrates“ bezieht.

der Deklaration aus (da „das polnisch-französische Bündnis gültig ist, da die Deklaration auf das Bündnis verzichtet, aber nichts Konkretes bringt“), der Oppositionsführer unterstützte aber die Idee der polnischen Beteiligung an deutschlandpolitischen Entscheidungen. Der Einspruch des stellvertretenden Ministerpräsidenten wurde wie gewöhnlich von der Mehrheit der Sitzungsteilnehmer stillschweigend übergangen⁵⁷.

Am 5. April sandte Garreau den Entwurf der Deklaration nach Paris. Der Schlüsselsatz hatte folgenden Wortlaut: „Dans le but de prévenir la menace d'une nouvelle agression allemande et de garantir les frontières légitimes entre la Pologne et l'Allemagne d'une part, la France et l'Allemagne d'autre part, ce qui serait le moyen le plus efficace d'assurer une paix durable en Europe, les deux Gouvernements se communiqueront mutuellement leurs informations sur toutes matières concernant l'Allemagne et dans les cas les plus importants coordonneront leur conduite à l'égard de celle-ci.“⁵⁸ Wahrscheinlich war es die sehr weitläufige Fassung der Grenzfrage, die dazu führte, daß die erste Pariser Reaktion auf den polnischen Vorschlag ausnahmsweise nicht negativ ausfiel: In der Aktennotiz für den Ministerpräsidenten hob das Außenministerium hervor, daß Warschau auf die Klausel über die gegenseitige Hilfe verzichtet und die Grenzgarantie genügend elastisch formuliert habe⁵⁹. Als aber – auf Drängen Garreaus – Couve de Murville am 18. April die neue Instruktion für den Botschafter in Warschau unterzeichnete, stellte sich heraus, daß der französische Gegenvorschlag trotzdem grundlegend vom polnischen abwich. Das Pariser Papier, erläuterte Couve de Murville, „ne fait mention ni d'une garantie réciproque de frontières avec l'Allemagne ni d'une coordination de la politique des deux gouvernements à l'égard de ce pays“, da derartige Verpflichtungen dem polnischen Vorschlagsentwurf allzu sehr ähnelten und aus denselben Gründen wie vor einem halben Jahr verworfen werden mußten. Im Grunde gingen die Gegenvorschläge noch weiter, als in der Instruktion zugegeben wurde: gestrichen wurde der Passus über Konsultationen, eingeführt hingegen die Formel, daß die deutschen Ost- und Westgrenzen erst „etabliert“ werden sollten⁶⁰. Der Quai d'Orsay ließ nichts unversucht, um weitere Gespräche hinfällig zu machen⁶¹, und zwar nicht nur mit Polen: Als der beunruhigte tschechische Botschafter sich über den Stand der polnisch-französischen Beziehungen erkundigte und auf die Erneuerung des Bündnisvertrages mit Prag drängte, spielte Coulet diese Frage herunter, indem er betonte, daß die bisherige

⁵⁷ Bericht Mikołajczyks vor dem NKW PSL, zit. nach *Polskie Stronnictwo Ludowe w latach 1945–1947 (dokumenty)*, przygotował do druku W. Bartoszewski, Warszawa 1981, S. 74.

⁵⁸ AMAE, SEP Z-54, Garreau an Paris, 5. und 6. 4. 1946.

⁵⁹ Ebenda, „Note pour le président du gouvernement“, 3. 4. 1946. Der Autor des Aktenvermerks stützte sich wahrscheinlich auf den Text, den er von der polnischen Botschaft in Paris erhalten hatte.

⁶⁰ Ebenda, Paris an Garreau, 18. und 20. 4. 1946.

⁶¹ Dies schien auch Garreau langsam zu merken. Am 18. 4. schrieb er an Bidault: „J'attache le plus grand prix à connaître le plus tôt possible les intentions de [Votre Excellence] (...) je suppose que l'Ambassadeur de Pologne à Paris après s'être entretenu de la question avec le Département a transmis à Varsovie des indications [qui me] font défaut“. Am 19. 4. versicherte Couve de Murville den polnischen Botschafter, daß der französische Vorschlag keine nennenswerten Änderungen impliziert; AMAE, SEP Z-54.

gen Gespräche lediglich der Ausarbeitung einer gemeinsamen Deklaration dienen; gleichzeitig informierte man die Polen, daß der Besuch Modzelewskis in Paris erst nach Abschluß der Außenministerkonferenz stattfinden könne⁶².

Obwohl der ursprünglich anvisierte Termin der Unterzeichnung der Deklaration Mitte April ereignislos verstrichen war, wagte sich Warschau einen weiteren Schritt vorwärts. Während der X. Sitzung des Nationalrates ging Modzelewski öffentlich auf die Verhandlungen und ihre Zielsetzung ein. Seine Rede vom 28. April ist um so bedeutender, als sie eine der wenigen Grundsatzserklärungen zur polnischen Außenpolitik der Übergangsperiode darstellt. Erstens, so erklärte der stellvertretende Außenminister, sei der Abschluß des Bündnisvertrags zwischen Polen und Jugoslawien keineswegs als Etappe auf dem Weg zur Schaffung eines sog. „slawischen Blocks“ zu verstehen, da Polen sich prinzipiell gegen die Bildung jeglicher Blöcke einsetze, weil diese die Gefahr der Teilung der Welt in antagonistische Mächtegruppierungen heraufbeschwören. Als Beispiel der Überwindung derartiger Gefahren wies Modzelewski dann auf die Beziehungen zwischen Paris und Warschau hin. Die Erfahrungen der Vergangenheit seien für beide Seiten gleich verpflichtend, die direkte Verknüpfung ihrer Sicherheitsansprüche mehrfach bewiesen worden: „... die Grenze des Friedens und der Sicherheit nicht nur unserer Länder, sondern auch der ganzen Welt verläuft an Oder und Rhein“. Polen betrachte die Bemühungen Frankreichs, die aus seinem Sicherheitsbedürfnis resultierten, mit „vollem Verständnis und Sympathie“. Im Folgenden zeichnete Modzelewski ein optimistisches Bild der internationalen Beziehungen Polens, wobei er insbesondere die Notwendigkeit der Fortsetzung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit im Kontext der überraschend schnellen Renaissance des deutschen Grenzrevisionismus betonte. Die Rede fand die ungeteilte Zustimmung aller Parteien; der Vertreter der PSL hob hervor, das Exposé Modzelewskis sei von seiner Fraktion mit „echtem Wohlwollen“ aufgenommen worden⁶³. Diese Einmütigkeit sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß heutige Historiker die Erklärung vom 28. April ergebiger finden, als dies die Zeitgenossen taten: Gerade die X. Sitzung des Nationalrates verlief im Zeichen heftigster Attacken der Kommunisten gegen die Bauernpartei, der immer wieder augenfällig unparlamentarische Stil der Auseinandersetzungen zeigte mit aller Deutlichkeit, daß der fragile Consensus vom Sommer 1945 in der Auflösung begriffen war⁶⁴. Der außenpolitische Teil der Verhandlungen des Provisorischen Parlaments trat in allen Kommentaren der Presse notgedrungen hinter diese Tatsache zurück.

Die Gespräche über die polnisch-französische Deklaration nahmen ihren weiteren Gang. Modzelewski insistierte gegenüber Garreau darauf, daß die Grenzen mit

⁶² Ebenda, Paris an Prag über das Gespräch Coulet-Nosek, 24. 4.; Bidault an Garreau, 26. 4.; Paris an Washington, Moskau und London mit beschwichtigenden Erläuterungen über den Stand der Verhandlungen, 27. 4. 1946.

⁶³ Sprawozdanie stenograficzne . . . , sesja X, Sp. 361–397.

⁶⁴ Zur innenpolitischen Lage im Frühjahr 1946 siehe vor allem Kersten, *Narodziny systemu*, Kap. VI, sowie T. Marczak, *Propaganda polityczna stronnictw przed referendum z 30. 6. 1946 r.*, Wrocław 1986.

Deutschland als „légitimes“ bzw. „équitables“ bezeichnet und die Konsultationsklausel beibehalten werden müßten. Der neue polnische Vorschlag, in dem die Grenzen als „justes“ bezeichnet wurden, erreichte Paris am 2. Mai⁶⁵. Indessen hatten die polnischen Unterhändler ihre etwaigen Chancen auf eine Modifizierung der französischen Haltung eingebüßt: Allzu deutlich erkennbar war das Streben Modzelewskis nach einem möglichst schnellen Abschluß der Gespräche, allzu oft insistierte er auf einer Einladung nach Paris. Schon am 3. Mai sprach sich die Ostabteilung gegen den neuen polnischen Vorschlag aus. Im Adjektiv „justes“ sah man nun eine unnütze Einengung des französischen Spielraums auf der künftigen Friedenskonferenz und die Gefahr von diplomatischen Verwicklungen mit London und Washington (wo man gerade einmal mehr über einen wichtigen Kredit verhandelte). Da der polnische Vorschlag eine unverbindliche Absichtserklärung in eine handfeste Verpflichtung verwandeln würde, sprach sich das Außenministerium gegen eine Diskussion über den Entwurf aus. Bemüht wurde diesmal das gänzlich neue Argument, die Verbindung mit Polen könne nur im Falle einer zusätzlichen Absicherung durch Moskau Nutzen bringen, da andernfalls die Wiederholung der Situation vom Sommer 1939 drohe. Darüber hinaus könne die Konsultationsklausel von Prag und Belgrad als Präzedenzfall mißbraucht werden. Alle diese Einwände sprachen gegen ein Abrücken Frankreichs von der bisherigen Position⁶⁶. Am 9. Mai informierte Paris die Botschaft in Warschau, daß ein Besuch Modzelewskis in der nächsten Zeit nicht stattfinden könne. Am 17. Mai wiederholte Bidault in der Instruktion für Garreau die Argumente seiner Beamten. Im letzten Punkt der Anweisung sprach der Minister ohne Umschweife aus, was dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen überdeutlich herauszulesen war, daß nämlich der Vertrag von 1921 ausgehandelt worden sei unter „les conditions très différentes des conditions actuelles, il n'est plus actuellement applicable, et que nous n'avons aucun intérêt à le faire revivre“⁶⁷. Zum dritten Mal innerhalb eines halben Jahres schlug Paris die Möglichkeit einer gegen Deutschland gerichteten Verbindung mit Polen ab.

Die Berichte über die Verhandlungen fanden die Aufmerksamkeit der französischen Botschafter in Moskau, Prag und London. Nur Catroux stimmte der Idee einer polnisch-französischen Deklaration zu. Dejean betonte einmal mehr den kritischen Stand der Beziehungen zwischen Prag und Warschau und die damit verbundene Gefahr einer vermeintlichen Benachteiligung der Tschechoslowakei⁶⁸. Am ausführlichsten motivierte seine Ablehnung weiterer Verhandlungen der Botschafter in London. Warschau, schrieb René Massigli, dränge offensichtlich auf die Unterzeichnung eines Dokuments, das Frankreich keine Vorteile bringe. Polen sei Frankreich schon in der Zwischenkriegszeit ein unerfreulicher Verbündeter gewesen.

⁶⁵ AMSZ, Aufzeichnung über das Gespräch Modzelewski-Garreau, 29. 4. 1946; AMAE, SEP Z-54, Garreau an Paris, 27. 4., 30. 4.; Aktennotiz vom 2. 5. 1946.

⁶⁶ Ebenda, „Réflexions rapides“, 3. 5. 1946.

⁶⁷ Ebenda, Aktennotiz der Ostabteilung, 8. 5.; Paris an Garreau, 9. 5. und 17. 5. 1946.

⁶⁸ Ebenda, Catroux an Paris, 24. 5.; Dejean an Paris, 20. 5. 1946.

„Dans la position difficile où se trouve ce pays, traditionnellement sans frontières, nous ne pouvons d'ailleurs attendre qu'il poursuive aujourd'hui une politique plus rectifiante que celle qu'il a suivie dans le passé. L'amitié polonaise, comme l'amitié italienne à laquelle elle ressemble à tant d'égards, n'est pas de celles auxquelles il convient de trop sacrifier“, und gerade dies würde ein positiver Abschluß der Gespräche erfordern. Die Abwesenheit Frankreichs in Potsdam, mahnte Massigli, habe viele Nachteile nach sich gezogen, nichtsdestoweniger „elle a eu du moins l'avantage de ne nous donner aucune responsabilité dans la décision imprudente qui a fixé à l'Oder les frontières de la Pologne“. Angesichts der Ruhrverhandlungen könne es sich Paris nicht leisten, in der peripheren Frage der polnischen Westgrenze eine andere Haltung einzunehmen als London. Wie solle man sich verhalten, wenn Warschau nach Unterzeichnung der Deklaration Brückenköpfe westlich der Oder verlange? Habe der Quai d'Orsay die Möglichkeit einer deutsch-sowjetischen Verständigung einkalkuliert, die auf die Rückgabe einiger Gebiete östlich der Oder an Deutschland hinauslaufen könne? Wie wolle man den Prager Territorialansprüchen gegenüber Polen begegnen? Diesen Fragen folgte „une considération de principe“: In München habe Frankreich für seine Politik antideutscher Garantien, die an schwächere Partner erteilt worden waren, teuer bezahlt; die Verbindung mit Polen eröffne den Weg zur Neuauflage derselben Fehler. Sofern nämlich ein Vertrag mit Großbritannien oder der Sowjetunion „signifie quelque chose“, so bringe ein ähnliches Abkommen mit Polen oder der Tschechoslowakei nichts „que des risques sans contrepartie“; antideutsche Bindungen sollten nur mit Großmächten oder mit Nachbarstaaten eingegangen werden, auf keinen Fall aber mit entfernten und machtlosen Partnern, auf deren Schicksal Frankreich ohnehin keinen Einfluß haben könne⁶⁹.

Die Denkschrift Massiglis ist wohl die ausgereifteste Stellungnahme gegen die Wiederbelebung der Ostpolitik der Zwischenkriegszeit, die im Zuge der polnisch-französischen Verhandlungen formuliert wurde. Es ist mehr als ein Paradoxon, daß unter den grundlegenden Einwänden ideologisch gefärbte Argumente nicht zu finden sind. Die Tatsache, daß der Botschafter sich einen rein machtpolitischen Gesichtspunkt zu eigen machte und schon in diesem eng gezogenem Rahmen keine Chancen für eine Rückkehr Frankreichs zur alten Rolle in Ostmitteleuropa sah, zeigt vielmehr, in welchem Maße die Zerstörung des Systems der Zwischenkriegszeit den Weg in den Kalten Krieg geebnet hatte. Das Versagen Paris' als ordnungspolitische Macht in Südost- und Ostmitteleuropa – auf diesen Punkt zielte im Grunde die gesamte Argumentation Massiglis ab – mußte ein Vakuum schaffen, in das nur die Sowjetunion vorrücken konnte. Die Genesis der „doppelten Eindämmung“⁷⁰ verdient wohl auch unter diesem Aspekt weitere Forschungen.

⁶⁹ Ebenda, Massigli an Paris, 17. 5. 1946. Bereits während des Krieges hatte sich Massigli als prononciert Anhänger einer engen Zusammenarbeit mit Großbritannien hervorgetan; vgl. Duroselle, *L'Abîme*, S. 475 f.

⁷⁰ Vgl. die Thesen von W. Loth, *Die doppelte Eindämmung. Überlegungen zur Genesis des Kalten Krieges*, in: *Historische Zeitschrift* 238 (1984), S. 611–631, der die Schwäche der europäischen

Freilich spielte in den Pariser Überlegungen des Frühjahrs 1946 nicht nur der machtpolitische Ansatz eine bedeutende Rolle. Die Ostabteilung des Quai d'Orsay machte geltend, daß das Drängen Warschaws auf eine möglichst baldige Unterzeichnung der Deklaration aus der offensichtlichen Verschärfung der innenpolitischen Lage in Polen zu erklären sei. Die polnische Regierung werde wahrscheinlich auch auf einen keineswegs vorteilhaften französischen Vorschlag eingehen, da der potentielle Propagandaeffekt im Augenblick höher bewertet werde als der tatsächliche Nutzen, der aus der Deklaration gezogen werden könne⁷¹. Diese Einschätzung rief eine abermalige Warnung Massigli's hervor, der diesmal auf einen sofortigen Abbruch der Gespräche drängte, damit deren Fortsetzung nicht eine verständliche Vergrämung der Westmächte verursache⁷².

Es gehört mit zur Spezifik der Übergangsperiode, daß gerade diese – auf den ersten Blick durchaus plausibel scheinende – Befürchtung des Botschafters im Lichte der britischen Akten als weitgehend gegenstandslos zu betrachten ist. In London wurde die unerwartete Nachricht von den polnisch-französischen Gesprächen anfangs bagatellisiert⁷³. Später setzte sich im Foreign Office die Meinung durch, daß die Angelegenheit allzu delikat sei, um ihretwegen in Paris vorstellig zu werden⁷⁴. Als Ende Juni/Anfang Juli die Unterzeichnung der Deklaration unmittelbar bevorzustehen schien, rieten sowohl Ost- als auch Westexperten zur Zurückhaltung. Der Chef des Northern Department, Robin M.A. Hankey, meinte resignativ, für alle Gegenmaßnahmen sei es bereits zu spät. Die angestrebte Deklaration aber „corresponds so much with the fundamental interests of the two countries that I do not think we should be well advised to discourage them in spite of the undoubted use which the present regime in Poland will make of it . . . we should be ourselves in a false position if we tried to counter it“⁷⁵. Auf der Gegenseite sah Sir Anthony Rumbold keine Gefahren für die britische Frankreichpolitik, da ein Abgleiten des Partners nach Osten grundsätzlich unmöglich sei, die Stärkung des französischen Selbstvertrauens aber definitiv im britischen Interesse liege. Trotz einiger Vorbehalte anderer Beamter folgte die Instruktion des Foreign Office den Gedankengängen von Hankey und Rumbold. London zeigte sich wenig beglückt über die Entwicklung, wollte jedoch in der Sache selbst nichts unternehmen⁷⁶. Ähnlich zurückhaltend präsentierte sich das State Department⁷⁶.

Partner der potentiell antagonistischen Großmächte ebenfalls als einen der Hauptgründe der Blockbildung ansieht.

⁷¹ AMAE, SEP Z-54, Aktennotiz der Ostabteilung für Chauvel, 19. 5. 1946.

⁷² Ebenda, Massigli an Paris, 23. und 24. 5. 1946.

⁷³ Public Record Office, Foreign Office 371 (künftig zit.: PRO FO 371) 56638, A. Duff Cooper an FO, 23. 4.; minute R. M. A. Hankey, 25. 4. (die Gerüchte seien „presumably all preparation for the French elections, not much more“).

⁷⁴ Ebenda, Cavendish-Bentinck an FO, 29. 4.; minutes D. Allen (2. 5.), A. Rumbold (9. 5. 1946).

⁷⁵ Ebenda, minutes Hankey (2. 7.), Rumbold (3. 7.), FO-Instruktion vom 9. 7. 1946.

⁷⁶ AMAE, SEP Z-54, Henri Bonnet an Paris, 3. 6., und Z-55, Bonnet an Paris, 1. 7. 1946. Der Botschafter berichtete, daß das State Department auf die Nachricht von den Verhandlungen nur mit Interesse und Verständnis reagiert habe.

Das Frühjahr 1946 stand in Polen im Zeichen der Eskalation der Auseinandersetzung zwischen dem von Kommunisten dominierten „Demokratischen Block“ und der um die Bauernpartei vereinten Opposition; der Gipfelpunkt nahte mit der Volksbefragung am 30. Juni heran. Vordergründig konzentrierte sich die Propaganda beider Seiten auf die formelle Streitfrage, ob das künftige polnische Parlament eine oder zwei Kammern haben sollte. Dieses offenkundig drittrangige Thema galt jedoch besonders der PSL nur als Vorwand, da die Volksbefragung als Anlaß begriffen wurde, der fortschreitenden „Sowjetisierung“ des Landes ein prinzipielles „Nein“ der eigenen Anhängerschaft entgegenzusetzen. Somit erhielt das Plebiszit im Grunde den Rang einer Abstimmung für oder gegen die Dominanz der Kommunisten mit allen ihren Folgen – darunter auch der befürchteten politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Abwendung vom Westen. Erst in diesem Zusammenhang ist die Taktik des Warschauer Außenministeriums in den Wochen vor dem 30. Juni zu verstehen, das in der Unterzeichnung der Deklaration unmittelbar vor der Volksbefragung ein wirksames Argument gegen die „Sowjetisierungs-“ These in ihrer außenpolitischen Dimension in die Hand zu bekommen hoffte. Modzelewski gab sich Ende Mai mit einer Formulierung zufrieden, in der die „nécessité de fixer les frontières de l'Allemagne tant à l'Est qu'à l'Ouest“ festgehalten war. Auch die Konsultationsklausel wurde zum allgemein formulierten Informationsaustausch verwässert⁷⁷. Im Juni endete ein halbherziger Versuch der Modifizierung dieser Formeln seitens der Polen mit einem weiteren Mißerfolg⁷⁸. Der damit festgelegte Text der Deklaration bestätigte nun die pessimistische Prognose Mikołajczyks von Anfang April: Die Warschauer Regierung war tatsächlich bereit, die Gespräche auch dann zum Abschluß zu bringen, wenn sie die polnische Auslegung der Potsdamer Beschlüsse ins Zwielicht rückten. Freilich zeigte sich der Quai d'Orsay davon gänzlich unbeeindruckt – jetzt sah man erst recht keinen Grund, den Kommunisten vor der Volksbefragung einen Prestigegewinn zu gewährleisten. Nach mehrwöchigem Hinhalte-spiel⁷⁹ lud Bidault Modzelewski am 26. Juni in die französische Hauptstadt ein: Der Besuch sollte erst um den 10. Juli stattfinden⁸⁰.

Mit dem 30. Juni verstrich jedoch der letzte Termin, an dem die Unterzeichnung der im Frühjahr ausgehandelten Deklaration im Interesse der Warschauer Regie-

⁷⁷ AMSZ, Aufzeichnung über das Gespräch Modzelewski-Garreau, 24. 5.; AMAE, SEP Z-54, Garreau an Paris, 24. 5. 1946.

⁷⁸ Ebenda, Aktennotizen der Ostabteilung, 18. und 19. 6. 1946. Die polnische Botschaft hatte versucht, das „fixer“ im Schlüsselsatz der Deklaration durch ein „stabiliser“ zu ersetzen.

⁷⁹ Am 1. Juni empfahl Paris Garreau, das Ausbleiben der Einladung mit den Beratungen des Alliierten Außenministerrates und der baldigen Regierungsumbildung zu entschuldigen. In der Aufzeichnung für Couve de Murville vom 19. Juni heißt es, im Gespräch mit Skrzyszewski Schneider „a tiré profit de la crise politique actuelle pour justifier nos atermoiements“; am 18. Juni intervenierte der kommunistische Industrieminister Marcel Paul zugunsten einer baldigen Unterzeichnung der Deklaration; AMAE, SEP Z-55.

⁸⁰ AMSZ, Bidault an Skrzyszewski, 26. 6.; am 28. 6. erschien diese Nachricht auf der ersten Seite des „Głos Ludu“.

zung lag. Am 11. Juli befaßte sich das Koalitionskabinett abermals mit den Beziehungen zu Frankreich. Auch diesmal fehlt jeder Hinweis, daß die Debatte über diesen Punkt der Tagesordnung auf irgendeine Weise vorbereitet worden wäre. Stattdessen verlas der Außenminister Wincenty Rzymowski, sobald die Sitzung des Ministerrates am Punkt IV („Diverses“) angelangt war, den formulierten Textentwurf, den er mit einem wenig überzeugenden Kommentar versah. Die anwesenden kommunistischen Regierungsmitglieder schwiegen, zu Wort meldeten sich hingegen Mikolajczyk und sein Parteikollege Dr. Władysław Kiernik. Mikolajczyk ging sofort auf den entscheidenden Punkt ein: „... wenn wir schon keine weitergehende Erklärung abgeben können, müssen wir uns überlegen, ob wir eine solche Erklärung überhaupt abgeben sollen. Der Text dieser Deklaration kann Anlaß zu Kommentaren geben, daß gerade Polen einverstanden sei mit einer unpräzisen Beschreibung seiner Grenzen, und er [Mikolajczyk] befürchte feindliche Propaganda“; ähnliche Einwände machte Kiernik geltend. Keiner der Anwesenden polemisierte gegen diese Vorwürfe. Daraufhin setzte der Ministerpräsident die Frage der Deklaration einfach von der Tagesordnung ab⁸¹.

Wie ist dieser etwas verwirrende Ablauf der Kabinettsitzung vom 11. Juli zu erklären? Ein polnischer Historiker behauptete unlängst, die Entscheidung der Regierung sei durch die „steigende Welle des Revisionismus und westliche Attacken gegen die Potsdamer Bestimmungen“ verursacht worden und habe eine „Verstärkung“ der Deklaration zum Ziel gehabt; diese These entbehrt jeder Grundlage⁸². Der damalige Militärattaché in Paris behauptet in seinen kürzlich veröffentlichten Erinnerungen, der Text des Entwurfs sei von Bidault eigenmächtig geändert, dessen neuer Vorschlag vom polnischen Ministerrat einstimmig verworfen worden⁸³. Auf einen anderen Aspekt verwies bereits im August 1946 der sozialistische Botschaftssekretär in Paris, der seine Parteivorgesetzten daran erinnerte, daß der Textentwurf „tatsächlich für uns ungünstig war, weil wir die Deklaration vor der Volksbefragung brauchten“; da der 30. Juni aber ergebnislos verstrichen sei, habe man auf eine für die Franzosen beleidigende Art und Weise die ausgehandelte Zustimmung zum Entwurf zurückgezogen⁸⁴. Ebenso wichtig scheint das Urteil von Garreau. Im Sommer 1947 rekapitulierte der Botschafter das Fiasko der Gespräche folgendermaßen: Anfang Juli sei alles vorbereitet gewesen. „Dann kommt der Hiobsabend des

⁸¹ AAN PRM, Mkf. 23 159, Regierungssitzung am 11.7. 1946.

⁸² Liczmański, *Próby*, S. 129. Diese Deutung stützt sich wahrscheinlich auf die Ausführungen Kowalskis, *Polityka*, S. 161 f., der einen Artikel des „Głos Ludu“ vom 25.6. als Beleg für den angeblichen Anstieg des deutschen Revisionismus vor der Volksbefragung heranzieht. Die vom „Głos Ludu“ angeführten Zitate stammen aber aus der Resolution einer SPD-Versammlung in Spandau, die am 27.5., d. h. einen Monat vor Erscheinen des Artikels des kommunistischen Zentralorgans, stattgefunden hatte; siehe dazu die Korrespondenz in PRO FO 371/56 356, N 8308/1/55. Zur Rolle des Deutschlandmotivs in der Propaganda vor der Volksbefragung vgl. Kersten, *Narodziny*, S. 195 ff., sowie Marczak, *Propaganda*, S. 123–126.

⁸³ Naszkowski, *Paryż-Moskwa* (wie Anm. 29), S. 154.

⁸⁴ Dębnicki, *Denkschrift* vom 25. 8. 1946 (wie Anm. 21).

13. Juli: Polen verlangt, offensichtlich auf fremden Befehl, eine Oder-Neiße-Klausel. Frankreich gehört zu den Großen Vier und würde damit eine reelle Verpflichtung eingehen, hingegen ist die positive Stellungnahme Polens zur Saar- oder Rheinlandfrage eine Verpflichtung ohne Deckung. Inzwischen strebt Rußland ein großes, zentralisiertes Deutschland an, mit dem es sich eventuell verbünden kann. Daher die negative Haltung Moskaus gegenüber den antideutschen Forderungen von Paris.⁸⁵

Es gehört zu den bemerkenswerten Eigentümlichkeiten der Akten des polnischen Außenministeriums, daß in ihnen weder die Volksabstimmung vom 30. Juni noch Molotows Pariser Rede vom 10. Juli thematisiert werden. In dem gesichteten Bestand fehlt jede Spur, daß diese beiden Schlüsselereignisse im Kalkül der Warschauer Regierung irgendeine Rolle gespielt hätten. Nichtsdestoweniger ist es wohl offensichtlich, daß die weitgehenden polnischen Konzessionen vom Frühjahr kaum anders als mit dem Termin der Volksbefragung zu erklären sind; weder vorher noch nachher zeigte sich das polnische Außenministerium zu vergleichbaren Zugeständnissen bereit, weder vorher noch nachher insistierte Modzelewski derart auffallend auf einer Einladung nach Paris. Auch die deutschlandpolitische Rede Molotows⁸⁶ hat in Warschau – entgegen dem Anschein, den die polnischen Akten und die nichtssagenden Zusammenfassungen der Tageszeitungen erwecken – durchaus beachtliche Folgen gehabt. Der italienische Botschafter Eugenio Reale, als prominentes Mitglied der KPI häufiger Gesprächspartner der polnischen Kommunisten, berichtete am 15. Juli, die Thesen des sowjetischen Außenministers hätten in Warschau „höchste Beunruhigung“ hervorgerufen, welche „nur notdürftig kaschiert“ werde. Der Leiter des Politischen Departements des Außenministeriums, Józef Olaszewski, verweigerte jeglichen Kommentar; die *éminence grise* der PPR, Jakub Bermań, behauptete „volles Vertrauen“ in die Deutschlandpolitik der UdSSR, „gab jedoch gleichzeitig zu, daß er die Reaktionen der öffentlichen Meinung und der Parteimitglieder fürchtet“; beunruhigt zeigte sich auch Modzelewski⁸⁷. In der Tat dürften die Versprechungen Molotows an die Deutschen einige Unruhe verursacht haben; die Folgen dieser ersten Grundsatzerklärung Moskaus zur Deutschlandfrage waren kaum abzusehen. Wahrscheinlich genügte schon diese Unsicherheit, um die kommunistischen Regierungsmitglieder in der Sitzung am 11. Juli zum Schweigen zu veranlassen. Ähnlich wie die französischen Diplomaten ihren Minister mit der Drohung angelsächsischer Unzufriedenheit zu beeinflussen suchten, fanden sich wahrscheinlich auch in Warschau Politiker, die es angesichts des überraschenden

⁸⁵ AMSZ, Aufzeichnung Chromeckis vom 6. 8. 1947.

⁸⁶ In Übereinstimmung mit der heftigen zeitgenössischen Reaktion (etwa in Frankreich) werten W. v. Buttlar, *Ziele und Zielkonflikte in der sowjetischen Deutschlandpolitik 1945–1947*, Stuttgart 1980, S. 71 ff., sowie H. G. Lehmann, *Der Oder-Neiße-Konflikt*, München 1979, S. 81 f., die Rede vom 10. Juli als Zäsur in der Auseinandersetzung um Deutschland. In Beiträgen jüngsten Datums – wie etwa im Sammelband J. Foschepoth (Hrsg.) *Kalter Krieg und deutsche Frage*, Göttingen/Zürich 1985 – wird dieses Datum kaum erwähnt.

⁸⁷ Reale, Raporty, S. 220–224.

Situationswechsels vorzogen, lieber kein Risiko einzugehen. Auf beiden Seiten lähmte die Furcht vor den Folgen selbständigen Handelns die Entscheidungsfreiheit – solange diese noch existierte. Ein „Befehl“ Moskaus, wie ihn Garreau vermutete, scheint daher – auch im Lichte späterer Quellen – kaum vorhanden bzw. notwendig gewesen zu sein.

Am 13. Juli erfuhr der verblüffte Garreau, daß Warschau seine Zustimmung zum ausgehandelten Text zurückziehe; im Gespräch mit dem Botschafter gab Olszewski zu, daß die Rede Molotows auch für Warschau bezüglich der Westgrenze Deutschlands eine neue Lage schaffe⁸⁸. Am 17. Juli wurde der polnische Botschafter in Paris beauftragt, dem Quai d'Orsay einen neuen Entwurf vorzulegen, in dem von der „Notwendigkeit der Stabilisierung der jetzigen deutschen Grenze im Osten“ und einer „gebührenden Absteckung der Grenze im Westen“ die Rede war⁸⁹. Das französische Außenministerium sprach sich natürlich gegen diese „Verbesserungen“ aus. Ein sichtlich irritierter Bidault schrieb Modzelewski, daß neue Verhandlungen nicht in Frage kämen⁹⁰. Das Problem des polnisch-französischen Bündnisses kehrte somit im Juli 1946 zum Ausgangspunkt zurück.

* * *

Im zweiten Halbjahr 1946 beschränkten sich die polnisch-französischen Beziehungen auf Routineangelegenheiten⁹¹. Paris blieb weiterhin auf amerikanische Kredite angewiesen und hoffte auf angelsächsische Billigung seiner Deutschlandpläne, während die Beziehungen zwischen Warschau und London/Washington sich vor den für den 19. Januar 1947 angesetzten Wahlen abermals verschlechterten. Die Wiederaufnahme der politischen Verhandlungen schien aussichtslos, zumal das Foreign Office im September 1946 erstmals seinen Unmut über die – de facto kaum existente, von nun aber als latente Bedrohung empfundene – Ostpolitik Frankreichs

⁸⁸ Die Frage der Spielräume polnischer Außenpolitik, die hier mehrmals gestreift wird, ist aufgrund der heutigen Quellenkenntnis nicht hinreichend zu klären. Unübersehbar ist aber z. B. die in den polnischen Akten enthaltene Information, derzufolge Molotow sich im Dezember 1946 in einem Gespräch mit polnischen Diplomaten darüber befriedigt zeigte, daß seine Warschauer Partner in gewissen Fragen einen anderen Kurs als Moskau steuern. Bei dieser Gelegenheit erwähnte der sowjetische Außenminister ausdrücklich die Zustimmung Polens zur Abtrennung der Saar; AMSZ, Olszewski an Modzelewski, 13. 12. 1946.

⁸⁹ Ebenda, Olszewski an Skrzyszewski, 17. 7.; AMAE, SEP Z-55, Garreau an Paris, 16. 7. 1956.

⁹⁰ Ebenda, Bidault an Modzelewski, 23. 7. 1946; Aktennotizen der Ostabteilung, 18.–20. 7.; am 30. 7. informierte Paris die französischen Botschaften, die Frage der Deklaration sei nicht mehr aktuell, da Warschau „brusquement“ seine Ansichten geändert habe. In den Pariser Akten liegt bis heute das zur feierlichen Unterzeichnung bestimmte Papier.

⁹¹ Als wichtigstes Ereignis dieses Zeitraums ist hier der Handelsvertrag vom 1. 8. 1946 zu nennen, der Frankreich beträchtliche Lieferungen polnischer Kohle sicherte.

äußerte⁹². Erst das Scheitern des Übergangskabinetts Léon Blum und die Rückkehr Bidaults zum Quai d'Orsay im Januar 1947 – verbunden mit dem Versprechen der Wahrung der außenpolitischen Kontinuität⁹³ – schufen die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Gespräche. Die Niederlage der polnischen Opposition in den gleichzeitigen Parlamentswahlen blieb ohne Einfluß auf die Gesprächsbereitschaft der Franzosen⁹⁴. Am 10. Februar erschien in Paris, zwecks Unterzeichnung der Friedensverträge mit den Satellitenstaaten der Achse, Modzelewski in seiner neuen Funktion als polnischer Außenminister. Am 19. Februar wurde das erste Kulturabkommen nach dem Krieg unterzeichnet. Modzelewski führte ebenfalls eine Reihe von Gesprächen mit Paul Ramadier, Vincent Auriol, Maurice Thorez und Bidault. Das offizielle Kommuniké bekräftigte, daß Frankreich und Polen entschlossen seien, einen neuen Bündnisvertrag auszuhandeln. Eine ähnliche Verlautbarung über die Beziehungen zwischen Paris und Prag war bereits am 14. Februar veröffentlicht worden⁹⁵. Nach seiner Rückkehr verkündete Modzelewski in Warschau, daß die polnisch-französischen Meinungsverschiedenheiten bezüglich der künftigen Verfassung Deutschlands⁹⁶ und der Frage der Kontrolle über die Ruhr⁹⁷ im Lichte der grundlegenden Übereinstimmung hinsichtlich der polnischen Westgrenze, der Saarfrage, der europäischen Sicherheit und der Kriegsentschädigungen nur sekundäre Bedeutung besäßen⁹⁸.

⁹² PRO FO 371/56638, Korrespondenz Duff Cooper-London, September 1946. Nach Konsultationen im FO und mit dem britischen Botschafter in Prag Sir Nichols über etwaige ostpolitische Bindungen Paris' notierte Sir Oliver Harvey am 23.9.: „Briefly we all dislike the idea in present circumstances except Prague.“ Der Meinungs-austausch im FO war offensichtlich von Chauvel inspiriert worden.

⁹³ Vgl. dazu Schreiner, Bidault, S. 118–122, 127 f.

⁹⁴ Im Gegensatz etwa zu US-Botschafter Arthur Bliss Lane, der unmittelbar nach den Wahlen aus Protest gegen die bisherige amerikanische Polenpolitik seinen Abschied aus dem diplomatischen Dienst einreichte, wollte Garreau weder den offiziellen Wahlergebnissen noch den Daten der Opposition Glauben schenken. Zwar sei die Zuverlässigkeit der amtlichen Angaben verdächtig, schrieb der Botschafter, aber „il n'en est pas moins vrai que dans la Pologne d'aujourd'hui ce résultat seul compte“; AMAE, SEP Z-35, Garreau an Paris, 27.1.1947.

⁹⁵ Siehe dazu Kamiński, Wielka Brytania, S. 162 ff.

⁹⁶ Die diesbezüglichen Differenzen traten klar zutage während der Anhörung der polnischen Delegation durch die stellvertretenden Außenminister der vier Großmächte in London am 27.1.1947. Der polnische Vertreter Stefan Wierblowski argumentierte, ein vollendeter geschichtlicher Prozeß – wie ihn die Einheit Deutschlands darstelle – könne nicht rückgängig gemacht werden. Couve de Murville bezweifelte diesen Gedankengang unter Hinweis auf die baldige Auslöschung der geschichtlichen Tatsache Preußens. Das polnische Memorandum zur Deutschlandfrage und das Exposé Wierblowskis siehe in: *Zbiór Dokumentów 1947/1–2*, S. 3–51.

⁹⁷ In den oben zitierten offiziellen Stellungnahmen zur Deutschlandfrage wurde diese Frage in den Hintergrund gedrängt: Das Memorandum erwähnt die Ruhrfrage nicht, in seinem Exposé begnügte sich Wierblowski mit dem Vorschlag, das Ruhrbecken sollte allen jenen Staaten dienen, deren Wirtschaften „mit diesem mächtigen wirtschaftlichen Zentrum des Kontinents verbunden sind“; ebenda, S. 21. Auch andere Aussagen aus dieser Zeit ermöglichen den Schluß, daß Warschau sich in dieser Frage noch nicht festlegen wollte.

⁹⁸ Vgl. dazu Kowalski, *Polityka*, S. 335–339; schon nach seiner Rückkehr aus Moskau Ende Januar

Die 1946 mehrmals geäußerte Beunruhigung über den zunehmenden Verfall der Anti-Hitler-Koalition schlug sich in den Wochen vor der Moskauer Außenministerkonferenz in der Einstellung der Attacken sogar der kommunistischen polnischen Presse auf die USA und Großbritannien nieder⁹⁹. Die sozialistische Wochenzeitung „Świat i Polska“, die das Moskauer Treffen der Außenminister bereits eine Woche nach Beginn als „möglicherweise eines der größten Ereignisse dieses Jahrhunderts“ zu betrachten bereit war, sah nun selbst im britisch-französischen Vertrag von Dünkirchen nicht den Keim des befürchteten Westblocks, sondern eine Etappe auf dem Weg des Zusammenrückens der Europäer gegen die potentielle deutsche Gefahr¹⁰⁰. Im polnischen Außenministerium muß man sich aber auch der weniger optimistischen Interpretationsmöglichkeiten bewußt gewesen sein, denn schon am 12. März – nur wenige Tage nach Unterzeichnung des Vertrages von Dünkirchen – erhielten die Franzosen den Entwurf eines neuen Bündnisvertrags. Darin fand sich u. a. die Verpflichtung, an keiner gegen die andere Seite gerichteten Koalition teilzunehmen (§ 1) und Konsultationen durchzuführen, falls Deutschland eine aggressive Politik einschlagen sollte, welche „die Sicherheit oder die territoriale Integrität eines der beiden Länder bedrohen würde“ (§ 2); „militärische und andere Hilfe“ war „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ zu leisten, wenn eines der Länder „in kriegerische Auseinandersetzungen gegen Deutschland hineingezogen wird“, eine Bestimmung, die auch auf potentielle deutsche Verbündete ausgedehnt wurde (§ 3)¹⁰¹. Deutlich war im Entwurf das Bestreben erkennbar, die 1945/46 sichtbar gewordenen Klippen zu umschiffen: Die Grenzfrage wurde diesmal gänzlich ausgeklammert, Konsultationen sollten nur im Falle einer aggressiven Politik Deutschlands durchgeführt werden.

Bidault erhielt den Entwurf erst in Moskau. Hier entschied sich das Schicksal der künftigen Außenpolitik Frankreichs und diese Entscheidung hätte wohl kaum eindeutiger ausfallen können: Während der siebenwöchigen Konferenz scheiterten nahezu alle Projekte Bidaults, die französischen Großmachtsprüche wirkten langsam lächerlich. „Pour des raisons que la raison ne connaît pas“ insistierte Bidault auf der Abtrennung des Rheinlandes, schrieb während der Konferenz *Le Monde*¹⁰², und der Außenminister zog Konsequenzen: Einer am Rande der Sitzung vollzogenen außen- und wirtschaftspolitischen Annäherung an Washington und London

betonte Modzelewski in einer Pressekonferenz, die Haltung Polens sei der sowjetischen „ähnlich, obwohl nicht mit ihr identisch“, und wies auf die Unterstützung der französischen Saarpolitik hin. Ebenda, S. 324 f.

⁹⁹ Diese Zurückhaltung endete schlagartig mit dem Scheitern der Moskauer Konferenz. Am 7. 5. 1947 berichtete der britische chargé d'affaires, die PPR-Presse „has lately returned with new appetite to its favourite diet of Englishman's blood“; PRO FO 371/66 150, weekly summaries. Diese – für mehrere Jahre definitive – Wende der Presse wurde eingeleitet durch die Rede Gomulkas zum 1. 5. 1947.

¹⁰⁰ „Świat i Polska“, No 11 vom 16. 3. 1947.

¹⁰¹ AMSZ, „Traktat przymierza i pomocy wzajemnej“.

¹⁰² Zit. nach Lapie, De Léon Blum, S. 97.

folgte Anfang Mai das Ausscheiden der kommunistischen Minister aus der Regierung Ramadier, ein Vorgang, bei dem Bidault eine wichtige Rolle gespielt zu haben scheint¹⁰³. Der Wandel ließ wenig Hoffnung übrig, daß der polnische Vertragsentwurf ein anderes Schicksal erleiden würde als der tschechoslowakische, der seit Anfang August 1946 unbeantwortet in den Pariser Schreibtischen Staub sammelte: Die kaum initiierten Verhandlungen wurden de facto eingefroren¹⁰⁴.

In Warschau war man sich durchaus bewußt, daß die Situation nach dem Scheitern der Moskauer Konferenz noch weniger Chancen bot als vorher. Zwar hatte sich Bidault in Moskau von dem Vorschlag Marshalls distanziert, der auf eine neue Absteckung der deutsch-polnischen Grenze hinauslief¹⁰⁵ – Bevin tat dies auf der Rückreise über Warschau¹⁰⁶ –, aber die Leitung des polnischen Außenministeriums war sich während der Sitzung am 5. Mai einig, daß „die politische Krise in Frankreich die Frage des Vertrags komplizieren und in die Ferne rücken wird“¹⁰⁷. Im Juni hieß es in einer internen Bestandsaufnahme, daß die Verhandlungen „durch französische Schuld in den Hintergrund zurückzutreten scheinen“¹⁰⁸. Der neue polnische Botschafter in Paris, Jerzy Putrament, gewann jedoch zur selben Zeit den Eindruck, daß die überwiegende Mehrheit der Spitzenbeamten der Warschauer Zentrale weiterhin auf einen erfolgreichen Abschluß der Gespräche hoffte¹⁰⁹.

Am 16. Juni wurde der Botschafter von Bidault empfangen. Der ohnehin skeptische Putrament fand einen wenig überzeugenden Gesprächspartner vor: Bidault sorgte sich um die Moskauer „Spaltungspolitik“, sprach von steigendem angelsächsischen Druck (der auch gegen die polnisch-französischen Verhandlungen ausgeübt werde) und warnte den Botschafter, daß ohne einen radikalen Wandel der Lage Frankreich bald seine Manövrierfähigkeit einbüßen werde; Warschau solle versuchen, Moskau vom Ernst der Lage zu überzeugen. Über den vor nun drei Monaten erhaltenen polnischen Vertragsentwurf sprach der Außenminister nicht. Putrament urteilte, daß Paris gegenwärtig nur daran interessiert sei, die ostpolitischen Verhandlungen gegenüber den USA auszuspielen und Polen „als eines der Druckmittel gegen Rußland“ zu verwenden¹¹⁰.

¹⁰³ Siehe dazu W. Loth, Frankreichs Kommunisten und der Beginn des Kalten Krieges. Die Entlassung der kommunistischen Minister im Mai 1947, in: VfZ 26 (1978), S. 9–65, hier: S. 44 f.

¹⁰⁴ Vgl. Kamiński, Wielka Brytania, S. 161 f.

¹⁰⁵ Dazu Lehmann, Konflikt, S. 92–106.

¹⁰⁶ Bereits in Moskau konnte sich Bevin für den Vorschlag Marshalls nur mäßig erwärmen; vgl. J. Foschepoth, Großbritannien, die Sowjetunion und die Westverschiebung Polens, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1983/2, S. 61–90, hier: S. 84 f. In Warschau erklärte Bevin gegenüber Modzelewski, daß er „mit Herrn Marshall nie über polnische Fragen gesprochen habe . . . er ist sich bewußt, daß wir [die Polen] große Erfolge in Schlesien erzielt haben, er hat nur Zweifel, ob wir mit ähnlichen Ergebnissen im nördlichen Teil dieses Gebietes aufwarten können“; AMSZ, Aufzeichnung über das Gespräch Modzelewski-Bevin, 27. 4. 1947.

¹⁰⁷ AMSZ, Aktenvermerk über die Sitzung des Leitungsstabes des Außenministeriums, 5. 5. 1947.

¹⁰⁸ Ebenda, Aufzeichnung „Stosunki z Francją w ostatnim okresie“, 13. 6. 1947.

¹⁰⁹ J. Putrament, Pół wieku t. III: Zagranica, Warszawa 1965, S. 200 f.

¹¹⁰ Ebenda, S. 223–226; Aufzeichnung im AMSZ.

Die Vermutung des Botschafters von der rein instrumentalen Bedeutung der polnisch-französischen Gespräche wird durch mehrere Quellen bestätigt. Bereits im April hatte Bidault gegenüber Bevin angedeutet, daß die Verhandlungen mit Warschau und Prag nur aus innenpolitischen Gründen in Gang gehalten würden, die aber nun angesichts der Polarisierung in Frankreich an Relevanz verlören¹¹¹. Im Mai gelangte der stellvertretende Unterstaatssekretär im FO, Christopher F.A. Warner, zu einer ähnlichen Einschätzung: Frankreich führe die Verhandlungen nur wegen des Argwohns der KPF, die schon den britisch-französischen Vertrag äußerst mißmutig aufgenommen habe. Das FO tue angesichts dieser Lage alles, um Paris die Irrealität und Schädlichkeit einer etwaigen Annäherung an den Osten vor Augen zu führen. Das State Department schloß sich der von Warner skizzierten Linie an: Marshall beauftragte den Botschafter in London, die Franzosen zu entmutigen, ohne die Frage zum Gegenstand einer offiziellen Vorstellung aufzuwerten¹¹². Paris zeigte indessen wenig Neigung, seinen angelsächsischen Partnern allzu viel Kopfzerbrechen zu bereiten; als nach nahezu 10 Monaten Schweigen (7. August 1946–31. Mai 1947) Prag den französischen Gegenvorschlag erhielt, wich dieser derart weit von der tschechischen Skizze ab, daß die kommunistischen Minister um Klement Gottwald innerhalb eines Monats ihren bürgerlichen Koalitionspartnern weitere Gespräche ausredeten¹¹³.

Die Verkündung des Marshallplans am 5. Juni 1947 rückte die Frage der französischen Ostpolitik noch weiter in den Hintergrund. Der tschechische Botschafter in Paris unternahm zwar einen letzten Versuch, die Bündnisverhandlungen wiederaufzunehmen¹¹⁴, nach der Absage Molotows am 2. Juli schloß sich jedoch auch er der Überzeugung an, daß die Entstehung des „Westblocks“ – und damit der Ausschluß der sowjetischen Interessensphäre aus Europa – nur noch eine Frage der Zeit sei. Auch Putrament war sich der Tragweite der Entscheidung Molotows voll bewußt. Am 3. Juli berichtete er nach Warschau, daß die nun kaum vermeidbare Absage an den Plan die Anerkennung der Abhängigkeit von „Rußland“ bedeute – eine Aussicht, auf deren Bewertung er verzichtete. Frankreich, so urteilte der Botschafter, „hat keine Illusionen bezüglich der Möglichkeit der Einbeziehung ostmitteleuropäischer Länder in weitere Gespräche. Nichtsdestoweniger sollte man mit solchen Versuchen rechnen, wobei Polen wohl zu den am meisten gefragten Staaten gehören wird.“¹¹⁵ Die Richtigkeit dieser Prognose bestätigte sich am 10. Juli – dem Tag nach der offiziellen polnischen Absage an den Plan –, als Couve de Murville dem Botschafter den seit März erwarteten französischen Gegenentwurf aushändigte. Verglichen mit dem polnischen Vorschlag, enthielt das Papier mehrere grundsätzliche Änderungen: Zweimal wurde eine Sonderkompetenz Frankreichs hinsichtlich

¹¹¹ Kamiński, *Wielka Brytania*, S. 169.

¹¹² FRUS 1947/III, S. 713 ff.

¹¹³ Ausführlich Kamiński, *Wielka Brytania*, S. 170 ff.

¹¹⁴ Dumaine, *Quai d'Orsay*, S. 200.

¹¹⁵ AMSZ, Berichte Putraments vom 2. und 3. 7. 1947.

Deutschlands erwähnt, die Formel von der Bedrohung der „territorialen Integrität“ als Auslösungsgrund des Vertrags fehlte ebenso wie die Erwähnung der militärischen Hilfe. Das Bündnis sollte nur gegenüber Deutschland – und nicht gegenüber seinen etwaigen Verbündeten – gültig sein, dazu bestanden die Franzosen auf der ausschließlichen Verbindlichkeit der französischen Fassung des Dokuments¹¹⁶.

Die erhebliche Einschränkung der Tragweite des Vertrags ließ wenig Zweifel an den geringen Chancen der Verhandlungen. Garreau suchte die Schuldigen für das absehbare Scheitern in Moskau, richtete aber ebenso heftige Tiraden gegen die ähnlich gelagerten Interessen Londons und Washingtons. Sein polnischer Gesprächspartner versuchte – vermutlich ohne allzu starke innere Überzeugung –, den Botschafter durch den Hinweis auf die exzeptionelle Bedeutung eines neuen Bündnisses zu ermuntern¹¹⁷. In Paris erfuhr der erstaunte Putrament von Bidault, daß an der bisherigen Ergebnislosigkeit der Gespräche Warschau und Prag schuldig seien; der Botschafter urteilte nach dem Gespräch, daß Frankreich „nicht an einer Annäherung, sondern nur am Kontakt interessiert ist, den es als Argument gegen die Westblock-Vorwürfe gebrauchen kann. Frankreich wird den ihm angenehmen Zustand einer ‚Diskussion über den Pakt‘ möglichst ad infinitum verlängern, es sei denn, daß ein weiterer, deutlicher proamerikanischer Schritt es zwingen wird, in der Unterzeichnung des Vertrags ein Mittel zur Beruhigung der öffentlichen Meinung zu suchen.“ Nach dem enttäuschenden Verlauf des Besuchs des Wirtschaftsministers Hilary Minc im August schlossen sich auch die Wirtschaftsexperten dieser Auffassung an¹¹⁸.

Die Verhandlungen im August und September brachten wenig Veränderungen. Ramadier und Blum mochten zur selben Zeit die Unteilbarkeit Europas beschwören¹¹⁹, aber der Quai d’Orsay sah keinen Grund, von seiner bisherigen Position abzurücken, zumal auch der Spielraum Warschaus sich sichtbar verringerte. Der neue polnische Vertragsentwurf (27. August 1947) übergang stillschweigend die französischen Sonderrechte in Deutschland, bezog dagegen abermals auch die Verbündeten einer deutschen Aggression in den Bündnistext mit ein; Chauvel sah schon nach der ersten flüchtigen Lektüre des Papiers wenig Aussicht auf die Zustimmung Frankreichs. Die Stellungnahme der Experten des Quai d’Orsay fiel natürlich ebenso negativ aus¹²⁰. Der neue französische Gegenvorschlag (19. September) fand dann auf polnischer Seite – besonders wegen der Erwähnung der Sonderbefugnisse Frankreichs in Deutschland – genauso wenig Zustimmung¹²¹. Die Verhandlungen waren endgültig am toten Punkt angelangt.

¹¹⁶ Ebenda, Bericht Putraments vom 10.7. 1947; Liczmański, *Próby*, S. 133 f.

¹¹⁷ AMSZ, Aufzeichnung über das Gespräch Olszewski-Garreau, 9.8. 1947.

¹¹⁸ Ebenda, Putrament an Warschau, 28.7., 4.8.; Aufzeichnung von Adam Rose, 20.8. 1947.

¹¹⁹ Vgl. Caffery an Secretary of State, 11.7. 1947, FRUS 1947/III, S. 328; W. Loth, *Die Teilung der Welt 1941–1955*, München 1982³, S. 196.

¹²⁰ AMSZ, Aufzeichnung Putraments vom 28.8.; AMAE, SEP Z-55, Aktenvermerk vom 2.9., Bidault an Warschau, 12.9. 1947.

¹²¹ AMAE, SEP Z-56, Aufzeichnungen Chauvels über Unterredungen mit Putrament, 3. und 4.10. 1947; de Beausse an Paris, 6.10. 1947.

Anfang September protestierte Polen in Paris gegen den neuen Industriepan für Deutschland, das polnische Außenministerium versuchte sich zur selben Zeit in der wenig aussichtsreichen Übung, den Fortgang der Gespräche durch die Unterstützung der oppositionellen KPF zu sichern¹²². Einen Monat später fiel der französischen Botschaft in Warschau ein radikaler Wandel der Haltung der Gastgeber auf: Überaus kritische Presseberichte über eine Wende der französischen Besatzungspolitik fielen zusammen mit dem plötzlichen Désinteressement der polnischen Diplomaten an weiteren Gesprächen. Der chargé d'affaires sah darin vor allem die Auswirkung der „Ratschläge“, die aus Moskau eingetroffen sein dürften¹²³.

Indessen ist ein direkter Einfluß der Konferenz der neun kommunistischen Parteien in Szklarska Poręba (22.–27. September 1947) auf die polnisch-französischen Verhandlungen kaum nachzuweisen: In den zugänglichen Akten findet sich keine einzige Direktive aus dem Zentralkomitee der PPR, kein Schriftstück, welches die Vermutung bestätigen würde, daß mit der Gründungssitzung der Kominform die Bewegungsfreiheit seiner Mitglieder auf irgendeine Weise eingeschränkt worden wäre¹²⁴. Im Lichte der bisherigen Gespräche wäre es auch wenig sinnvoll, in den Ereignissen der letzten Septembertage eine entscheidende Wende sehen zu wollen: Die Frage der Bündniserneuerung war schon vorher negativ entschieden worden, übrig blieb die Frage, ob und wann die bilateralen Beziehungen zwischen Warschau und Paris jenen Tiefstand erreichen würden, der für Ost-West-Beziehungen schon seit einigen Monaten zur Regel geworden war.

Die letzten den Pakt betreffenden Akten stammen aus dem November 1947. Nachdem der polnische Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz im Sejm noch einmal betont hatte, daß Polen nur einen „selbständigen“, d. h. von den Großmachtkompetenzen Frankreichs unabhängigen Vertrag unterzeichnen wolle (29. Oktober), informierte Bidault die Regierung und den Generalstab, die Verhandlungen seien „actuellement au point mort“ (6. November); Garreau erhielt die Anordnung, von weiteren Gesprächen Abstand zu nehmen (9. November), Modzelewski informierte den tschechoslowakischen Botschafter, daß Polen nicht mehr mit der Unterzeichnung des Paktes rechne (27. November)¹²⁵. Die aktenkundigen britischen Vorstellungen am Quai d'Orsay (18./25. November)¹²⁶ waren nur noch überflüssige

¹²² Das polnische Aide-Mémoire vom 2. 9., in: Zbiór Dokumentów 1948/1, S. 27 f.; AMSZ, Aufzeichnungen Olszewskis über Gespräche mit de Beausse und Jacques Duclos, 11. und 20. 9. 1947.

¹²³ AMAE, SEP Z-56, de Beausse am Paris, 3. 10. 1947.

¹²⁴ In Polen zeigte die Gründungskonferenz der Komintern sichtbare und unmittelbare Folgen während der Plenarsitzung des ZK der PPR am 11. 10. 1947, wo eine kulturelle Abschottung des Landes vom Westen beschlossen wurde, sowie während der gemeinsamen Sitzung der Leitungen von PPR und PPS am 10. 12. 1947, wo die Sozialisten zur Aufgabe ihrer – freilich zu diesem Zeitpunkt bereits fraglichen – Selbständigkeit in der COMISCO verpflichtet wurden.

¹²⁵ Liczmański, Próby, S. 134 f.; AMAE, SEP Z-56, Schreiben Bidaults vom 6. 11.; Bidault an Garreau, 9. 11.; AMSZ, Aufzeichnung über die Unterredung Modzelewski – Josef Hejret, 27. 11. 1947.

¹²⁶ AMAE, SEP Z-56, Aktenvermerke über die Gespräche mit Sir Henry Ashley Clark; Kamiński, Wielka Brytania, S. 176 f., zeigt, daß das britische Mißtrauen zumindest bis zur Jahreswende 1947/48 anhielt.

Pflichtübungen, denn mittlerweile hatte auch Warschau die Idee der Bündniserneuerung gänzlich aufgegeben. Im November zelebrierte man in der polnischen Hauptstadt überschwenglich den Besuch von Thorez, in seiner Rede vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Sejm (22. November) übergang Modzelewski die Bündnisfrage mit Schweigen¹²⁷. Das Restümee zogen am 22. November Couve de Murville und Putrament. Der Generaldirektor des Quai d'Orsay meinte resignierend, die internationale Lage mache weitere Verhandlungen ebenso gegenstandslos wie die innenpolitischen Verhältnisse in Frankreich, „wo alle sich im Antikommunismus überbieten“. „Somit“, ironisierte Putrament, „sind beide Seiten endlich zu identischen Schlüssen gekommen.“ Der Botschafter teilte schon seit einigen Monaten die nun von Couve de Murville formulierte Einsicht, daß der Paktabschluß „eigentlich unmöglich“ sei. Als Richtlinie für die unmittelbare Zukunft schlug Putrament vor, „unabhängig von der allgemein ungünstigen Atmosphäre ... nach Möglichkeit die Verhandlungen fortzusetzen, um die Haltungen beider Seiten restlos zu klären und einen Text vorzubereiten, der eines Tages, unter veränderten Umständen, für beide annehmbar wäre“¹²⁸.

Auch dieses bescheidene Programm erwies sich als undurchführbar. Am 28. November leiteten die Verhaftungen von linksgerichteten polnischen Arbeitern in Metz einen neuen Abschnitt in den polnisch-französischen Beziehungen ein. Bald erfaßte die Verhaftungswelle größere Personenkreise, was natürlich zu polnischen Gegenmaßnahmen führte. Der „diplomatische Krieg zwischen Polen und Frankreich“¹²⁹ begann. Mitte Dezember attackierte der I. Sekretär der PPR, Władysław Gomułka, den französischen Minister Jules Moch in einer Weise, die zu einem formellen Protest der Franzosen führte¹³⁰. Gegenseitige Beschuldigungen bzw. Verleumdungen wurden zum Alltagsbrot der Diplomaten, die bald nur noch mittels Protesten miteinander verkehrten. Mitte Februar 1948 artete der Antrittsbesuch des neuen französischen Botschafters in Warschau, Jean de Bealen, zu einer beiderseitigen Aufzählung endloser Beschuldigungen aus¹³¹. Der Ton der polnisch-französischen Beziehungen unterschied sich von nun an in keiner Weise von den üblichen Ost-West-Begegnungen.

* * *

Die Bilanz der zweijährigen Gespräche war durchweg negativ. Im sensu stricto politischen Bereich zeitigten sie keine greifbaren Folgen. Das Institut Français in Warschau und Krakau, dessen Eröffnung das Kernstück der Kulturkonvention von 1947

¹²⁷ Die Rede in: Zbiór Dokumentów 1947/11–12, S. 375–382.

¹²⁸ AMSZ, Putrament an Warschau, 22. 11. 1947.

¹²⁹ Zu seinen Auswirkungen auf die polnischstämmige Arbeiterschaft in Frankreich siehe L. Turajczyk, *Spoleczno-polityczne organizacje polskie we Francji 1944–1948*, Warszawa 1978, S. 174–182.

¹³⁰ AMAE, SEP Z-56, Protestschreiben vom 15. 12. 1947.

¹³¹ AMSZ, Aufzeichnung über das Gespräch Modzelewski – de Bealen, 14. 2. 1948.

bildete, wurde im Zuge des „diplomatischen Krieges“ bereits 1950 geschlossen, um erst in der Zeit der V. Republik seine Tätigkeit wiederaufzunehmen; die mit Mühe erreichte Normalisierung der unmittelbaren Nachkriegsjahre erwies sich innerhalb kürzester Zeit als illusionär.

Die Frage nach den Gründen des Scheiterns ist heute – wie schon mehrmals angedeutet – nicht restlos klärbar. Die Unzugänglichkeit mancher Quellen führte dazu, daß sich unsere Darstellung auf die rein zwischenstaatliche Ebene konzentrierte und die vermutlich nicht minder wichtigen Kontakte zwischen KPF und PPR notgedrungen ausgeklammert werden mußten; unbekannt bleibt auch das Verhältnis Moskaus zu den Verhandlungen. Aus dem Vergleich zwischen der Tschechoslowakei, wo die Annäherung an Frankreich Sache nichtkommunistischer Kräfte war, und Polen, wo dieselbe Politik von Kommunisten betrieben wurde, scheint hervorzugehen, daß – entgegen den mehrmals geäußerten Befürchtungen der Gegenseite – die aus dem Osten kommenden Sondierungen kein ferngelenkter Vorgang gewesen sein können. Sowohl die Prager Nationalisten und Volksparteiler als auch die Warschauer Kommunisten wollten offenbar aus der Erneuerung der Vorkriegsbündnisse doppelten Nutzen ziehen – die Absicherung gegen Deutschland und die Erweiterung des Spielraums im Hinblick auf die Sowjetunion wurden im innenpolitischen Bereich aufgewertet durch den unzweifelhaften Prestigeerwerb, den ein propagandistisch gebührend aufgemachtes Zusammengehen mit dem „alten Verbündeten“ einbringen mußte. Zeitweilig – so z. B. im Frühjahr 1946 – stand das innenpolitische Motiv offenbar sogar im Vordergrund. Aus dieser Instrumentalisierung der Bündnisidee ist wahrscheinlich auch die Tatsache zu erklären, daß in den polnischen Akten keine einzige Studie zu finden ist, die sich mit den weiterreichenden Folgen eines Vertragsabschlusses befaßt hätte. Dies führte wiederum dazu, daß Warschau sich im Frühjahr 1947 in die aussichtslose Forderung verannte, eine Gleichstellung Polens und Frankreichs hinsichtlich der deutschen Frage zu erzwingen. Das Kalkül Prags mag präziser gewesen sein – obwohl auch hier die Belege fehlen –, aber in den Stellungnahmen Gottwalds und seiner Kollegen aus der KPČ wird deutlich, daß das „Brückenkonzept“, wie es im Sommer 1946 formuliert wurde¹³², hauptsächlich als außenpolitische Absicherung der innenpolitischen Sonderentwicklung der Tschechoslowakei konzipiert war und gerade deshalb bei den Kommunisten auf Ablehnung stoßen mußte.

Die Deutung, der gescheiterte Versuch der Annäherung an den ehemaligen Verbündeten nach 1945 sei vor allem aus dem Primat der Innenpolitik zu erklären, verlangt natürlich weitere Forschungen. Für Frankreich, wo die innenpolitischen Verhältnisse weitaus besser bekannt sind, mag dieser Ansatz wenig fruchtbar bleiben. Völlig zu Recht konstatierte nämlich vor Jahren Klaus Hänsch, daß Polen und andere osteuropäische Staaten in der Übergangsperiode „etwas außerhalb des Gesichtskreises der öffentlichen Meinung zu liegen“ scheinen, eine Tatsache, die weniger mit den anfangs kaum beachteten ideologischen Differenzen als vielmehr

¹³² Vgl. dazu Kamiński, *Wielka Brytania*, S. 154 ff.

mit der rapiden Eingrenzung des „Europa“-Begriffs auf den westlichen und nördlichen Teil des Kontinents zusammenhängt¹³³. Da der Symbolwert einer Verbindung mit dem Osten im Westen einen unvergleichbar geringeren Stellenwert als umgekehrt besaß und nur als Argument gegen den Vorwurf der „Dollarhörigkeit“ zählte, hatte die innenpolitische Ebene nur insofern Gewicht, als sie durch die KPF überhaupt ins Spiel gebracht wurde. Die innerfranzösische Komponente ist somit eher als Begleiterscheinung des primär aus außenpolitischen Motiven eingeleiteten Spiels zu werten.

Der eigentliche Grund für das Scheitern der Gespräche ist in der – besonders 1945/46 deutlich hervortretenden – Abneigung der französischen Diplomaten gegen die Wiederholung „alter Fehler“ zu suchen. Die Erkenntnis, daß der „München“-Komplex das Denken maßgeblicher amerikanischer und sowjetischer Diplomaten nachhaltig beeinflusst hat, ist alles andere als neu. Auch in der Sicht der Franzosen spielte dieses Stichwort anscheinend eine gewichtige Rolle; allerdings bevorzugten die Nachfolger Daladiers und Bonnets eine Interpretation, die das Fehlverhalten der Vorgänger durch Berufung auf Zwangslagen bzw. fremde Schuld objektivierte und letztlich entschuldigte. Daß die konsequent umgesetzte Einsicht in die eigene Machtlosigkeit der IV. Republik einiges erspart hätte, gehört auf ein anderes Blatt. Für unser Thema ist hingegen wichtig, daß die französische Diplomatie der Übergangsperiode aufgrund ihrer Vorkriegserfahrungen mit Ostmitteleuropa wesentlich vorsichtiger agierte, als man im Hinblick auf die öffentlichen Bekundungen der Politiker vermuten könnte. Ebenso wichtig scheint die Feststellung, daß die schon von den Zeitgenossen oft als Entschuldigung oder Erklärung bemühte Disziplinierung durch übermächtige Verbündete entweder auffallend diskret oder aber – was vermutlich den Tatsachen näher kommt – sichtlich verspätet erfolgt ist. Der Mythos von der entscheidenden Rolle der Großmächte bei der Zerstörung der europäischen Restaurationsversuche nach der Potsdamer Konferenz dürfte sich so kaum halten lassen. Es waren die Europäer selbst, die zwischen Sommer 1945 und Sommer 1947 jedes potentielle Risiko gescheut und die Rekonstruktion eines eigenständigen europäischen Systems dem innenpolitischen Kräftespiel untergeordnet haben.

¹³³ K. Hänsch, Frankreich zwischen Ost und West. Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konflikts 1946–1948, Berlin 1972, S. 192, 126 f.

Miszelle

LEONIDAS E. HILL

SIGNAL ZUR KONTERREVOLUTION?

Der Plan zum letzten Vorstoß der deutschen Hochseeflotte
am 30. Oktober 1918¹

In einer Fußnote seines Werkes „The German Naval Officer Corps“ schreibt Holger Herwig, ich sei davon überzeugt, „der letzte Angriff der Flotte sei auch deswegen geplant worden, um den Kanzler Prinz Max von Baden zu stürzen. Es spricht einiges für diese These. Ein verlorenes Seegefecht würde zweifellos eine politische Krise auslösen und die deutschen Waffenstillstandsverhandlungen in den Augen der Alliierten unglaublich machen; dies würde aller Wahrscheinlichkeit nach auch zur Bildung einer neuen Regierung in Berlin führen. Ein Sieg auf See dagegen würde das Vertrauen der Nation in die Marine wiederherstellen, das ‚defätistische‘ Friedensprogramm des Kanzlers diskreditieren und ebenfalls einen Regierungswechsel in Berlin herbeiführen“.² Dies ist in der Tat meine Hauptthese, doch möchte ich mit diesem Aufsatz noch weitere Deutungen und Thesen anbieten: Ein Flottenvorstoß während der Waffenstillstandsverhandlungen hatte den ganzen Krieg hindurch in Diskussion gestanden und war für die meisten Offiziere ein Operationsziel, mit dem sie rechneten; die Bedeutung der Ehre, der „Zukunftsflotte“ für sie dagegen ist von vielen Forschern überbewertet worden; umgekehrt wurde dem Glauben der Offiziere, ein Sieg in einer letzten Schlacht sei durchaus möglich, zu wenig Beachtung geschenkt. Und schließlich: Die Marine hatte sich seit langem in die Politik gemischt, und auch der geplante Flottenvorstoß hatte einen eminent politischen Aspekt, der im Zusammenhang gesehen werden muß mit dem Gerede und den Gerüchten über eine Diktatur, mit der Bildung der neuen Regierung des Prinzen Max von Baden und den Waffenstillstandsverhandlungen, ferner mit den Verfassungsreformen vom Oktober sowie mit den Aktivitäten Hindenburgs und Ludendorffs, wozu ihr Befehl an die Truppe vom 24. Oktober und ihr Rücktrittsgesuch am 26. Oktober gehören.

Vor der Vertiefung dieser Überlegungen ist vielleicht ein knapper Überblick über

¹ Erstmals wurden diese Überlegungen auf einer Konferenz der Western Association for German Studies in Seattle, Washington, vorgetragen.

² Holger H. Herwig, *The German Naval Officer Corps. A Social and Political History 1890–1918*, Oxford 1973, S. 245, Anm. 4.

die Ereignisse angebracht. Die beste Untersuchung des geplanten Flottenvorstoßes bei Kriegsende ist – trotz der Studien von David Horn³ und Holger Herwig – nach wie vor Wilhelm Deists ausgezeichnete, mehr als zwanzig Jahre alter Aufsatz in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte⁴. Die Grundzüge der damaligen Abläufe sind bekannt: Nachdem Anfang Oktober 1918 die neue Regierung des Prinzen Max von Baden gebildet war und Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet worden waren, verfaßten einige führende Marineoffiziere, Kapitän Michaelis (Direktor des Allgemeinen Marindepartements im Reichsmarineamt) und Admiral von Trotha (Chef des Stabes des Kommandos der Hochseestreitkräfte) unabhängig voneinander und im Abstand von wenigen Tagen Denkschriften, in denen sie darauf drangen, die Hochseeflotte solle zu einer letzten Unternehmung auslaufen und die Schlacht suchen. Sie ahnten, daß eine der Waffenstillstandsbedingungen die Auslieferung der Flotte an die Briten sein würde⁵ und daß das Kabinett – um zu einem Waffenstillstand zu kommen – den unbeschränkten U-Boot-Krieg bald beenden würde. Die Flotte war zum Minenräumen und zur Deckung von U-Booten gebraucht worden, sie sollte jetzt aber von dieser Aufgabe freigestellt und so für eine Schlacht verfügbar werden. Trothas Denkschrift war eher rhetorisch-emotional gehalten, stellte die drohende Erniedrigung, den Verlust der Ehre heraus und beschwor die Gelegenheit zu einem glorreichen Toteskampf – so werde man ein stolzes Vermächtnis hinterlassen, auf dem eine künftige Flotte begründet werden könne. Michaelis war realistischer und zurückhaltender. Er legte dar, daß eine Seeschlacht ein großes Wagnis wäre, aber das Heer entlasten helfen und für Nation und Armee zu einem moralischen Stimulus werden könne. In späteren Dokumenten treten eher Diktion und Argumentation Trothas als diejenige Michaelis' hervor⁶; leider haben wir nur spärliche Zeugnisse darüber, was andere Offiziere sagten und dachten.

Am 10. Oktober begannen Trotha und drei andere Offiziere einen Operationsbefehl auszuarbeiten. Am 15. Oktober legte Scheer Richtlinien für eine künftige Flottenpolitik nieder, in denen es hieß, die Flotte müsse in die Schlacht geworfen werden, obgleich das den Lauf der Dinge nicht entscheidend ändern werde. Scheer billigte den Operationsplan für einen Vorstoß der Flotte, nachdem das Kabinett am 20. Oktober den unbeschränkten U-Boot-Krieg beendet hatte. Jetzt sagte Scheer zu Prinz Max, die Flotte habe nun ihre operative Freiheit wiedergewonnen, doch hielt er es nicht für „opportun“, die Folgerung daraus – nämlich daß sie in die Schlacht geschickt werden könnte⁷ – zu erläutern. Der Befehl an Admiral Hipper am

³ Daniel Horn, *The German Naval Mutinies of World War I*, New Brunswick, N.J., 1969.

⁴ Wilhelm Deist, *Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 14 (1966), S. 341–S. 368.

⁵ Deist, *Rebellion*, S. 352; Herwig, *Naval Officer Corps*, S. 244.

⁶ Deist, *Rebellion*, S. 353; Herwig, *Naval Officer Corps*, S. 243.

⁷ Deist, *Rebellion*, S. 355; das SKL-Dokument vom 16. Oktober, Punkt 5, erwähnt die Wiedergewinnung operativer Freiheit; auf S. 357, ebenda, wird untersucht, was Scheer am 20. Oktober zu Kanzler Prinz Max von Baden sagte. Siehe auch Herwig, *Naval Officer Corps*, S. 241, S. 243 ff., S. 248; Horn, *Naval Mutinies*, S. 206 f. Daß Scheer es nicht für „opportun“ hielt, Prinz Max die Implikatio-

22. Oktober erging mündlich, die Schiffe wurden für das Unternehmen zusammengezogen.

In der Zwischenzeit, am 17. Oktober, waren Hindenburg und Ludendorff zu dem Schluß gekommen, daß der von Wilson offensichtlich angestrebte Waffenstillstand der Armee keine Atempause erlauben würde, die Armee – wenn nötig – die Kämpfe fortsetzen könne und daß die Verhandlungen beendet werden sollten. Am 24. Oktober gaben sie ihren Befehl an die Streitkräfte heraus, in dem es hieß, die Waffenstillstandsverhandlungen würden abgebrochen und das Heer müsse den Kampf bis zum Äußersten fortsetzen. Am nächsten Tag fuhren beide nach Berlin und erbaten vom Kaiser am 26. Oktober ihren Abschied, der jedoch nur Ludendorff gewährt wurde. Die Vorbereitungen für den Flottenvorstoß wurden fortgesetzt, aber durch die Meuterei wurde er schließlich vereitelt. Im engeren Sinne löste die Meuterei die Novemberrevolution aus. In einem weiteren Sinne aber hatte die Revolution natürlich im September mit den Weichenstellungen auf die Parlamentarisierung hin begonnen, bzw. am 29. September, als Ludendorff die Bildung einer neuen Regierung und das Waffenstillstandsangebot initiierte. Den Versuch, den Flottenvorstoß durchzuführen, könnte man – wie im folgenden gezeigt wird – als den ersten Schritt zur Konterrevolution betrachten. Nach dieser knappen Skizze wollen wir nun die Argumentation des Aufsatzes im einzelnen entfalten.

Ein erster wichtiger Punkt ist die Tatsache, daß der Marine seit langem gesagt worden war, die Flotte würde für einen Einsatz bei Kriegsende geschont. Davon müssen die Befürworter und Planer des Flottenvorstoßes beeinflusst gewesen sein. Während des Krieges legte der Kaiser mehrmals sein Veto gegen einen Großeinsatz der Hochseeflotte ein, weil dieser zu einer größeren Seeschlacht und zu schweren Verlusten hätte führen können. Er wollte mit der „Risiko-Flotte“ kein Risiko eingehen und begründete das mit dem Argument, die Flotte müsse geschont werden, damit sie gegen Ende des Krieges ins Gefecht geführt werden könne, um ein etwaiges labiles Gleichgewicht zu Deutschlands Gunsten zu erschüttern – und zwar unmittelbar vor oder nach Beginn von Waffenstillstandsverhandlungen⁸. Es kann nur wenige höhere Offiziere gegeben haben, die sich nicht an die solchermaßen begründete Weigerung eines Flotteneinsatzes erinnerten, und die Annahme, daß der Tag komme, an dem der Einsatz riskiert würde, muß weit verbreitet gewesen sein. Daß dieser Tag im Oktober 1918 offensichtlich herangekommen war, hilft erklären, weshalb Michaelis und Trotha ihre Denkschriften nahezu gleichzeitig verfaßten. Es ist jedoch merkwürdig, daß sie sich in ihren für einen Flottenvorstoß plädierenden Oktober-Memoranden nicht auf die Begründungen bezogen, mit denen in den zurückliegenden Jahren eine Schlacht hinausgeschoben worden war; eben diese

nen zu erläutern, wird in Weizsäckers Tagebucheintrag vom 28. Oktober 1918 erwähnt. Vgl. Leonidas E. Hill (Hrsg.), *Die Weizsäcker-Papiere 1900–1932* (künftig: WP), Berlin 1982, S. 309.

⁸ Hauptquelle sind Weizsäckers Tagebucheinträge vom 19. September 1915, 1. Oktober 1915, 3. November 1915, 20. Dezember 1916, 14. April 1917, 31. Mai 1917; WP, S. 169 ff., S. 173 f., S. 223, S. 242, S. 246. Zum Befehl des Kaisers vom 31. Mai 1917 siehe Horn, *Naval Mutinies*, S. 211.

Gründe würden den Vorstoß nunmehr gerechtfertigt haben. Lediglich Herwig erwähnt immerhin die – im Oktober 1918 besondere Bedeutung erhaltende – frühere Argumentation gegen eine Schlacht⁹.

Ein zweiter Hauptpunkt sind die Begründungen für den Flottenvorstoß (Trotha führt sie selber an oder sie waren von seinem Denken beeinflusst), die in den relativ wenigen Schlüsseldokumenten aufscheinen. Deist meint, der wichtigste Grund dafür liege in dem Verlangen der Marineführung, die Ehre der Flotte zu retten und damit eine Kampagne zugunsten des Baus einer künftigen Flotte erleichtern zu helfen. Diese Beweggründe tauchen in dem von Trotha verfaßten Dokument vom 6. Oktober auf und werden in nachfolgenden Memoranden wiederholt. In allen neueren historischen Darstellungen wird angenommen, daß Trothas Rechtfertigungsgründe deshalb wiederholt wurden, weil die führenden Seeoffiziere in einer in etwa gemeinsamen Weltanschauung verbunden und von Trothas Darlegung überzeugt waren. Das hieße aber, diese Dokumente allzu wörtlich nehmen. Bestimmt betonten deren Verfasser den Gesichtspunkt der „Ehre“ und der „Zukunftsflotte“ zum Teil auch deshalb so stark, um von ihren näherliegenden Zielen abzulenken. Sie wollten wahrscheinlich die von ihnen erwartete ungünstige Auswirkung auf die Waffenstillstandsverhandlungen (die wichtigste Aufgabe der Regierung des Prinzen Max) und – was fast auf das gleiche herauskam – auf den Krieg nicht erwähnen. Sie hofften, eine große Seeschlacht werde eine Fortführung der Kampfhandlungen mit wiedererstarkten Kräften stimulieren, Kampfhandlungen, welche die Regierung zu beenden suchte. Diese Absichten konnten nur stillschweigend vorausgesetzt, unmöglich aber in den Memoranden zum Ausdruck gebracht werden. Das Risiko war zu groß. Dies muß den Offizieren ebenso deutlich bewußt gewesen sein wie der Gedanke, daß sie die ganze Operation vor der Regierung geheimhalten mußten, weil sie illegal war und Hochverrat gleichkam¹⁰. In den fraglichen Dokumenten ist daher das, was sie verhüllen, ebenso wichtig wie das, was sie enthüllen.

Tatsächlich enthüllen die Memoranden einiges über den Ehrbegriff der Offiziere, doch hinter ihnen steckt mehr; sie müssen stärker auf ihre wirkliche Bedeutung hin durchleuchtet werden. Insoweit als ihr Ehrbegriff sich von einem vollständig antiquierten Kodex ableitete und auch einen sinn- und nutzlosen Gang in den Tod einschloß, kann er gewiß anachronistisch genannt werden. Für viele Offiziere hatte „Ehre“ aber eine durchaus gegenwärtige Dimension, nämlich die der Beeinflussung der Waffenstillstandsverhandlungen, mit dem Gedanken der „Zukunftsflotte“ zum anderen auch eine in die Zukunft weisende Dimension. Beide waren gezielt politisch und daher alles andere als anachronistisch. In seinem Buch über die Meuterei in der Marine spricht David Horn von dem von einem feudalen Ehrenkodex bestimmten

⁹ Herwig nennt auf S. 177 ff. diese Argumente, sagt aber auf S. 241 f. bezüglich des Oktobers 1918 nur, daß die Marine eine solche Schlacht seit 1914 gefordert habe.

¹⁰ Horn verweist auf S. 209 auf die Illegalität des Plans, bezeichnet ihn auf S. 210 als Meuterei oder Rebellion, nennt ihn auf S. 212 offenen Aufstand und zitiert auf S. 314, Anm. 44, Dittmann, der ihn als Verrat bezeichnet.

Verlangen der Offiziere, in der Schlacht zu sterben. Wiederholt bezieht er sich dabei auf den Begriff der „Selbstmordflotte“¹¹, auf einen Ausdruck, der damals von Matrosen und später von Kritikern der Marine gebraucht wurde, nicht aber von den Offizieren selbst. Außer bei Trotha, der von einer „Todesfahrt“ spricht¹², und bei dem gleichgesinnten Levezow gibt es kaum Zeugnisse dafür, daß die Offiziere tatsächlich in der Schlacht fallen wollten. Deist legt die Quellen behutsamer und überzeugender aus als Horn, ist aber dem Zusammenhang zwischen Ehre, Kampf, Tod und den Zukunftsperspektiven nicht im einzelnen nachgegangen. Den ganzen Krieg hindurch hatten die Offiziere mit Verlusten im Kampf gerechnet, auch der Möglichkeit ins Auge gesehen, in einer Schlacht zu fallen, aber selbstmordversessen waren sie nicht. Aus Ehrgefühl und Verdruß über ihre Tatenlosigkeit im Krieg hießen sie selbst eine mit hohem Risiko behaftete Unternehmung willkommen, nicht aber den Tod. Es gibt überhaupt keinen Hinweis darauf, daß sie nicht durchaus einverstanden damit waren, eine Schlacht – siegreich oder nicht – zu überleben. Als sie ihre Pläne nicht durchführen konnten und durch Meuterei tief gedemüdiggt wurden, begingen sie keinen Selbstmord. Gewiß, bald darauf versenkte eine Rest-Crew die Flotte, ging aber vernünftigerweise nicht mit ihr unter.

Noch jüngst haben die Historiker die Bindung der wilhelminischen Marine- (und Armee-) Offiziere an einen „feudalen“ Ehrenkodex und den Eid auf den Kaiser überschätzt¹³; es ist tatsächlich nicht einfach, sich hier ein repräsentatives Bild von der Haltung der Offiziere zu verschaffen. Immerhin gibt es einige neue Belege. Ernst von Weizsäcker, dessen Familie bis 1916 kein Adelsprädikat hatte, besaß durchaus Ehrgefühl (auf dessen besonderen Gehalt hier nicht einzugehen ist), aber mit „Feudalismus“ hatte es überhaupt nichts zu tun, es hatte auch keinerlei fanatische Komponente. Anfang November, als die Abdankung des Kaisers zu einer brennenden Frage geworden war, schätzte Weizsäcker, daß 95 Prozent der Marineoffiziere sich durch ihren Eid nicht persönlich an den Kaiser gebunden fühlten. Als Scheer und Levezow so taten, als ob sie daran gebunden seien, verachtete Weizsäcker deren Pose und vermerkte in seinem Tagebuch, daß Scheer einige Wochen zuvor die Abdankung zeitweilig befürwortet hatte¹⁴. Es sieht ganz danach aus, als habe der Ehrenpunkt weniger mit der ablehnenden Haltung in bezug auf die

¹¹ Horn, *Naval Mutinies*, S. 206, S. 209, S. 214, S. 219.

¹² Deist zitiert auf S. 353 Trothas Memorandum, in dem von einem „Todeskampf“ die Rede ist, und sagt auf S. 355, nach Prüfung des SKL-Dokuments vom 16. Oktober, es sei kein Wunder, daß die Matrosen von einer „Todesfahrt“ sprachen.

¹³ Am 31. Oktober schätzte Weizsäcker, daß nur 5 Prozent der Offiziere sich dem Kaiser durch ihren Eid so verbunden fühlten, daß sie kämpfen würden, um seine Abdankung zu verhindern. Weizsäcker-Tagebuch, 31. Oktober 1918; WP, S. 312. Als das Problem des Eides am 9. November im Hauptquartier diskutiert wurde, sagte Groener: „Fahneneid und Kriegsheer sind nur eine Idee“. Otto Ernst Schüddekopf, *Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933*, Hannover 1955, S. 15; Kuno Graf von Westarp, *Das Ende der Monarchie am 9. November 1918*, hrsg. von Werner Conze, Berlin 1952, S. 59f.; Alfred Niemann, *Revolution von Oben – Umsturz von Unten*, Berlin 1928, S. 305; Harry Rudin, *Armistice 1918*, New Haven 1944, S. 363.

¹⁴ Weizsäcker-Tagebuch, 22. Oktober 1918; WP, S. 306.

Abdankung zu tun als vielmehr mit dem Wunsch der Offiziere, irgend etwas zu finden, worum sich eine Opposition gegenüber einer Regierung scharen ließ, die sich mit wachsender Dynamik in eine Richtung bewegte, die für die Offiziere nicht akzeptabel war.

Ein dritter Punkt: Man darf den militärischen Wert des Unternehmens und die in ihm steckenden Möglichkeiten nicht außer acht lassen. In seiner Denkschrift vom Oktober argumentierte Michaelis, daß der Vorstoß das Heer entlasten, Armee und Nation vielleicht zu neuerlichen und größeren Anstrengungen anspornen würde. Deist nimmt an, daß Michaelis' Argumente nicht solches Gewicht hatten wie die Trothas, weil in erster Linie die Überlegungen des letzteren – im Gegensatz zu denen von Michaelis – in den späteren Dokumenten wiederholt werden. Deist geht aber nicht auf die militärischen Möglichkeiten ein, die die Flotte in einer Schlacht gehabt hätte.

1. Die meisten Autoren behaupten, daß der Flottenvorstoß überhaupt keine Erfolgsaussichten hatte, weil die alliierte Flotte, die Briten und die Amerikaner, in der Nordsee Ende 1918 eine erdrückende Überlegenheit gehabt habe¹⁵. Dabei wird die Tatsache übersehen, daß deren Schiffe nicht alle an einem Ort zusammengezogen waren und es unwahrscheinlich war, daß der deutsche Vorstoß auf die gesamte alliierte Flotte treffen würde. Es war nicht einmal sicher, daß die deutsche Flotte überhaupt irgendeinen größeren alliierten Verband in eine Schlacht verwickeln würde.

2. Die Planer des Unternehmens hatten den aus dem unbeschränkten U-Boot-Krieg zurückgerufenen U-Booten eine wichtige Rolle zugeordnet. Sie waren nun dafür vorgesehen, britische Schiffe auf ihrer Fahrt zur Schlacht mit der deutschen Flotte zu überfallen. Scheer und seine Umgebung glaubten offenbar, mit dieser recht ungewöhnlichen Einsatzweise die numerische Unterlegenheit bei Überwassereinheiten kompensieren zu können¹⁶. Kritiker haben das bezweifelt¹⁷, doch sollten die Überlegungen erwähnt werden, die immerhin zeigen können, weshalb die Marine einige Hoffnung auf Erfolg, man kann auch sagen: Illusionen, hatte.

3. Scheer war des weiteren der Ansicht, daß möglicherweise sogar noch nach einer Seeschlacht genügend Großkampfschiffe verfügbar seien, die zum Minenräumen eingesetzt werden oder die U-Boote decken könnten, wenn der unbeschränkte U-Boot-Krieg wieder aufgenommen würde¹⁸. Genau dies strebte er ohne Frage an,

¹⁵ Herwig, *Naval Officer Corps*, S. 249; Hans Kutscher, *Admiralsrebellion oder Matrosenrevolte? Der Flotteneinsatz in den letzten Tagen des Weltkrieges*, Stuttgart 1933, S. 94–S. 104 („Die Siegesaussichten des Unternehmens“); *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Bd. 3: November 1917 bis November 1918. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold, Berlin 1969, S. 502.

¹⁶ Horn, *Naval Mutinies*, S. 214 und S. 312, Anm. 20, zitiert einen Brief von Michaelis vom 20. März 1926, in dem dieser behauptet, die U-Boote hätten der deutschen Flotte einen entscheidenden Vorteil gegenüber dem Feind verschafft.

¹⁷ Horn, *Naval Mutinies*, S. 214; Herwig, *Naval Officer Corps*, S. 248 f.

¹⁸ Weizsäcker-Tagebuch, 22. Oktober 1918; WP, S. 306; Deist, *Rebellion*, S. 353, weist diese Einstellung schon in Michaelis' Memorandum vom 5. Oktober nach, und bringt auf S. 358 eine vergleich-

war er doch von Anfang an ein Gegner der Beendigung gewesen. Das könnte in der Tat eines seiner Motive für den Flottenvorstoß gewesen sein, einer der Gründe auch, weshalb er die Regierung des Prinzen Max von Baden stürzen sehen wollte. Prinz Max hatte gesagt, eine Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges sei unwahrscheinlich, selbst wenn Wilson die Verhandlungen abbrechen sollte¹⁹. Scheer faßte durchaus kein Selbstmordunternehmen ins Auge, bei dem sämtliche Schiffe verlorengehen würden. Zweifellos rechnete er damit, daß einige versenkt, andere beschädigt würden, daß der Rest aber voll seetüchtig und, für den U-Boot-Geleitschutz einsatzfähig, zurückkehren würde.

4. Wir bräuchten mehr zuverlässige Zeugnisse dafür, wie deutsche Marineoffiziere die Durchführung des Unternehmens beurteilten, doch tauchen in den einschlägigen Geschichtswerken leider keine auf. Ernst von Weizsäcker nun tut in seinen Bemerkungen zum Vorstoß der Flotte zwar weder dem Gesichtspunkt der „Ehre“ noch der „Zukunftflotte“ Erwähnung, liefert dafür aber eine prägnante Einschätzung der Erfolgchancen des Unternehmens. Am 28. Oktober trug er in sein Tagebuch ein: „Schon am 27. 10. mit Gagern und am 28. 10. mit Meyer verrete ich den Standpunkt, daß eine für die Flotte in Aussicht genommene Operation in die Hoofden der Reichsleitung vorher bekannt gegeben werden müsse, unter der Erklärung, daß diese Operation zu 50% Wahrscheinlichkeit zu keinem Ergebnis, zu 40% zu einem glücklichen Erfolg und zu 10% zu einem Desaster führen könne.“²⁰ Weizsäcker unterstützte die Operation ausdrücklich, vermutlich aber wegen ihres potentiellen politischen Wertes, wegen der Auswirkungen, die sie auf die Waffenstillstandsbedingungen haben konnte. Höchst bemerkenswert ist natürlich, daß von Weizsäcker mit Gagern und Meyer dafür eintrat, daß die Regierung im voraus informiert werden sollte, und daß er die militärischen Möglichkeiten des Vorstoßes präzise abschätzte. Sein Standpunkt wurde der Seekriegsleitung ziemlich sicher mitgeteilt, jedoch nicht im Kriegstagebuch festgehalten – war diese Stellungnahme doch ein Zeugnis der Art, wie die Seekriegsleitung es im Kriegstagebuch nicht zu sehen wünschte. Im selben Tagebucheintrag meinte Weizsäcker, die Regierung über den Flottenvorstoß in Unkenntnis zu lassen, hieße einen Fehler wiederholen, den die Marine vier Jahre hindurch begangen habe. Er war zudem davon überzeugt, daß Scheer die Zustimmung des Prinzen Max hätte gewinnen können; das hat viel für sich, schreibt Prinz Max in seinen Memoiren doch, daß er den Plan wohl unterstützt hätte, wenn er ihn gekannt hätte²¹.

Es ist bezeichnend, daß Weizsäcker, ein Mann, der nur Spott und Verachtung für den Gedanken gehabt hätte, eine Seeschlacht allein um der Rettung der Ehre des

bare Äußerung Scheers gegenüber Ludendorff vom 22. Oktober; Herwig, *Naval Officer Corps*, S. 244.

¹⁹ Deist, *Rebellion*, S. 359 f.

²⁰ Weizsäcker-Tagebuch, 28. Oktober 1918; WP, S. 309 f.

²¹ Prinz Max von Baden, *Erinnerungen und Dokumente*, hrsg. von Golo Mann und Andreas Burckhardt, Stuttgart 1968, S. 543. Prinz Max glaubte, daß ein letztes Gefecht der Flotte Volk und Armee zu heroischer Anstrengung hätte anstacheln können.

Marineoffizierkorps' willen zu veranstalten, ein Mann, der niemals ein Selbstmordunternehmen gebilligt haben würde, dem die Idee der „Zukunftsflotte“ keine ausreichende Rechtfertigung eines solchen Vorstoßes gewesen wäre und der in seinem Tagebuch und seinen Briefen kaum eine dieser Begründungen für das Unternehmen erwähnt, daß dieser Mann also den Flottenvorstoß unterstützte und glaubte, daß Prinz Max das auch getan hätte. Weizsäcker wie der Kanzler Prinz Max von Baden müssen den Sinn des Unternehmens ganz anders interpretiert haben als die Historiker noch in jüngster Zeit. Beide müssen es auch ganz anders verstanden haben als Scheer, Trotha und Levetzow. Anscheinend glaubten Weizsäcker im Oktober und Prinz Max später, eine Demonstration der Stärke in einem Seegefecht hätte den Waffenstillstandsverhandlungen förderlich sein können und den Fortbestand der Regierung nicht unbedingt gefährden müssen. Scheer, Trotha und Levetzow waren – jeder auf seine Weise und in unterschiedlicher Intensität – bis zu einem gewissen Grad von ihren schönrednerischen Einlassungen über „Ehre“ und „Zukunftsflotte“ wohl auch überzeugt, doch verbarg diese Rhetorik ihre anderen Absichten, die keinem Dokument anvertraut werden konnten. Diese Absichten waren es, die sie zu der Vermutung führten, der Kanzler würde ihren Plan möglicherweise nicht billigen: Sie liefen darauf hinaus, die Waffenstillstandsverhandlungen zu beenden und die Regierung zu stürzen, damit der Krieg, einschließlich des unbeschränkten U-Boot-Krieges, fortgesetzt werden konnte. Kein Wunder also, daß Scheer es nicht für „opportun“ hielt, den Prinzen Max über den Flottenvorstoß zu informieren.

Damit kehren wir, vierter Punkt, zu den politischen Aspekten des Unternehmens zurück. Die führenden Köpfe der Marineleitung, allen voran Tirpitz, hatten sich – beginnend schon vor der Jahrhundertwende – immer stark in die Politik eingemischt²². Bis zu seinem Sturz im März 1916 hatte Tirpitz für den unbeschränkten U-Boot-Krieg agitiert und eng mit der konservativen Opposition bei deren Bestreben zusammengearbeitet, Bethmann-Hollweg als Kanzler zu entfernen²³. Trotha und Levetzow hatten Tirpitz' Kampf für den unbeschränkten U-Boot-Krieg fortgesetzt. Er wurde auch von Scheer, der sich etwas weniger augenfällig in die Politik mischte, unterstützt²⁴. Gegen Ende des Krieges war die neue Seekriegsleitung unter Scheer, Trotha und Levetzow geradezu besessen von Widerstand und Widerstreben gegen die neue Regierung und erwog Ende Oktober/Anfang November sogar Schritte – von Ernst von Weizsäcker in seinen Tagebüchern und Briefen lebendig beschrieben und kommentiert –, die Position der Regierung zu untergraben und

²² Jonathan Steinberg, *Yesterday's Deterrent: Tirpitz and the Birth of the German Battle Fleet*, New York 1965; Volker Berghahn, *Der Tirpitz-Plan: Genesis und Verfall der innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II.*, Düsseldorf 1971.

²³ Ernest R. May, *The World War and American Isolation, 1914–1917*, Cambridge, Mass. 1959; Karl E. Birnbaum, *Peace Moves and U-boat Warfare: A Study of Imperial Germany's Policy Toward the United States, April 18, 1916–January 9, 1917*, Stockholm 1958.

²⁴ Siehe hierzu hauptsächlich Birnbaum, *Peace Moves*; Herwig, *Naval Officer Corps*, S. 186 ff.; Deist, *Rebellion*, S. 343.

eine Art Fronde gegen sie zu bilden²⁵. Es gibt also gewichtige Kontinuitäten in dieser politischen Aktivität.

Diese Machenschaften sind in größerem Zusammenhang zu sehen. In den letzten Monaten des Krieges erörterten viele Militärs die Möglichkeit einer Militärdiktatur²⁶. Diese Diskussion intensivierte sich nun, fraglos wegen der sich verschlechternden militärischen Lage Deutschlands, wegen der Schwäche der Regierung unter dem alten und sehr kranken Kanzler Hertling, zweifellos auch wegen der immer drängender werdenden, auf eine stärkere parlamentarische Kontrolle der Geschicke Deutschlands abzielenden Bestrebungen²⁷, auch deshalb, weil das Führungstandem Hindenburg und Ludendorff mittlerweile praktisch außer Gefecht gesetzt schien. Alle, die mit den Interna der OHL vertraut waren, wußten, daß Ludendorff im Juli eine Art Zusammenbruch erlitten hatte und danach eine Zeit lang beinahe apathisch gewesen war, die Dinge jedenfalls weniger im Griff hatte als vorher. Wirklich hatte Ludendorff am 17. Juli, zu einem viel früheren Zeitpunkt als jenem, der gewöhnlich als Datum seiner Anerkennung der verheerenden Lage Deutschlands gilt, gesagt: „Das ist der Zusammenbruch.“²⁸ Im September machten sich zunehmend Anzeichen seiner Nervosität bemerkbar: Seine Hände zitterten, unaufhörlich telephonierte er bei allen Abschnitten der Westfront herum, griff unmittelbar in Operationen ein und wechselte am laufenden Band Stabschefs einzelner Armeen aus²⁹. Seine Vorstellungen davon, wie Deutschland aus seiner Zwangslage errettet werden könnte, waren erschöpft. Aus all diesen Gründen war sein Ansehen in den Reihen der jüngeren Offiziere des Generalstabs stark gesunken³⁰; unter den älteren Offizieren war es Oberst Bauer, der versuchte, Ludendorffs Abberufung zu erreichen³¹. Allen, die den Gedanken einer Diktatur ventilierten, war völlig klar, daß, selbst wenn er gewollt hätte, der Diktator nicht Ludendorff heißen könne; der wollte aber auch nicht. Damals wußte jeder, daß es Ludendorff gefiel, seine Macht auszuüben, ohne

²⁵ Siehe weiter unten sowie die Anm. 59–61.

²⁶ Siehe Max von Gallwitz, *Erleben im Westen 1916–1918*, Berlin 1932, S. 436, S. 440, S. 443; Friedrich von Berg, *Friedrich von Berg als Chef des geheimen Zivilkabinetts 1918. Erinnerungen aus seinem Nachlaß*, hrsg. von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1971, S. 179 und Anm. 27; Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hrsg.), *Die Regierung des Prinzen Max von Baden*, Düsseldorf 1962, S. 411, Dok. 101, Anm. 49; Wilhelm Deist (Hrsg.), *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918*, Düsseldorf 1970, Bd. I, S. LXIV–S. LXVI, Bd. III, S. 1292.

²⁷ Siehe Udo Bernbach, *Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung*, Köln 1967, S. 219 ff.; Heinrich Potthoff, *Der Parlamentarisierungserlaß vom 30. September 1918*, in: *VfZ* 20 (1972), S. 319–332.

²⁸ Weizsäcker-Tagebuch, 17. September 1918; WP, S. 285f.

²⁹ Ebenda, 24. August 1918; WP, S. 276.

³⁰ In Weizsäcker's Tagebüchern und Briefen von August bis Oktober 1918 finden sich für beinahe jeden Tag Notizen zu diesem Thema. Als Überblick siehe Martin Kitchen, *The Silent Dictatorship. The Politics of the German High Command under Hindenburg and Ludendorff, 1916–1918*, London 1976, S. 250 ff.

³¹ Kitchen, *Dictatorship*, S. 253 und S. 260. Seine Zitate bestätigen die These nicht, doch benutzte er als Quelle offenbar Haefkens Memoiren in dessen Nachlaß.

zugleich die volle Verantwortung des proklamierten Diktators tragen zu müssen. Jetzt war die Lage aber eine andere. Jetzt mußte jemand gefunden werden, der bereit war, ein wirklicher Diktator zu sein. Sich auf einen Diktator zu einigen, war sogar noch schwieriger als einen geeigneten Ersatz für Ludendorff zu finden. Loßberg, Seeckt und Schulenburg wurden als mögliche Nachfolger genannt³², nicht jedoch in unmittelbarem Zusammenhang mit den Erwägungen über eine Militärdiktatur. Am 29. September gestand Ludendorff gegenüber Hintze selbst die Schwierigkeit ein, eine Militärdiktatur in einer Zeit der Niederlagen zu errichten. Immerhin wußte er aber ganz gut, wie man die Verantwortung für die Niederlage am geschicktesten an eine erweiterte Zivilregierung weitergab³³.

Am 28. September drängte Oberst Bauer Admiral Scheer, die Errichtung einer Art von Militärdiktatur zu betreiben³⁴. Wir kennen Scheers Antwort nicht, doch lohnt es sich, darüber zu spekulieren, ob er nicht zunehmend auf eine solche Lösung zählte und sich nicht vielleicht sogar selbst als diejenige Führungsfigur in Aussicht genommen hatte, die die Macht übernehmen würde. In der letzten Kriegsphase war es ziemlich unwahrscheinlich, daß noch Waffentaten der Armee einen General an die Macht bringen würden, aber Scheer wird darüber nachgesonnen haben, welchen Effekt ein großer Seesieg hinsichtlich seiner Position in Deutschland haben mußte. Mindestens zum zweiten Male als Held dürfte er sich gesehen haben. Erwägungen solcher Art spielten bei seiner Befürwortung eines letzten Flottenvorstoßes wahrscheinlich eine Rolle.

Mittlerweile hatte Prinz Max von Baden eine neue Regierung gebildet und sich um einen Waffenstillstand bemüht³⁵. Ludendorff hoffte, daß die neue, auf breiterer Grundlage gebildete Regierung die Verantwortung für die Verhandlungen samt deren Konsequenzen übernehmen und so den Druck von der Heeresleitung nehmen würde. Nach seinem Kalkül würde diese Regierung mit ihren stärker demokratisch-parlamentarischen Zügen vermutlich die Sympathien der Entente gewinnen und rasch vorteilhafte Waffenstillstandsbedingungen erreichen können, die es Deutschland dann ermöglichen würden, einigermaßen zu Atem zu kommen, danach die Waffen wieder zu ergreifen und so die Niederlage zu verhindern. Auf diese Weise, dachte Ludendorff, könne die Situation noch immer gerettet werden³⁶ – objektiv

³² Weizsäcker-Tagebuch, 18. Oktober 1918; WP, S. 304.

³³ Siehe Bernhard Schwertfeger, Die politischen und militärischen Verantwortlichkeiten im Verlaufe der Offensive von 1918, Berlin 1927, S. 260 ff.; Das Weltkriegsende. Gedanken über die deutsche Kriegsführung, Potsdam 1940, S. 177; Rudin, Armistice 1918, S. 50–S. 53; Kitchen, Dictatorship, S. 255–S. 257.

³⁴ Weizsäcker-Tagebuch, 28. September 1918; WP, S. 289.

³⁵ Vgl. Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918 (1924), S. 74; Herbert Michaelis und Ernst Schraepfer (Hrsg.), Ursachen und Folgen, Bd. 2, S. 378, Dok. 400; oder Gerhard A. Ritter und Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, Hamburg 1975, S. 28; Schwertfeger, Verantwortlichkeiten, S. 316; Rudin, Armistice 1918, S. 80.

³⁶ Deist, Rebellion, S. 350. Als Scheer Ludendorff am 6. Oktober fragte, zu welchen Zugeständnissen er bereit sei, um einen Waffenstillstand zu erreichen, beantwortete der Admiral seine eigene Frage mit den Worten, es kämen nur solche Bedingungen in Betracht, die es erlaubten, gegebenenfalls mit

betrachtet war das freilich unmöglich. Tatsächlich waren unter den Militärs nur wenige wirklich davon überzeugt, daß Deutschland am Rande der Niederlage stand und nichts mehr zu retten war. Ein Beobachter in der OHL, von Weizsäcker, zeigte sich Ende September erschüttert über die Macht des alten preußischen Geistes dort. Die meisten Offiziere ahnten nicht, was ihnen bevorstand. Einem Ludendorff war es durchaus noch nicht klar, daß die Regierung, der Kanzler und das Auswärtige Amt also, die Außenpolitik machen würde und er sich nicht einzumischen hatte³⁷.

Nach dem Notenwechsel mit Wilson, besonders nach Erhalt von Wilsons dritter Note³⁸, erkannte Ludendorff, daß das Waffenstillstandsangebot ihn seinen Zielen nicht näher brachte. Wilson durchschaute Ludendorffs Absichten, strebte offensichtlich einen Waffenstillstand an, der die Armee kampfunfähig machte, und keinen, der ihr Zeit für eine Erholung ließ. Ludendorff hoffte deshalb, Wilson oder die deutsche Regierung würde die Verhandlungen abbrechen³⁹. Jetzt sagte Ludendorff plötzlich, Deutschlands Lage sei besser, als er Ende September geglaubt habe, insbesondere verfüge man über mehr Menschenmaterial, weil der Kriegsminister auf wunderbare Weise 600 000 Mann entdeckt habe, die bei früheren Einschätzungen nicht berücksichtigt worden seien, Deutschland folglich den Krieg in das Jahr 1919 hinein fortsetzen könne⁴⁰. Scheer neigte angesichts der Fakten, die ihm von Weizsäcker aus der OHL gemeldet wurden, ebenfalls zum Optimismus, obgleich letzterer Heye mit der unmißverständlichen Lagebeurteilung zitierte, daß keiner derjenigen Faktoren, auf die sie ihr Urteil Ende September gegründet hatten, sich gewandelt habe; andere Faktoren hätten die Dinge noch schlimmer gemacht⁴¹. Weizäckers Tagebücher und Briefe machen deutlich, daß er unabhängig davon zu einer ganz ähnlichen Schlußfolgerung gekommen war. Freilich gibt es keine Anhaltspunkte dafür, daß Weizsäcker Scheer ein klares Gefühl für die Ansichten der jüngeren Offiziere in der OHL vermittelt hätte. Übereinstimmend waren diese der Auffassung, daß Ludendorff mittlerweile keine umfassende und maßgebliche Vorstellung mehr von dem habe, was vorging, seine Fähigkeiten schwänden, daß er schwankend und unentschlossen sei, dazu die Regierung irreführt habe und sie noch immer über die tatsächliche militärische Lage täusche. Scheer beharrte – das wird im Kriegstagebuch deutlich – darauf, daß er sich auf Ludendorff verlassen müsse, und teilte lieber dessen frisch

einiger Aussicht auf Erfolg wieder zu den Waffen zu greifen. Ludendorff stimmte dem zu. Dies berichtet Weizsäcker über das Treffen; so wurde es auch in das Kriegstagebuch aufgenommen. Vgl. Bundesarchiv/Militärarchiv, Nachlaß Levetzow 239/111.

³⁷ Weizsäcker-Tagebuch, 28. September 1918, 22. Oktober 1918; WP, S. 287 und S. 306.

³⁸ Vgl. Klaus Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19*, Düsseldorf 1971, S. 144 ff.

³⁹ Siehe Prinz Max von Baden, *Erinnerungen*, passim und Matthias/Morsey (Hrsg.), *Die Regierung des Prinzen Max*, S. 284–S. 288, Dok. 75.

⁴⁰ Ebenda, S. 238 ff.

⁴¹ Deist, *Rebellion*, S. 354; Weizsäcker-Tagebuch, 12. Oktober 1918; WP, S. 298. Weizäckers Telegramm, das Aufschluß über seine Unterredung mit Heye gibt, findet sich in Bundesarchiv/Militärarchiv, Nachlaß Levetzow 239/112, SKL Tagebuch, 19. Oktober 1918, S. 118 f.

gewonnenen Optimismus, anstatt Heyes pessimistische Einschätzung, die Weizsäcker ihm übermittelt hatte, zu akzeptieren.

Bis zum 19. Oktober versuchte Scheer das Kabinett sogar dazu zu überreden, den unbeschränkten U-Boot-Krieg nicht einzustellen. Dabei hoffte die Regierung, gerade mit dieser Maßnahme Präsident Wilson versöhnlich zu stimmen. Scheer erkannte an, daß diese Entscheidung praktisch unausweichlich war⁴², zumal da ihm bereits klar war, daß sie eine notwendige Voraussetzung des Flottenvorstoßes war. Während der zurückliegenden Jahre hatte der Kaiser – wie schon gesagt – wiederholt darauf bestanden, die Flotte für genau den Augenblick zu schonen, der nun herangekommen war, für einen Zeitpunkt, zu dem Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet sein würden und eine letzte siegreiche Schlacht zu einer Verbesserung der deutschen Position führen würde. Alle diese aktivistischen Marineoffiziere, also jene Offiziere, die wie Scheer, Levetzow, Trotha und Weizsäcker die Schlacht wollten, waren in der einen oder anderen Weise an der Skagerrakschlacht und an einer ganzen Reihe nachfolgender kleinerer Operationen beteiligt gewesen, sie benahmen sich nicht einfach wie Narren, wollten keineswegs ihre Todessehnsucht zum Ausdruck bringen, noch folgten sie in ihrem Handeln einem „feudalen“ Ehrenkodex. Sie kalkulierten, falls es zur Schlacht käme, mit einer Siegeschance der deutschen Flotte. Sie waren, mit Ausnahme Weizsäckers, ebenso zuversichtlich wie Ludendorff, einer Niederlage entkommen zu können. Sie hofften, daß ein Sieg der Flotte große moralische Wirkung zeitigen, die Nation anstacheln, es vielleicht sogar ermöglichen würde, sich die Entente so nachhaltig vom Leibe zu halten, daß bessere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen erreicht werden könnten. Ludendorff erhoffte sich von seinem Befehl an die Truppe vom 24. Oktober⁴³ die gleiche Wirkung.

Deist meint in seinem Aufsatz zwar, daß Ludendorffs Befehl und der Flottenvorstoß beide als genuin politische Aktionen verstanden werden müßten⁴⁴, doch geht er auf diese politische Dimension nicht weiter ein. Weizsäcker war empört über die Proklamation an die Streitkräfte, die er als neuerliche Einmischung des Militärs in die Politik ansah, als einen Versuch, die Verhandlungen des Prinzen Max über einen Waffenstillstand zu untergraben. Der Befehl bestätigte in seinen Augen Wilsons Anspielungen auf eine „Nebenregierung“, eine militärische Schattenregierung, die hinter einem im Vordergrund figurierenden Prinzen Max die Fäden zog⁴⁵. Es ist mehrfach behauptet worden, daß Ludendorff den Befehl an die Truppe gewissermaßen unachtsam erlassen habe, ohne sich dabei darüber im Klaren zu sein, daß die

⁴² Deist, *Rebellion*, S. 351, S. 356 f.; das Kriegstagebuch der SKL besagt, daß die Marine wahrscheinlich gegen Ende September den unbeschränkten U-Boot-Krieg werde aufgeben müssen. Vor allem galt es, dafür einen angemessenen Ausgleich zu finden.

⁴³ Matthias/Morsey (Hrsg.), *Die Regierung des Prinzen Max*, S. 325 ff.; Siegfried A. Kaehler, *Vier Quellenkritische Untersuchungen zum Kriegsende 1918*, in: *Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 1961, S. 269.

⁴⁴ Deist, *Rebellion*, S. 359.

⁴⁵ Weizsäcker-Tagebuch, 24. Oktober 1918; WP, S. 307.

Regierung dem ablehnend gegenüberstehen würde⁴⁶. Diese Deutung überzeugt nicht, denn dieser Befehl ähnelt zu sehr jenem, den Ludendorff mit der offenkundigen Absicht erließ, Bethmann-Hollwegs Friedensangebot vom Dezember 1916 zu unterminieren⁴⁷. Wahrscheinlich – zu beweisen ist es nicht – wollte er die Waffenstillstandsverhandlungen im Oktober 1918 ebenfalls untergraben. Dieser Armeebefehl vom 24. Oktober liegt auf der gleichen Linie wie Ludendorffs Bestreben, die Regierung davon zu überzeugen, daß Deutschlands Lage nicht hoffnungslos sei und der Krieg noch immer mit Erfolg fortgeführt werden könne. Er paßt auch zu seiner Hoffnung, Wilson werde auf die deutschen Noten mit einer „Ohrfeige“⁴⁸ antworten, so daß die deutsche Regierung dann keine andere Wahl hätte als den Krieg fortzusetzen.

In dieser Situation nahmen Hindenburg und Ludendorff wieder einmal Zuflucht zu einem Rücktrittsgesuch, ihrer ältesten und erfolgreichsten Methode, sich gegen die Regierung durchzusetzen. Gegen den Willen des Kanzlers reisten sie am 25. Oktober von Spa nach Berlin⁴⁹, wo sie für ihre Sache persönlich den nötigen Druck machen konnten, und boten den Rücktritt an. Am späten Abend des 25. Oktober diskutierten sie ausgiebig mit Payer, wobei Ludendorff bemerkte, die Ehre der Nation erfordere den Abbruch der Verhandlungen mit Wilson und einen Kampf bis zum Ende⁵⁰. Darüber, ob er dieses Argument Scheer verdankte, der ihm am 22. Oktober gesagt hatte, die Marine ziehe es vor, die Flotte ehrenvoll in die Schlacht zu schicken, statt sie unehrenhaft den Briten auszuliefern, läßt sich nur mutmaßen. Nach der Unterredung mit Payer setzte Haeflten Ludendorff davon in Kenntnis, daß der Kanzler wegen des Armeebefehls und der gegen seinen Willen unternommenen Reise nach Berlin seinen Rücktritt verlange⁵¹. Inzwischen war eine Audienz beim Kaiser arrangiert worden, und Ludendorff entschloß sich nun, den Kaiser vor die Wahl zwischen der 3. OHL und dem Prinzen Max zu stellen. Als Ludendorff am Abend des 26. Oktober mit Hindenburg zur kaiserlichen Audienz ging, meinte er das Einverständnis des Feldmarschalls zu haben, gemeinsam mit ihm zurückzutreten. Gewiß hat er auch erwartet, der Kaiser würde – wie er es zuvor immer getan hatte – wiederum eher kapitulieren als einen solchen Verlust hinzunehmen. Angesichts der neuen Lage stellte Ludendorff aber eine Belastung dar, der Kaiser nahm seinen Rücktritt an und überredete Hindenburg geschickt dazu, auf

⁴⁶ So bei Kitchen, Dictatorship, S. 262 f. Die größte Schuld wurde Major Kröger von der Informationsabteilung der OHL gegeben.

⁴⁷ Siehe Birnbaum, Peace Moves, S. 248 f.; Georg Gothein, Warum verloren wir den Krieg?, Stuttgart und Berlin 1920, S. 154.

⁴⁸ Deist, Rebellion, S. 358; Brief Weizsäckers an seinen Vater vom 22. Oktober 1918, Tagebucheintrag gleichen Datums; WP, S. 305 f.

⁴⁹ Prinz Max hatte die beiden Generäle angewiesen, in Spa zu bleiben; als er hörte, daß sie auf dem Weg nach Berlin seien, schrieb er an den Kaiser, er müsse sich zwischen seinem Kanzler und Ludendorff entscheiden, solle aber alles tun, um Hindenburg zu halten. Matthias/Morsey (Hrsg.), Die Regierung des Prinzen Max, S. 359 f., Dok. 94; Kitchen, Dictatorship, S. 263.

⁵⁰ Vgl. Niemann, Revolution von oben, S. 181 und S. 411 f.; Deist (Hrsg.), Militär und Innenpolitik, Bd. II, S. 1339 f., Dok. 495.

⁵¹ Vgl. Deist (Hrsg.), Militär und Innenpolitik, Bd. II, S. 1342 f.; Kitchen, Dictatorship, S. 263 f.

seinem Posten zu verbleiben⁵². Für den Fall, daß er sich durchsetzen würde, hat Ludendorff gewiß mit dem Rücktritt des Prinzen Max, der Bildung einer neuen Regierung, der Rücknahme des Waffenstillstandsangebotes und mit einem Kampf bis zum Äußersten gerechnet⁵³. Das waren nun exakt die Auswirkungen, die man auch von einem letzten Vorstoß der Flotte erwarten konnte.

Kein Wunder also, daß Ludendorff am 22. Oktober die Ankündigung Scheers, er plane einen letzten Vorstoß der Flotte, sehr begrüßte. Scheer sprach von der operativen Freiheit, die die Flotte nun, nach der Einstellung des unbeschränkten U-Boot-Krieges, habe, verurteilte die Auslieferung der Flotte an die Briten als Punkt der Waffenstillstandsbedingungen und behauptete, eine siegreiche letzte Schlacht könne die Nation mit neuem Leben erfüllen und dazu bestimmen, mit wiedergewonnenem Ungestüm zu kämpfen und die Niederlage abzuwenden⁵⁴. Seit Monatsbeginn gab es, angefacht durch Walter Rathenaus Artikel in der Vossischen Zeitung⁵⁵, eine breite Diskussion über eine *levée en masse*, auf die die Militärs trotz ihrer tiefen Überzeugung von der überragenden Bedeutung moralischer Faktoren in der Kriegsführung aber wahrscheinlich nicht viel gaben⁵⁶. Immerhin, falls die Moral der Truppe und im Volk der brennende Wunsch nach einem Sieg wiedererweckt werden konnte, dann würde vielleicht nicht gerade ein Sieg, aber doch wohl ein annehmbarer Waffenstillstand und Friede erreichbar sein.

Ludendorff und Scheer konnten noch auf andere wichtige Auswirkungen dieses letzten Gefechts der Flotte hoffen. Wenn schon jeder Matrose erkannte, daß der Flottenvorstoß den Bemühungen der Regierung um einen Waffenstillstand zuwiderliefe und die Existenz der Regierung selbst gefährdete⁵⁷, müssen Scheer und Luden-

⁵² Warum sollte Ludendorff sich eigens versichert haben, daß Hindenburg mit ihm gemeinsam zurücktreten werde, wenn er nicht wieder einmal die Absicht gehabt hätte, seine Auffassung mit der Rücktrittsdrohung durchzusetzen, wie er es während des Krieges so oft getan hatte? Zweifellos war er hinterher deshalb so verärgert über Hindenburg, weil sein Versuch fehlgeschlagen war. Vgl. Wolfgang Foerster, *Der Feldherr Ludendorff im Unglück. Eine Studie über seine seelische Haltung in der Endphase des ersten Weltkrieges*, Wiesbaden 1952, S. 126; Kaehler, *Untersuchungen*, S. 277; Deist (Hrsg.), *Militär und Innenpolitik*, Bd. II, S. 1343, Anm. 19.

⁵³ Siehe Deist (Hrsg.), *Militär und Innenpolitik*, Bd. II, S. 1342, Dok. 496; vgl., mit der weniger überzeugenden Version, auch Matthias/Morsey (Hrsg.), *Die Regierung des Prinzen Max*, Dok. 95.

⁵⁴ Deist, *Rebellion*, S. 358; Weizsäcker-Tagebuch, 22. Oktober 1918; WP, S. 306.

⁵⁵ Rathenaus Artikel erschien in der Vossischen Zeitung vom 7. Oktober und ist nachgedruckt in: Arnold Hartung u. a. (Hrsg.), *Walter Rathenau. Schriften*, Berlin 1965, S. 296f. („Ein dunkler Tag“); Michaelis/Schraepfer (Hrsg.), *Ursachen und Folgen*, Bd. 2, S. 381, Dok. 403.

⁵⁶ Vgl. Erich Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen*, Berlin 1919, S. 513, S. 516, S. 553, S. 565, S. 582, S. 587, S. 591 ff., S. 595 f., S. 602, S. 607; Kaehler, *Untersuchungen*, S. 267; Prinz Max von Baden, *Erinnerungen*, S. 543; Ernst Jäckh, *Der Goldene Pflug*, Stuttgart 1954, S. 445, Brief an Prinz Friedrich Karl von Hessen, 27. Oktober 1918; Matthias/Morsey (Hrsg.), *Die Regierung des Prinzen Max*, Dok. 100, S. 400–S. 409.

⁵⁷ Weizsäcker-Tagebuch, 2. November 1918; WP, S. 313; Kutscher, *Admiralsrebellion*, S. 55, S. 57, S. 61, S. 75 ff.; Wilhelm Dittmann, *Die Marine-Justiz-Morde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918*, Berlin 1926, S. 94 ff.; Heinrich Neu, *Die revolutionäre Bewegung auf der deutschen Flotte 1917–1918*, Stuttgart 1930, S. 59 ff.; Deist, *Rebellion*, S. 362 ff.

dorff erst recht so gedacht haben. Das Unternehmen hatten sie sicher deshalb vor der Regierung geheimgehalten, weil sie erwarteten, daß es den Abbruch der Verhandlungen provozieren werde; außerdem würde die eigens dafür gebildete Regierung gestürzt werden oder zurücktreten. Die Militärs, Armee und Marine, verabscheuten diese Regierung auch wegen der zahlreichen im Oktober durchgeführten Reformen mehr und mehr. So hatte ihr Verlangen, sie stürzen zu sehen, auch eine innenpolitische Komponente. Der Fall des Kabinetts des Prinzen Max würde den Auftakt zur Formierung einer neuen, entschlosseneren Regierung geben, vielleicht sogar zu einer Diktatur, die die Reformen rückgängig machen und die aufgerüttelte Nation und Armee mit wiedererlangter brutaler Rücksichtslosigkeit in den Krieg führen würde.

Sah schon damals jemand den Flottenvorstoß in solchem Licht? Ein Brief Weizsäckers an Trotha vom 25. Oktober muß als Warnung vor einer Konterrevolution, impliziert auch als Warnung vor Durchführung des Flottenvorstoßes ohne Unterrichtung der Regierung, verstanden werden. Daß diese Absicht bestand, hatte er als Zeuge der Unterredung zwischen Scheer und Ludendorff am 22. Oktober erfahren. Bei dieser Gelegenheit hatte von Weizsäcker sich sehr kritisch über die Absicht, die Regierung nicht zu informieren, geäußert. Und über Scheers Erklärung, sein Kopf würde rollen, wenn das Unternehmen fehlschläge, spottete er nur. „Der Kopf von Adm. Scheer nützt dem Vaterland aber nichts“⁵⁸, schrieb von Weizsäcker. Drei Tage später gab Weizsäcker in einem Brief an seinen Mentor Trotha der Überzeugung Ausdruck, daß die dem alten Regime verbundenen Offiziere eine neue Art von Disziplin akzeptieren und in der Politik Zurückhaltung üben sollten. Er unterstellte, daß im Rahmen von Deutschlands neuem Regierungssystem sogar dann „nationale“ Ziele verfolgt würden, wenn sich die Führung aus Parteien der Linken rekrutiere. Die Offiziere sollten sich doch vor Augen halten, daß in Frankreich nationale, ja selbst chauvinistische Regierungen von der Linken geführt worden seien. Das alte Offizierkorps könnte es sich nicht leisten, eine solche neue Regierung in Deutschland abzulehnen⁵⁹. Der Brief war mithin eine verschleierte Warnung vor Illoyalitäten der Regierung gegenüber, vor konterrevolutionären Unternehmungen und vielleicht sogar eine Warnung vor dem Flottenvorstoß. Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang der Eintragung in Weizsäckers Tagebuch vom 28. Oktober, in der er die Aussichten des Vorstoßes taxierte, sagte, daß seiner Meinung nach die Regierung davon informiert werden müsse, und wo er meinte, dies zu unterlassen, laufe auf denselben Fehler hinaus, den die Militärs vier Jahre hindurch begangen hätten – auf den Kardinalfehler nämlich, sich in die Politik zu mischen und die Bestrebungen der zivilen Regierung zu untergraben. Daß seine Warnung wenig Eindruck hinterließ, geht klar aus der Tatsache hervor, daß Weizsäcker noch Anfang November, nach-

⁵⁸ Weizsäcker-Tagebuch, 28. Oktober 1918; WP, S. 309.

⁵⁹ Brief Weizsäckers an Trotha vom 25. Oktober 1918; WP, S. 307 f. Ein Entwurf dieses Briefes befindet sich in Weizsäckers Papieren, der abgesandte Brief liegt in den Papieren Trothas im Niedersächsischen Landesarchiv in Bückeburg.

dem Meuterei die Flotte am Auslaufen gehindert hatte, eine gefährliche „Militärfraktion“ entdeckte, die der Regierung entgegenarbeitete. Am 2. November riet er Scheer und Levetzow dringend davon ab, sich in die Bestrebungen der Regierung hinsichtlich der Abdankung des Kaisers einzumischen⁶⁰. Am 3. November sah er es als entscheidend wichtig an, einen Bruch zwischen „Militärfraktion“ und Regierung zu verhindern. Wenn die Regierung die Abdankung des Kaisers verlange, müßten die Militärs so einsichtig und vernünftig sein, dies, um damit die Ausrufung der Republik zu verhindern, zuzugestehen. Danke der Kaiser ab, könne die Monarchie dennoch erhalten bleiben; das sei fraglos wichtiger als an der Person Wilhelms II. festzuhalten⁶¹.

Offenkundig existierte die „Militärfraktion“ auch nach dem Rücktritt Ludendorffs noch, und Weizsäcker fürchtete, daß sie den Versuch machen könnte, die Abdankung des Kaisers zu verhindern. Wie das hätte geschehen können? Die Verwendung des Wortes „Fronde“ läßt einen Putsch vermuten, aber mehr als diese Vermutung können wir leider nicht vorweisen. Die genauen Absichten solcher potentiellen Frondeure wie Scheer und Levetzow Anfang November ist aber weniger bedeutsam als die Tatsache, daß zu so einem späten Zeitpunkt eine derartige Gruppe überhaupt noch existierte und bereit schien, die Regierung unter Beschuß zu nehmen, ihr entgegenzuarbeiten oder sie zu stürzen. Obgleich von Weizsäcker am 29. September zu dem optimistischen Schluß gekommen war, daß das Militär die Einmischung in die Politik endlich aufgegeben habe und das parlamentarisch abgestützte Kabinett des Prinzen Max regieren lassen würde, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Militärs den ganzen Oktober in die Angelegenheiten der Regierung eingriffen. Folglich waren Hindenburgs und Ludendorffs Armeebefehl, ihre Reise nach Berlin und die Rücktrittsgesuche sowie die Planung des Flottenvorstoßes Ende Oktober die ersten Ansätze zur Konterrevolution. Zu ihnen sollten sich, besonders mit dem denkwürdigen Kapp-Putsch 1920 und dem Putschversuch von 1923, weitere gesellen.

Doch unsere Deutung der Ereignisse geht darüber noch hinaus. Der Marine war im Laufe der vorangegangenen vier Jahre wiederholt bedeutet worden, daß die Flotte geschont werde, um in einer Entscheidungsschlacht gegen Ende des Krieges ihr ganzes Gewicht zur Geltung zu bringen. Das ist wahrscheinlich die unausgesprochene Prämisse des Flottenvorstoßes gewesen. Die Deutung von Deist betont den Gesichtspunkt der Ehre zu stark, Horn überbewertet das Selbstmordmotiv. Der Gedanke an eine „Zukunftflotte“ scheint nicht mehr als eine wichtige Nebüberlegung gewesen zu sein. Die militärischen Möglichkeiten der Flotte, so wie sie damals von den deutschen Offizieren eingeschätzt wurden (auch wenn wir der Ansicht sind, sie hätten sich damals stark geirrt), sind bisher nicht ausreichend in Betracht gezogen worden. Vor allem aber sollten wir die politische Absicht des Flottenvorstoßes stärker in Zusammenhang mit den Bestrebungen Hindenburgs und

⁶⁰ Weizsäcker-Tagebuch, 2. November 1918; WP, S. 313.

⁶¹ Ebenda, 3. November 1918; WP, S. 313 f.

Ludendorffs sehen. Die Seekriegsleitung und die Oberste Heeresleitung wollten den Verhandlungen zweifellos ein Ende setzen. Sehr wahrscheinlich wollten sie – unter einer neuen Regierung – auch die Wiederaufnahme des Krieges erreichen, um so bessere Waffenstillstandsbedingungen als die zu erlangen, die sich nach Präsident Wilsons dritter Note abzeichneten.

Dokumentation

JOHANN WILHELM BRÜGEL/NORBERT FREI

BERLINER TAGEBUCH 1932-1934

Aufzeichnungen des tschechoslowakischen Diplomaten Camill Hoffmann

Die letzte Phase der Weimarer Republik und die Anfangszeit des Dritten Reiches gehören zu den am gründlichsten erforschten und am besten dokumentierten Abschnitten der deutschen Geschichte. Gleichwohl besteht kein Überfluß an gut informierten und zugleich persönlich gehaltenen Schilderungen der Monate des Übergangs vom autoritären Präsidialregime zur nationalsozialistischen Führerdiktatur¹. Die hier vorgelegten Aufzeichnungen des Presseattachés der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Berlin sind naturgemäß nicht dazu angetan, das in jahrzehntelanger Forschung entstandene Bild des politischen und geistig-kulturellen Umbruchs zu verändern; wohl aber verhelfen die zahlreich darin enthaltenen interessanten Vignetten und Farbtupfer zu größerer Anschaulichkeit.

Auf der diplomatischen Bühne der Reichshauptstadt war Camill Hoffmann in mancher Hinsicht eine Ausnahmeerscheinung: Böhmischer Lyriker und tschechoslowakischer Sozialdemokrat, war er dem künstlerischen und linksdemokratischen Berlin der zwanziger Jahre mindestens so zugetan wie dem außenpolitischen Establishment professionell verbunden. Die Vielfalt der persönlichen Kontakte Hoffmanns, sein Kenntnisreichtum sowohl im Bereich der deutschen Innen- und Außenpolitik wie auf kulturellem Gebiet, galten auch im Kreis seiner Diplomatenkollegen als ungewöhnlich. Eine der Wurzeln für Hoffmanns breitgefächerte geistige Interessen lag in der weltoffenen Zweisprachigkeit seines jüdischen Elternhauses im mittelböhmischen Kolin, in das er am 31. Oktober 1878 hineingeboren worden war.

Mit der tschechischen Sprache und Kultur ebenso vertraut wie mit der deutschen, ging Hoffmann nach dem Besuch des deutschen Gymnasiums in Prag und der Ausbildung an einer Handelsschule um die Jahrhundertwende in die Metropole der Donaumonarchie. Seine erste Anstellung fand er in der Redaktion der linksliberalen Wiener Tageszeitung „Die Zeit“. 1902 debütierte Hoffmann mit dem Gedichtband „Adagio stiller Abende“, und noch im selben Jahr gab er zusammen mit Stefan Zweig eine Übersetzung von Baudelaires „Gedichte in Vers und Prosa“ heraus. Ein

¹ Von der Zeitgeschichtsschreibung als herausragendes Dokument anerkannt: Harry Graf Kessler, *Tagebücher 1918-1937*, Frankfurt 1961. Einen guten Eindruck von der Quellenlage geben Josef und Ruth Becker (Hrsg.), *Hitlers Machtergreifung 1933. Vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933*, München 1983.

zweiter eigener Lyrikband mit melancholischen Spiegelungen seiner böhmischen Heimat folgte 1910 („Die Vase“); in diesen Jahren zählte er zu dem Kreis junger Wiener Dichter um Hugo von Hofmannsthal.

Von 1910 bis 1918 arbeitete Hoffmann als Feuilletonredakteur der *Dresdner Neuesten Nachrichten*. Die alte Kunststadt, Zentrum des deutschen Expressionismus („Die Brücke“), bot schier unerschöpfliche Gelegenheiten des Austauschs mit Schriftstellern und bildenden Künstlern, die häufig zu Gast im Hause Hoffmann in Hellerau bei Dresden waren. Hier betätigte sich Hoffmann auch weiterhin selbst als Herausgeber literarischer Werke, so 1912 der Gedichtsammlung „Deutsche Lyrik aus Österreich“ und 1913 einer Edition von Briefen aus dem 18. und 19. Jahrhundert („Briefe der Liebe“).

Wenige Monate nach Ausrufung der Tschechoslowakischen Republik am 28. Oktober 1918 wurde Camill Hoffmann Presseattaché der Berliner Gesandtschaft der ČSR. Mit Ausnahme einer kurzen Zwischentätigkeit bei der offiziellen *Prager Presse*, die er 1921 auf Wunsch des tschechoslowakischen Außenministeriums etablieren half, blieb Hoffmann bis nach dem Münchner Abkommen vom September 1938 auf Posten in Berlin.

Hoffmanns nominelle Stellung in der Gesandtschaft verdeckte eher den tatsächlichen Einfluß, den er auf den Gesandten František Chvalkovský und seit Sommer 1932 auf dessen Nachfolger Voitěch Mastný nahm. Auch beim ersten Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Thomas G. Masaryk, bei Außenminister Edvard Beneš und bei dem Historiker Kamil Krofta, der nach Beneš' Wahl zum Staatspräsidenten 1936 neuer Außenminister wurde, fand Hoffmann während seiner regelmäßigen Besuche in Prag Gehör. Aber nicht nur den politischen Kreisen seines Heimatlandes galt der Presseattaché als besonders gut informiert: Hoffmanns gewachsene Vertrautheit mit der deutschen Politik und Kultur und seine freundschaftlichen Beziehungen zu führenden Vertretern der Weimarer Sozialdemokratie machten ihn zum begehrten Gesprächspartner vieler Diplomaten und Journalisten.

Zu Jahresanfang 1932 begann Hoffmann – offenbar erstmals – ein Tagebuch zu führen. Trotz wiederholter Selbstaufforderung zu größerer Regelmäßigkeit blieben die Eintragungen oft über lange Zeiträume hinweg sporadisch; die wichtigste Ursache dafür scheinen die beruflichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen des Gesandtschaftsangehörigen gewesen zu sein. Hoffmanns Aufzeichnungen entbehren dadurch einerseits zwar oft der in einem Tagebuch für gewöhnlich zu erwartenden dichten Widerspiegelung der Entwicklung wichtiger (politischer) Ereignisse, für den Tagebuchschreiber ergibt sich daraus jedoch andererseits immer wieder die Notwendigkeit resümierender und rasonnierender Rückblenden, die zweifellos von eigenem Reiz für den heutigen Leser sind.

Zunächst ein Zeugnis leidenschaftlicher Anteilnahme am Schicksal der Weimarer Republik, geriet Hoffmanns Tagebuch nach Hitlers Regierungsantritt zu einem eindrucksvollen Dokument ebenso tatkräftiger wie in persönlicher Bescheidenheit geleisteter Hilfe zugunsten politisch gefährdeter Freunde. Mit viel Sensibilität und ohne jede Selbstgerechtigkeit registrierte Hoffmann den lange vor der nationalso-

zialistischen Machtübernahme einsetzenden Verfall politischer Moral und Prinzipienfestigkeit, gerade auch im bürgerlich-intellektuellen Lager. Hoffmanns besondere geistig-kulturellen Interessen schärfen zweifellos seinen Blick für die nicht nur im engeren Sinne politische, sondern fundamentale ideologische Bedrohung, der die Weimarer Republik durch die Nationalsozialisten ausgesetzt war. Seine Aufzeichnungen spiegeln freilich auch die resignative Stimmung, die sich in der Schlussphase der Republik in linken und linksliberalen Kreisen breitzumachen begann.

Die Edition schließt mit Hoffmanns Bemerkungen zur Situation des NS-Regimes im Sommer 1934, als Hitler durch den doppelten Schlag gegen die SA und seine Kritiker auf der Rechten nach monatelanger Krise eine von vielen unerwartete Stabilisierung seiner Herrschaft erzielte. Für ein Mitglied der tschechoslowakischen Gesandtschaft war der Kreis der möglichen politischen und gesellschaftlichen Ansprechpartner zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich geschrumpft. Hoffmanns spätere Aufzeichnungen, die – obwohl mit den Jahren 1934/35 bis 1939 einen weitaus größeren Zeitraum umfassend – vom Umfang her in etwa mit dem hier abgedruckten Teil aus den Jahren 1932 bis 1934 vergleichbar sind, bezeugen das. Angesichts der aggressiv gegen die ČSR gerichteten Politik des Dritten Reiches sahen sich die tschechoslowakischen Diplomaten in Berlin immer mehr auf Kontakte mit einigen wenigen befreundeten Botschaften beschränkt. Wenig überraschend, waren die von Hoffmann in dieser Zeit in seinem Tagebuch festgehaltenen Informationen überwiegend außenpolitischer Natur und stammten, soweit sie sich auf die erste Garnitur der nationalsozialistischen Politiker bezogen, aus zweiter Hand. (Dieser Umstand erleichterte den schon aus Platzgründen gebotenen Entschluß, hier auf ihren Abdruck zu verzichten.)

Im Januar 1939 wurde Camill Hoffmann von der neuen Prager Regierung unter Staatspräsident Emil Hácha von seinem Berliner Posten abberufen – im Einvernehmen mit dem Gesandten Mastný und nicht ohne persönliche Erleichterung, wie er seinem früheren Vorgesetzten Chvalkovský nach seiner Rückkehr in Prag gestand: „Ich erwähne, daß ich dankbar bin für Abberufung, da nach dem letzten Pogrom in Berlin [gemeint ist der 8. November 1938] die Lage für mich menschlich unerträglich war. Amtliche Schwierigkeiten wurden mir nicht gemacht, ich hatte sogar Olympisches Ehrenabzeichen. Chvalkovský lacht dazu.“²

Überzeugt davon, „daß für einen jungen Juden in ČSR keine Zukunft ist“, drängte Hoffmann seinen Sohn Hans, sich auf die Auswanderung vorzubereiten; Tochter Edith befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits in London. Für sich selbst und seine Frau hingegen sah Hoffmann keine Alternative zu einem Lebensabend in Prag. In den Ruhestand entlassen, begann er mit Vorarbeiten zu einer Geschichte der Tschechoslowakei. Das Vorhaben blieb unerfüllt, denn im Frühjahr 1942 wurde das Ehepaar Hoffmann nach Theresienstadt verbracht. Während der folgenden zweieinhalb Jahre in dem nationalsozialistischen „Altersghetto“ schrieb Hoffmann eine Anzahl von Gedichten, die Prager Freunde über die NS-Zeit hinwegtrotzten.

² IfZ, F 147, Eintragung vom 31. 1. 1939; dort auch das folgende Zitat.

„Es sind“, so Hoffmanns Tochter, „traurige Gedichte, die von der Einsamkeit und den Träumen des Internierten sprechen“.

Am 28. Oktober 1944 verließ der letzte Transport Theresienstadt in Richtung Auschwitz. Camill und Irma Hoffmann gehörten zu denen, die damit in den Tod geschickt wurden.

Editorische Hinweise

Wie alle publizistischen Arbeiten, verfaßte Camill Hoffmann auch sein Tagebuch in deutscher Sprache; nur ganz selten – im hier abgedruckten Teil nur einmal – finden sich darin tschechische Begriffe oder Redewendungen. Um den originalen Charakter der Aufzeichnungen nicht zu beeinträchtigen, wurde *innerhalb* des für die Veröffentlichung bestimmten Teils des Tagebuches nur behutsam gekürzt. Alle Auslassungen sind durch [...] gekennzeichnet; wo ganze Tage ausgelassen wurden, stehen eckige Klammern in einer eigenen Zeile. Ebenso wurden redaktionelle Zusätze durch eckige Klammern markiert, nicht jedoch reine Auflösungen unüblicher Abkürzungen. Offenkundige Irrtümer in Orthographie und Interpunktion wurden stillschweigend korrigiert, während stilistische Eigenheiten erhalten blieben. Der Übersichtlichkeit wegen einheitlich gestaltet wurde die Datumszeile, mit der jeweils eine neue Eintragung beginnt.

Auf eine durchgängige Sachkommentierung wurde vor allem aus Umfanggründen verzichtet. Jedoch werden weniger bekannte Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens, soweit vom Tagebuchschreiber nicht selbst eingeführt, nach Möglichkeit knapp vorgestellt.

Die Anregung zur Publikation des Tagebuches ging von Frau Edith Hoffmann-Yapou (Jerusalem) aus, in deren Besitz sich das handschriftliche Original befindet. Eine vollständige Kopie des Originals, das (mit Lücken) den Zeitraum vom 1. Januar 1932 bis zum 7. Mai 1939 umfaßt, befindet sich im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (Signatur: IfZ, F 147). Frau Yapou stellte dankenswerterweise die Transkription sowie eine biographische Skizze ihres Vaters zur Verfügung und unterstützte die Identifizierung einiger seiner Freunde und Verwandten. Die übrigen Personenrecherchen besorgte Frau Gabriele Jaroschka (München).

Die Veröffentlichung geschieht in memoriam Johann Wilhelm Brügel, der im November 1986 im Alter von 81 Jahren in London verstorben ist. Professor Brügel, den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* seit Jahrzehnten als Autor verbunden, hatte die Bearbeitung und Herausgabe des Tagebuches von Camill Hoffmann übernommen, dessen Lebensweg mit seinem eigenen manche Parallelen aufwies: Auch Brügel, Sozialdemokrat und Jude wie Hoffmann, war nach seinem Jurastudium in Prag in den Staatsdienst eingetreten. Anders als der um eine Generation ältere Hoffmann hatte Brügel seine Heimat im April 1939 jedoch verlassen. Seit 1940 arbeitete Brügel für die tschechoslowakische Exilregierung in London, wohin er 1947, noch vor der kommunistischen Machtübernahme in Prag, ein zweites Mal emigrierte.

Dokument

1. Januar 1932.

Ich habe mir vorgenommen, im Jahre 1932 meine alte Absicht, ein Tagebuch zu führen, zu verwirklichen. Hundert Jahre nach Goethe, – wie schaut die Welt aus? Ich bilde mir nicht ein, es am Ende durch die täglichen Eintragungen zu erfahren. Immerhin, die Krise, die in aller Welt herrscht, scheint Entscheidungen und Klärungen zuzutreiben. Es kommt darauf an, lange zu leben. Vielleicht erlebt man dann noch die Herauskunft des Neuen. Ich werde notieren, was ich erlebe oder wenigstens aus unmittelbarer Nähe höre und sehe. Bedeutendes, wenn es da ist, Unbedeutendes, das häufiger sein wird und als Farbtupfer nicht verworfen werden soll. Alles zwanglos, zusammenhanglos. Mag Zusammenhang und Logik ex post entstehen. In Deutschland bereitet sich alles auf die Hitler-Diktatur vor. Ich habe vor Wochen mit Mowrer³ eine Champagnerflasche gewettet, daß am 1. Sept. 1932 in Deutschland keine faschistische Diktatur herrscht, weil ich an klare Situationen in Deutschland nicht glaube und schlimmstenfalls eine Koalition Hakenkreuz-Zentrum erwarte, ohne Hitler, ohne Brüning. Der $\frac{3}{4}$ Faschismus ist ja ohnehin da. – Den Silvesterabend bei Kučera⁴ verbracht, wo noch Richard Bernstein⁵ und Sarvey waren. Hindenburg sprach um $\frac{1}{2}$ 10 im Rundfunk. Der Apparat brachte mehr Störungen als Worte. Nachher wurde telephonierte, daß Kommunisten die Ansprache durch Selbsteinschaltung gestört haben. „Nur der Kommunismus kann uns retten ... Hoch Sowjetdeutschland.“ In diesem Zeichen begann 1932, und doch glauben selbst vernünftige, nüchterne Leute, in Deutschland werde in wenigen Monaten Hitler regieren.

2. Januar.

Gestern in der roten Revue „Mausefalle“ gewesen, im Kleinen Theater Unter den Linden, aufgeführt von einem Schauspieler-Kollektiv ohne Namen, verfaßt ebenso anonym. Kommunistische Propaganda zur Gewinnung der kleinbürgerlichen Angestellten. Bat'a⁶ als Repräsentant des Privatkapitalismus, als „Wirtschaftsführer“. Wie „Mehrwert“ unter Arbeitern erklärt wird und gezeigt, wie der „Mehrwert“ vom Unternehmer geraubt wird, ist schlagend. Späße über Goethe, Bildung u. s. w. Goethe wird nicht abgelehnt, aber zurückgestellt bis in eine bessere Zeit. [...] Vormittag erzählt Chvalkovský über den Neujahrsempfang bei Hindenburg. Hindenburg machte einen gesunden Eindruck, kam allerdings auf einen Stock gestützt wie Friedrich II. und erzählte später, daß er einmal vom Pferd gestürzt sei, sich das Knie verletzt habe; „mit dem Alter wird es nicht besser“. Nach seiner Ansprache an das diplomatische Korps, beim Cercle, erinnerte er sich an Chvalkovský, wie stets, an

³ Edgar Ansel Mowrer (1892–1977), seit November 1923 als Korrespondent der *Chicago Daily News* in Berlin.

⁴ Antonin J. Kučera, Mitarbeiter in der Presseabteilung der tschechoslowakischen Gesandtschaft.

⁵ Richard Bernstein, sozialdemokratischer Journalist.

⁶ Thomas Bat'a (1876–1932), tschechoslowakischer Unternehmer, entwickelte für seinen internationalen Schuhkonzern ein Entlohnungssystem, das die Arbeitnehmer an den Gewinnen und Verlusten beteiligte.

Prag, und meinte dann: „Wir machen auch Ihnen Sorgen.“ Er sagte das mit Bezug auf die deutsche Wirtschaftskrise, von der die Tschechoslowakei stark berührt wird. Chvalkovský antwortete, daß er hoffe, die Verhältnisse in Deutschland würden sich bessern, schon damit auch der Tschechoslowakei geholfen werde. Chvalkovský wollte dieses Gespräch in die Zeitungen bringen, ich riet ab, so daß er es aufgab. Er glaubt seit gestern an die Wiederwahl Hindenburgs. Mitten im Gespräch bekam er eine Karte von Kramář⁷, offenbar als Antwort auf eine Neujahrsgratulation; Kramář werde sich mit dem Präsidenten „aussöhnen“.

3. Januar.

In der Mittagszeit in der Nähe des Hotels Eden im Regen einem hohen, etwas gespenstisch hinschreitenden Manne begegnet, nach dem ich mich unwillkürlich umblicken mußte. Es war Hans Müller⁸. Ich dachte mich nach Wien zurück in die Zeit, da er, Stefan Zweig und ich unsere ersten Gedichte herausgaben. Wir hielten Müller für so begabt! Aber wir lachten über seine Unbedenklichkeit, wie er sich äußere Erfolge verschaffte. So erzählte er selbst lustig, wie er im Brünner „Tagesboten“ ein lobhudelndes Feuilleton über Georg Hirth veröffentlichte, um in die Münchner „Jugend“, deren Herausgeber Hirth war, zu gelangen. Später machte er sich an die Burgtheaterschauspieler heran und schrieb Stücke für sie, machte als „Dichter“ solche Karriere, daß ihn während des Krieges Kaiser Wilhelm empfing, weil ihm Müllers „Könige“ so gefielen. Jetzt hat er den franzosenfeindlichen Film „York“ geschrieben. Bei jeder Konjunktur dabei, also auch bei der nationalistischen. Jude, Sohn eines Advokaten aus Brünn, – ich wollte ihm im ersten Augenblick auf die Schulter klopfen: „Was machen Sie für Schweinereien, Müller!“ Aber natürlich ließ ich's sein.

4. Januar.

Chvalkovský war vorgestern, Samstagnachmittag, bei François-Poncet⁹, der ihm einen Rapport vorlas, den er nach Paris schickte. François-Poncet meinte auf Grund von Unterredungen mit Brüning, dieser werde in Lausanne als Minimum drei Jahre weiteres Moratorium für die Reparationen fordern, aber außerdem die Erklärung, daß vor Ablauf des Moratoriums eine Konferenz stattfinde, in der die „endgültige Lösung“ der Reparationsfrage getroffen werde, womit ja die Streichung der Reparationen gemeint ist. Wozu das, da Deutschland nach Ablauf des Moratoriums die Reparationen nicht zahlen will? Öffentlich propagiert Brüning schon jetzt die endgültige Streichung, glaubt sie aber theoretisch nicht zu erlangen, wohl doch praktisch. François-Poncet klagte darüber, daß er in deutschen Zeitschriften täglich

⁷ Karl Kramář (1869–1937), 1918/19 erster Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Republik, Begründer des „Neoslavismus“, Mitglied der Nationaldemokratischen Partei.

⁸ Hans Müller (1882–1950), österreichischer Schriftsteller und Dramaturg.

⁹ André François-Poncet (1887–1978), französischer Botschafter in Berlin (vgl. dazu sein Buch: Als Botschafter in Berlin 1931–1938, Mainz 1948).

beschimpft werde. Auch Homosexualität habe man ihm nachgesagt. „Ich bin nicht homosexuell, aber Hoesch ist es!“ Für die Hinrichtung Schlageters mache man ihn verantwortlich. Schlageter sei hingerichtet worden, weil er im Ruhrkampf eine Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt habe; er habe zur Hinrichtung eine „Einladung“ bekommen, sei aber nicht hingegangen. François-Poncet bestreitet immer wieder, daß er eine Verständigung mit der Rechtsopposition suche. Zu ihm kämen Deutsche aus verschiedenen Lagern, vielleicht sei einmal einer dabei gewesen, der sich nachträglich als Unterhändler Hitlers ausgegeben habe, aber nicht zu ihm selbst, zu François-Poncet. Er höre alle an, spreche mit allen, aber er mache keine Rechtspolitik in Deutschland. [...]

7. Januar.

Wer wird der neue Reichspräsident? Da die Amtszeit Hindenburgs im Mai abläuft, ist diese Frage längst fällig. Brüning schneidet sie so an, daß er einen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, durch den die Neuwahlen vermieden werden sollen und die Amtszeit des Reichspräsidenten auf parlamentarischem Wege verlängert werden soll. Dazu bedarf es der Zweidrittelmehrheit im Reichstage. Groener hat gestern Hitler zu sich geladen, und Hitler wurde heute von Brüning empfangen, der ihn für die Amtsverlängerung Hindenburgs gewinnen will. Hitler gibt keine Zusage, stellt aber offenbar Bedingungen und behält sich die Antwort vor, bis er mit den Führern der andern nationalen Parteien gesprochen hat. Die Sache wirbelt alle Fragen auf, die mit der möglichen Regierungsbeteiligung der Hakenkreuzler zusammenhängen. Die Sozialdemokraten sind betroffen. Brüning empfängt abends Wels, Breitscheid und Hilferding und legt auch ihnen den Plan vor. Sie binden sich ebensowenig wie Hitler, erklären aber, daß sie nicht mitmachen, wenn Hitler und die nationale Opposition überhaupt Bedingungen stelle. Ich höre, daß Brüning ihnen gesteht, Hindenburg sei für die parlamentarische Amtsverlängerung schwer zu gewinnen gewesen. Weiter soll er, nach Brüning zu schließen, darüber besorgt sein, daß man eines Tages, nachdem er zum zweiten Mal Reichspräsident geworden wäre, seinen Rücktritt fordern könnte. Dabei dürften Erfahrungen, die er mit Deutschnationalen schon gemacht hat, mitspielen. Er sagte, er würde nicht zurücktreten, wenn er annehmen müßte, daß dies außenpolitisch schädlich wäre, und auch nicht, wenn er einem verfassungsfeindlichen Kandidaten weichen sollte.

8. Januar.

Heute abends „Vert-Vert“, vorgetragen von Karl Kraus¹⁰. Seine 100. Berliner Vorlesung. Das Werk hat gute Figuren, komisch-reizvolle Situationen, hübsche Musik, reicht aber an die Meisterwerke, die Offenbach unsterblich gemacht haben, doch nicht heran. Kraus überschätzt es wie alles, womit er sich intensiv befaßt. Großartig wie immer ist seine Wiedergabe. Alle Figuren leben, er ersetzt wirklich ein ganzes Ensemble. Einige Nummern singt er hinreißend. Es ist ein Schauspiel für sich allein,

¹⁰ Karl Kraus (1874–1936), österreichischer Schriftsteller, 1899 Gründer und Herausgeber der *Fackel*.

ihn auf das Podium kommen zu sehen, blaß, überarbeitet, dem Beifall sich wie einem Erfrischungstusch hingebend. Dann sitzt er am Tisch, spricht, spielt, singt, wird rot und jung, ist aber zugleich schief und gnomenhaft, die rechte Schulter ragt größer empor als die linke, die feinen Hände mimen ausdrucksvoll mit. Da er selbst aufblüht, begreift er nicht, daß das Publikum, während die Akte sich dehnen, ermüdet.

9. Januar.

Die Frage der Präsidentenwahl ist noch ungeklärt. Hitler hat gestern mit dem Stahlhelm verhandelt, der für Neuwahlen durchs Volk eintritt. Heute mit Hugenberg 2½ Stunden. Die Deutschnationalen widerstreben dem Brüning'schen Plan und fürchten von ihm die Befestigung des Brüning'schen Regimes. Brüning hat angesichts des Widerstands Hugenberg für morgen zu sich gebeten. Er sprach heute auch mit Dingeldey¹¹. Der ist für Hindenburg so oder so. Vor Montag fällt keine Entscheidung. – Inzwischen regt das Ausland sich über Londoner Meldungen auf, nach denen gestern Brüning zum Botschafter Rumbold gesagt hat, daß Deutschland weder jetzt noch in Zukunft Reparationen zahlen kann. Brüning gibt eine Erklärung durch die Presse ab, die abschwächt in der Form, aber eigentlich bestätigt. Die Auslandsmeldungen scheinen freilich zu besagen, daß Brüning weder zahlen kann noch zahlen will. – Hegner¹² heute in Berlin. Morgengespräch beim Frühstück gleich. Hegner, von materiellen Dingen aus, beginnt nach seiner Gewohnheit zu philosophieren. Versinken des deutschen Volkes in neue Barbarei. Ich widerspreche aus Vergnügen, Hegner anzuhören, und argumentiere damit, daß in wenigen Jahrzehnten ein großes Volk nicht seine Kultur verlieren könne. Bis 1848 wären noch Geist und Kultur dagewesen. Siehe Klassik, die Hochschulen etc. Hegner: Der Klassizismus war ein Versuch, das deutsche Volk zu romanisieren, der sei mißlungen. Die echte Kultur sei antiken Ursprungs, ihre Tradition bei den romanischen Nationen nicht unterbrochen, aber die Deutschen seien für sie verloren. Die Gespräche enden jedesmal abrupt. Hegner pflegt den Katholizismus als einziges Heil anzupreisen.

15./17. Januar.

Hájek¹³ am 15. morgens aus Kopenhagen angekommen, Emil¹⁴ am Tage vorher. Abends zusammen in „Hoffmanns Erzählungen“ im Großen Schauspielhaus, am Tage darauf mit Hájek im Funkhaus, am 3. Tage (Sonntag) im Pergamon-Museum. Zwischendurch ist Karl Kraus wieder in Berlin, [. . .] ich spreche mit K. Kraus Sonntag (17.) im Hotel Hermes. Er denkt daran, aus dem österreichischen Staats-

¹¹ Eduard Dingeldey (1886–1942), MdR, seit 1930 Vorsitzender der Deutschen Volkspartei.

¹² Jakob Hegner (1882–1962), Verleger und Übersetzer in Dresden, emigrierte 1938 nach Großbritannien.

¹³ Jan Hájek (geb. 1883), Sektionschef im tschechoslowakischen Außenministerium, Pressechef des Staatspräsidenten, nach 1930 Militärattaché in Belgrad.

¹⁴ Emil Oplatka, Journalist und tschechoslowakischer Regierungsbeamter, Schwager von Camill Hoffmann.

verband auszutreten, da er zu einem „Schoberstaat“ keine moralischen Verpflichtungen fühlt.

[...]

5. Februar.

Vormittag Prof. Hesnard¹⁵ bei mir. [...] Wir reden über Brüning. „Wozu hat er im Sommer seine Reisen gemacht, ist in Paris gewesen, wenn er den Youngplan nicht erfüllen wollte. Damals wollte er eben noch, erst seither hat er unter dem Druck der nationalistischen Entwicklung im Innern Nein gesagt“, sage ich. Hesnard stimmt zu: „Auf unsere Minister in Paris hat Brüning einen guten Eindruck gemacht. Er hat gute Formen, wirkt asketisch, saubere Gesinnung, das gefiel. Für einen bedeutenden Staatsmann hat man ihn nicht gehalten.“ Wir stellen Differenzen im Reichskabinett fest, da Warmbold¹⁶ Industrieinteressen zu vertreten scheint und inflatorische Pläne hat, die Brüning bekämpft. Groener ist auch nicht mehr eines Sinnes mit Brüning, da er sich für seinen Nachfolger hält und zu größeren Zugeständnissen an die Rechtsparteien bereit ist. Hesnard meint, daß Brüning hinter der Kampagne gegen Hitler stehe, da er seine Kandidatur für die Präsidentenwahl verhindern will, und glaubt, daß Brüning auch die Enthüllung über Fricks Versuch, Hitler die thüringische Staatsbürgerschaft zu verschaffen, veranlaßt hat. Er biegt sich vor Lachen, als ich bemerke: „Denken Sie, daß Hitler Gendarm werden wollte, um Reichspräsident werden zu können.“ Wir sind einer Meinung, daß Hitler in jedem andern Lande durch Lächerlichkeit unmöglich geworden wäre, aber nicht in Deutschland, wo der Humor für derlei Dinge ausgestorben zu sein scheint. [...]

9. Februar.

Brüning spricht in Genf; die Rede am Radio zu hören. „Deutschland hat einen rechtlichen und moralischen Anspruch auf allgemeine Abrüstung.“ – „Abrüstung auf dem Boden der Gleichberechtigung.“ Die Rede klingt unpersönlich, akademisch. Die Abendblätter stellen es fest. Sie sind, bis auf die Mitte und den „Vorwärts“, ungünstig für Brüning. Die „Deutsche Zeitung“: „Man wird von dieser Rede später sagen, daß sie die letzte Regung des alten Systems gewesen sei, – ein letzter Appell an die andern, die Hoffnungen zu erfüllen, auf denen sich dieses alte System mit allen seinen Irrtümern aufbaute.“ Die Rechtsparteien sind davon überzeugt, daß Brüning vor dem Sturz steht. Hitler ist wieder in Berlin angekommen. Brüning eilt von Genf zurück und kommt morgen an, um offenbar die Entscheidung über die Reichspräsidentenwahl zu treffen. Die Nationalsozialisten wollen eine so große Verwirrung schaffen, daß Hindenburg, gekränkt und abgestoßen, es ablehnt, zu kandidieren. Es heißt, sie stellen für den ersten Wahlgang einen Zählkandidaten.
[...]

¹⁵ Oswald Hesnard (1877–1936), Professor für Germanistik, seit 1919 Pressechef der französischen Botschaft und Leiter des Institut Français in Berlin.

¹⁶ Hermann Warmbold (1876–1946), parteiloser Reichswirtschaftsminister im 2. Kabinett Brüning und im Kabinett Papen.

13. Februar.

Chvalkovský war gestern abends beim Nuntius. Empfang anlässlich der zehnjährigen Regierung des Papstes. Anwesend Hindenburg, Brüning, Braun, Kaas etc. Hindenburg sprach von seinem Gute Neudeck. Im Winter läßt es sich schlecht heizen, die Villa in Hannover [habe] er vor Jahren verkauft. Aus diesen Reden schlossen die Anwesenden, daß Hindenburg ungern die Wilhelmstraße verlassen würde. Der polnische Gesandte erzählte, daß er von Staatssekretär Meißner wisse, Hindenburg wäre jedesmal, wenn er von Neudeck komme, aufgebracht über den Korridor und könne sich tagelang nicht beruhigen. Man hat den Eindruck, daß Hindenburgs Familie darauf Wert legt, daß er Präsident bleibt. Chvalkovský sprach mit Kaas über die Nationalsozialisten; Kaas fragte nach ihrer Tätigkeit in Č.S.R. Chvalkovský antwortete darauf, daß sie antikatholische Politik treiben und daß deutsche Politiker, die mit den Tschechen zusammenarbeiten wollen und die „Brücke“ sein wollen zwischen Č.S.R. und Deutschland, sich über die Nationalsozialisten am meisten beschweren. Kaas meinte, auch das Zentrum habe in den ersten Jahren vielfach geglaubt, man könnte mit den Nationalsozialisten zusammenarbeiten, sie hätten selbst die Annäherung gesucht, besonders in Bayern, aber je mehr der protestantische Norden von Hitler gewonnen wurde, desto gegnerischer wurde die Haltung. „Ich habe ihnen niemals getraut“, sagte Kaas. – Chvalkovský erzählte, daß bei der SA-Parade Hitlers im Sportpalast alle diplomatischen Vertretungen geladen waren. Das stimmte aber nicht, denn Dr. Wasserbäck von der österreichischen Gesandtschaft teilte mir mit, daß seine Gesandtschaft nicht mit eingeladen war, und er wäre „als Journalist“ im Sportpalast gewesen. Von der Parade täten ihm noch die Ohren weh, so viele preußische Märsche wurden gespielt. Chvalkovský sagt, [...] Frau Tasca, die Frau des rumänischen Gesandten, wäre auch bei der Parade gewesen, aus Neugierde und weil sie Hitler persönlich telephonisch eingeladen hätte; sie sei rumänische Hofdame und kenne hier eine ehemals kaiserliche Hofdame, die Beziehungen zu Hitler hätte. Wir rechneten die Chancen für Hindenburg im ersten Wahlgang, wenn neben ihm Hitler (oder sein Zählkandidat) und Thälmann kandidieren. Wir schätzen die abgegebenen Stimmen auf 34 Millionen, von denen Hindenburg 15, Hitler 13 bekäme. Am 13. März wird man sehen!

15. Februar.

Deutsches Theater rief mich gestern, Sonntag, an, „morgen, ½ 2 Uhr“ sei Generalprobe von G. Hauptmanns „Vor Sonnenuntergang“, ein Logensitz sei für mich reserviert. Pünktlich da. Die Probe beginnt nach 2 Uhr. Ihr wohnen 100–200 Personen bei, keine Theaterkritiker mit Ausnahme des alten Bie¹⁷. In der sechsten oder siebenten Reihe sitzt Hauptmann selbst, vor ihm seine Frau und sein Sohn Benvenuto, hinter ihm Reinhardt¹⁸. Der alte Siegmund Feldmann hat sich an die Gesell-

¹⁷ Oskar Bie (1864–1938), Musikschriftsteller.

¹⁸ Max Reinhardt (1873–1943), Schauspieler und Regisseur, 1924–1932 Leiter des Deutschen Theaters in Berlin.

schaft herangemacht und läßt sich bei ihr nieder. In den ersten zwei Reihen links sitzen Zeichner und Photographen. Diesmal werden nicht nur die Schauspieler auf der Bühne, sondern auch die Hauptmann-Gruppe im Parkett aufgenommen. In der ersten Pause richten die Photographen ihre Apparate auf Hauptmann, aber bevor sie blitzen, ruft Reinhardt, etwas boshaft, während sich Hauptmann in Pose geworfen hat: „Dr. Hock¹⁹, kann es nicht weitergehen?“ Gleich darauf Gongschlag, das Photographieren ist unterbrochen, das Spiel geht weiter. In der zweiten Pause stehen Reinhardt und Hauptmann beratend im Gespräch: da können sie geblitzt werden, zur deutlichen Zufriedenheit beider. Der siebzigjährige Hauptmann sieht im Silberkranz der Haare glänzend und saturiert aus. Das Drama wirkt durch handfeste Theatralik, aber es ist mit seiner bürgerlichen Atmosphäre nicht mehr zur Zeit gehörig; viel moralische Entrüstung über die Liebe des alten Geheimrats zur sozial niedrigeren jungen Kindergärtnerin. Man möchte hinrufen: „Reden Sie mehr von Tachles!“ Aber doch bewunderungswürdig der feste Griff des Dichters, die Menschengestaltung. Im Hinausgehen stoße ich auf Dr. Bermann-Fischer²⁰: „Ein Vorkriegsstück, aber großartig gekonnt, ein sicherer Erfolg.“ Er sträubt sich gegen die Bezeichnung „Vorkriegsstück“, aber die Aussicht auf Erfolg tröstet ihn offenbar.

17. Februar.

Chvalkovský teilt mir mit, daß Krofta ihm gestern telephonierte, er solle mit seiner Versetzung nach Rom per 1. Juni rechnen. Beneš hätte sie im April durchführen wollen, aber dazu wäre die Zeit zu kurz. Das „Berliner Tageblatt“ hat mich angerufen, verlangt für eine Goethe-Rundfrage einen Beitrag des Gesandten. Ich schreibe den Beitrag und lege ihn Chvalkovský vor. Er hat gerade „Goethův Sborník“²¹ erhalten und da ich das Buch erwähne, schlägt Chvalkovský den Artikel Masaryks „Mein Verhältnis zu Goethe“ auf. Wir finden beide, daß er lehrerhaft geschrieben ist, ohne tieferes Verständnis. [...]

23. Februar.

Die Deutschnationalen und der Stahlhelm veröffentlichen ihre gemeinsame Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl: Duesterberg²². Zugleich hat gestern Dr. Goebbels im Sportpalast verkündet: unser Reichspräsident wird Hitler sein. Also

¹⁹ Stefan Hock (1877–1947), seit 1921 Dramaturg und Bühnendirektor am Deutschen Theater in Berlin; emigrierte 1938 nach Großbritannien.

²⁰ Dr. Gottfried Bermann-Fischer (geb. 1897), Arzt, seit 1925 im Verlag seines Schwiegervaters S. Fischer tätig, in dem die Werke Gerhard Hauptmanns erschienen.

²¹ Goethův Sborník, Památce 100. výročí básn. smrti, Prag 1932 (Sammelband aus Anlaß des 100. Todestages Goethes).

²² Theodor Duesterberg (1875–1950), Mitglied der DNVP, seit 1924 zweiter Bundesführer des Stahlhelms.

kandidiert Hitler doch. Hindenburg hat drei Konkurrenten: Hitler, Duesterberg, Thälmann²³. – Nachmittag 3 Uhr Reichstag. Auf der Tagesordnung Festsetzung der Wahltermine: 12. März und 10. April. Nach farbloser Rede Groeners spricht als erster in der Debatte Dr. Goebbels. Das Haus voll, weithin umringt von Polizei. Der kleine Goebbels, dunkel glühende Augen im schmalen Knabengesicht, gute Stirn, das Gegenteil von dem, was man sich als nordischen Germanen vorstellt, beherrscht sein Temperament und versucht ruhig zu reden. Hesnard, neben dem ich in der Diplomatenloge sitze, findet ihn schon langweilig. Aber nicht lang, denn Goebbels holt immer tiefere Brusttöne hervor und greift heftigst Brüning an, der zwei Schritt von ihm, blaß und müde, auf der Regierungsbank sitzt. Goebbels apostrophiert ihn: „Sie sind der Mann von gestern, der Mann von morgen kommt!“ Er verhöhnt seine Notverordnungs politik, seine außenpolitischen Niederlagen, das ganze System seit dem Friedensschluß von Versailles und geht dann gegen Hindenburg los: „Hindenburg hat seine ehemaligen Wähler im Stich gelassen!“ „Sage mir, wer Dich lobt, und ich sage Dir, wer Du bist!“ Hindenburg werde von der Berliner „Asphaltpresse“ gelobt. Seine Wähler seien die „Partei der Deserteure“. Während der Rede immer Unterbrechung, steigender Lärm, Glockengeläute des Präsidenten, schließlich Ordnungsruf für Goebbels, immer größeres Tohuwabohu. Er kann nicht mehr weiter sprechen, Präsident unterbricht die Sitzung, eröffnet sie nach einer halben Stunde wieder mit der Mitteilung, Goebbels sei von der heutigen Sitzung wegen Beleidigung des Staatsoberhauptes ausgeschlossen. Weiteres Toben, da Gregor Straßer spricht. Erklärungen von Kommunisten, Kriegsinvaliden usw. Ungeheure Erregung, weil niemand sich sagen lassen will, daß er Deserteur sei. Soldatenehre immer noch am empfindlichsten. Die Wut, mit der die Parteien einander angreifen, mutet wie vorrevolutionäres Ungewitter an. Von nationaler Einigkeit keine Spur. Diese Nation wird niemals einig sein. [...]

24. März.

Ich bin sehr unzufrieden mit mir als Tagebuchschreiber. Kaum geht etwas vor, so finde ich keine Zeit, weiterzuschreiben, oder nehme mir keine. Nun wäre ein Monat nachzuholen. Aber es ist recht viel geschehen inzwischen, mein Gedächtnis behält nicht viele Details. [...]

Der Wahlgang vom 13. März: Pfemferts²⁴ sind abends da, wir hören die Resultate im Rundfunk. Gegen Mitternacht kommt Dr. Čermák²⁵ dazu. Seit 7 Uhr kommen rasch und immer vollständiger die Zahlen. Bald sieht man Hindenburgs Vorsprung, momentweise glaubt man, er würde die nötigen 50% erreichen. Um 1 Uhr ist das ganze Ergebnis bekannt, als organisatorische Leistung des Statistischen Reichsamtes erstaunlich. Hindenburg 18 Millionen, Hitler über 11, Duesterberg 2½, Thälmann

²³ Ernst Thälmann (1886–1944), MdR, seit 1925 Vorsitzender der KPD.

²⁴ Franz Pfemfert (1879–1954), expressionistischer Schriftsteller, seit 1911 Herausgeber der unabhängigen linken Zeitschrift *Die Aktion*.

²⁵ Dr. Vlastimil Čermák, 1934 tschechoslowakischer Gesandter in Albanien.

5. Hindenburg 49,6%, so daß ihm 0,4% fehlen. Also zweiter Wahlgang erforderlich. Hitler 30,1%, weitaus nicht verdoppelt gegen die Reichstagswahlen. Immerhin ein Erfolg, wenn auch kein Sieg. Die Pfemferts haben für Thälmann 7–9 Millionen erwartet und gehen enttäuscht nach Hause.

Die Parteien, die Hindenburg gewählt haben, machen aus Hitlers 11 Millionen eine große Niederlage. Die preußische Polizei geht vier Tage darauf gegen den Nationalsozialismus vor, weil sie (sic) die SA in der Wahlnacht zusammengezogen und allerlei Vorkehrungen getroffen hätten, die als Vorbereitungen zu einem Putsch, Zernierung der Städte usw. gedeutet werden. Es stellt sich heraus, daß Groener einen Warnbrief erhalten und ihn Severing übergeben hat, der Haussuchungen und Verhaftungen veranlaßt. Die Agitation, die seitens der Nationalsozialisten damit getrieben werden kann, wird unterbunden durch Zeitungsverbote. Außerdem verordnet die Reichsregierung den Osterfrieden bis 4. April. Dann wird der Rummel losbrechen. Hindenburg kandidiert, ebenso Hitler und Thälmann, nicht mehr Duestenberg.

Der 22. März der Todestag Goethes. Unzählige Goethefeiern. Chvalkovský in Weimar, nach Krach, weil er erst am 18. von Prag aus betraut wird. Er fühlt sich schlecht behandelt, und da er an Minderwertigkeitskomplexen leidet, tobt er herum. Wenn er nur nicht in Berlin bleibt; er hat an Beneš geschrieben und wird ihn in den Osterferien aufsuchen.

6. April.

Gestern abends Aufnahme von neuen Mitgliedern in die preußische Akademie der Dichtkunst. Einladung auf Veranlassung von Max Mell²⁶, den ich nach 20 Jahren zum erstenmal wiedersehe. Der Abend enttäuschend. Schwacher Besuch, man merkt sofort, daß die Akademie unpopulär ist. Ihr Präsident Heinrich Mann hat die Goethe-Medaille, die das Reich gestiftet hat, nicht bekommen. Er spielt denn in seiner Einleitung darauf an, daß die Akademie die ganze Nation repräsentiere, nicht Richtungen. Alle neuen Mitglieder sprechen je 10 Minuten über literarische Dinge. Welchen geistvoll-wissenschaftlichen Snobismus verzapft G. Benn, um zu sagen, daß die Gesellschaftsordnung und Denken und Dichten in Auflösung sei. Binding²⁷ spricht anspruchsloser über die Unzerstörbarkeit des Wortes. Mell bescheiden und sicher über das Glücksbegehren, das in der Welt ist, das „Heutige“, und am Dichter sei es, „Ordnung“ gegen das Chaos zu stellen. Paquet²⁸ erzählt sympathisch von seinen Wanderungen. „Weg des Schriftstellers“, kräftig gegen und für den Staat, für den Osten (Rußland!). Aber das träge Publikum. Nie ein Applaus vor Ende eines Vortrags. Das reagiert auf keine Polemik, das ist eingefroren. Kein Zusammenhang mit den Ereignissen in der geistigen Welt, den die Dichter herstellen wollen. –

²⁶ Max Mell (1882–1971), österreichischer Lyriker und Bühnenautor.

²⁷ Rudolf Binding (1867–1938), deutscher Lyriker und Erzähler.

²⁸ Alfons Paquet (1881–1944), deutscher Schriftsteller.

S. Sänger²⁹ ruft mich an: ist noch etwas für Trotzki zu tun? Kann er durch Vermittlung Chvalkovskýs mit dem türkischen Botschafter Kemalettin bekannt werden. Chvalkovský ladet Sänger und Kemalettin für Freitag (8. IV.) zum Mittagessen. Ich sollte mit, habe aber abgelehnt, weil ich selbst Mell eingeladen habe. Sänger weiß offenbar nicht, daß die deutsche Polizei vor zwei Wochen bei Trotzki's Sohn, Ljova Sedov, Hausdurchsuchung gehalten und seine ganze Korrespondenz konfisziert hat, d. h. die ganze Korrespondenz seines Vaters, da dieser ihm von allen Briefen Durchschläge geschickt hat. So kennt die Polizei das ganze Netz von Trotzki'sten in Deutschland und aller Welt.

9. April.

Chvalkovský: Sänger hat sich überzeugt, daß die tschechoslowakische Regierung bereit war, Trotzki auf 3 Monate aufzunehmen, daß aber die türkische Regierung offenbar unter dem Druck der Sowjets steht und nicht voraus verbürgen will, daß Trotzki zurückkehren kann. „Trotzki ist ein freier Mann, er kann hingehen, wohin er will“, sagt Kemalettin. Balugdžić³⁰, der auch bei Chvalkovský war, sagte, daß Jugoslawien Trotzki kein Durchreisevisum geben würde. Auch Ungarn nicht. Trotzki wollte deshalb fliegen. Chvalkovský will zu Kemalettin gesagt haben: „Wenn Sie Trotzki die Kur bei uns ermöglichen wollen, so stellen Sie ihm für drei Monate einen türkischen Paß aus.“

11. April.

Gestern zweiter Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Abends, um die Wahlergebnisse im Rundfunk mitzuhören, bei mir: Olden³¹, Hesnard, Halperin³². Konsternation darüber, daß Hitlers Stimmen nicht abgenommen, sondern zugenommen haben, verhältnismäßig mehr als die Hindenburgs. Dagegen Schwund der Kommunisten, die teilweise gewiß für Hitler gestimmt haben. Hindenburg ist gewählt. Er bekam 19 300 000 Stimmen (rund), Hitler 13 400 000, Thälmann nur 3 700 000. – Masaryk gratuliert Hindenburg zur Wahl. Chvalkovský hat das vor einer Woche angeregt. Auch François-Poncet war dafür, daß Präsident Doumer³³ gratuliere, geschehen ist es nicht.

[...]

²⁹ Samuel Sänger (1864–1944), Literaturhistoriker und Publizist, bis 1933 Herausgeber der *Neuen Rundschau*.

³⁰ Živojin Balugdžić, jugoslawischer Gesandter in Berlin.

³¹ Rudolf Olden (1885–1940), bis 1933 Redakteur des *Berliner Tageblatts*, Autor einer im Exil 1935 in Amsterdam erschienenen Hitler-Biographie (Neuaufgabe Frankfurt 1984).

³² Josef Halperin, Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung*.

³³ Paul Doumer (1857–1932), seit 1931 französischer Staatspräsident, von russischen Emigranten ermordet.

8. Mai.

Mittag „politische Matinee“ der deutschen Provinzpresse. Brüningrede über Außenpolitik. Die Tonart ist so, daß Hitler zufrieden sein kann. Brüning will den Schlußstrich machen unter den Zustand, der nicht mehr Krieg, aber noch nicht Frieden ist. Gleichberechtigung in Abrüstung und keine Reparationszahlungen. Das Echo dieser Rede kann nicht gut sein.

[...]

10. Mai.

Gestern und heute Reichstag. Auf Görings Angriffsrede über das Verbot der SA antwortet Groener. Er hat ein Pflaster auf der linken Schläfe. Den Nationalsozialisten ist er nicht gewachsen, reagiert mit stockender Stimme, total vergreist, kläglich. Der Eindruck der Göring-Rede ist, daß die Hitlerpartei keine Koalition wünscht, sondern die Alleinherrschaft. Aber Göring repräsentiert wohl nur eine Strömung und es wird eine andere geben, die mit dem Zentrum gern regieren möchte. – Ossietzky³⁴ tritt in Tegel seine Gefängnishaft an (18 Monate!). In der „Weltbühne“ seine „Rechenschaft“, glänzender Artikel über die Aushöhlung der Republik durch die Nebenregierung der Generale. Eine Anzahl von Schriftstellern (Toller³⁵, Frank³⁶, Roda Roda³⁷, Polgar³⁸, Jehring³⁹) begleiten ihn bis an die Anstalt und veranstalten dort „Sympathiekundgebung“. Eine billige Geste, anderswo hätten die Schriftsteller aus Solidarität nicht geruht und die Öffentlichkeit für einen in Geheimverfahren, sicher ungerecht verurteilten Kollegen mobilisiert. Hier haben Penklub und Liga für Menschenrechte Gesuche um Umwandlung der Gefängnis- in Festungshaft an Hindenburg gerichtet. Hindenburg hat diese Gesuche ebensowenig erhalten wie vorher das Gnadengesuch der Verteidiger Ossietzkys, sie wurden vom Justizminister erledigt. Der Fall zeigt die Ohnmacht derjenigen Republikaner, die den national draapierten Militarismus nicht mitmachen, aber auch ihre Mutlosigkeit.

13. Mai.

Im Reichstag 11. Mai Brüningrede. „Durch Abrüstung zur Gleichberechtigung“ und endgültige Lösung der Reparationsfrage. Also im Tenor dasselbe wie von den Provinzjournalisten. Radikale Außenpolitik. Allgemein fällt auf, daß Brüning sagt, er dürfe „in den letzten fünf Minuten“ nicht schwach werden, daß er schließt, die

³⁴ Carl von Ossietzky (1889–1938), Herausgeber der linksrepublikanisch-pazifistischen *Weltbühne*, im November 1931 wegen eines Artikels über die heimliche Aufrüstung der Reichswehr verurteilt.

³⁵ Ernst Toller (1893–1939), deutscher Schriftsteller und Kommunist, 1919 Mitglied der Münchner Räteregierung, emigrierte 1933 in die Schweiz, später in die USA.

³⁶ Vermutlich Leonhard Frank (1882–1961), expressionistischer Erzähler und Dramatiker.

³⁷ Alexander Roda Roda (1872–1945), österreichischer Schriftsteller, emigrierte 1938 in die Schweiz, später in die USA.

³⁸ Alfred Polgar (1875–1955), österreichischer Theaterkritiker und Essayist, emigrierte 1938 über die Schweiz nach Frankreich, dann in die USA.

³⁹ Herbert Jehring (1888–1977), deutscher Theaterkritiker und Schriftsteller.

deutsche Nation dürfe „100 Meter vor dem Ziel“ nicht die Nerven verlieren. Glaubt er wirklich, daß er die Hauptschwierigkeiten für Deutschlands „Befreiung“ schon überwunden hat? Er redet zu den Nationalsozialisten maßvoll, aber auch ihnen deutet er an, daß sie die Früchte seiner Erfolge ernten möchten, er glaubt fest an schon erzielte Erfolge. Er hofft offenbar, daß in Lausanne eine große Entscheidung zu Deutschlands Gunsten fallen wird. – Gestern Sensation: Groener ist als Reichswehrminister zurückgetreten. Das ist die Folge seiner Rede vom 10., in der er das Verbot der SA gerechtfertigt und das Reichsbanner verteidigt hat. Doch auch die Folge seines unmilitärischen Auftretens. Die Generäle Schleicher und Hammerstein und Admiral Raeder haben Hindenburg und Brüning wissen lassen, daß Groener nicht mehr das Vertrauen der Reichswehr genieße. Nach einer Unterredung zwischen Schleicher und Brüning gab Groener die Demission. Die Reichsregierung beruhigt die Öffentlichkeit damit, daß Groener Innenminister bleibe und daß sie wünsche, die Reichswehr solle aus dem parteipolitischen Leben herausgezogen werden. Brüning hält Groener, um nicht offen zuzugeben, daß er vor den Generälen kapituliere und um das ganze Kabinett vor einer Krise zu retten. Aber die Krise ist latent. Man kann nicht glauben, daß Groener lange Innenminister bleibt. Hieß es früher: Hindenburg – Brüning – Schleicher, so ist nicht klar, ob dieses Dreieck, auf dem die außenparlamentarische Macht der Reichsregierung aufgebaut war, da die parlamentarische Basis unscheinbar war, noch fortbesteht. Kann Brüning sich noch auf die Reichswehr, wo Schleicher der einflußreichste Mann ist, stützen? Hindenburg wird sich wohl von Brüning nicht trennen wollen, da er seinem persönlichen Eintreten für ihn die Wiederwahl verdankt, aber auf die Dauer siegen wohl die Generäle. Eine andere Frage ist: Will Schleicher schon die nationalsozialistische Regierung oder will er ein Direktorium unter Generalspatronanz? Das Direktorium würde naturgemäß mit den Nationalsozialisten sympathisieren und nicht etwa mit den Linksparteien.

17. Mai.

Pfingstfeiertage „ruhig“ verlaufen. In Tokio Ministerpräsident von faschistischen Offizieren erschossen. Überall dieselbe Pest. Heute Vormittag Chvalkovský. Erzählt über François-Poncets Besuch bei Brüning. Der Franzose dankte für Beileid zu Doumers Tod. Brüning begann über Politik zu sprechen. François-Poncet spricht mit ihm deutsch. Er fragte Brüning, warum er so „mürrisch“ gegen ihn sei. Brüning antwortete, daß ihm die Regierungsbildung in Frankreich Sorgen bereite. François-Poncet erwiderte mit Recht, daß man in Paris besorgt sei, was hier geschehen werde. Brüning: „Meinen Sie, daß ich im Juni nicht mehr da sein werde?“ Er möchte wissen, wer französischer Ministerpräsident wird, damit er 14 Tage vor der Lausanner Konferenz mit ihm Fühlung nehmen kann. François-Poncet sagte, daß 14 Tage vor Lausanne wahrscheinlich noch kein französischer Ministerpräsident ernannt sein werde. Er beklagte sich zu Chvalkovský, daß die Deutschen seine „franchise“ nicht schätzen, aber Brüning sage wochenlang vor der Lausanner Konferenz mit brutaler Offenheit, was er fordern werde.

28. Mai.

[...] Heute abends traf ich [in der] Tauentzienstraße vor einem Kino Franz Blei⁴⁰. „Wie geht's?“ – „Ich fahre nach Mallorca. Lieber führe ich in Spanien ein Stromerleben als hier die Fassade aufrechterhalten. Ich kann hier nicht immer erklären, daß ich Österreicher bin und mit dem deutschen Scheißdreck nichts zu tun habe.“

30. Mai.

Brüning gestürzt. Hindenburg gestern zurückgekehrt aus Neudeck, wo er von den Großagrariern und Dr. Meißner bearbeitet wurde. Brüning fällt über Groener, aber nicht nur über Groener, sondern über Stegerwalds Sozialpolitik und Siedlungsprogramm. Man hat Hindenburg weisgemacht, daß er bolschewistische Enteignungspolitik treibt und im Osten Katholiken ansiedeln will. Hindenburg verlangte Änderung der Notverordnung, die Brüning darüber vorbereitet hat, und Kurswechsel. Die Junker und Generale siegen. Mit ihnen die Schwerindustriellen. Schluß der Sozialpolitik in Deutschland? Brüning hätte noch nach Lausanne gehen können. Es hätte den Herren gepaßt, wenn er dort die heißen Kastanien aus dem Feuer geholt hätte. Er, persönlich beleidigt, gab sofort die Demission. Dank vom Hause Hindenburg. Punische Treue.

1. Juni.

Gestern abends Franz von Papen mit Kabinettsbildung betraut, nachdem Hindenburg zwei Tage lang Parteiführer empfangen hat, darunter Hitler. Er will noch den parlamentarischen Schein wahren, aber die neue Regierung war geheim schon längst gebildet. Brüning ahnungslos. Schwarze Reaktion und wird als nationale „Konzentration“ ausgegeben. Die Amerikaner sind konsterniert, da sie Papens Sabotageakte nicht vergessen haben. Selbst die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt von einem „üblen Scherz“, an den man glauben könnte. Das Kabinett vorwiegend Adelige. Außenminister Neurath, Reichswehr Schleicher. Aufgabe: Auflösung des Reichstags, Neuwahlen. Der Radikalismus wird wachsen. Die „Autorität“ Hindenburgs geht vor die Hunde, soweit sie noch da war. Ein Popanz, an den viele geglaubt haben.

[...]

9. Juni.

Erklärung des neuen Innenministers Freiherrn von Gayl vor dem Reichsrat. Ich lese sie kurz in den französischen Blättern⁴¹, die das Bekenntnis zum Monarchismus wiedergeben, dann in der „Frankfurter Zeitung“. Die Reichstagswahlen sind für 31. Juli ausgeschrieben. – Die christlichen Gewerkschaften veröffentlichen einen Aufruf, in dem sie sagen: „Die neue Regierung hat für die staatspolitische Haltung

⁴⁰ Franz Blei (1871–1942), Novellist und Essayist, Redakteur der Zürcher Zeitschrift *Die weißen Blätter*; ging 1936 von Mallorca nach Wien, 1938 nach Italien, dann über Frankreich in die USA.

⁴¹ Vom 4. Juni bis zum 19. Juli 1932 machte Hoffmann Urlaub in Frankreich.

der Arbeiterschaft kein Verständnis. Sie stellt sich mit den Arbeiterfeinden in eine Linie.“

16. Juni.

Lausanne begonnen. Hauptergebnis vorweggenommen durch Vereinbarung der Gläubigermächte, daß keine Reparationszahlung nach 1. Juli zu leisten sei, solange die Konferenz keine Regelung getroffen habe. Damit fällt die Unterscheidung zwischen bedingten und unbedingten Zahlungen. Die französische Rechtspreste hält die Vereinbarung für den Anfang des völligen Verzichts auf Reparationen.

[...]

20. Juli.

[...] Heute: Ernennung des Reichskommissars für Preußen, Absetzung Brauns und Severings, der erklärt, nur der Gewalt zu weichen. Absetzung der höchsten Polizeifunktionäre. Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg. Zum ersten Mal der neue Gesandte Mastný.

23. Juli.

Etwas zu viel Ereignisse auf einmal, aber ruhiger Verlauf im Ganzen. Seit dem 20. keine Blutaten in Deutschland. Papen hat Einschreiten gegen Preußen mit den Unruhen begründet, deren die Regierung Braun nicht Herr wurde. Altona, wo die Kommunisten eine Schlacht lieferten, weil die Hitlerleute durch Arbeiterviertel zogen, war letzter Anstoß. Die andern preußischen Minister erklärten sich mit Braun und Severing solidarisch. Das Regime, das seit 1918 in Preußen herrschte, ist plötzlich verschwunden und durch eine provisorische Regierung ersetzt. Eine Reihe von Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten, bis auf zwei, drei lauter Sozialdemokraten, abgesetzt. Nirgends Widerstand. Auch Severings Erklärung, daß er nur der Gewalt weiche, Theater. Er hat ein Schriftstück unterschrieben, daß er der Gewalt weiche, und ist gewichen. Die Reichsregierung hat den Ausnahmezustand ausgerufen und einem Militärbefehlshaber die vollziehende Gewalt übertragen, weil sie auf Widerstand rechnete. Wäre die Arbeiterschaft auf die Straße gezogen, so wäre die Situation des Kapp-Putsches geschaffen worden. Die Eiserne Front, das Reichsbanner, die Sozialdemokraten rührten sich nicht, als wären sie verblüfft. Aufrufe der Gewerkschaften mahnten zur Ruhe und vertrösteten auf die Entscheidung durch die Wahlen. Die Kommunisten verbreiteten Flugblätter mit der Aufforderung zum Generalstreik. Die Flugblätter wurden konfisziert. Es geschah nichts. Auf Denunziationen hin wurden der Polizeikommandant Heimannsberg⁴² verhaftet, aber freigelassen, am Tage darauf Robert Breuer⁴³ wegen einer angeblichen Hetzrede. Ich höre, daß Papen und Schleicher sich entschlossen, den Re-

⁴² Manfred Heimannsberg (1882–1962), 1927–1932 Kommandant der Berliner Schutzpolizei.

⁴³ Robert Breuer (1878–1943), Journalist und SPD-Politiker, nach der Emigration 1933 in Paris Mitbegründer des Schutzverbands deutscher Schriftsteller.

gimewechsel in Preußen durchzuführen, weil sie fürchteten, er könnte nach den Reichstagswahlen gewaltsam, unter Blutvergießen von Nationalsozialisten durchgeführt werden. Unter den Beamten, die an [die] Stelle der abgesetzten Minister und andern Funktionäre [treten,] sind bisher keine Nationalsozialisten. Es soll der Versuch sein, die Hitlerpartei von diesen Stellen fernzuhalten. Werden sie es sich gefallen lassen? Vielfach wird mit einer Abnahme der Hitlerpartei gerechnet. Sie betrachtet aber das Vorgehen gegen Preußen als ihren großen Sieg, für den Anfang ihrer Herrschaft. Hitler fliegt kreuz und quer durch Deutschland, um Wahlreden zu halten. Überall viele Tausende von begeisterten Zuhörern. In Stralsund kam er um 2 Uhr nachts an. Die Menge hatte geduldig so lange auf ihn gewartet. Die Wahlagitatorik der Nazi richtet sich gegen Sozialdemokratie und vielleicht noch heftiger gegen Zentrum. Die Außenpolitik spielt keine Rolle. Lausanne scheint vergessen, die Vertagung der Abrüstungskonferenz wird kaum beachtet. Nur die Zeitungen bringen als Bilanz von Genf: keine Gleichberechtigung Deutschlands.

30. Juli.

Vorabend der Reichstagswahlen. Die Stadt versinkt im Flugblättermeer. Die uniformierten Nationalsozialisten auf allen Straßen. Die Chancen der Wahl beurteilt man als der Hitlerpartei ungünstig, d. h. man erwartet einen gewissen Rückgang der Stimmen im Vergleich zu den letzten Wahlen. Das wäre wenigstens ein Anzeichen dafür, daß der Hitlerismus momentan den Gipfel überschritten hat. Der Impetus liegt aber bei den Rechtsparteien, die Linke ist recht fatalistisch. Eine Mehrheitsbildung im Reichstag erwartet man nicht. Somit wird Papen wohl, toleriert von den Rechtsparteien, weiterregieren. Morgen, am Wahltag, beginnt ein „Bürgerfrieden“ bis 10. August. Die Reichsregierung hat die Macht, in den Bürgerkrieg Pausen einzulegen. Es gibt heute in den verschiedensten Gegenden Deutschlands zusammen 7 Tote. In Moabit, so höre ich jetzt abends, herrscht große Erregung über die Agitation von SA-Leuten. Einzelne Arbeiter sollen nationalsozialistische Flugblätter „unfreundlich“ zurückgewiesen haben und verprügelt worden sein. Die Straßen sind schwarz von Menschen, als müßte es zu Ausschreitungen kommen. Im Radio hat nach Severing Papen gesprochen. Severing für Demokratie. Papen hat mit einem einzigen Satz, den er voll Wut und Hohn hervorstieß, gegen die Demokratie gewettert, indem er nämlich sagte, daß in Preußen die Linke [Eintragung bricht hier ab.]

1. August.

Die Wahlresultate am Radio. Halperin von der „Neuen Zürcher Zeitung“ und Frau Gehrke von der „Voss“ bis 3 Uhr früh. Daß die Nationalsozialisten mit 230 Abgeordneten die stärkste Partei des Reichstags geworden sind, ist keine Überraschung, wohl aber, daß die Kommunisten 89 (gegen 77 im Jahre 1930) haben. Die Sozialdemokratie (133) verlieren nur drei, zählt man aber nach, wie viel sie nach der Wahlbeteiligung haben müßte, so beträgt ihr Verlust 13 Mandate. Man sagt, daß sie sich gut gehalten habe, sie rechnete offenbar mit größeren Verlusten. Nun ist sie zweitstärkste Partei. Hätte Severing nicht so rasch vor der Papenregierung kapitu-

liert, und sich lieber ins Gefängnis abführen lassen, statt einen Revers zu unterschreiben, daß er „der Gewalt weiche“, so hätte die Sozialdemokratie gewiß keine Verluste und wahrscheinlich einen Gewinn davongetragen. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind mit der Parteileitung unzufrieden, viele wählten kommunistisch. Aus München hört man schon heute, daß die Nationalsozialisten die Führung in der Reichsregierung verlangen werden, Hitler an die Spitze des Reichskabinetts.

10. August.

Die Ereignisse behalten ihr verrücktes Tempo. Reichskanzler von Papen ging auf Urlaub und verordnete „Burgfrieden“ bis heute, um die Gemüter zu beruhigen. Seit dem 1. August häufen sich aber Überfälle, Attentate, Schießereien wie zum Hohn auf den Burgfrieden, namentlich in Ostpreußen, so planmäßig, daß angenommen werden muß, daß die nationalsozialistischen Sturm-Abteilungen, die fast in allen Fällen die Täter sind, den längst genährten Traum, an den Linksparteien Rache zu nehmen, verwirklichen. Die Folge ist eine Notverordnung gegen Terror, die heute nach der Rückkehr Papens erlassen wurde. Papen kam früher zurück, als er wollte, denn Hitler hat seinen Anspruch auf das Kanzleramt richtig angemeldet, kam vor einigen Tagen mit Schleicher zusammen und die Regierungsumbildung ist akut geworden. Sie geschieht unter dem Druck der SA, von der es heißt, daß sie aus Berlin herausgezogen wurden und vor den Toren liegen. Sie drohen mit dem „Marsch auf Berlin“, gewaltsamem Sturz Papens, Putsch usw. Gestern abends war ich im „Vorwärts“, der von einem Reichsbanner-Selbstschutz bewacht wird. Die Höfe finster, der Häuserblock wie eine Festung. Ich habe vorher telefoniert, die Wache wurde verständigt, daß ich komme, und ließ mich durch. In der Redaktion trafen mehrmals Meldungen ein, daß die Nazi auf den „Vorwärts“ einen Bomben-Überfall planen. Es herrscht eine Art von Kriegspsychose. Die Nazi begrüßen es offenbar, daß man glaubt, es lägen ganze SA-Armeen vor Berlin. [...]

11. August.

Verfassungsfeier der Reichsregierung. In Wirklichkeit eine Begräbnisfeier, wie in der Diplomatenloge des Reichstags gesagt wurde. Innenminister von Gayl kündigte Verfassungsreform an. Auch Reichskanzler von Papen sagte, daß die Verfassung den „starken nationalen Kräften“ usw. nicht gerecht werde. Ich hörte die Reden am Radio, am Schluß der Feier rief jemand: „Freiheit!“ Das ist jetzt der Ruf der Eisernen Front. Im Radio Reportage über die Feier vor dem Reichstag. Hindenburg schreitet die Ehrenkompanie ab. Der Berichterstatter wandte den neuen Preußenstil an. Er schnarrte und schnodderte militärisch-begeistert, servil. Man hörte chormäßig den Eisernen Front-Ruf: „Freiheit“ auch hier, den der Berichterstatter aber unterschlug. Am Radio kann man optische, nicht akustische Vorgänge unterschlagen.

13. August.

Wird das ein Unglückstag für Deutschland? Gestern in Schildhorn gewesen. Herrlicher Sommertag. Auf dem Wege nach Pichelsberg drei Radfahrer, die sangen: „Kommt einst die Stunde der Vergeltung – Sind wir zu jedem Massenmord bereit.“ So gemütvoll wie man früher sang: „Wer hat, Dich, Du schöner Wald, aufgebaut so hoch da droben“. Mich überlief es kalt. In solchen Augenblicken brechen alle Ideologien zusammen. Das sind die „aufbauwilligen, nationalen Kräfte“? Wo setzt sich der angebliche Idealismus der Führer in den Massen durch? Hier war ein Beispiel für die maßlose Verrohung unter den jungen Nazis. Hitler ist heute früh in Berlin eingetroffen, um mit Hindenburg über die Regierungsumbildung zu verhandeln. Er verlangt, Reichskanzler zu werden, [die beiden folgenden Zeilen durchgestrichen und unleserlich.]

16. August.

Hitler hat Samstag mit Schleicher, dann mit Papen gesprochen. Papen bot ihm den Posten eines Vizekanzlers und mehrere Ministersessel für die Nazi-Partei an. Hitler verlangte die Übergabe der „gesamten Staatsgewalt“, die gleiche Stellung, „wie Mussolini sie nach dem Marsch auf Rom innehatte“. Papen lehnte ab und eröffnete Hitler, daß auch Hindenburg entschlossen sei, ihm nicht den Reichskanzlerposten zu übertragen. Hitler entfernte sich von Papen mit der Äußerung, daß es zwecklos sei, noch mit Hindenburg zu reden. Er begab sich in die Wohnung zu Goebbels am Reichskanzlerplatz, wo sich viele Nazi-Unterführer versammelt [hat-ten]. Dort wurde von Dr. Meißner⁴⁴ angerufen und Hitler doch zu Hindenburg eingeladen. Am Apparat war Dr. Frick, der erklärte, wenn Hindenburg schon die Entscheidung gefällt habe, wolle Hitler nicht kommen. Dr. Meißner antwortete, daß Hindenburg noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt habe. Das entsprach der Wahrheit nicht. Hitler erschien mit Frick und Röhm bei Hindenburg, der in der alten Reichskanzlei abgestiegen war, weil das Präsidentenpalais umgebaut wird, und bekam sofort zu hören, daß Hindenburg keine Parteiregierung wünschte und an Papen, der der Besprechung beiwohnte, festhalte. Hindenburg erinnerte Hitler daran, daß dieser vor den Reichstagswahlen zugesagt habe, die „vom Vertrauen Hindenburgs getragene Reichsregierung zu unterstützen“. Hindenburg ermahnte ihn auch, eine loyale Opposition zu führen. Hitler verließ in großer Aufregung die Reichskanzlei und wurde bei Goebbels von einer aufgeregten Versammlung empfangen, die erleichtert aufgetatmet haben soll, daß Hitler „fest geblieben“ sei, denn sie hatte offenbar befürchtet, daß er umfallen würde. „Alles oder nichts“ ist die Losung des radikalen Flügels, der in Chiemsee und Berlin über Hitler Gewalt gewonnen hat. Man leugnet nachträglich, „alles“ verlangt zu haben, man habe nur die „Führung“ verlangt; nicht aber die „gesamte Staatsgewalt“, besonders nicht das Reichswehrministerium. Die Sturmabteilungen wurden sofort bis 28. August auf

⁴⁴ Otto Meißner (1880–1953), Staatssekretär im Reichspräsidentenamt unter Ebert, Hindenburg und Hitler.

Urlaub geschickt. Vielfach hört man die Meinung, daß am 13. August eine historische Wendung eingetreten sei. Die Hitlerbewegung könne fortan nur durch gewaltsamen Umsturz die Alleinherrschaft erringen. Ich kann nicht glauben, daß Papen nach Zusammentritt des Reichstags Reichskanzler bleiben kann, denn er hat fortan nur die Deutschnationalen hinter sich. Ich erwarte jetzt eine Diktatur Schleicher.

30. August.

Der Reichstag eröffnet. Vor Tagen haben die Nationalsozialisten angekündigt, daß sie die Eröffnung durch die Alterspräsidentin Clara Zetkin, „die jüdische Vettel aus Moskau“, nicht dulden würden. Man erwartete ungeheuren Krawall. Nichts geschah. Clara Zetkin, aus Moskau eingetroffen, konnte ungestört ihre Eröffnungsrede halten. Aber was war das für eine Pein! Sie ist über ihre 75 Jahre hinaus vergreist, verbraucht, hinfällig. Von beiden Seiten gestützt, erschien die alte Frau, ein Bild der Schwäche, auf dem Präsidentensitz. [Mit] brechender Stimme, die die Worte einzeln hervorstieß, manchmal geradezu lallend wiederholte, erfüllte sie ihre Aufgabe. Neben ihr, als Schriftführer, stand Abgeordneter Torgler so, als soufflierte er ihr. In einer Pause, in der sie nach Atem rang, schlug er ihr sichtlich vor, die Rede abzukürzen. Sie: „Nein, nein!“ und sprach weiter, vierzig Minuten, immer wieder sich mit dem Taschentuch den Mund wischend, einen Schluck Wasser trinkend. Sie hat ihre Rede, wie man erzählte, selbst konzipiert und sprach sie fast auswendig, ohne vom Text nennenswert abzuweichen. Der Geist ist frischer geblieben als der Körper. Der Geist dieser alten Revolutionärin ist immer noch radikal, aggressiv, furchtlos. Sie hieß die Nazis, zu ihnen gewendet, „faschistische Mörder“. Es war sonst eine agitatorische Rede für Sowjetrußland und endete damit, daß die Zetkin sagte, sie hoffe noch zu erleben, daß sie als Alterspräsidentin den Reichstag im Sowjet-Deutschland eröffne. Dann die Wahl des Präsidiums. Göring wird Reichstagspräsident. Das ganze Präsidium und Bureau des Reichstags „marxistenrein“. Die Schwenkung des Zentrums ist hier vollzogen. Der Haß gegen Papen, den Abtrünnigen, vereinigt Zentrum und Nationalsozialisten. Ihre Verhandlungen über eine Mehrheitsbildung im Reichstag und im preussischen Landtag sind so weit gediehen, daß sie schon gemeinsame Regie führen konnten. Daher der ruhige Verlauf der Reichstagseröffnung, der beweisen soll, daß der Reichstag arbeitsfähig ist. Die Zetkin profitierte davon. Solange sie oben saß und redete, konnte man glauben, das Sowjetparlament war da. Brandworte gegen Kapitalismus und Faschismus. Als sie den Platz dem neuen Reichstagspräsidenten räumte, rief in die Stille ein Nazi: „Frau Zetkin, das war nur einmal, das kommt nicht wieder!“ Göring übernahm sein Amt frisch und jugendlich, begrüßt mit „Heil“ und römischem Gruß von seinen 229 Parteigenossen, die alle in Uniform gekommen waren, ebenso er, der auch mit erhobenem Arm antwortete. Das Bild hatte gewechselt. Kein Sowjetstern mehr, sondern Hakenkreuz. Keine begeisterte, aber fast sterbende Frau mehr, sondern ein strammer Offizier. Er versprach gerecht, unparteilich, nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung vorzugehen. Dann an Hindenburg nach Neudeck ein Telegramm

zu schicken mit der Bitte, das Präsidium sofort zu empfangen. In Neudeck [sind] seit heute früh Papen, Schleicher, Gayl und verlangen die Zustimmung Hindenburgs zum Wirtschaftsprogramm des Reichskabinetts und das Dekret zur eventuellen Auflösung des Reichstages. Hindenburg gab sie bereits, wie ein Kommuniqué noch vor Eröffnung des Parlaments meldete. Hindenburg steht noch hinter Papen. Eine Blanko-Vollmacht hat er ihm aber nicht gegeben. Die Auflösung kommt nur in Betracht, wenn sich eine Mehrheit im Reichstag findet, die die Aufhebung der Notverordnungen verlangt.

2. September.

Der neue Reichspressechef, bisher im Reichswehrministerium, Major Marcks⁴⁵, lud zu einem Pressetee die ausländischen Korrespondenten ein, und da angekündigt wurde, daß Papen, Neurath, Warmbold kommen würden, versammelten sich etwa 200 Journalisten. Frage- und Antwortspiel. Aber die Minister schienen nichts weniger als darauf eingehen zu wollen. Ihre Antworten waren einsilbig oder belanglos. Papen und Neurath machten einen verlegenen Eindruck und suchten sich „aus der Affäre zu ziehen“. Am sachlichsten war noch Warmbold. Neurath sagte zu dem neben ihm sitzenden Frederick Kuh⁴⁶: „Nur heraus aus der Bude!“ Laut: „Man müßte eigentlich die Fragen protokollieren!“ Er meinte, so dumm wären die Fragen, solche Fragen müte man den Ministern zu. Aber die Antworten waren nicht besser. Was kann ein Politiker aus jeder noch so dummen Frage machen! Diese da haben zu viel Verachtung für die Presse und zu wenig Geistesgegenwart. Das Ergebnis war, allgemeine Unzufriedenheit. Der Tee ein mißglückter Propagandaversuch. [...]

10. September.

Mastný wurde heute 11 Uhr von Hindenburg empfangen. Übergabe des Beglaubigungsschreibens. In der Antwort Hindenburgs vermißt Mastný das Wort „freundschaftlich“, das er gern gehört hätte. Er hat von Hindenburg den Eindruck eines gesunden, kräftigen alten Mannes, bieder, gutartig. Fester Händedruck.

12. September.

Aufregender Tag im Reichstag. Auflösung, die überraschend kam, obgleich sie angedroht worden war. Alles infolge schlechter Regie. Der Kommunist Torgler beantragte Änderung der Tagesordnung, auf der nur die Regierungserklärung stand. Antrag, die Aufhebung der Notverordnungen zu beraten. Damit verbunden Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett. Eine einzige Stimme konnte nach der Geschäftsordnung diese Änderung zunichte machen. Sie fand sich nicht, weil die Deutschnationalen die Nazis auf die Probe stellen wollten. Eine halbe Stunde

⁴⁵ Erich Marcks (1891–1944), seit 1920 im Reichswehrministerium, 1929 dort Leiter der Pressestelle; als enger Mitarbeiter Kurt von Schleichers 1932/33 Pressechef der Reichsregierung.

⁴⁶ Frederick Robert Kuh (geb. 1895), amerikanischer Journalist, seit 1924 für *United Press* in Europa.

Unterbrechung. Dann schritt Göring sofort zur Abstimmung. Reichskanzler von Papen meldet sich zum Wort. Die Regierung hat das Recht, zu jeder Zeit im Reichstag zu sprechen. Göring erklärt, daß die Abstimmung eröffnet sei, er könne dem Reichskanzler erst nach ihr das Wort erteilen. Papen legt darauf das Auflösungsdekret, das er in der Pause erst in der Reichskanzlei geholt und von Hindenburg hat unterschreiben lassen, auf den Tisch Görings. Dieser beachtet es nicht, läßt weiter abstimmen, während das Reichskabinett den Saal verläßt. Der Tumult ist groß. Abstimmungsergebnis: 513 Stimmen gegen Papen. Jetzt liest Göring das Dekret vor, fügt aber hinzu, daß die Auflösung nicht rechtsgültig sei, weil es von einer gestürzten Regierung gegengezeichnet sei. Man könnte glauben, die Revolution wäre ausgebrochen, das Parlament stelle sich gegen Regierung und Reichspräsidenten. Göring setzt neue Sitzung auf morgen an. In größter Aufregung geht der Reichstag auseinander. Man hört: Die Regierung wird das Haus mit Polizei besetzen und die Sitzung morgen mit Gewalt verhindern. Die Nazis würden sich anderswo versammeln. Abends würde der Ausnahmezustand verhängt werden. Aber im Wandelgang begegnet mir Breitscheid und sagt: „Wir machen das nicht mit. Der Reichstag ist aufgelöst.“ Wenn die Sozialdemokratie nicht mitmacht, so weiß ich, daß auch die andern Parteien, ausgenommen Nazis und Kommunisten, die Auflösung als rechtsgültig, die Abstimmung als ungültig betrachten. Das Zentrum als Verfassungspartei kann darin nicht mit den Nazis gehen. Keine Revolution, Göring ist kein Mirabeau, der Reichstag keine französische Nationalversammlung.

13. September.

Göring anerkennt, daß er juristisch im Unrecht ist, daß der Reichstag als aufgelöst zu gelten hat, verteidigt aber die Rechtsgültigkeit der Abstimmung. Wenn er auch nicht recht behält, steht fest, daß Papen mit einer kaum je dagewesenen Mehrheit überstimmt wurde. Gäbe es noch ein parlamentarisches Regime, würde er zurücktreten. Er bleibt, die Diktatur der Bureaucratie plus Militär ist klar.

19. November.

Wie viel wäre nachzutragen, wie viel ist passiert. Immer nehme ich mir vor, meine Notizen fortzusetzen, bald fehlt die Zeit, bald die Energie dazu. Heute nun, zwei Tage nach dem Rücktritt des Kabinetts Papen, versuche ich zurückzudenken. Ich habe immer weniger an den Bestand des „Kabinetts der Barone“ geglaubt. Vielleicht hätte Papen ohne Reichstag weiterregieren können, aber der Widerstand der Länder, namentlich Bayerns, mußte ihn umbringen. Der Streich gegen Preußen am 20. Juli hat die Länder zu mißtrauisch gemacht. Dann gab das Leipziger Staatgerichtsurteil halb der Reichsregierung, halb dem preußischen Kabinett recht. Da Papen das Urteil nicht respektierte, sondern in Preußen eigenwillig weiterregierte, als wäre nichts geschehen, fühlten die andern Länder sich mitbrüskiert. Dazu wurde wiederholt angekündigt, die Reichsreform sollte ohne sie durchgeführt werden. Das erhöhte ihr Mißtrauen. Die Auflösung des Reichstags half Papen gar nichts. Am 6. November wurde der neue Reichstag gewählt, die Hitlerpartei sank zwar auf

196 Mandate und die Deutschnationalen plus Deutsche Volkspartei bekamen 63, aber die Kommunisten brachten es auf 100 und wurden in Berlin die stärkste Partei. Die Opposition hielt Papen täglich vor, daß er 90% des Volkes gegen sich habe. Wie konnte Papen vor den Reichstag gehen? Wieder die Abstimmung des unausbleiblichen Mißtrauensantrags riskieren? Die Gerüchte, daß er den Reichstag auflösen wolle, bevor dieser sich konstituierte, wurden als „Kombinationen“ dementiert, bewirkten aber eine Protestaktion des Reichsrats. Papen fuhr noch nach Dresden zum Staatsbesuch, wie er vor Wochen in München war, und sollte nach Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt reisen. Von Dresden erlaubte er sich einen Abstecher zum Graf Wuthenau bei Halle, zur Jagd. Mag die Politik kritisch werden, er verzichtete als Grandseigneur nicht auf seine Passionen. Er unterbrach wiederholt den Gang wichtiger Geschäfte, um jagen zu gehen. Wahrscheinlich während Papen mit seinem Verwandten Wuthenau jagte, entschloß sich Hindenburg, das Kabinett zu opfern. Papen sagte am 16. November die Staatsbesuche ab, am 17. wurde Kabinettsrat gehalten und demissioniert. Der letzte Tropfen, der den Becher zum Überfließen brachte, der Anlaß zu Hindenburgs Entschluß war offenbar die Weigerung Hitlers, mit Papen über die „nationale Konzentration“ zu verhandeln. Das war der Anlaß, der Grund war der Widerstand der Länder, der den Widerstand der Parteien verstärkte. Und so sind wir so weit, daß die Demission des ganzen Kabinetts Papen angenommen [ist] und Hindenburg die Parteiführer selbst empfängt, heute Hitler. Aber der 13. August wiederholt sich nicht, Hitler will nicht die „volle Staatsgewalt“, sondern nur die „Führung“ und die nicht unbedingt für sich, sondern für seine Partei. Noch ist alles vertraulich, denn obgleich die Aussprache Hindenburg-Hitler eine Stunde gedauert hat, soll sie fortgesetzt werden. Die Aufregung, die den 13. August dramatisch machte, ist heute nicht wahrnehmbar, denn man hofft, daß wenn die Nationalsozialisten in die Reichsregierung kommen, sie vom Zentrum in Zucht genommen werden. Ist das richtig? Werden sie, einmal an der Macht, das Zentrum und alle andern Parteien vergewaltigen?

20. November.

Die ganze vorige Woche war mit Feiern zum 70. Geburtstag Gerhart Hauptmanns ausgefüllt, der auf den 15. November fiel. Freitag, den 11., rief mich Vormittag Victor Hahn⁴⁷ an, verlangte wie alle Jahre einmal eine Grenzempfehlung und lud mich zu einem Mittagessen ein: „G. Hauptmann wird da sein, 5 oder 6 Menschen, nicht mehr.“ Hotel Kontinental. Es waren außer mir und V. Hahn Philipp Scheidemann und Luise Wolff⁴⁸ da und pünktlich Hauptmann mit seiner Frau. Essen: Kaviar, Suppe, Huhn mit Salat, Eis, Wein, Sekt. Hauptmann sprach sofort von Masaryk, von dem er kürzlich in Lana empfangen wurde, von der Hauptmannfeier in Prag. Seine Frau ergänzte zwischendurch. Er war eineinhalb Stunden bei

⁴⁷ Victor Hahn (geb. 1869), Verleger des Berliner *8-Uhr-Abendblattes*.

⁴⁸ Marie Luise Anna Wolff, geb. Hickethier (1871–1956), Schauspielerin und Ehefrau des Chefredakteurs des *Berliner Tageblatts*, Theodor Wolff.

Masaryk, was ihn sichtlich befriedigte. Der Präsident kam eben vom Reiten, war frisch und interessiert. Erzählte von dem Risiko, das seine Arbeit gegen Österreich während des Krieges bedeutete. Es war um Leben und Tod, fügte Hauptmann hinzu. Der Präsident schickte ihm seine „Weltrevolution“ und Hauptmann antwortete, daß er ihm über das Buch noch seine Eindrücke mitteilen werde, „denn gewöhnlich hört man nichts mehr von der Meinung derer, denen man seine Bücher gibt“. Frau Hauptmann spielte an, daß G. Hauptmann bisher von Hindenburg nicht empfangen wurde. „In die Wilhelmstraße ist es weiter als nach Prag.“ G. Hauptmann erwähnte, daß er Ebert gekannt habe, Mussolini, Hoover und Masaryk hätten ihn empfangen. Inzwischen hat Hindenburg die Unterlassung gut gemacht. Er gratulierte Hauptmann und empfing ihn am 19., gestern, kurz vor Hitler. Beim Essen wurde auch über die goldene Medaille gesprochen, die Hauptmann nachträglich zweimal erhielt, vom preußischen Staatsministerium und vom Reichskommissar in Preußen, eine veritable Komödie. Frau Hauptmann schätzte den Materialwert der Medaille. Scheidemann bestätigte, daß man im Jahre 1925 nach dem Tode Eberts in gewissen Kreisen daran dachte, G. Hauptmann für die Reichspräsidentenwahl zu nominieren. Hauptmann verriet, daß er dies ernst nahm und zwar so, daß er sich auch für den Fall, daß Hindenburg stirbt, für denjenigen Deutschen hält, der Reichspräsident sein und die politischen Gegensätze überbrücken könnte. [...] Mit Mastný bei der Hauptmannfeier der Stadt Berlin in den Ausstellungshallen. Tausende von Menschen, Musik von Beethoven und Wagner, alles sehr imposant. Zuckmayer spricht als 35jähriger zum 70jährigen, zum „Mann aus Erde“, sehr warm, spontan. Hauptmann ist bis zu Tränen ergriffen vom Beifallssturm. Drei Tage darauf Feier im Marmorsaal des Zoo, veranstaltet vom Schutzverband deutscher Schriftsteller und Penklub. Kerr⁴⁹ spricht, balzend, kokett, per Du, Erinnerungen an die Freie Bühne. Hauptmann antwortet biographisch: Mit 17 Beruf gewechselt, mit 40 Kaiser Karls Geißel als Abschied vom Leben, mit 50 wieder Depression, aber mit 70 Lebensbejahung, Lebensfreude. Höchst liebenswürdig. Man verzeiht ihm den Goehtekopf, die betonte Hoheit. Autograph durch Frau Hauptmanns Assistenz. [...]

20. Dezember.

Leider wieder nicht zu Eintragungen gekommen. Am 17. November ist das Kabinett Papen zurückgetreten. Der Druck der Parteien und der Länderregierungen hat den schneidigen Reichskanzler gestürzt. Die größte Unruhe hat er durch die Ankündigung der Verfassungsreform hervorgerufen. Der Monarchismus schien heranzustürmen. Die politische Unruhe konnte auch keine wirtschaftliche Besserung aufkommen lassen. Aber Papen trat offenbar in der Überzeugung zurück, daß Hindenburg ihn wieder betrauen und daß er mit vermehrter Autorität weiterregieren würde. Die Regierungskrise zog sich hin. Wieder Verhandlungen mit Hitler, der wieder darauf bestand, nur das Kanzleramt anzunehmen, sonst in der Opposition

⁴⁹ Alfred Kerr (1867–1948), Theaterkritiker des *Berliner Tageblatts*, seit 1920 Präsident des deutschen Penklubs, emigrierte 1933 über die Schweiz nach Frankreich, später nach Großbritannien.

zu bleiben. Am 2. Dezember war es so weit, daß Papen von Hindenburg tatsächlich mit der Rekonstruktion des Kabinetts beauftragt werden sollte. Da lehnten sich in der Ministerberatung einzelne Minister gegen die Zusammenarbeit mit Papen auf, der Finanzminister Krosigk, der preußische Reichskommissar Bracht, angeblich auch der Wirtschaftsminister Warmbold. Das bewog Papen, selbst als seinen Nachfolger Schleicher zu empfehlen. In einer Stunde war Schleicher beauftragt, das neue Kabinett zu bilden, am 3. Dezember war es fertig. Allgemein empfand man es als Entspannung. Schleicher hat eine gute Presse. Die Sozialdemokratie erklärt, ihn ebenso zu bekämpfen wie Papen, weil er die Mehrzahl der alten Minister übernommen hat, aber die Gewerkschaften verhandeln mit Schleicher und er hat die Wiederherstellung der Lohntarife versprochen (inzwischen durchgeführt). Die Nazis sind weiter die Enttäuschten und kündigen scharfe Opposition an wie die Kommunisten. Bei den Nazis großer Krach. Gregor Straßer geht „auf Urlaub“, nachdem er alle seine Ämter niedergelegt hat. Noch weiß man nicht, wer sich ihm anschließt. Hitler organisiert um, stellt Kommissare an die Spitze der Gaue, die ihm allein verantwortlich sind. Die Führer der Nazis überbieten sich in Treuegelöbnissen. Der Abgang Straßers ist ein Sieg der Radikalen Goebbels und Göring. Im Reichstag, der am 5. Dezember begann, kein Zwischenfall. Vertagung nach drei Sitzungen ohne Regierungserklärung. Schleicher bekommt Schonfrist. Er spricht am 15. Dezember im Rundfunk gegen Militärdiktatur, als „sozialer General“, will die Terror-Verordnung aufheben, droht aber den Kommunisten bei Versuchen, Unruhe zu stiften, mit drakonischen Maßnahmen.

Samstag, den 17. Dezember, Max Mell zu Mittag, dazu Robert Musil⁵⁰ und Frau, Viktor Fleischer⁵¹. Mell erzählt lustiges Erlebnis in Graz, wo eine uneheliche Tochter Rilkes als Lydia Maris Rilke Gymnasium besucht, sich aber als falsche uneheliche Tochter entpuppt; ihre Mutter wollte 400 Briefe Rilkes besitzen, besaß aber keinen. Nur die Gymnasialprofessoren und Literaturbeflissenen glaubten's aus Snobismus. Gespräch über Rilkes Briefe, Produktion – wie Gedichte, Briefe ohne Spontaneität. [...]

2. Januar 1933.

Rechtzeitig zur Silvesterfeier Emil und Toni⁵² in Berlin. Aber Silvesterfeier? Abends ins Kino zu einem blödsinnigen Film „Baby“ mit der komischen Landsmännin Annie Ondra⁵³. Dann nach Hause. Hegners dabei. Punsch und Faschingskräpfen. Um 12 Uhr der übliche Klamauf auf der Straße. Raketèn, Knallfrösche, Papierschlängen. Straßenmusikanten vor dem Haus, rasch sind Menschen da, die

⁵⁰ Robert Musil (1880–1942), österreichischer Erzähler und Dramatiker.

⁵¹ Viktor Fleischer (geb. 1882), Schriftsteller.

⁵² Emil und Antonie Oplatka (vgl. Anm. 14).

⁵³ Anni Ondra (1902–1987), österreichische Filmschauspielerin, Ehefrau des Boxidols Max Schmeling.

tanzen, trotz Frost. Toni wirft den Musikanten ein 5 Mk-Stück zu, „Glücksgeld“. Das Jahr, das beginnt, macht ein unheimliches Gesicht.

28. Januar.

Es ist eben nicht möglich, mit den Ereignissen Schritt zu halten, wenn man nicht täglich notiert. Diese Nachträge sind nichts mehr wert. Heute ist Schleicher zurückgetreten. Aber ich muß noch etwas anderes nachtragen, für die Zeit weniger Wichtiges, aber doch etwas, was das ganze Elend dieser Zeit zeigt. Am 5. Januar hat sich in Karlshorst eine Tochter Trotzki, Sinaida Wolkow, durch Gas vergiftet. Die Polizei hat ihr die Aufenthaltsbewilligung nicht verlängern wollen, die Sowjetbotschaft hat ihr den Paß abgenommen, sie wußte nicht wohin. Die Welt ist klein, es gibt eine bestimmte Schicht von Menschen, die sich kennenlernen oder zwischen denen Beziehungen bestehen, wenn sie auch noch so weit voneinander entfernt sind und anders denken. Alles sieht wie Zufall aus, ist es aber offenbar nicht. Ich hörte von der Tochter Trotzki gleich nach ihrer Ankunft in Berlin Anfang 1932. Schwer lungkrank, beiderseitiger Pneumothorax. Der Zustand besserte sich schnell, bedenklicher war eine psychische Erkrankung, an der sie schon in Konstantinopel litt und die wieder auftauchte. Doch auch sie wurde durch ärztliche Hilfe überwunden. [...] Wenn nach dem Selbstmord Trotzki einen Brief an die Dritte Internationale veröffentlichte, in dem er die Russen und Stalin beschuldigte, seine Tochter in den Tod getrieben zu haben, so war es die politische Ausbeutung der Tragödie. Er weiß am besten, daß Sina irrsinnig war. Sie erzählte selbst Lela⁵⁴ von einer furchtbaren Auseinandersetzung mit ihrem Vater, in der offenbar ihre Eifersucht auf Trotzki zweite Frau, Sinas Stiefmutter, hervorbrach und sie sich auf die Erde warf, wobei Trotzki nicht eben gefühlvoll erscheint. Ich schickte übrigens Wochen vor dem Selbstmord Sinas einen Postanweisungsabschnitt mit ihrer Schrift an Robert Saudek⁵⁵ zur graphologischen Analyse. Ohne zu wissen, wer die Schreiberin war, diagnostizierte er: Paranoia.

Schleichers Rücktritt. Genau acht Wochen hat ein Kabinett gelebt, von dem man hätte annehmen müssen, es würde Jahre bestehen, länger als irgendein anderes vor ihm. Und nun sieht man enthüllt, wie das Schicksal des deutschen Volkes „gelenkt“ wird. Vom ersten Tag des Kabinetts Schleicher hieß es, Schleicher sei in Ungnade bei Hindenburg. Warum? Weil er im August für die Kanzlerschaft Hitlers eingetreten ist. Dennoch hat Hindenburg ihn zum Nachfolger Papens gemacht, weil er sozusagen an der Reihe war; nachdem er lange im Hintergrund Politik getrieben hatte, mußte er schließlich zeigen, wie er sich im Vordergrund bewährt. Außerdem glaubte Hindenburg, daß bei dem kritischen Zustand Deutschlands ein Kanzler, in dessen Hand die Leitung der Politik und der Reichswehr zusammengefaßt sei, am Platze wäre. Dazu die alte Freundschaft zwischen Hindenburgs Sohn und Schleicher. Aber Papen blieb in Berlin, blieb in der Wohnung im Reichskanzlerpalais, die

⁵⁴ Lela Dangel (geb. um 1900 in Wien), engste Berliner Freundin des Ehepaars Hoffmann.

⁵⁵ Robert Saudek, Graphologe, Jugendfreund Camill Hoffmanns aus Kolin.

an die Räume Hindenburgs stoßen. Er begann seine Minierarbeit. Schleicher führte sich als „sozialer General“ ein, stellte das von Papen durchbrochene Tarifrecht wieder her, verhandelte mit den Gewerkschaften, sagte öffentlich, daß die Reichswehr nicht dazu da sei, „überlebte“ Wirtschaftssysteme zu schützen, sah im Arbeitsbeschaffungsprogramm Aufträge für die öffentliche Hand und nicht nur für Privatindustrie vor und bekam sogar Streit mit dem Landbund. Er scheint dahinter gesteckt zu haben, als das Zentrum einen Vorstoß gegen die Osthilfe unternahm. Der Vorstoß wuchs sich zum Skandal aus, denn es wurde bekannt, daß Junker à la Oldenburg-Januschau⁵⁶ sich von den Osthilfegeldern gesund machten, daß sie ihre verschuldeten Güter nicht abstießen, sondern neue hinzukaufen, Steuern nicht zahlten, luxuriös weiterlebten, die Siedlung im Osten verhinderten, um unter sich zu bleiben. Schleicher wurde als „Agrarbolschewist“ verschrien wie Brüning. Das wirkte auf Hindenburg, zumal auch im Zusammenhang mit der Kampagne herauskam, daß Gut Neudeck auf den Namen des Obersten Hindenburg eingetragen ist und neuen Zuschuß bedurfte, für den gesammelt wird. Papen, bisher gegen Hitler, stellte sich plötzlich um, betrieb die Wiederbelebung der Harzburger Front Hitler-Hugenberg-Stahlhelm, und als die Nazi erklärten, im Reichstag gegen Schleicher stimmen zu wollen, blieb nichts übrig als Reichstagsauflösung oder Demission Schleichers. Hindenburg, bearbeitet von Papen und den Agrariern, verweigerte die Unterschrift zur Reichstagsauflösung, Schleicher war gestürzt.

30. Januar.

Hitler ist heute mittag zum Reichskanzler ernannt worden. Er hat es erreicht, aber wie! Sofort nach Schleichers Demission wurde Papen als homo regius beauftragt, mit den Parteien zu verhandeln (nicht die Regierung zu bilden). Hitler hielt sich schon in Berlin auf. Niemand wollte glauben, daß er in ein Kabinett mit Hugenberg und Papen gehen könnte, nachdem er beide leidenschaftlich bekämpft hatte. Er scheint auch bis zum letzten Augenblick abgelehnt zu haben. Aber in der Nacht auf heute sollen Gerüchte über einen Marsch der Potsdamer Garnison Hindenburg zu einem Appell an die heutigen Minister veranlaßt haben, das „Kabinett der nationalen Konzentration“ zu schaffen. Hinter den Putschgerüchten sollen Schleicher, Hammerstein, Bredow gestanden haben. Es klingt unglaublich, aber man hat gewiß mit falschen Nachrichten operiert. Das Kabinett ist überstürzt gebildet worden, Hitler ist mit Dr. Frick und Göring darin, aber Hugenberg, Papen und Reichswehrminister Blomberg sind ihm als Gendarmen mitgegeben, dazu mehrere alte Minister, unter ihnen Neurath. Also keine nationalistische, keine revolutionäre Regierung, obwohl sie Hitlers Namen trägt. Kein Drittes Reich, kaum ein 2½.

⁵⁶ Elard von Oldenburg-Januschau (1855–1937), ehemaliger Offizier und Vorsitzender der westpreussischen Landwirtschaftskammer, 1930–1932 für die DNVP im Reichstag.

2. Februar.

Reichstag aufgelöst. Das Dekret, das Hindenburg am 28. Januar Schleicher verweigerte, hat er Hitler unterschrieben, als sich herausstellte, daß auch die neue Regierung überstimmt werden würde. Im Kabinettsrat soll Hugenberg vorgeschlagen haben, den „Staatsnotstand“ zu erklären und die Neuwahlen anzusetzen. Der Vorschlag wurde von der Mehrzahl der Minister mit Berufung auf Hindenburg abgelehnt, und die Neuwahlen sollen verfassungsmäßig am 5. März stattfinden. Hitler verlas im Rundfunk einen „Aufruf an das deutsche Volk“. Angenehme, baritonale Stimme, aber österreichischer Dialekt, den die Hörer hier nicht verstehen können. Überdies leierte er den Aufruf rapid herunter. Nichts als Phrasen bis auf Ankündigung der Arbeitsdienstpflicht, zweier Vierjahrespläne (für Bauern und Arbeiter), ohne Andeutung von deren Inhalt, außenpolitisch unveränderte Linie, Gleichberechtigung, Abrüstung der andern. Man sieht voraus, daß alle praktische Macht im Kabinett Hugenberg und Blomberg haben werden und fragt sich: wie soll[en] der Kapitalist Hugenberg und der Sozialist oder Pseudosozialist Hitler lange friedlich zusammensitzen? Was sie eint, ist der Nationalismus, die Feindschaft gegen den „Marxismus“. Der Kampf gegen die Kommunisten nahm auch schon in Hitlers Aufruf viel Raum ein. Erwartet wird das Verbot der Kommunistischen Partei, aber erst nach den Wahlen, damit man nachher angeblich die kommunistischen Mandate kassieren kann. – Zum zweiten Mal beim „Runden Tisch“ gewesen, im Demokratischen Klub, wo die Hitlerregierung und der bevorstehende Wahlkampf diskutiert werden. Ich werde nach den tschechoslowakischen Faschisten gefragt und gebe eine, meinem nachträglichen Gefühl nach, unzulängliche Antwort. – Man hört von Ausweisungen. Unter anderm hat sich Weiskopf⁵⁷ an mich gewendet, dem die Aufenthaltsbewilligung in Berlin nicht mehr verlängert wurde.

8. Februar.

Gestern abends das alljährliche Diplomatendinner beim Reichspräsidenten. Der Gesandte steht unter dem Eindruck seines ersten Gespräches mit Hitler. Dieser wandte sich nach dem Essen an ihn, nachdem er sich das offenbar vorher vorgenommen hatte. Er sagte, daß er „freundschaftlich“ ihm einiges zu sagen habe und begann sofort vom Brüner Volkssportprozeß⁵⁸ zu sprechen. Das Urteil sei auf Grund von militärischen Gutachten gefällt worden, die von falschen Voraussetzungen und Informationen ausgingen. Die nationalsozialistische Partei in der Tschecho-

⁵⁷ Franz Carl Weiskopf (1900–1955), Feuilletonredakteur der Zeitung *Berlin am Morgen*, 1933 Emigration zunächst nach Prag, dort Mitarbeiter der *Neuen Deutschen Blätter* und der *Arbeiter Illustrierten Zeitung*.

⁵⁸ Im Oktober 1932 hatte das Kreisgericht Brünn einige Mitglieder des „Volkssport“, einer der SA nachgebildeten Formation der sudetendeutschen Nationalsozialisten, zu Haftstrafen verurteilt. Grundlage dafür war ein Gutachten von Militärsachverständigen, das eine geheime Zusammenarbeit zwischen SA und Volkssport behauptete. Nach der Bestätigung des Urteils durch den Obersten Gerichtshof der ČSR im September 1931 löste die Prager Regierung die Deutsche Nationalsozialistische Partei auf.

slowakei sei unabhängig von „seiner“ (Hitlers) Bewegung in Deutschland und habe von ihm niemals Instruktionen erhalten. Die SA sei nicht eine militärische, sondern eine politische Organisation und habe mit der Reichswehr nichts zu tun. Er, Hitler, mache darauf aufmerksam, denn sollten diese Behauptungen, die in dem Brünner Gutachten aufgestellt werden, in der Tschechoslowakei wiederholt und weiter verbreitet werden, so müßte er öffentlich dagegen Stellung nehmen. Er wolle diese Sache und auch weitere Fragen, die zwischen Deutschland und ČSR vorkommen, in freundschaftlichem Geiste behandeln. Dr. Mastný dankte ihm vor allem dafür, daß er das Wörtchen „freundschaftlich“ angewendet habe [...]. Er lege auf die Erklärungen hohen Wert und werde sie sofort der Regierung zur Kenntnis bringen. Dr. Mastný sprach gleich darauf mit Außenminister Neurath, berichtete ihm das Gespräch mit Hitler, worauf Neurath sagte, daß er wegen des Brünner Gutachtens schon eine „Unannehmlichkeit“ gehabt habe, Hitler habe eine Demarche in Prag verlangt, was er ihm ausgedeutet habe, weil dies eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten wäre. Mastný: Es wäre eine Einmischung in die Justiz. Neurath: Sie könnten eine Geste tun, die Verurteilten begnadigen. Mastný antwortete, das sei ausgeschlossen. Im weiteren Gespräch deutete Neurath die Schwierigkeiten an, die er mit den Nazi im Kabinett habe und meinte: „Es wird nicht so heiß gegessen wie es gekocht wird“, da Mastný auf die noch bevorstehenden Möglichkeiten in Analogie mit Italien hindeutete. [...]

9. Februar.

[...] Mastný erzählt noch vom Diplomatendinner bei Hindenburg, daß Neurath das italienische Großkreuz getragen und daß der italienische Botschafter Cerutti den Reichskanzler Hitler theatralisch mit Faschistengruß begrüßt habe. Er, Mastný, sei zwischen dem belgischen Gesandten und Dr. Meißner gesessen. Dr. Meißner habe den Belgier daran erinnert, wie gut er ihm die Entwicklung seit Schleicher vorausgesagt habe. Mastný: „Wenn Sie bisher gut vorausgesagt haben, so machen Sie uns eine Prognose, was weiter geschehen wird.“ Meißner gab zu, daß es im Kabinett zu Konflikten zwischen Hitler und Hugenberg kommen könne und daß die Regierung nach den Wahlen möglicherweise die Kommunistische Partei auflösen werde. Mastný interpretiert: Hugenberg – Hindenburg.

12. Februar.

Nachmittag, Sonntagste: Coudenhove-Kalergi⁵⁹ mit Frau, R. Olden, Viertel⁶⁰, Pfemferts, Lela. – Olden glaubt, wie in politischen intellektuellen Kreisen jetzt vielfach geglaubt wird, daß die bevorstehende Naziherrschaft auf Krieg zusteure. Nachher Coudenhove: Alles hänge von der Verständigung Frankreich-Italien ab.

⁵⁹ Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi (1894–1972), österreichischer Publizist, Präsident der Paneuropa-Union, emigrierte 1938 in die USA.

⁶⁰ Berthold Viertel (1885–1953), Regisseur und Dramaturg, emigrierte 1933 nach Großbritannien, später in die USA.

Sie ist angesichts der Vorgänge in Deutschland für Frankreich nur um einen hohen Preis zu haben. Italien müßte Tunis bekommen. Dann wäre Deutschland isoliert und der Frieden sicher. Der Verständigung stehen jetzt auch die Zustände in Jugoslawien im Wege. Dort drohe täglich der Ausbruch der Revolution. Der König unpopulär geworden, die Studenten unzufrieden mit der Unfreiheit der Presse und des öffentlichen Lebens, die jüngeren Offiziere sympathisieren mit den Studenten. All dies in Altserbien, nicht nur Kroatien. Das Ende werde eine föderative Republik sein. Aber es kann hier auch der Krieg ausbrechen, Italien die Kroaten unterstützen. Die autonomistische Idee marschierte überall, siehe Spanien, sogar in Frankreich, die Tschechoslowakei. Coudenhove will nach Prag, um mit Masaryk über die Lage zu reden, wird es aber nicht tun, wenn Emil Ludwig⁶¹ noch da ist, was ich ihm mitteile.

13. Februar.

Ich stelle durch Telephongespräch mit Škrach fest, daß E. Ludwig seit Donnerstag in Prag war, täglich stundenlang mit Masaryk sprach, schon Manuskript mitbrachte, das er mit Masaryk durchging und dann umarbeitete, daß er aber heute abends Prag verläßt. – Dr. Mastný war gestern in Leipzig bei der Gedenkfeier zum 50. Todestag Richard Wagners im Gewandhaus. Hitler, der der Feier beiwohnte, erkannte ihn sofort und reichte ihm die Hand. „Freundschaftlich“. Beim Festessen saß Mastný neben der Frau des Reichsgerichtspräsidenten Bumke. Sie meinte, die Hitlerpartei habe in die Regierung kommen müssen, sonst würde in Deutschland niemals Ruhe werden. Ansicht des höheren Bürgertums. Das italienische Botschafterpaar reiste von Leipzig nach Dresden. Frau Cerutti sagte beim Abschied von Mastný: „Saluez le beau Brandenburger Tor.“ Er glaubte, sie habe es politisch gemeint, gegen die Franzosen.

14. Februar.

Samstag, den 11., hat Dr. Mastný der Reichsregierung zu der Explosionskatastrophe in Neunkirchen (Saargebiet) kondoliert. Heute kam ein Chiffretelegramm: Die Prager Blätter enthielten die Nachricht von der Kondolenz, der französische Gesandte in Prag fragte, ob sie wahr sei. Eine internationale Rechtsfrage! Mastný konnte nur der Saarregierung oder dem Völkerbund kondolieren, wenn überhaupt. Er findet den gesuchten Kommentar: da eine Menge von deutschen Familien durch das Unglück betroffen sei, habe er der Reichsregierung kondoliert. In Wirklichkeit hat er gar nicht bedacht, daß Neunkirchen im Saargebiet liegt, und spontan gehandelt. [...]

⁶¹ Emil Ludwig (1881–1948), Journalist und Autor historischer Biographien, lebte seit 1906 in der Schweiz und ging 1940 in die USA.

20. Februar.

Gestern abends Hauskonzert bei Georg Bernhard⁶². Eine Sonate von Brahms (Franz Ösborn⁶³ und Flesch⁶⁴), ein Quartett von Brahms. Wundervoll musiziert. Anwesend ein Teil des diplomatischen Korps und eine Menge gestürzter Größen. Hilferding: „Ich gratuliere.“ Wozu? Zum Pakt der Kleinen Entente, den Beneš dieser Tage in Genf geschlossen hat. Die deutsche Presse faßt den Pakt als Angriff gegen Italien, indirekt gegen Deutschland auf. Hilferding als Friedensgarantie gegen die faschistischen Mächte. Ich stelle Hilferding dem Gesandten vor. Er ist wohl der erste Oppositionelle, mit dem er in Berlin spricht. Die Gesellschaft verbirgt die gedrückte Stimmung. Die vordringende Macht der Nazis beherrscht die Gespräche. Wie werden die Wahlen ausfallen? Landsberg sagt mir: Katastrophal für die Sozialdemokratie, denn sie dürfte 30 Mandate verlieren. Er bekennt, daß die Tolerierungspolitik unter Brüning ein Fehler war, gegen die Wiederwahl Hindenburgs sei er selbst gewesen. Wenn er jung wäre, würde er kommunistisch wählen. Bernhard und Hilferding schließen nicht aus, daß in der Nacht vom 5. zum 6. März die SA auf die Straße zieht und ein Blutbad entsteht. Bernhard fragt scherzhaft, ob er ein Zimmer in einer befreundeten Gesandtschaft bekommen könne. Simon⁶⁵ setzt mir auseinander, daß die Weltkonjunktur sich bessert und daß wir Zeiten entgegengehen, in denen der allgemeine Lebensstandard höher sein wird als je. Heinrich Mann ist heute der Mann, der gezwungen wurde, die Präsidentschaft der Dichtersktion der preußischen Akademie zurückzulegen. Da er glaubt, daß das Hitler-Regime nur ein halbes Jahr dauern wird oder nicht viel länger, meint er: „Wenn die zweite Republik kommt, werden wir eine neue Akademie machen. Kein Nationalist darf dann darin bleiben. Die Mitglieder sollen 1000 Mark Monatsgehalt haben.“ Ich sitze mit ihm, Graf Harry Kessler und Steffa Bernhard⁶⁶ am Tisch. Kessler erzählt, daß er seine Erinnerungen schreibe. Er wundert sich über sein Gedächtnis. Aus Worten und Sätzen, die vor Jahren gesprochen wurden, tauchen ganze Situationen auf. Er erzählt, wie er mit Hofmannsthal den „Rosenkavalier“ schrieb. Er hatte die Figur des Rosenkavaliers (nach Faublas), mit der er nichts anzufangen wußte, Hofmannsthal die Figur des Ochs von Lerchenau. Sie taten beide zusammen. Als sie in Weimar, im verschlossenen Zimmer, das Stück verfaßten, lachten sie soviel dabei, daß Frau von Hofmannsthal und andre Frauen, die im Hause waren, bat, sie doch hinein- und an der Unterhaltung teilnehmen zu lassen. [...]

⁶² Georg Bernhard (1875–1945), bis 1930 Chefredakteur der *Vossischen Zeitung* und bis 1932 für die DDP im Reichstag; im Februar 1933 in Berlin Mitorganisator des Kongresses „Das freie Wort“, dann Emigration nach Paris (*Pariser Tageblatt*), 1941 in die USA.

⁶³ Franz Joachim Osborn (1905–1955), Pianist, emigrierte 1933 nach Großbritannien.

⁶⁴ Vermutlich Carl Flesch (1873–1944), Geiger, seit 1928 Professor an der Berliner Hochschule für Musik, emigrierte nach Großbritannien, zuletzt in die Schweiz.

⁶⁵ Hugo Simon (1880–1950), Bankier, Politiker und Kunstsammler, 1918/19 für die USPD im Preußischen Landtag, Mitglied im Aufsichtsrat des S. Fischer Verlags, emigrierte 1933 nach Frankreich, 1940 nach Brasilien.

⁶⁶ Stefanie Ruth (geb. 1901), Schauspielerin, Tochter von Georg Bernhard.

27. Februar.

Bei Frederick Kuh Abendessen am 25. Dabei Viertel, Tolischus⁶⁷, Frau Neubeisser. Bei mir Abendessen gestern. Dabei Döblin⁶⁸, Hegner, Leopold Ullstein⁶⁹ und Frauen, dann Viertel. Die Politik beherrscht alle Gespräche. Man erwartet Besetzung Berlins durch SA, irgendeinen Putsch in der Nacht nach den Wahlen. Wozu Putsch, da die Hitlerpartei die Macht hält? Man sagt, um Hindenburg und die Papen-Hugenberg zu beseitigen und die nationalsozialistische Diktatur auszurufen. Sicher wird nach vertraulichen Befehlen die SA rings um Berlin zusammengezogen und soll durch Polizeiautos ins Innere der Stadt gebracht werden, wenn es „losgeht“. Polizei und SA sind anscheinend schon eins. Entsetzen ruft Görings Schieß-erlaß hervor und seine Reden. „Die Kugel, die abgeschossen wird, habe ich abgeschossen.“ Göring will jeden Schuß, der gegen links abgegeben wird, verantworten. Hegemann⁷⁰ hat soeben das „in erwartungsvoller Verehrung“ Hindenburg und Hitler gewidmete Buch „Entartete Geschichte“ herausgegeben und ist nach Ascona abgereist. Heinrich Mann an die Riviera, Thomas Mann ist in Paris, Alfred Kerr in Prag. Sie haben keine Lust, sich von barbarischen Nazi anpöbeln oder gar totschi-agen zu lassen. In Deutschland weht tatsächlich Mordluft.

28. Februar.

Gestern Abend: der Reichstag brennt. Ich, allerdings erst um 11 Uhr, hin. Massen von Menschen schon in der ganzen Umgebung. Eine unheimliche Sache dieser ungeheure Kasten von Gebäude, umringt von Feuerwehren, zerniert durch Polizei, belagert von recht schweigenden, düstern Menschen. Im turmartigen Abschluß der Glaskuppel sehe ich niedrige Flammen hinausflackern. In den Fenstern des Reichstags Helle, als wären sie eben nur erleuchtet, nicht Feuersglut. Wer von den herströmenden Neugierigen ein gewaltiges Flammenmeer und weiten Feuerschein erwartet hat, muß enttäuscht sein. Ich glaube noch am Abend, es könnte ein Dachbodenbrand sein oder solch ein Unfall durch Überheizung bei den kalten Tagen. Der Verdacht, es könnte sich um ein Attentat handeln, taucht mir im Kopf auf, wird aber verdrängt. Nach Hause zurückgekehrt, höre ich, daß Mastný schon telephonisch Erkundigungen eingezogen hat. Am Morgen welcher Schlag! Der Brand als ungeheuerlich geschildert, der Plenarsaal total ausgebrannt, riesige Verwüstungen, deutlich Brandstiftung, Spuren an mehr als zwanzig Stellen, ein holländischer Kommunist van der Lubbe verhaftet. Er „gesteht“ das Verbrechen, will allein gehandelt haben und in Verbindung mit Sozialdemokraten gestanden sein. Ungeheure Aufregung. Die Regierung hat noch nachts das „Vorwärts“-Gebäude besetzt, das Blatt

⁶⁷ Otto David Tolischus (geb. 1890), seit 1933 Berliner Korrespondent der *New York Times*, 1940 ausgewiesen.

⁶⁸ Alfred Döblin (1878–1957), Arzt und Schriftsteller, emigrierte 1933 zunächst in die Schweiz, zuletzt in die USA.

⁶⁹ Leopold Ullstein (geb. 1906), Mitglied der Berliner Verlegerfamilie, emigrierte 1939 nach Großbritannien.

⁷⁰ Werner Hegemann (1881–1935), Schriftsteller, emigrierte 1933 in die Schweiz, später in die USA.

beschlagnahm, dann früh allerdings das Gebäude wieder geräumt. Sie verhaftet seit dem Morgen kommunistische Abgeordnete, Rechtsanwälte, Schriftsteller, darunter E. E. Kisch⁷¹, Erich Mühsam⁷², Ludwig Renn⁷³, Lehmann-Rußbüldt⁷⁴, Ossietzky. Der kommunistische Fraktionsvorsitzende Torgler, dem nachgesagt wird, er sei kurz vor dem Brand im Reichstag mit dem Brandstifter gesehen worden, stellt sich selbst der Polizei. Es ist klar, daß die Regierung die Gelegenheit wahrnimmt, die längst angedrohte Aktion gegen die Kommunisten durchzuführen. Man spürt die Rasanz Görings. Alle Blätter behaupten, die Brandstiftung sei der Auftakt einer bolschewistischen Revolution, der Beginn einer Serie von Terrorakten gegen öffentliche Gebäude und Persönlichkeiten. Es heißt durchgreifen! Abends wird eine neue Notverordnung erscheinen, die Deutschland in unausgesprochenen, aber effektiven Belagerungszustand versetzt. Schluß mit den bürgerlichen Freiheiten! Ich glaube seit den Morgenblättern an eine nie dagewesene Inszenierung der Diktatur. Alles ist Regie. Offenbar auch die Brandstiftung. Am Abend höre ich auch, daß der verhaftete Attentäter vor zwei Jahren aus der holländischen kommunistischen Partei unter dem Verdacht, Spitzel zu sein, ausgestoßen wurde. Die Partei erklärt es. In der politischen Geschichte ist selten ein grandioseres Verbrechen inszeniert worden wie hier, um einen großen Teil der Volksgenossen zu unterdrücken, zu vernichten. Der Kampf gegen den Bolschewismus ist die Losung, mit der man die Wahlen und die Sympathien des europäischen Bürgertums gewinnen will. Das Ausland ist aber sofort stutzig geworden. Wohin wird das führen. Gibt es Widerstand, Streiks, Attentate? Die Herrschenden trachten sich durch unerbittliches „Durchgreifen“ zu schützen. Die Sozialdemokraten protestieren gegen den Verdacht, mit dem Brand im Reichstag in Verbindung gebracht zu werden, und niemand glaubt, daß sie damit etwas zu tun haben. Sie mithineinziehen zu wollen, ist ein taktischer Fehler.

3. März.

Die Panik im vollen Gange. Die Verfolgung der Kommunisten und der Sozialdemokraten, die den Kommunisten fast gleichgesetzt werden, führt zu Tausenden von Verhaftungen, zur Unterdrückung der ganzen „marxistischen“ Presse, aller Versammlungen der Linksparteien. Im Rundfunk dröhnen täglich Regierungsreden, wahre Brandreden, noch nie dagewesen. Dennoch hat man den Eindruck, daß der Start des Faschismus in Deutschland gescheitert ist, weil der Widerstand der Opposition dumpf, passiv, aber zähe und unüberwindlich, vor allem aber weil die öffentli-

⁷¹ Egon Erwin Kisch (1885–1948), Journalist, nach seiner Freilassung Emigration nach Prag, später Paris, 1936 im Spanischen Bürgerkrieg, 1940–1946 in Mexiko, zuletzt wieder in Prag.

⁷² Erich Mühsam (1878–1934), Lyriker, Dramatiker, politischer Essayist, nach dem Reichstagsbrand verhaftet und ermordet.

⁷³ Ludwig Renn (1889–1979), politischer Schriftsteller, bis 1932 Herausgeber der *Linkskurve*, 1933 Verurteilung wegen Hochverrats, 1936 nach Entlassung Flucht in die Schweiz, dann nach Spanien, Mexiko, 1947 zurück nach Dresden.

⁷⁴ Otto Lehmann-Rußbüldt (1873–1964), Schriftsteller und Mitbegründer der pazifistischen Liga für Menschenrechte, nach Freilassung 1933 Flucht nach Holland, Großbritannien.

che Meinung der Welt gegen Deutschland ist. Der Brand im Reichstag wird nirgends als kommunistisches Attentat geglaubt, man schreibt ihn Göring und einer kleinen Gruppe von Nazi-Offizieren [zu]. Aber welches Grauen verbindet sich damit. Die Wut darüber steigert die Angriffe der Nazis. Man befürchtet Pogrome. Aber ich glaube nicht recht, daß es dazu kommt. Die SA wollte gewiß, die Papen, Hugenberg, Blomberg dürften bremsen. Nichtsdestoweniger ist die Spannung schwer erträglich. Wären doch der 5. und 6. März vorüber, in Ruhe! Die Pfemferts sind davon und wollten vorher noch einen Koffer voll Lenin-Briefen und dem „Testament“ Lenins, alles Trotzki's Besitz, bei mir verwahren. Ich konnte aller Verantwortung wegen darauf nicht eingehen. Nun ist der Koffer bei einfachen, ahnungslosen Leuten. Und tags darauf sollte ich den ganzen Karl Marx-Nachlaß aus dem sozialdemokratischen Archiv übernehmen. Stolz⁷⁵ vom Internationalen Gewerkschaftsbund war bei mir. Ich hätte es getan, wenn Mastný einverstanden gewesen wäre. Er war es nicht. Nun hat sich Stolz an Dr. Czech⁷⁶ und dieser an Beneš gewendet, der Mastný anrief und ihn bevollmächtigte, den Nachlaß „für ein Regierungsmitglied“ vertraulich zu übernehmen und gelegentlich nach Prag zu schicken. Fast hätte ich Lenins und Marx' Nachlaß in meinem Haus gehabt! – Viertel war Mittag da. Er entschließt sich, abends nach Prag abzureisen. Bert Brecht ist schon dort. A. Kerr dagegen in Paris. Stampfer sollte gestern verhaftet werden, wegen Verbreitung von Gerüchten über den Brand, doch kam die Nachricht durch einen Regiefehler zu früh heraus und er ist geflohen. Viktor Schiff⁷⁷ verhaftet, angeblich hat er Stampfer in seinem Auto hinausgebracht. Thälmann, dessen Anwesenheit in Kopenhagen gemeldet wurde, heute in Charlottenburg verhaftet. Seit dem 1. März Ausnahmezustand, die bürgerlichen „Freiheiten“ aufgehoben. – Schiff abends wieder freigelassen.

6. März.

Gestern die Wahlen. Großer Sieg der Nazi, die aber doch nur 43% der Stimmen an sich rissen, mit den Deutschnationalen zusammen 52%. Damit ist die Mehrheit des deutschen Volkes hinter dem Kabinett Hitler. Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ist legalisiert. Es zeigt sich, daß das Trommelfeuer der nationalsozialistischen Propaganda gewirkt hat. Die Kommunisten verlieren mehr als eine Million Stimmen. Sie sind verschreckt, die Provinz glaubt daran, daß die Brandlegung im Reichstag auf Kommunisten zurückgeht. Die Sozialdemokratie hält sich trotz Verlusten. Das Zentrum ohne Verluste. Aber die Überraschung sind Bayern und die andern süddeutschen Länder: überall sind die Nazi die stärkste Partei geworden. Eine ungeheure Nazi-Flut überschwemmt nun wirklich ganz Deutschland und

⁷⁵ Georg Stolz (1896–1964), seit 1931 stellvertretender Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, bis 1933 mit Sitz in Berlin.

⁷⁶ Ludwig Czech (1870–1942), Vorsitzender der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und Minister für Soziale Fürsorge der ČSR.

⁷⁷ Viktor Schiff (1895–1953), außenpolitischer Redakteur des *Vorwärts*, 1933 Emigration nach Paris, später nach Großbritannien.

schaft mit einem Schlag die Einheitlichkeit des Reiches. Es wird kaum noch der Reichsreform bedürfen. Hitlers historischer Erfolg ist bereits klar: die Verpreußung Deutschlands. Infolgedessen ertönt schon der Ruf nach „Gleichschaltung“ aller Länderregierungen mit der Reichsregierung. Der Monarchistenspuk in Bayern ist ebenso weggeblasen wie der Kommunistenschreck. – Ein trauriger Wahlabend. Die Hegners waren da, Lela, um die Resultate im Radio zu hören, dann Čermák.

15. März.

Auf die Wahlen folgten Siegesfeiern ohne Zahl. Fahnen überall. Die SA besetze in allen Hauptstädten, wo noch keine Nazi-Regierungen herrschten, die Regierungsgebäude, die Regierungen demissionierten. Im Übermut unzählige Terrorakte. Die deutschen Blätter enthalten davon nichts, aber das Ausland ist voll davon. Täglich kommen Leute in die Gesandtschaft mit Beschwerden und Bitten um Schutz. Überfälle durch Nazi in der Nacht in Wohnungen, Haussuchungen, Verschleppungen. Es gibt in Berlin eine Menge von Nazi-Lokalen, wohin die Leute gebracht und wo sie elend mißhandelt werden. In vielen Fällen Tage und Nächte lang. Ich spreche alle paar Tage mit Mowrer. Die ausländischen Korrespondenten sorgen dafür, daß das Ausland erfährt, was vorgeht. Der amerikanische Botschafter Sackett protestierte im Auswärtigen Amt gegen die Mißhandlung von Amerikanern in den Berliner Straßen. Neurath sprach darauf mit Hitler und drohte mit seinem Rücktritt, wenn die Zwischenfälle nicht aufhörten. Freitag den 10. veranstaltete Frau Bella Fromm⁷⁸ von den Ullsteinblättern einen Tee bei sich für die Diplomaten. Anwesend auch Masný und Frau, außerdem Frau François-Poncet, Frau Cerutti, Frau Comnen⁷⁹, der belgische Gesandte u. a. Nazi versuchen während des Tees einzudringen und werden mit Mühe abgewimmelt. Vor dem Haus Krach zwischen Nazis in Uniform und dem italienischen Chauffeur des rumänischen Gesandtenautos, von dem die Flagge abgerissen und zerfetzt wird. Die Diplomaten und ihre Frauen beim Verlassen des Hauses beschimpft. Am Tage darauf Einspruch Comnens im A.A. Auch Masný meldet tschechoslowakische Fälle. E. E. Kisch von der politischen Polizei an die Grenze gebracht. Die Pfemferts bis dahin in einem sächsischen Sanatorium nach Karlsbad, fast ohne Geld, Kleider, Wäsche. Hitler erläßt einen Aufruf zur Ruhe, gegen „Sonderaktionen“, auf Neuraths Vorstellungen hin, aber zugleich erscheint in den Blättern eine in Essen gehaltene Rede Görings voll Raserei und Beschimpfungen der Juden, des Zentrums, der Sozialdemokraten. Immer derselbe Geist „wo gehobelt wird, fliegen Späne“, eine Aufforderung zum Terror. Köpke⁸⁰ im A.A.: „Entsetzliche Rede.“ Am Sonntag neuer Aufruf Hitlers gegen Sonderaktionen, dann die Schließung, Plünderung jüdischer Geschäfte in vielen Städten, hier Belagerung

⁷⁸ Bella Fromm Welles (1900–1972), Journalistin, 1928–1935 Gesellschaftskolumnistin von *Vossischer Zeitung* und *BZ am Mittag*, emigrierte 1938 in die USA.

⁷⁹ Die Ehefrauen der Gesandten Frankreichs, Italiens und Rumäniens.

⁸⁰ Gerhard Köpke (1873–1953), Leiter der Abteilung II (West-, Süd- und Südosteuropa) im Auswärtigen Amt, trat als NS-Gegner 1936 vorzeitig in den Ruhestand.

der Warenhäuser haben über Hand genommen. Hitler verlangt „strengste, blindeste Disziplin“. Man erhofft Beruhigung. – Kommunalwahlen in Preußen am 12. Sie ergeben bei geringerer Beteiligung ein analoges Resultat wie die Reichswahlen. Die Rathäuser werden von den Nazis erobert. Die Terrorakte lassen nach, hören aber nicht ganz auf. Leider hat am 11. III. Frederick Kuh von United Press Berlin verlassen, weil er von Nazis bedroht wurde. – Am 9. abends bei Thorstads⁸¹, wo Lochners⁸², Maler Heckel⁸³, Dr. Thormählen⁸⁴, Legationssekretär Collin, Wasserbäck⁸⁵ waren. Alles gegen Nazis, man spricht offen über den Reichstagsbrand, der „Attentäter“ Lubbe sei gar nicht der echte Lubbe, der 1930 erschossen worden sei. Nur Thormählen ist $\frac{3}{4}$ Nazi und behauptet, seit dem 5. März sei Hindenburg glücklich, weil die Wahlen ihm in der Berufung Hitlers recht gegeben hätten.

16. März.

Seit Sonntag, 12., ist Mastný in Prag. Ich suchte ihn vor der Abfahrt auf, um mehrere Anregungen nach Prag weiterzuleiten. Das „Tagebuch“ will, hier verboten, in die Tschechoslowakei übersiedeln. Ich bin dagegen, weil man sofort hier erklären würde, es sei von Prag gekauft. Rundfunk: Die deutsche halbe Stunde des Prager Rundfunks soll ausgedehnt und eine mächtige Propaganda für Demokratie in deutscher Sprache entfaltet werden gegen die Goebbels-Propaganda, die in Nordböhmen verheerend wirken dürfte. Deutsche Politiker, Gelehrte, Dichter, möglichst keine Juden, sollen täglich reden. Wird man in Prag für diese Notwendigkeit Verständnis haben? Ich schlug vor, die tschechischen Parteiführer und Journalisten zu instruieren, daß hier keine „Nationalitätenfrage“ gegeben sei, sondern Staatsinteresse. Dann ersuchte ich Mastný, dafür einzutreten, daß Trotzki's Sohn, Ljova Sedov, ein vorübergehendes Visum erhalte. Er schläft seit vielen Tagen nicht in seiner Wohnung, ist gehetzt wie ein Tier, übernachtet auf Treppen fremder Häuser, sitzend im vierten Stock. Später bekommt er, wie Nikolajevskij mir sagt, ein Visum für Paris. – Gestern wurde Razzia im „roten Block“, Laubenheimer Platz, gehalten. Verhaftete, darunter Pfemferts Schwager, Dr. Schäfer, der gerade bei mir war, um mich zu ersuchen, von S. Fischer für Pfemfert finanzielle Unterstützung zu verlangen; Schäfer, nach Hause zurückgekehrt, festgenommen. Sensationeller Bericht darüber im „Angriff“. – Nikolajevskij glaubt, daß sich ein Krieg vorbereitet. Polen? Man hört es von allen Seiten. Ich hoffe, daß Mussolini von Deutschland abschwenkt und das Hitler-Regime dann vor Abenteuern zurückschreckt.

⁸¹ Axel Thorstad (1888–1942), seit den zwanziger Jahren Korrespondent der Osloer *Aftenposten* in Berlin, das er 1934 verließ, als die Zeitung seine NS-kritischen Berichte nicht mehr druckte.

⁸² Louis P. Lochner (1887–1975), amerikanischer Journalist, 1928–1942 Bürochef von *Associated Press* in Berlin.

⁸³ Erich Heckel (1883–1970), expressionistischer Maler und Graphiker, Mitbegründer der „Brücke“, 1933 Entzug des Lehrauftrags an der Staatlichen Kunsthochschule Berlin.

⁸⁴ Ludwig Thormählen (1889–1956), Bildhauer und Kunsthistoriker.

⁸⁵ Erwin Wasserbäck (1896–1938), seit 1923 Presseattaché der österreichischen Gesandtschaft in Berlin, 1933 aus Deutschland ausgewiesen, zuletzt Gesandter in Athen.

20. März.

Gestern, Sonntag, während ich Mittag abwesend war, kam Frau Breitscheid zu uns, und aus ihren Äußerungen war zu entnehmen, daß sie mich anzutreffen gehofft und von mir etwas gewollt hatte. Ich ging daher sofort nach dem Essen ins Hotel Fürstenhof, wo Breitscheids abgestiegen waren. Sie waren im Begriffe, hinüber in den Potsdamer Bahnhof essen zu gehen, ich begleitete sie. Dr. Breitscheid, herzkrank, aber äußerlich unverändert, kleinmütig. Er vermutet, daß Aktionen gegen die Sozialdemokraten geplant seien, man werde ihnen vor Ende des Reichstages die Pässe abnehmen oder sie verhaften. Er war in München, wo er verborgen lebte, vorher wohnte er beim finnischen Gesandten Wuolijuki. Er will hören, daß er unter Umständen in die Tschechoslowakei kann. Ich erkläre mich bereit, ihn im Notfall bei mir übernachten zu lassen. Er ist dankbar, daß ich gekommen bin, ins Hotel mit zurückkehre und bleibe, bis beide Breitscheids von Dr. Hertz⁸⁶ abgeholt werden.

21. März.

„Tag von Potsdam“. Große militaristische Inszenierung. Eröffnung des Reichstages, abends Fackelzug. Bis über ein Uhr nachts zieht singende SA am Fenster vorüber. Mastný schlägt mir vor, nach Prag zu fahren, um dort zu berichten und die Frage zu klären, wie man sich dort zur Aufnahme politischer Flüchtlinge verhält.

27. März.

Vom 22. bis 26. in Prag gewesen. Fünf Minuten vor der Abreise nach Prag erscheint Viktor Schiff. Man hat ihm den Paß abgenommen, er will in die Tschechoslowakei und möchte von uns einen Paß erhalten, mit dem er hinüberkommt. Krofta, dem ich das vorbringe, schickt ein Telegramm, daß Schiff auf tschechischem Boden auf Entgegenkommen rechnen kann, aber einen Paß will er ihm innerhalb Deutschlands nicht ausstellen lassen. Es gibt schon eine Emigration in Prag. Ich spreche mit Rudolf Olden, der eine Hilfsorganisation vorbereitet, mit Dr. Bruno Frei⁸⁷, der behauptet, daß in Deutschland die Kommunisten einen illegalen Apparat behalten haben und ihre Mitglieder in die NSDAP abkommandieren. „Tagebuch“ und „Weltbühne“ sollen in Prag erscheinen, ich plädiere für Schweiz. Nachtspaziergang mit Paul Eger⁸⁸, dessen Theater vom deutschen Terror profitieren dürfte. Kann Prag in deutschen kulturellen Dingen während des Hitlerismus in Deutschland eine prominente Rolle spielen? Retten? ‘

⁸⁶ Paul Hertz (1888-1961), MdR, SPD-Finanzexperte, 1933 Emigration nach Prag, 1938 über Paris in die USA.

⁸⁷ Bruno Frei (geb. 1897), österreichischer Journalist, seit 1929 Chefredakteur der Münzenberg-Zeitung *Berlin am Morgen*, Mitglied der KPD, emigrierte 1933 in die ČSR, später nach Frankreich und Mexiko.

⁸⁸ Paul Eger (1881-1947), seit 1932 Leiter des Deutschen Theaters in Prag, emigrierte 1939 in die Schweiz.

29. März.

Zur „Abwehr“ der Greuelmeldungen im Ausland proklamiert die NSDAP den Boykott der jüdischen Geschäfte, Ärzte, Rechtsanwälte in ganz Deutschland. Sie schiebt die Schuld an der „Greuelhetze“ den Juden zu. Das ist primitivste Demagogie. Endlich kann sie ihre Judenverfolgung aufnehmen und begründen. Die Greuelmeldungen sind aber zu 80% wahr. Die Juden in Deutschland müssen sich als Geiseln betrachten. Wenn die „Greuelhetze“ fort dauert, werden sie wohl ausgerottet werden. Ausrotten ist das Lieblingswort Görings. Auch eine Lieblingsbeschäftigung der Nazi. Bei den Juden Entsetzen, aber nicht nur bei ihnen. Der Boykott soll Samstag, 1. April, beginnen. Das „Berliner Tageblatt“, jetzt Naziblatt in mangelhafter Verkleidung, jöhlt: „Das habt ihr angerichtet!“ Wer? Angeblich die Juden im Auslande. So viel gelogen wurde nicht einmal im Kriege. Im Radio heult einer den Boykott-Aufruf der Nazi. Sie kopieren alle den Göring, überschreien sich hysterisch. – In Braunschweig war in der Nacht auf gestern Krach zwischen Nazi und Stahlhelm. Auflösung des dortigen Stahlhelms, weil er geschlossene Sozialdemokraten- und Reichsbannerformationen, angeblich auch Kommunisten aufgenommen hat. Massenverhaftungen. Ich höre: Konferenzen zwischen Major von Stephani⁸⁹ und Blomberg. Stephani ist bereit, mit 100 000 Stahlhelmleuten Berlin von Nazis zu säubern, wenn Reichswehr neutral bleibt. Aber wer soll dann die Herrschaft übernehmen? Monarchie? Die Hohenzollern scheinen lieber warten zu wollen. Man müßte Hitler, Göring und die andern Nazi-Minister verhaften und „erschießen“. Wilde Dinge, die jetzt herumspuken. Aber da Stahlhelm 700 000 Mann stark sein soll, ebenso die SA, kann es bald Kämpfe geben. Die Privatarmeen wachsen. Desgleichen ihre Rivalität.

1. April.

Der Judenboykott. Pfui Teufel. Das Mittelalter, wie man zu sagen pflegt. In den Straßen eine Menge Menschen, vor den jüdischen Geschäften SA mit Plakaten: „Deutsche, wehrt euch! Kauft nicht bei Juden.“ Die Plakate kleben an den Schaufenstern, auch andre Plakate mit ordinären Knüppelversen. Große Aufschriften: Jude! Judenköpfe auf den Glasscheiben. Die Menschen ziehen durch die Straßen, neugierig betrachtend, welche Geschäfte „deutsch“, welche „jüdisch“ sind. Agitierende Nazis. Man merkt, daß die Mehrzahl des Volkes nicht mittut, Beschämung fühlt. Das Geschäft stockt auch bei Ariern.

3. April.

Der Judenboykott hat im Ausland mehr geschadet als alle „Greuelnachrichten“. Er soll auch riesig viel Geld gekostet haben.

13. April.

Die „Greuelnachrichten“ haben nachgelassen, die Judenverfolgung steht im Vordergrund. Die Nazi erfüllen dieses Programm leichter als ein anderes. Die „Greuel-

⁸⁹ Franz von Stephani (1876–1939), Stahlhelm-Führer.

propaganda“ bot willkommenen Anlaß. Jüdische Rechtsanwälte, Ärzte werden erst fast ganz ausgeschaltet, dann folgt ein Rückzug, Kriegsteilnehmer und diejenigen, die vor 1914 Praxis ausübten, werden ausgenommen. Juden aus allen staatlichen Stellen entfernt, auch Hochschulprofessoren, für Studenten numerus clausus. Tausende von Juden haben in den letzten drei Wochen Deutschland verlassen, teilweise fluchtartig. Die systematische Judenverfolgung beschäftigt die Welt. Einstein⁹⁰, der auf die Rückkehr nach Deutschland verzichtet und seine preußische Staatsangehörigkeit abgelegt hat, erhält in Paris am Institut de France einen eigens geschaffenen Lehrstuhl für mathematische Physik. Frankreichs liberale Geste. Wilhelm Furtwängler⁹¹ hat an Goebbels einen Brief gerichtet, in dem er nur „gute und schlechte Kunst“ unterschieden wissen will, sonst alle Politik ablehnt. Eine Stimme in der Wüste, die einzige. Alles „schaltet“ sich „gleich“. Alles unterliegt der Psychose. Ich glaube, es ist physische Angst, die von Papen bis zum sozialdemokratischen Arbeiter reicht. Jeder fürchtet, von SA geholt und verschleppt zu werden. Er „schaltet“ sich lieber „gleich“. Die braune Sauce ergießt sich über das Reich. Es ist jetzt einig, einheitlich wie nie. Die Länder bekommen Statthalter, die auf Vorschlag Hitlers Hindenburg ernannt. Natürlich nur Nazis. Die Statthalter können von Hitler wieder abgesetzt werden. Sie selbst ernennen die Ministerpräsidenten. Hitler ist Statthalter von Preußen und hat Göring zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Die „Gleichschaltung“ geht schon auf die Kirchen über. Der Stahlhelm verhandelt auch schon wegen „Gleichschaltung“ mit der SA. Das wäre das Ende der Rivalität. – Göring und Papen in Rom. Auch Kaas in Rom. – Gestern abends Richard Bernstein zum Abendessen. Ende des „Vorwärts“ wahrscheinlich, er wird wohl nicht mehr erscheinen. Bernstein erzählt, wie Göring die Sozialdemokraten ins Ausland schickte, um die „Greuelpropaganda“ zu bremsen, und wie sie überall schlecht aufgenommen wurden. Viktor Schiff nach Paris und London, Stampfer⁹² nach Prag, Hertz nach Stockholm. Die Engländer antworteten Schiff: „Das ist Erpressung.“ Göring versprach die Wiedenzulassung der sozialdemokratischen Presse. Gehalten hat er sein Versprechen nicht. Die Sozialdemokratie macht den Eindruck der Auflösung. Wels aus der II. Internationale ausgetreten. Breitscheid in Friedrichshafen über die Schweizer Grenze gegangen. Legal. Hilferding heimlich über die dänische Grenze. Seine Frau Ausreisevisum nach Stresa erhalten. Sie glaubte, hier gefangen zu bleiben und kam wiederholt mit der Bitte um tschechoslowakischen Paß. Mastný sprach darüber in Prag. Vor der Abreise schickte sie mir einen Strauch Goldregen – welche bürgerliche Gesinnung für die Frau eines Arbeiterführers!

⁹⁰ Albert Einstein (1879–1955), Mathematiker und Physiker, emigrierte 1933 in die USA.

⁹¹ Wilhelm Furtwängler (1886–1954), Dirigent der Berliner Philharmoniker 1922–1945 und ab 1950, 1933/34 Erster Staatskapellmeister.

⁹² Friedrich Stampfer (1874–1957), MdR, Chefredakteur des SPD-Parteiorgans *Vorwärts*, brachte zunächst Frau und Tochter nach Prag und kehrte bis zum 18. Mai 1933 nochmals nach Deutschland zurück.

20. April.

Die außenpolitische Lage Deutschlands hat sich so verschlechtert, daß von einer neuen Isolierung gesprochen wird. Am bezeichnendsten dafür war in der Woche vor Ostern eine Debatte im englischen Unterhaus, in der Austen Chamberlain, Churchill und andere Redner sich gegen Hitlers Deutschland wandten, ihm die Gleichberechtigung absprachen und die Regierung vor dem Viermächtepakt warnten, weil die englische Öffentlichkeit keinen gemeinsamen Vertrag mit Deutschland billigen würde. Großer Eindruck in Berlin. Die Wilhelmstraße beschließt, allerdings in Abwesenheit Neuraths, der auf Urlaub ist, „nachdrückliche Verwahrung“ im Foreign Office. Die „Verwahrung“ wird „zur Kenntnis genommen“, ohne weitere Mitteilung. Ein Schlag. Papen und Göring über Ostern in Rom. Der österreichische Bundeskanzler Dollfuß, Millimeternich, der kleinste Staatsmann Europas, ist flugs auch hingefahren und erreicht, daß Mussolini sich für Neutralität und Selbständigkeit Österreichs ausspricht. Neuer Schlag für Berlin. Mussolini klipp und klar gegen den Anschluß. Aus allen Ländern hört man vom Boykott deutscher Waren. In Polen täglich Demonstrationen gegen Deutschland. In ČSR werden Maßnahmen zum Selbstschutz der Demokratie angekündigt. Die Emigration aus Deutschland dauert fort. Karl Kraus soll über die deutschen Emigranten, die in Wien ankommen, gesagt haben: „Die Ratten besteigen das sinkende Schiff.“ Gestern war Arnold Schönberg⁹³ bei mir. Auch er entlassen und will einen tschechoslowakischen Paß haben. Er bringt drei magyarische Dokumente, die bestätigen, daß er in Bratislava zur Welt kam und wahrscheinlich noch hingehört. Er hat aus Schlamperei nie optiert, weder für Österreich noch ein anderes Land, in den letzten Jahren hatte er als preußischer Professor einen preußischen Paß. Mit dem will er nicht mehr fortreisen. Heute ist 44. Geburtstag Hitler. Flaggen wie nie, Feiern, Reden. „Unser Hitler“. „Was Bismarck nicht gelang, ist ihm gelungen.“

25. April.

Gestern abends Stampfer getroffen. Ein Schatten in der Nacht. Nach einigem Reden über das Verhalten der Sozialdemokratie: „Sie finden, daß wir uns schlapp benommen haben?“ Er sagt, nur die „Frankfurter Zeitung“ habe den Wortlaut der im Reichstag abgegebenen Erklärung Wels' gebracht, ich solle sie nachlesen, dann würde ich einen besseren Eindruck haben. Die Antwort Hitlers auf Wels, die als improvisiert gilt, sei vorbereitet gewesen, denn durch Verrat wurde der Entwurf der Wels-Erklärung voraus Hitler bekannt. – Die Nazi seien, so erzählt u. a. Stampfer, auch bei der Witwe Eberts eingedrungen, um Haussuchung zu halten. „Wenn man irgendwohin kommt, sagt man zunächst Guten Tag“, meinte Frau Ebert. „Die Zeiten haben jetzt aufgehört, wo man Guten Tag sagte“, antwortete ein junger SA-Mann. [...]

⁹³ Arnold Schönberg (1874–1951), österreichischer Komponist, seit 1925 an der Berliner Akademie der Künste; emigrierte 1933 in die USA.

2. Mai.

Die „größte“ Kundgebung, die je da war, auf dem Tempelhofer Feld: 1½ Millionen Menschen beim „Fest der nationalen Arbeit“. Den ganzen Nachmittag marschierten Arbeiter, Angestellte, Beamte in Kolonnen dahin. Die Gewerkschaften und Marxisten mit, denn in den Betrieben wurden sie durch Unterschreibung von Listen dazu gezwungen. Wer sich ausschloß, mußte gewärtigen, das Brot zu verlieren. Ein Fest der Volksgemeinschaft, der Überwindung der Klassengegensätze! Auf den Straßen, die von Flaggen wimmeln, Riesenbänder „Gegen Klassenkampf und Ständedünkel! Es gibt keinen andern Adel als den der Arbeit!“ Abends Hitler-Rede an die Massen, die den ersten Jahresplan erwarteten. Hitler hielt eine seiner schwächsten Reden, sagte wieder fast nichts Positives zum Arbeitsprogramm außer Renovierung alter Häuser, Straßenbau, Arbeitsdienstpflicht. Der Beifall spärlich. Heute die Belohnung für die Teilnahme der Gewerkschaften an dem Maibetrug: Besetzung aller Gebäude des Freien Gewerkschaftsbundes, Verhaftung der Führer, Gleichschaltung. Ein Putsch mehr.

9. Mai.

Aus dem Auslande hört man täglich vom Boykott deutscher Waren. Die jüdische Vergeltungspropaganda arbeitet weiter mit Erfolg, aber nicht allein sie. Die Welt ist empört über die Judenverfolgungen in Deutschland, besonders England beruhigt sich nicht. [...] Mastný hörte vom rumänischen Gesandten Comnen, dieser habe vor einigen Tagen mit dem deutschen Kronprinzen gesprochen. Comnen habe, nach seiner Beurteilung der Lage gefragt, geantwortet, daß er die Judenverfolgungen für einen schweren, unbegreiflichen Fehler halte. Darauf habe der Kronprinz ihn mit beiden Armen umfaßt: er sei vollkommen derselben Meinung. Dann: Deutschland sei jetzt von der Monarchie weiter entfernt als je, während es vor noch ein paar Wochen ihr näher als je gewesen sei.

16. Mai.

Mastný bei Köpke. [...] „Unsere Aktien steigen wieder“, sagte Köpke und meinte, daß die Arbeit des Auswärtigen Amtes wieder geschätzt würde. „Wenn ich zusammenfassen soll, wie die außenpolitische Lage Deutschlands jetzt ist, so sage ich: reichlich beschissen!“ Mastný mag über diese Offenheit und Burschikosität ein amüsanter Gesicht gemacht haben. Köpke erwähnte, daß er, da Bülow auf Urlaub sei, die Rede entwerfen werde, die Hitler morgen halten wolle.

18. Mai.

Gestern Reichstag. Vorige Woche zur allgemeinen Überraschung einberufen, um „eine Regierungserklärung über Genf und die außenpolitische Lage entgegenzunehmen“. Hitler erkannte, da die Isolierung Deutschlands bedrohlich wird, der englische Kriegsminister Hailsham von Sanktionen gesprochen hat, die Stimmung gegen Deutschland sich allgemein noch verschlimmert, wozu die „militärische“ Rede Papens am 13. in Münster beigetragen hat, die Genfer Abrüstungskonferenz in der

Gefahr schwebt zu scheitern, was die Weltwirtschaftskonferenz unmöglich machen könnte, daß eine Beruhigung des Auslandes erfolgen müsse. Die wirksamste Tribüne ist immer noch der Reichstag. Das gleiche Bild wie am 21. März, nur noch weniger Sozialdemokraten, denn über 20 sind in „Schutzhaft“, eine Anzahl im Ausland. Hitler „friedlich“ [...] Papen dagegen wollte in seiner Münsterer Rede „der Welt klar machen, weshalb die deutsche Nation des 31. Januar 1933 aus ihrem Wörterbuch den Begriff des Pazifismus ausgelöscht hat.“ [...]

4. Juni.

Von Sonntag bis gestern in Prag. [...] Freitag abends 7 Uhr bei Beneš „na Zatorce“⁹⁴. Fast zwei Stunden Fragen über Deutschland beantwortet. Beneš: „Man wird Hitler auch weiter nicht glauben.“ Er schätzt die Dauer des Hitlerregimes auf fünf Jahre und rechnet mit Bürgerkrieg. Über die deutschen Sozialdemokraten befragt, die in Prag eingetroffen sind, Wels, Stampfer, Vogel, Hertz: „Wir geben ihnen Asyl mit allen politischen Rechten. Sie sollen tun können, was sie wollen, nach internationalem Recht.“ Jan Masaryk will mir „schriftlich“ geben, daß England 20 Jahre lang nicht mehr mit Deutschland sympathisieren wird; besonders nach Papens Soldatenrede. [...]

16. Juni.

[...] Gestern ist Wasserbäck, der Pressechef der österreichischen Gesandtschaft, nach Wien abgereist. Er wurde Dienstag ½2 Uhr nachts auf Befehl Görings in seiner Wohnung „verhaftet“, aufs Polizeipräsidium abgeführt, Mittwoch mittag auf Befehl Hitlers freigelassen und ausgewiesen. Alles als Revanche für die Verhaftung und Ausweisung des Nationalsozialisten Habicht in Österreich, obwohl der Fall Habicht anders liegt. Habicht ist Reichstagsabgeordneter, die österreichische Regierung hat es abgelehnt, ihn als Pressechef der deutschen Gesandtschaft in Wien anzuerkennen, und sah in ihm nur den „Landesinspektor“ der Nazipartei: einen Agitator. Die Behandlung Wasserbäcks ruft internationales Aufsehen hervor. Bruch des Exterritorialrechtes. Wasserbäck war 12 Jahre in Berlin tätig, in den vorigen Jahren Anschlußfreund, jetzt allerdings wieder echt christlichsozialer Schwarzgelber, voll Wut gegen die Nazi. Ein guter Kollege, wo es ging. Er wurde in eine Zelle mit einem „Schutzhäftling“ eingesperrt, am Morgen vier Sträflinge, Verbrecher, dazu, durfte auf der Pritsche nicht liegen und schlafen, sondern nur sitzen, schließlich einen Revers unterschreiben, daß er Deutschland verlasse. Der Nuntius erhob als Doyen des Diplomatischen Korps Einspruch im Auswärtigen Amt, aber so schwächlich, daß die Diplomaten unzufrieden sind. – Geschichte über die Gleichschaltung: Der liebe Gott sandte zur Erde, nach Deutschland, den Erzengel Gabriel, um zu erfahren, was dort vorgehe. Gabriel kehrte nicht zurück. Der liebe Gott sandte nach vergeblichem Warten den Erzengel Michael ihm nach. Auch Michael blieb aus. Keine Nachricht. Der liebe Gott überlegte: wen nun nach Deutschland schicken? Es

⁹⁴ Straße im Prager Regierungsviertel, in der Beneš' Privatwohnung lag.

müßte ein weiser, erfahrener, zuverlässiger Mann sein. Er kam auf Moses. Er sandte Moses hinab mit dem Auftrag, sich auch nach Gabriel und Michael umzusehen. Nach einigen Tagen erhielt der liebe Gott ein Telegramm aus Deutschland: „Gabriel und Michael in Schutzhaft. Bin bemüht, sie zu befreien. Sturmführer Mosewitsch.“
[...]

24. Juni.

Seit Mittwoch wieder „Einzelaktionen“ überall. Der „Stahlhelm“ eingegliedert der NSDAP, viele seiner Ortsgruppen aufgelöst. Die deutschnationalen Kampftruppen verboten, die Bismarckjugend der Hitlerjugend einverleibt, die deutschnationalen Betriebszellen aufgelöst. Am Donnerstag, den 22. Juni, die SPD im ganzen Reich verboten, Paul Löbe am Tage darauf verhaftet. Sozialdemokratische Abgeordnete und Funktionäre auch sonst zahlreich verhaftet, in Bayern Verhaftungen von Abgeordneten der Bayrischen Volkspartei, in ganz Süddeutschland Verfolgung der Zentrumsleute. Die „Gleichschaltung“ wieder um einen Sprung vorwärts. Man erwartet Hugenburgs Rücktritt, aber er fordert Geduld in einer Zeitungsnotiz, da wichtige Entscheidungen nicht übereilt werden sollen. Gerüchte über Hindenburgs Erkrankung, „Ermüdungserscheinungen“, „Schwächezustände“. Heute überraschende Meldung der Morgenblätter, „rote Flieger“ wären gestern nachmittag über Berlin erschienen und hätten kommunistische Flugblätter abgeworfen. Und niemand hat's gesehen, und niemand hat's gesehen! Kein Flugblatt wird gezeigt. Nur in amtlichen Nachrichten wird versichert, man hätte Flugzeuge von ausländischem, fremdem Typ über Kottbus, Pfalz, Thüringen beobachtet. Bei dem Regenwetter seien sie leicht verschwunden. Großes Rufen nach bewaffneten Polizeiflugzeugen, die durch Friedensvertrag verboten sind. Ist das der Zweck der Flieger, die so sehr an die „Flieger über Nürnberg“ 1914 erinnern? – Der englische Botschafter Rumbold stattete heute Mastný seinen Abschiedsbesuch ab. Er sagte, daß er und vor ihm d'Abernon als Deutschenfreunde nach Berlin gekommen seien und überzeugt waren, daß Deutschland Unrecht geschehe, und sie haben jahrelang dahin gewirkt, daß dieses Unrecht allmählich beseitigt werde. Aber am Ende seiner Tätigkeit bedauere er, dies getan zu haben. [...]

[...]

6. Juli.

Mastný Vormittag im Auswärtigen Amt bei Neurath, Köpke, Stieve⁹⁵, Hueffer⁹⁶. Neurath: „Wenn es Sie tröstet, so sage ich Ihnen, sogar mir wurde mein Ministerialdirektor verhaftet.“ Mastný fragte nicht welcher. Zu Köpke, der schildert, was die Nazi alles anrichten: „Wenn Sie so reden, werden Sie eines Tages verhaftet.“

⁹⁵ Friedrich Stieve (1881–1966), Angehöriger der Kulturabteilung des AA, 1933 Leiter des Politischen Archivs.

⁹⁶ Hermann J. Hueffer, Gesandtschaftsrat in der Abteilung II des AA.

7. Juli.

Gestern waren Hanfstaengl⁹⁷ und noch ein Nazi bei Mastný zum Tee. Offen gegen A. Rosenberg geredet, der in der Partei offenbar unten durch ist. Spott über sein dickes Buch. Hanfstaengl schwätzt, wie Mastný sagt, burschikos über alles, hat viel gelesen und gesehen, wenig verdaut. Im Gespräch über Rationalisierung und Arbeitsbeschaffung Hanfstaengl: „Man müsste alle Maschinen vernichten. Mit Ausnahme derer, die dem Verkehr dienen.“ Gegen die „Dogmatiker“. – Um 2 Uhr ruft mich Vinaver⁹⁸ von der jugoslawischen Gesandtschaft an, ich solle sofort zu ihm kommen. Ich fahre hin, dort sind bei Vinaver Redakteur Smolka von der „Germania“ und ein Verwandter von ihm, der erfahren hat, daß SS-Leute einen Auto-Überfall auf die Sozialdemokraten in Karlsbad planen, besonders auf Wels, den sie im Auto über die Grenze nach Deutschland entführen wollen. Ein SS-Mann Erwin Stolz der Organisator des Plans. Ich telefoniere die Sache nach Prag, um zu warnen.

14. Juli.

Heute Mastný bei Adolf Hitler. Er hatte Neurath gebeten, ihm die Unterredung zu verschaffen, damit er sich einmal über die deutsch-tschechischen Beziehungen aussprechen kann. Mastný begann mit der Beschwerde über die Persekutionen von Tschechoslowaken. 246 Fälle. Hitler gab zu, daß es „bedauerlicherweise“ Fälle von Gewalt gab, die er verurteile, daß Mastný wohl von Excessen gegen Juden, nicht gegen Tschechen spreche. „Solche Fälle werde ich brutal bestrafen.“ Was Fälle von Schutzhaft betreffe, so habe nicht er diese Einrichtung eingeführt. Deutschland wünsche freundschaftliche Beziehungen zu allen Nachbarn. Es brauche alle seine Energie zum Ausbau des Staates. Darum sei es unsinnig zu vermuten, Deutschland wolle den Krieg. Den besten Beweis seiner Friedensliebe habe er schon durch seine Politik gegenüber Polen geliefert. Deutschland wolle kein polnisches Gebiet. Etwas anderes zu behaupten, wäre so unsinnig, als wolle Deutschland wieder Elsaß zurückhaben. Mastný sagte, Hitler spreche von Polen und Frankreich, nicht von ČSR. Er zitierte Hitlers „Mein Kampf“ erste Seite über die deutschen Grenzen. Hitler wollte den Wortlaut des Zitats nicht zugeben, sprach von „gewissen Unmöglichkeiten“ des Programms, das sich in der Praxis nicht durchführen lasse, kehrte zur Judenfrage zurück: „Sie wissen ja, daß ich ein fanatischer Antisemit bin.“ Mastný erwiderte, daß er Hitlers Kundgebungen verfolgt habe, daß beim Judenboykott Excesse vorgekommen, die der hohen deutschen Kultur nicht würdig sind. Hitler: Das konnte nicht anders sein, eine so große Revolution habe nur verhältnismäßig wenige Gewalttaten gebracht, sie sei die Rettung vor dem Kommunismus gewesen. Mastný setzte auseinander, wie ČSR durch die Verfolgung der Kommunisten, Sozi-

⁹⁷ Ernst („Putzi“) Hanfstaengl (1887–1975), persönlicher Freund Hitlers und seit 1931 Auslandspressechef der NSDAP; 1937 Flucht nach Großbritannien, später in die USA.

⁹⁸ Chemjo Vinaver (1900–1973), Kantor, 1933–1935 Leiter des jüdischen Ha Nigun Männerchors in Berlin, emigrierte 1938 in die USA.

aldemokraten und Juden, die über die Grenze flüchten, leide, daß das Zusammenleben der Nationalitäten in ČSR nur unter demokratischem Regime möglich sei. Er erwähnte Walter Tschuppik, der seit 4 Monaten ohne Verhör gefangen sei. Hitler sagte, er kenne Tschuppik, Tschuppik habe gegen ihn nicht nur politisch, sondern auch persönlich gekämpft. Er wolle über den Fall mit dem Innenminister sprechen.
[...]

30. September.

Sechs Wochen in Frankreich gewesen. [...] Bei der Rückkehr in Berlin die Lage wesentlich verändert. Die Schwierigkeiten der Isolierung, der Niedergang der Wirtschaft werden allgemein gespürt, die Unzufriedenheit äußert sich in allen Gesprächen. Aber das Regime ist unerschüttert. Es „feiert“ weiter. Der nationalsozialistische Parteitag, von dem ich auf der Fahrt rückreisende SA gesehen habe, eine gewaltige Huldigung für Hitler. Eröffnung des Preußischen Staatsrates, bei der Hitler fehlt. Offensichtlich ein Affront gegen Göring, da eine „Führerrede“ angekündigt war. Die persönlichen Gegensätze haben sich in der Zwischenzeit verschärft. Hitler gegen Göring, Göring gegen Goebbels. Göring hätte bei dem Staatsakt fast vergessen, überhaupt Hindenburg zu erwähnen. In der Ansprache keine Silbe über den Reichspräsidenten. Während eines Musikstücks wird er von einem Nazi aufmerksam gemacht, geht nochmals zur Tribüne und bringt auf Hindenburg ein Hoch aus. [...]

7. Oktober.

Rudolf Herrstadt⁹⁹ Vormittag bei mir. Er ist einer der deutschen Korrespondenten, die aus Moskau ausgewiesen wurden, nachdem die Sowjetregierung die russischen Korrespondenten zurückgerufen hat, weil sie zum Brandstiftungs[sprozeß] nicht zugelassen und zwei sogar vorübergehend in Leipzig verhaftet wurden. Er schildert mir auf meine Frage den Hunger in Rußland, der im Februar den Höhepunkt erreichte, nun nach der Ernte zum großen Teil behoben ist und sich nicht wiederholen wird. Warum nicht. Schon der diesjährige wäre beseitigt worden, wenn man die Vorräte der Armee hätte angreifen wollen. Aber man ließ die Kulaken zu Grunde gehen, da sie ihrerseits die Bolschewiki hätten zu Grunde gehen lassen wollen. Soweit der Sowjetapparat reichte, gab es keinen Hunger. Die Rüstungsindustrie stehe am höchsten, der Sowjetstaat sei nun gegen Interventionskrieg gerüstet und könne an den Ausbau der übrigen Industrie schreiten. „Was sich in Moskau in der Luft tut, kann man sich nicht vorstellen.“ Luftfahrzeuge mit 4–5 Motoren, Riesenvögel. Rekordwahn der Russen. Wie verhalten sich die Sowjets zu Deutschland? Man solle nicht erwarten, daß sie sich von Deutschland ganz abwenden, weil es ein faschistisches Regime habe. Faschistisches oder demokratisches Regime, für die Sowjets ist es ein kapitalistisches, bürgerliches Regime. Sie werden immer nur ihren

⁹⁹ Rudolf Herrstadt (1903–1966), Korrespondent des *Berliner Tageblatts* in Prag, Warschau und Moskau 1928–1936.

Vorteil wahren. Auch die deutschen Korrespondenten werden sie nach wenigen Monaten zurücknehmen und die ihrigen wieder nach Deutschland schicken. Krestinskij¹⁰⁰ sei jetzt in Kissingen gewesen und nach Österreich gefahren. Vom Auswärtigen Amt habe man ihn vertraulich wissen lassen, er könne mit Hitler sprechen, auf der Rückreise, wenn er wünsche. Den Deutschen liege daran, mit Sowjetrußland nicht schlecht zu stehen, wenn auch die Rückkehr zum Rapallo-Vertrag nicht mehr wahrscheinlich sei. Auf die Frage, wie Herrstadt die deutsche Diktatur finde, da er nun die russische kenne: Die Diktatur hier sei chaotisch, nicht eine Diktatur Hitlers, sondern die der Schwierigkeiten, die man nicht bewältige. Herrstadt erzählt von hohen Nazi-Funktionären, die mit Otto Straßer sympathisieren und seine verbotenen Druckschriften einschmuggeln, von andern, die im Dienst der Komintern stehen. Er glaubt, die Reichswehr sei immer noch gegen das Hitler-Regime und werde eines Tages dagegen Stellung nehmen. Er wiederholt, was alle sagen, daß die SA kommunistisch durchsetzt sei. Rudolf Olden hat ihm geschrieben, sein, Herrstadts, Platz sei in der Emigration. Herrstadt meint, sein Platz sei in der Illegalität. Er sei sich in letzter Zeit vorgekommen wie einer, der durch eine scharfe Kurve fährt und sich fest anklammern muß, um nicht herausgeschleudert zu werden. Er wolle „im Kreislauf“ bleiben, drin, nicht draußen, um wirksam arbeiten zu können.

12. Oktober.

Besuch bei Vinogradov, Pressechef der russischen Botschaft. Er sagt, die Reichsregierung habe dagegen protestiert, daß die aus Deutschland abgereisten russischen Korrespondenten nach Prag gereist sind und nun von dieser „Greuelpropagandazentrale“ aus über den Reichstagsbrandprozeß usw. berichten. Selbst Warschau wäre annehmbarer als Prag. Vinogradov legt Wert darauf zu betonen, daß die Beziehungen Sowjetrußland-Deutschland sich nicht bessern werden. Vor etwa einem Monat hätte ein amerikanischer Journalist ihn zusammen mit Alfred Rosenberg zum Mittagessen eingeladen. Rosenberg habe in seinem Gespräch seine ganze Vergangenheit abgeleugnet und für Verständigung plädiert. Er habe, sagte er, nicht an eine Intervention in der Ukraine gedacht, sondern geglaubt, die Ukraine würde sich selbst aus der Sowjetunion lösen. Das glaube er nicht mehr. Vinogradov zeigte sich verärgert, weil Rosenberg verbreite, er habe sich mit der Sowjetbotschaft „ausgesöhnt“. [...]

14. Oktober.

Zwischen 1 und 2 Uhr wird mir telephoniert, daß Deutschland die Abrüstungskonferenz verläßt und aus dem Völkerbund austritt. Mastný telephoniert die Nachricht an Beneš nach Genf, der sie noch nicht weiß. Mastný wollte sie erst gar nicht glauben. Ein hohes Spiel Deutschlands. [...] Nun auch noch Plebiszit und Reichstagswahl, da Hitler ja immer neue Propaganda braucht und sich „an das Volk wen-

¹⁰⁰ Nikolaj N. Krestinskij (1883–1938), bis 1930 sowjetischer Botschafter in Berlin, danach Stellvertreter des Außenkommissars; unter Stalin wegen Spionage für Deutschland zum Tode verurteilt.

det“ und den alten Parteien-Reichstag auflöst, um mit den günstigen Parolen, die der Augenblick bietet, einen neuen, nur-nationalsozialistischen Reichstag zu bekommen. [...]

[...]

13. November.

Gestern die Volksabstimmung über die Außenpolitik des neuen Regimes in Deutschland zugleich mit der Reichstagswahl. Das Resultat, sagte man, stünde vorher fest, die Gegner des Regimes sind eingeschüchtert durch die Gerüchte, daß das Wahlgeheimnis nicht gewahrt wird. Wahlbeteiligung über 90%. Wer bis 12 Uhr mittags nicht wählen kam, zu dem kamen mahnende Nazis ins Haus. Man *musste* wählen. Rund 10% wagten ablehnend zu stimmen. Die Nazis sollen selbst entsetzt sein über diesen Grad der Gleichschaltung. Sie haben mit einer Opposition von 25% und mehr gerechnet und fürchten nun, das Ausland würde an Fälschung glauben. Außerdem verlieren sie selbst die Übersicht über Freund und Feind. Sie ärgern sich über das Echo aus dem Ausland, das erklärt: Wir sind gar nicht überrascht, unter diesem Terror war das nicht anders zu erwarten.

[...]

28. November.

[...] Gestern Dinner bei Mastný mit Papen. Frau von Papen verhehlt nicht Sympathien für Frankreich. Sie, die aus dem Saargebiet stammt, ist keineswegs davon überzeugt, daß die Deutschen beim Plebiszit 1935 die Mehrheit erhalten, was hier offiziell für selbstverständlich gehalten wird. Er, Papen, spricht von Hitlers „Mein Kampf“ als von „diesem unglücklichen Buch“. Mastný sagte ihm, Hitler müßte jetzt ein Buch schreiben: „Mein Frieden“ oder „Mein Sieg und mein Frieden“. Papen ironisch: „Mein Siegfried“.

[...]

2. Dezember.

Während ich bei Bérard¹⁰¹ in der französischen Botschaft einen Brief von Voigt¹⁰² (Manchester Guardian) abhole, läßt mir der Botschafter François-Poncet sagen, er möchte mich gern sehen. In seinem kleinen Zimmer im Parterre, Aussicht auf den Pariser Platz. [...] Er fragt mich, ob ich irgendwo einen Widerstand gegen das Hitler-Regime sehe, wartet aber kaum meine Antwort ab, die lautet, ich rechne mit langer Dauer des Regimes [...]; wenn ein Teil der Resultate der Wahlen gefälscht sei – ihm habe man etwa 30 Stimmzettel gebracht, die man in einem Berliner Wahllokal aus einem Ofen herausgezogen hat, 30 Nein-Stimmen, die beseitigt wurden –, so müsse doch mit 80% Stimmen für Hitler gerechnet werden. Die meisten Gegner der Regierung seien so feige, daß sie nicht einmal im Wahllokal eine Nein-Stimme

¹⁰¹ Armand Bérard (1904), 1931–1936 Sekretär der französischen Botschaft in Berlin.

¹⁰² Frederic Voigt, Korrespondent des *Manchester Guardian* in Berlin.

abzugeben wagten, wie solle man erwarten, daß sie auf die Straße gehen, um gegen das Regime zu kämpfen. Und selbst wenn Hitler stürzte, was käme nach ihm? Doch nicht der Kommunismus, der über keine Waffen verfüge, sondern eine Militärdiktatur. Außenpolitisch gesehen sei und bleibe die Aufrüstung Deutschlands die Hauptsache. Sie werde von der Reichswehr betrieben, der Nationalsozialismus habe nur das Tempo verdoppelt. [...] Gestern die Tochter Frau Hilferdings bei mir gewesen. Sie war Montag bei Brüning, der sich so beobachtet und bedroht fühlt, daß er die Wohnung dauernd wechselt. Sie brachte Manuskript und Briefe aus Hilferdings Schreibtisch; obgleich die Möbel beschlagnahmt sind, konnte sie in den Lagerraum kommen und sie herausholen.

7. Dezember.

Gestern abends im Adlon ein Vortrag Röhms über die „Aufgaben der SA“, veranstaltet vom Außenpolitischen Amt der NSDAP. Anwesend eine Menge Diplomaten, darunter auch Mastný, der fand, daß er so oft von A. Rosenberg eingeladen worden, sich bisher entschuldigt habe und nun einmal kommen müsse; infolgedessen kamen auch Balugđić und Comnen¹⁰³. Alle drei haben früher einmal vereinbart, auf Einladungen der Partei hin nicht persönlich zu erscheinen, wohl aber auf Einladungen der Regierung oder einzelner Minister. Mastný lernte Rosenberg kennen (ich stellte sie einander vor, da ich im Moment des Kommens Mastnýs mit Rosenberg zusammenstand), nachher auch Röhm. Der Vortrag so militärisch, daß Rosenberg ihn als ungeschminkte Äußerung eines im Kriege vierfach verwundeten Soldaten abschwächen mußte. Ich hörte nachher einer Diskussion zwischen Röhm und dem Korrespondenten des „Observer“ zu, der sagte, die Engländer seien keine heroische, sondern eine praktische Nation und zur Erlernung von Disziplin genüge der Sport, dazu brauche man keinen Militarismus. Röhm wußte nur zu lächeln. Mastný schnitt nach dem Vortrag gleich eine Diskussion mit Rosenberg an, der sich zu ihm gesetzt hatte. Er sprach über Rosenbergs Buch, dann über Rosenbergs falsche Auffassung vom Tschechentum und Hussitentum. Rosenberg wollte einen Unterschied zwischen Hussiten und Taboriten machen. Sie einigten sich, die Diskussion später bei Gelegenheit fortzusetzen. – Ich besuchte heute mittag Breen¹⁰⁴ in der britischen Botschaft, da ich gestern beim Röhm-Vortrag über die Schwenkung Englands im Verhältnis zum Hitler-Regime mit ihm zu sprechen angefangen hatte. Die Franzosen legten mir nahe, mit Breen zu sprechen, er habe den größten Einfluß auf seinen Botschafter. Er hat mich noch nie in sein Zimmer geführt, offenbar weil es wenig geeignet ist zu Besuchen. Die britische Botschaft hat vorne eine Flucht herrlicher Repräsentationsräume, dahinter aber miserable Kanzleien. Wir sprachen auf einem braunen Ledersofa der Bibliothek, die an das Arbeitszimmer des Botschafters grenzt. Die Tür zu Mr. Phipps ging immerfort auf und zu, man lief durch die

¹⁰³ Nicolae Comnen-Petrescu (1881–1953), bis 1938 rumänischer Gesandter in Berlin.

¹⁰⁴ Timothy Florence Breen (geb. 1885), Erster Sekretär und Presseattaché des britischen Botschafters in Berlin, Sir Eric Phipps (1875–1945).

Bücherei, hörte die „Stimme des Herrn“, Mr. Phipps scheint nicht ganz so ruhevoll und angenehm zu sein, wie er aussieht, wenn er Gäste empfängt. Breen hat gegen Deutschland auch eine Schwenkung vollzogen, denn vor einigen Monaten sprach er von Hitler noch mit viel Ironie. Heute wünscht er, daß man Hitler „vertraue“, so lange Hitler lebe, werde er sein Wort halten. Auf die Engländer [haben] sowohl der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund als auch, und vor allem, Hitlers Verhandlungen mit Polen einen starken Eindruck gemacht. [...]

1. Januar 1934.

Böses Jahr gewesen, dieses „Hitler-Jahr“. Aber wird das neue besser werden? Die Welt sieht unfriedlich aus. Vor zwei, drei Jahren schien Europa vor Krieg noch lange sicher zu sein. Heute spricht man vom Krieg, als wäre 1914–18 vergessen. [...]

31. Januar.

Gestern der Jahrestag der Machtübernahme Hitlers. Flaggen, aber keine Paraden, keine Feste, das zeugt von Sorgen. Die Stimmung ist in den letzten Wochen gesunken. Kirchenzank und Monarchistentreibereien haben viel Unruhe ins Volk getragen. Nachmittag Reichstag: Hitler-Rede, antibürgerlich, antimonarchistisch, antidollfuß, versöhnlich gegen Frankreich und Rußland. Abends sprach Mastný in der französischen Botschaft mit Papen, dem er sagte, daß er ihn während der Reichstagsitzung beobachtet habe. Papen: er habe bei den antimonarchistischen Stellen der Hitler-Rede nicht applaudiert wie die andern, aber er wolle darüber nicht reden. – Vortrag des Reichsjustizkommissars Dr. Frank¹⁰⁵ in der Reihe der Rosenberg-Abende. Deutsches Recht – Logik mit Sprüngen. Dr. Frank ein vorzüglicher Redner. Sie haben eine Menge solcher Redner, die Nazi, für Deutschland eine bisher ungewohnte Erscheinung. – Heute nachmittag in der Reichsfilmkammer Unterredung mit Dr. Scheuermann¹⁰⁶. Man fürchtet, daß die Tschechoslowakei durch deutsche Filmproduktion Deutschland schädigen wird, und will's unbedingt verhindern. [...]

17. März.

Der Korrespondent des „Prager Tagblatt“ Ernst Popper wurde Sonntag, den 11. von der Staatspolizei verhaftet und erst gestern, den 16., freigelassen. [...] Seine Berichterstattung, besonders über den Reichstagsbrandprozeß, ist der Staatspolizei längst unbequem. Popper durfte nach seiner Verhaftung die Gesandtschaft nicht anrufen, wie er verlangte, und überhaupt niemanden verständigen, so daß er erst nach mehreren Tagen vermißt wurde. Dann veranlaßte ich sofort Intervention, die

¹⁰⁵ Hans Frank (1900–1946), MdR, 1933/34 Justizminister in Bayern und Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern, Reichsführer des NS-Juristenbundes, ab 1939 Generalgouverneur in Polen.

¹⁰⁶ Dr. Fritz Scheuermann (geb. 1887), Präsident der Reichsfilmkammer.

nach 24 Stunden erfolgreich war. Blau, der Chefredakteur des „Prager Tagblatts“, kam auf meine telephonische Mitteilung an das Blatt nach Berlin. Popper wurde freigelassen, nachdem er sich schriftlich verpflichtet hatte, über seine Behandlung während seiner Haft zu schweigen. Er hätte wohl nicht unterschrieben, wenn nicht leider auch ein Konsulatsbeamter, Dr. Renet, der die Polizei aufsuchte, dazu geraten hätte. Popper wurde böse behandelt. Gleich nach seiner Einlieferung rief ihn ein Kriminalbeamter, als Popper erklärte, nur vor dem Untersuchungsrichter auszusagen, zu: „Wenn Sie sich vor einem halben Jahr so verhalten hätten, dann würden Sie schon dort in der Ecke liegen!“ Man gab ihm auch den Grund seiner Verhaftung nicht an. Am Abend weigerte er sich, sich in ein schmutziges Bett zu legen. Darauf wurde er ins Columbia-Haus in Tempelhof gebracht: „Wo du jetzt hinkommst, da wirst du zuerst mit Schokolade begossen und dann abgeleckt.“ Bei der Aufnahme der Personalien: „Jude, das hat uns gefehlt!“ Den Dienst im Columbia-Haus versehen nur SS-Leute. Stöße vor die Brust, immer nur Habacht-Stellung. Stehen mit dem Gesicht zur Wand im Korridor, Laufübungen, Kniebeugen. Popper schätzt, 57mal einen langen Gang hin- und zurückgelaufen zu sein. „Jetzt machen wir Schluß mit ihm.“ „Willst du lieber erschossen oder aufgehängt werden?“ In einem schwarzen Gang legt ihm ein SS-Mann den Revolver an die Schläfe. „Hast du noch einen Wunsch?“ „Jawohl, ich möchte Abschiedsbriefe schreiben!“ „An wen?“ „An meine Mutter.“ Darauf wird er ins Wachtzimmer gebracht, wo der SS-Mann höhnisch ausruft: „Er will noch einen Abschiedsbrief an seine Mutter schreiben.“ Alles Komödie voll sadistischer Teufeleien. Püffe, Ohrfeigen. „Jetzt werden wir ihm die Eier abschneiden.“ Nachsprechen: „Ich bin ein Scheißjude und jüdischer Wüstenreiter!“ Hemd ab, dann Hemd an, aber mit aufgehobenem Hemd dastehen. Schließlich in eine Zelle gesperrt, auf Strohsack. Früh neue Beschimpfungen, Drohungen, Liegestützübungen auf schmutzigem Boden. Rücktransport ins Polizeigefängnis, abends wieder Columbia-Haus zusammen mit andern Häftlingen, darunter ein SA-Mann, der seine jüdische Großmutter verschwiegen hatte. Die weitere Behandlung bis zur Entlassung wie im Zuchthaus, aber ohne Quälereien. Mastný ist entschlossen, die Schweigeverpflichtung Poppers nicht auf sich auszudehnen und im A. A. Satisfaktion zu fordern.
[...]

11. Juni.

Mastný war gestern mit dem Diplomatischen Korps von Göring zur Besichtigung der Schorfheide geladen. Wisente, wilde Pferde usw. Das interessante Tier war aber sicher Göring selbst, der das ganze Korps erst eine halbe Stunde warten ließ, dann mit einer Lanze in der Hand, hohen Lederstiefeln erschien, den ganzen Nachmittag mit der Lanze stolzierte, den Wildpark zeigte, Karinhall, schließlich seine Villa in germanischem Stil. „Wie im ersten Akt der ‚Walküre‘“, sagte Mastný. Er schildert Göring als Kind, das sich naiv freut und sein Spielzeug zeigt, oder als Ludwig von Bayern, pathologisch. In seinem Schlafzimmer auf dem Nachttisch ein Revolver mit ziseliertem Hakenkreuz und ein Spiegel in germanisch stilisiertem Silber. Einzige Bücher: Werke von Jules Verne und Karl May.
[...]

19. Juni.

Theodor Däublers¹⁰⁷ Begräbnis. Waldfriedhof an der Heerstraße. Einige Dutzend Menschen nur. Der Pfarrer zitierte viel. Es war Däublers Wunsch, hier begraben zu werden. Das ist begreiflich, wenn schon in Preußen, dann hier. „Was ist in der Zwischenzeit?“ sollen Däublers letzte Worte gewesen sein. Zwischenzeit zwischen Leben und Ewigkeit? Er hat sie überwunden. Er hätte sich gewiß ein großartiges Nationalbegräbnis gewünscht. Die Reden, die gehalten wurden, waren aber von bescheidenen Leuten. Gottfried Benns feistes Gesicht, an dem ich vortübersah. Verätergesicht.

[...]

24. Juli.

Wenn entscheidende Dinge vorgehen, gibt es doch keine Zeit zum Tagebuchschreiben. Wenn es also am verlockendsten wäre, Einzelheiten festzuhalten, erlaubt es das Gedränge nicht. Der 30. Juni liegt hinter uns. Der Ausbruch des Terrors, wie er in Deutschland beispiellos war, aber nicht nur in Deutschland. Wandte sich der Terror bisher gegen Marxisten, die Feinde des nationalsozialistischen Staates, und gegen die Juden, die Rassefeinde, so kehrte er sich unerwartet gegen die eigenen Leute. Mutter Revolution fraß die eigenen Kinder! [...]

¹⁰⁷ Theodor Däubler (1876–1934), expressionistischer Dichter.

Notiz

MEDIZIN IM NATIONALSOZIALISMUS

Ein Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte

Die neueren Forschungen zur nationalsozialistischen Rassen- und Gesundheitspolitik, zum Verhalten der Ärzteschaft und allgemein zur Entwicklung der Medizin im Dritten Reich waren Anfang November letzten Jahres Thema eines öffentlichen Kolloquiums, zu dem das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) Medizinhistoriker, Ärzte, Naturwissenschaftler und Allgemeinhistoriker eingeladen hatte.

Martin Broszat (IfZ) machte einleitend darauf aufmerksam, daß es neben dem Nürnberger Ärzteprozeß in den Jahren 1946/47 auch Bemühungen der deutschen Strafjustiz um die Verfolgung der Euthanasie-Verbrechen gegeben habe. Die erschütternde Dokumentation von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke über den Ärzteprozeß, aber auch öffentliche Stellungnahmen wie diejenige Adolf Arnnds, des späteren Kronjuristen der SPD, auf dem deutschen Juristentag 1947, seien ermutigende Ansätze für eine moralische und politische Selbstreinigung gewesen, denen jedoch bald eine Tabuisierung der Problematik gefolgt sei.

Die seit etwa Anfang der achtziger Jahre zu beobachtende Wiederbelebung des Interesses an der Geschichte der Medizin und besonders der Psychiatrie in der NS-Zeit erläuterte Klaus Dörner, Ärztlicher Leiter des Landeskrankenhauses Gütersloh. Im Zusammenhang mit der Diskussion über Psychiatriereform und die Behandlung der Langzeitpatienten sei in der jüngeren Ärztegeneration ein konkretes Informationsbedürfnis über die Fachgeschichte entstanden, das in vielen Kliniken zur Gründung von entsprechenden Arbeitsgruppen geführt habe.

Paul Weindling (Universität Oxford) betonte den bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert entstehenden Zusammenhang zwischen gesundheitspolitischen Reformbestrebungen und einer intensivierten Sozialhygiene. Eine konsequente Eugenik sei von Vertretern fast aller politischen Richtungen als ein erfolgversprechender Weg zur sozialen „Modernisierung“ verstanden worden. Nicht nur in Deutschland habe es bis 1933 kaum eine Kritik an der Eugenik gegeben, noch gar eine demokratische Gegenbewegung. Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme eröffneten sich den Rassehygienikern dann immer weitere Betätigungsfelder.

Die Entwicklung von den Zwangssterilisationen auf der Grundlage des im Juli 1933 verabschiedeten Erbgesundheitsgesetzes zur sogenannten Euthanasie, die seit 1939 in mehreren Aktionen etappenweise ins Werk gesetzt wurde, schilderte Rolf Winau (Freie Universität Berlin). Er hob dabei besonders die Tatsache hervor, daß der vermeintliche Euthanasiestopp vom Sommer 1941, als sich öffentliche Unruhe und Proteste vor allem der Kirchen mehrten, tatsächlich nur Anlaß zur Umorgani-

sation und dezentralisierten Fortsetzung der Mordaktionen gegen „lebensunwertes Leben“ bis Kriegsende war.

Benno Müller-Hill (Universität Köln) bezeichnete den Beitrag der Wissenschaft zur Entwicklung der NS-Rassenidee als „absolut fundamental“. Die Humangenetik habe sich 1933 in den Dienst der politischen Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit gestellt, aber deshalb nicht aufgehört, Wissenschaft zu sein. Das werde von der Zeitgeschichtsschreibung nach wie vor übersehen.

Friedolf Kudlien (Universität Kiel) kennzeichnete die erheblichen Forschungslücken hinsichtlich der medizinischen Regelversorgung im Dritten Reich. Ob und wie sich das gesundheitspolitische Bewußtsein und die konkrete ärztliche Betreuung der Normalbevölkerung angesichts der vom Regime postulierten „Gesundheitspflicht“ verändert habe, sei bisher kaum untersucht. Indizien sprächen jedoch dafür, daß es zu keinem allgemeinen Umschwung der Regelversorgung gekommen sei.

Dirk Blasius (Universität Essen) betonte in einer kritischen Gesamtbetrachtung der medizin- und psychiatriegeschichtlichen Forschungen der letzten Jahre, es sei notwendig, sich stärker als bisher des historischen Arguments als „Meßlatte“ zu bedienen. Die zum Teil höchst bedeutsamen, mitunter aber auch ausschließlich als Anklage formulierten Befunde müßten in die Verlaufsgeschichte der NS-Zeit eingeordnet werden. Deshalb seien Vorbehalte gegen eine Interpretation der nationalsozialistischen Sozial- und Gesundheitspolitik als ein langfristiges Kalkül zur „Endlösung der sozialen Frage“ angebracht.

Die Referate und Diskussionsbeiträge der Veranstaltung werden im Frühsommer 1988 als ein Heft der Reihe „Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte“ veröffentlicht. Darüber hinaus beriet im Anschluß an die Podiumsveranstaltung eine erweiterte Expertenrunde auf Einladung des IfZ über die Konzeption eines interdisziplinären Sammelbandes zum gleichen Thema, der zu einem späteren Zeitpunkt in einer der Institutsreihen erscheinen soll.

Norbert Frei

Abstracts

Ernest R. May, The Limits of „Overkill“. Moral and Politics in the Nuclear Armament of the United States from Truman to Johnson

In the mid-1960s the United States ceased expanding its inventory of nuclear weapons. From 1950 to about 1965 the inventory had grown from about 1,000 to about 30,000, with corresponding increases in explosive power. Afterward, numbers declined slightly and explosive power declined. After exploring various alternatives, this essay argues that the basic explanation for this change is to be found in changes in American decision-making. By the mid-1960s the relevant processes of intelligence appraisal, scientific debate, and economic analysis had all changed, and many new voices carried influence – not least those of the European allies. The essay also argues that the changes in decision-making were partly functions of ethical concerns. Presidents and presidential advisers had not previously been able to find practical arguments supporting their visceral feelings that more nuclear warheads were not needed. The new processes enabled them to find such arguments.

Jens Petersen, Prelude to the „Pact of Steel“ and the Wartime Alliance: The German-Italian Cultural Agreement of 23 November 1938

National Socialist Germany endeavoured to subordinate cultural links with abroad to strictly political requirements. A good example is the German-Italian Cultural Agreement of 23 November 1938. Both sides committed themselves to the practice of censorship and undertook to exercise measures of intervention against Jewish and „anti-German“ (and „anti-Italian“) literature. Even if National Socialist intervention policy was to a very large extent successful in banning the culture of „the other Germany“ in Italy until 1943, the German side failed, almost entirely, in the propagandization of its own cultural ideals. The agreement of November 1938 proved to be an important step towards Italy's self-inflicted isolation. It led to the „Pact of Steel“ and the wartime alliance with Germany. The „shameful Cultural Agreement“ (Lavinia Mazzucchetti) was in fact an agreement against culture.

Włodzimierz Borodziej, Poland and France 1945–1947. Attempts to Revive a Former Alliance

Polish-French relations between the summers of 1945 and 1947 were characterized by intense contacts, the reference point being a renewal of the pre-war anti-German alliance. In autumn 1945 both sides turned out to be unprepared for more detailed negotiations. When in spring 1946, on account of internal politics, Warsaw was even inclined to sign a political declaration unfavourable to Poland itself, the offer was obstructed by French diplomats who objected to a renewal of France's pre-war eastern policy. During 1947 the chances of success decreased as did the inclination of both governments towards a compromise; in autumn 1947 the negotiations were broken off. A study of these relations based on the records of the French and Polish

Foreign Ministries leads us to conclude that the chances of reestablishing pre-war relations in Europe came to nothing, not only due to interferences on part of the great powers, but because a potential anti-German alliance had definitely lost its importance. Both sides were using the negotiations to a large extent to their own domestic political ends.

Leonidas E. Hill, Signal for Counterrevolution? The Plan for the German Navy's Last Foray on 30 October 1918

The planned *Flottenvorstoß* of October 1918 was a continuation of earlier political manoeuvring by the navy and the army with counterrevolutionary intent. Thus, the plan is linked with the *Putsch* attempts in 1920 and 1923. Historians have overemphasized the officers' devotion to a feudal code of honour, their readiness to embark on a suicidal mission and their thoughts on the *Zukunftsflotte*. They have, however, neglected the fact that the Kaiser had insisted on saving the fleet for a last venture, in order to influence armistice negotiations, and that many officers believed victory was feasible. They hoped that the naval battle would arouse both the nation and the army. Leading naval officers deliberately concealed their plan from Prince Max of Baden because they intended to recommence unrestricted submarine warfare, terminate the armistice negotiations, overthrow the Prince's government, liquidate its reforms and perhaps introduce a dictatorship. It is not surprising that Ludendorff approved of this naval battle, as he himself was pursuing similar aims when he insisted on terminating armistice negotiations, gave the order to the troops on 24 October to fight to the end and after that attempted to resign together with Hindenburg on 26 October.

Johann W. Brügel / Norbert Frei, Berlin Diary 1932–1934. Notes of the Czechoslovakian Diplomat Camill Hoffmann

While historical research on the period of transition from the Weimar Republic to the Third Reich has become rather specialized, there is a dearth of autobiographical documents and significant personal accounts by contemporaries. Camill Hoffmann, press attaché of the Czechoslovakian Legation from 1918 to 1939, was connoisseur of Berlin's political and cultural life. His diary provides colourful insights into the intellectual world far beyond diplomatic circles. Formerly the art editor of the *Dresdner Neueste Nachrichten* and a writer of poetry, Hoffmann was not only close to a variety of artists, writers and foreign correspondents, but also to leftist and liberal German politicians. Hoffmann – a supporter of the Czechoslovakian Social Democrats – and his wife, both Jews, were killed in Auschwitz in the fall of 1944, after years of internment in Theresienstadt.

GESCHÄFTLICHE MITTEILUNGEN

© 1988 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.

Werbeanzeigen und Werbebeilagen besorgt der Verlag. Verantwortlich: Beate Schuy.

Hinweis gemäß § 26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ sind in einer Adressdatei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.

Verlag: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 8000 München 80. Alleiniger Gesellschafter des Verlages ist die Firma R. Oldenbourg GmbH & Co KG unter der gleichen Anschrift. Sie wird durch die persönlich haftende Gesellschafterin R. Oldenbourg Verwaltungs GmbH, Rosenheimer Straße 145, 8000 München 80, vertreten. Außerdem sind nachstehende Kommanditisten beteiligt. Elisabeth Alber, Hausfrau, Rieden; Hedwig Geupel, Hausfrau, Oberhaching; Baronin Silvia von Maydell, Hausfrau, München; Christoph Kraft von Kruska, Finanzdirektor, BASF, New Jersey; Gabriele von Bomhard, Kindergärtnerin i.R., München; Christa von Bomhard, Fremdsprachensekretärin, NAMMA, München; Maria Frejfrau von Meyern-Hohenberg, Hausfrau, München; Gräfin Inge Schönborn, Geschäftsinhaberin, München; Dr. Roswitha Sieper, Oberstudienrätin i.R., München; Dr. John C. Oldenbourg, Übersetzer, selbst., München; Andreas Oldenbourg, Regierungsrat z.A., Bayer. Staatsministerium, München; Thomas A. Oldenbourg, Bankangestellter, Bayer. Vereinsbank, Frankfurt; Friedrich Schily, kaufm. Angestellter, Krupp, Essen; Jochen Schily, Bankdirektor, Merck, Düsseldorf; Horst Schily, Schauspieler, Bühne der Landeshauptstadt Kiel; Dr. Rolf-Dieter Schmid, Arzt, Deggendorf; Dr. Axel Schmid, Kieferorthopäde, selbst., München; Wilhelm Schmid, Major a.D., Regensburg; Barbara Müller, Hausfrau, München; Hans A. Fieser, Dipl.-Ing. i.R., Steinebach; Irmgard Fieser, Hausfrau, Steinebach; Heidi Fieser, Sekretärin, Schule Schloß Salem, Salem; Reinhard Fieser, Internatsleiter, Jugendsozialwerk, Esslingen; Johannes Oldenbourg, Dipl.-Math., Oldenbourg, München; Christoph Oldenbourg, Restaurator, selbst., Oxford; Louise Oldenbourg-Nagel, Grafikerin, selbst., Todtnooe; Walter Oldenbourg, Verleger i.R., München; Eva Langs, Hausfrau, München; Dr. Helene Hahn, Hausfrau, Bremen; Brigitte Hahn, Studentin, München; Dr. Klaus Hahn, Arzt, Universitätsklinik Mannheim, Heidelberg; Dr. Peter Hahn, Denkmalpfleger, Senator für Wissenschaft und Kunst, Bremen; Mariele Platell, Hausfrau, Kirchlinteln; Edith Müller, Hausfrau, Nordenstedt; Dr. Reinhard Müller-Leimbach, Arzt, selbst., St. Gallen; Dr. Marianne Maubach, Ärztin, Bezirkskrankenhaus Haar, Ingolstadt; Brigitte Reiner, Hausfrau, Haar; Dr. Heinz Reiner, mediz. Direktor, Bezirk Obb., Haar; Eberhard Oldenbourg, Kaufmann i.R., München; Eva May, Studienrätin, Hausfrau, München; Paul Oldenbourg, Dipl.-Ing., selbst., München; Marga Oldenbourg, Hausfrau, München; Doris Krusenstjern, Lehrerin, Reg. v. Obb., München; Regine Oldenbourg, Geschäftsinhaberin, selbst., München; Albrecht Oldenbourg, Student, München; Geirud Oldenbourg, Archivangestellte i.R., Bremen; Paul Schröder sen., Dipl.-Ing. i.R., Wassenaar; Anne den Hertog-Schröder, Heilgymnastin, selbst., Amsterdam; Thomas Schröder, Verlagskaufmann, Gruner & Jahr, Hamburg; Nicola Schröder, Tierärztin, Tierklinik „De Heuvel“, Best; Paul Schröder jun., Bankkaufmann, NBM-Bank, s. Gravenhage; Brigitte Ferdl, Hausfrau, München; Inge von Negelein, Lehrerin, Rudolf-Steiner-Schule, München; Dr. Friedrich Rosenkranz, Physiker, Oldenbourg, München; Ilse Edelstein, Psychologin, Bezirksamt Charlottenburg von Berlin, Berlin; Dr. Karl von Cornides, Verleger, Verlag für Geschichte und Politik, Wien; Dr. Thomas von Cornides, Verleger, Oldenbourg, München; Dr. Elisabeth Garms, Hausfrau, Rom; Hedwig Klopfer, Hausfrau, Söchtenau; Cäcilie von Cornides, Therapeutin, selbst., Rieden; Dr. Rudolf von Cornides, Amtsarzt i.R., Innsbruck; Margit von Cornides, Hausfrau, Bonn; Christoph von Cornides, Volkswirt, DAT-Daten- und Textverarbeitungs GmbH, Heidelberg, Mannheim; Gabriele Hommes, Hausfrau, Aachen; Barbara Roth-Oldenbourg, Restauratorin, selbst., München; Mirjam Wagmann, Dipl.-Ing., Architekturbüro Prof. K. Ackermann, München, München; Dr. Christian Ferdl, Arzt, selbst., Kochel; Dr. Rudolf Oldenbourg jun., Physiker, Brandeis University, Waltham/USA; Jens Peter Oldenbourg, Architekt, selbst., Grünwald; Hermann Geupel, Schüler, Oberhaching; Johanna Geupel, Schülerin, Oberhaching; Alexandra Geupel, Schülerin, Oberhaching; Ursula Geupel, Schülerin, Oberhaching; Monica Oldenbourg-Swolschak, Hausfrau, München; Ruth Grosse, Sekretärin, Max-Planck-Gesellschaft, Pullach; Claudia von Saalfeld, Lehrerin, Staatl. Schullamt München, München.